ISSN 0724-7885

1 Y 6432 A

STAATSANZEIGER

FÜR DAS LAND HESSEN

1986 MONTAG, 1. DEZEMBER 1986 Nr. 48

Seite

Der Hessische Minister des Innern

Genehmigung eines Wappens der Stadt Kirchhain, Landkreis Marburg-Biedenkopf ... 2270

Inhalt ärztlicher Gutachten und Zeugnisse in dienst- oder arbeitsrechtlichen Angelegenheiten ... 2270

Vollzug der Bautechnischen Prüfungsordnung; hier: Prüfingenieure für Baustatik ... 2270

Anmeldung von Studierenden für den Fachbereich Verwaltung der Verwaltungsfachhochschule in Wiesbaden; hier: Einstellungstermin und Studienbeginn 1. 4. 1987 und 1. 10. 1987 ... 2270

Der Hessische Minister der Finanzen

Entgelt bei Anschluß der Heizung an dienstliche Versorgungsleitungen ... 2271

Der Hessische Kultusminister

Gemeinsamer Erlaß betr. Empfehlungen für das Berufspraktikum zur Staatlichen Anerkennung als Erzieher/in ... 2271

Genehmigung der Höhe des Hebesatzes der Religionsgemeindesteuer der Freireligiösen Gemeinde Offenbach am Main für das Rechnungsjahr (Kalenderjahr) 1987 ... 2273

Verbandssatzung des Kirchlichen Zweckverbandes Evangelisches Rentamt Bad Homburg vom 2. 10. 1985 ... 2273

Der Hessische Minister für Wirtschaft und Technik

Befugnis zur Feststellung der sachlichen Richtigkeit; hier: Ausnahmen von der Regelung in VV-Nr. 13.1.3 zu § 70 LHO ... 2277

Abstufung einer Teilstrecke der Kreisstraße 96 zur Gemeindestraße in der Ortslage Allendorf der Stadt Frankenau, Landkreis Waldeck-Frankenberg ... 2277

Kostentragung bei militärischen Infrastrukturforderungen an Straßen ... 2277

Der Hessische Minister für Umwelt und Energie

Unfallverhütung bei wasserwirtschaftlichen Maßnahmen und Anlagen sowie bei abfalltechnischen Anlagen ... 2278

Der Hessische Sozialminister

Hilfen in besonderen Lebenslagen nach § 27 d BVG; hier: Übernahme von Taxikosten ... 2278

Seite

Meldung zum Dritten Abschnitt der Pharmazeutischen Prüfung im Frühjahr/Sommer 1987 ... 2278

Zulassung einer aseptischen Verpakkungsanlage für ultrahocherhitzte Milch 2278

Eintragung von Tarifverträgen in das Tarifregister für das Land Hessen ... 2279

Personalnachrichten

im Bereich des Hessischen Ministers des Innern ... 2285

im Bereich des Hessischen Kultusministers ... 2286

im Bereich des Hessischen Ministers für Wirtschaft und Technik ... 2286

im Bereich des Hessischen Ministers für Umwelt und Energie ... 2287

im Bereich des Hessischen Sozialministers ... 2287

im Bereich des Hessischen Ministers für Landwirtschaft und Forsten ... 2287

Die Regierungspräsidenten

DARMSTADT

Ungültigkeitserklärung eines Polizei-Dienstausweises ... 2288

GIESSEN

Verordnung zum Schutz der Trinkwassergewinnungsanlage der Gemeinde Rabenau/Ortsteil Londorf, Landkreis Gießen, vom 5. 11. 1986 ... 2288

Auflösung des Rindviehversicherungsvereins a. G. Niederweidbach, Bischoffen/Ortsteil Niederweidbach, Lahn-Dill-Kreis ... 2291

KASSEL

Verordnung zur Festsetzung eines Wasserschutzgebietes für die Wassergewinnungsanlagen „Brunnen Wickersrode" und „Quelle Retterode" des Wasserbeschaffungsverbandes „Lossetal" in Hessisch Lichtenau, Werra-Meißner-Kreis, vom 27. 10. 1986 ... 2291

Verordnung zur Festsetzung eines Wasserschutzgebietes für die Trinkwassergewinnungsanlage „Tiefbrunnen Knickhagen" der Fritz-Erler-Kaserne in Fuldatal, Landkreis Kassel, vom 29. 10. 1986 ... 2293

Zulassung als Buchmacher und Buchmachergehilfin ... 2296

Seite

Genehmigung der Diakoniestiftung Müttergenesung in Kurhessen-Waldeck mit Sitz in Kassel ... 2296

Einziehung einer Teilstrecke der Kreisstraße 27 in der Gemarkung Wittges der Gemeinde Hofbieber, Landkreis Fulda ... 2296

Bezirksdirektionen für Forsten und Naturschutz

DARMSTADT

Verordnung zur einstweiligen Sicherstellung des künftigen Naturschutzgebietes „Wehrberge bei Runkel" vom 10. 11. 1986 ... 2297

Verordnung zur Änderung der Verordnung über das Naturschutzgebiet „Sang- und Katzengröterwiese von Johannisberg" vom 9. 9. 1986 vom 13. 11. 1986 ... 2298

Öffentlicher Anzeiger ... 2299

Andere Behörden und Körperschaften

Hessische Brandversicherungsanstalt, Kassel; hier: Umlagefaktoren in der Gebäudefeuerversicherung für das Jahr 1987 ... 2318

MBG Mittelständische Beteiligungsgesellschaft Hessen GmbH, Wiesbaden; hier: Veränderung in der Zusammensetzung des Aufsichtsrates ... 2318

Wasserverband Hessisches Ried, Biebesheim am Rhein; hier: Auslegung der Jahresrechnung 1985 ... 2318

Der Kreisausschuß des Kreises Hersfeld-Rotenburg; hier: Widmung einer Neubaustrecke der Kreisstraße 32 in der Gemarkung Kirchheim, Landkreis Hersfeld-Rotenburg ... 2318

Zweckverband Tierkörperbeseitigungsanstalt Hopfgarten, Lauterbach (Hessen); hier: Sitzung der Verbandsversammlung am 11. 12. 1986 ... 2318

Zweckverband Tierkörperbeseitigung in Rheinland-Pfalz, im Rheingau-Taunus-Kreis und im Landkreis Limburg-Weilburg; hier: Verbandsversammlung am 10. 12. 1986 ... 2319

Umlandverband Frankfurt; hier: Sitzung der Gemeindekammer am 10. 12. 1986 ... 2319

Öffentliche Ausschreibungen ... 2319

Stellenausschreibungen ... 2320

1153

DER HESSISCHE MINISTER DES INNERN

Genehmigung eines Wappens der Stadt Kirchhain, Landkreis Marburg-Biedenkopf

Der Stadt Kirchhain im Landkreis Marburg-Biedenkopf, Regierungsbezirk Gießen, ist gemäß § 14 Abs. 1 der Hessischen Gemeindeordnung i. d. F. vom 1. April 1981 (GVBl. I S. 66) das nachstehend beschriebene und abgebildete Wappen genehmigt worden:

„Das Wappen der Stadt Kirchhain zeigt im roten Schilde einen silbernen Spangenhelm mit goldenen Helmdecken und zwei silbernen Büffelhörnern als Helmzier, die außen mit je sechs silbernen Lindenzweigen besteckt sind, zwischen den Büffelhörnern ein goldenes K."

Wiesbaden, 11. November 1986

Der Hessische Minister des Innern
IV A 23 — 3 k 06 — 53/86
StAnz. 48/1986 S. 2270

1154

Inhalt ärztlicher Gutachten und Zeugnisse in dienst- oder arbeitsrechtlichen Angelegenheiten

Bei ärztlichen Untersuchungen in dienst- oder arbeitsrechtlichen Angelegenheiten, insbesondere anläßlich der Einstellung von Bewerbern in den öffentlichen Dienst, der Übernahme in das Beamtenverhältnis, der Prüfung der Verwendungsfähigkeit für einen bestimmten Arbeitsplatz, der Prüfung der vorzeitigen Versetzung in den Ruhestand, ist wie folgt zu verfahren:

1. Die personalverwaltenden Stellen haben den Untersuchungszweck in ihrem Untersuchungsauftrag möglichst genau zu beschreiben und etwaige besondere Anforderungen, die sich aus der vorgesehenen Verwendung des Bewerbers oder Bediensteten ergeben, zu nennen. Dem untersuchenden Arzt sollen dabei alle Umstände mitgeteilt werden, die für die Beurteilung von Bedeutung sein können (z. B. längere Dienstunfähigkeit, Schwerbehinderteneigenschaft).
2. Der untersuchende Arzt übersendet der personalverwaltenden Stelle in seinem Gesundheitszeugnis in der Regel nur das zusammenfassende Ergebnis der Untersuchung zu den im Gutachtenauftrag gestellten Fragen (z. B. geeignet — bei Schwerbehinderten unter Hinweis auf den Gemeinsamen Runderlaß vom 9. April 1976 — StAnz. S. 778 —, mit Einschränkung geeignet, ggf. welche Einschränkungen liegen vor). Die bei der Untersuchung erhobenen Einzeldaten (Vorgeschichte, Untersuchungsbefund und Diagnose) werden dagegen der personalverwaltenden Stelle nicht mitgeteilt. Sie bleiben bei der untersuchenden Stelle und können dort von dem untersuchten Bediensteten eingesehen werden.
3. Bei konkreten Zweifeln an der Vollständigkeit oder Aussagefähigkeit des Gesundheitszeugnisses oder dem darin festgestellten Ergebnis der Beurteilung ist die personalverwaltende Stelle verpflichtet, diese Zweifel aufzuklären. Dies geschieht in der Regel zunächst durch Rückfragen bei dem untersuchenden Arzt. Kann dies die Zweifel nicht ausräumen, so kann die personalverwaltende Stelle die für das Gesundheitszeugnis maßgeblichen Einzeldaten anfordern, soweit sie deren Kenntnis unter Beachtung des Grundsatzes der Verhältnismäßigkeit zur Klärung dieser Zweifel für erforderlich hält. Dies gilt auch, wenn die Unterlagen für etwaige gerichtliche Streitverfahren benötigt werden. Abweichend hiervon darf die untersuchende Stelle bei Untersuchungen anläßlich der Einstellung eines Bewerbers in den öffentlichen Dienst dem Übermittlungsverlangen der personalverwaltenden Stelle nur entsprechen, wenn der untersuchende Arzt die untersuchte Person über Inhalt und Umfang der gutachterlichen Feststellungen aufgeklärt und diese sich mit der Übermittlung der Einzeldaten schriftlich einverstanden erklärt hat.
4. Im übrigen müssen die Unterlagen bei den untersuchenden Stellen bis zur Vollendung des 70. Lebensjahres des Untersuchten oder, im Falle seines Todes oder seines Ausscheidens vor diesem Zeitpunkt, noch 5 Jahre lang aufbewahrt werden. Für Untersuchungsstellen im Bereich der Landesverwaltung ist insoweit Nr. 12 des Erlasses betr. Aufbewahrungsbestimmungen für Akten und sonstiges Schriftgut der Dienststellen des Landes Hessen vom 20. Oktober 1986 (StAnz. S. 2107) maßgebend. Für die Gesundheitsämter gilt insoweit die Verordnung zur Änderung der Zweiten Durchführungsverordnung zum Gesetz über die Vereinheitlichung des Gesundheitswesens vom 23. Mai 1986 (GVBl. I S. 197). Für den sozialärztlichen Dienst der Krankenkassen ergibt sich dies aus Abschn. IX der Bestimmungen des Reichsversicherungsamtes über die Führung der vertrauensärztlichen Untersuchungskartei vom 6. Juli 1937.
5. Den Gemeinden, Gemeindeverbänden und den sonstigen unter Aufsicht des Landes stehenden Körperschaften, Anstalten und Stiftungen des öffentlichen Rechts wird empfohlen, entsprechend zu verfahren.
6. Mein Erlaß betr. Polizeidienstvorschrift (PDV) 300 „Ärztliche Beurteilung der Polizeidiensttauglichkeit und der Polizeidienstfähigkeit" vom 21. Januar 1983 (StAnz. S. 482 ff.) bleibt unberührt.

Dieser Erlaß ergeht im Einvernehmen mit dem Hessischen Sozialminister.

Wiesbaden, 12. November 1986

Der Hessische Minister des Innern
I A 1 7 d
— Gült.-Verz. 3200 —
StAnz. 48/1986 S. 2270

1155

Vollzug der Bautechnischen Prüfungsordnung (BauPrüfVO);

hier: Prüfingenieure für Baustatik
Bezug: Erlaß vom 17. Februar 1986 (StAnz. S. 553)

Prof. Ir. Jack G. Bouwkamp hat mir mitgeteilt, daß er seinen Niederlassungsort von Darmstadt nach Fulda verlegt hat.

Ab 1. Dezember 1986 lautet seine neue Anschrift:

Professor Ir. Jack G. Bouwkamp,
Prüfingenieur für Baustatik der Fachrichtung „Metallbau",
Akazienweg 2, 6400 Fulda, Tel. 0661/6 80 25.

Ich bitte, Nr. 8 des Verzeichnisses der anerkannten Prüfingenieure 1986, mit Erlaß vom 17. Februar 1986 bekanntgemacht, entsprechend zu ändern.

Wiesbaden, 7. November 1986

Der Hessische Minister des Innern
V A 2 — 64 a 06/05 — 242/86
StAnz. 48/1986 S. 2270

1156

Anmeldung von Studierenden für den Fachbereich Verwaltung der Verwaltungsfachhochschule in Wiesbaden;

hier: Einstellungstermin und Studienbeginn 1. April 1987 und 1. Oktober 1987

Die Verwaltungsfachhochschule in Wiesbaden benötigt zur Planung des Studienbetriebes rechtzeitig Informationen darüber, mit wieviel Studierenden für die einzelnen Abteilungen (Darmstadt, Frankfurt am Main, Gießen, Kassel und Wiesbaden) zu rechnen ist. Alle Behörden, die beabsichtigen, Inspektoranwärter, Angestellte oder Aufstiegsbeamte für ein Studium an der Verwaltungsfachhochschule in Wiesbaden vorzusehen, werden deshalb um Beachtung der nachstehenden Termine gebeten:

Studienbeginn 1. April 1987

1. a) **Voranmeldungen sind bis spätestens zum 12. Januar 1987** einzureichen.
   b) **Anmeldungen** müssen bis zum **6. März 1987** vorliegen.

Studienbeginn 1. Oktober 1987

2. a) **Voranmeldungen** sind bis spätestens zum **4. Mai 1987** einzureichen.
   b) **Anmeldungen** müssen bis zum **3. August 1987** vorliegen.

Die **Voranmeldungen** dienen als Grundlage für die Planung des Lehrbetriebes in dem jeweiligen Studienabschnitt. Mit der Voranmeldung ist daher **möglichst genau** die Zahl der zum Studium vorgesehenen Bewerber und die aus der Sicht der Behörde in Betracht kommende Abteilung anzugeben. Die Verwaltungsfachhochschule bestätigt den Eingang der Voranmeldung und übersendet Anmeldevordrucke.

Die verbindlichen **Anmeldungen** sind auf den übersandten Vordrucken zusammen mit den erforderlichen persönlichen Unterlagen einzusenden.

Voranmeldungen und Anmeldungen bitte ich zu richten an die Verwaltungsfachochschule in Wiesbaden — Fachbereich Verwaltung —, Abraham-Lincoln-Straße 38—42, 6200 Wiesbaden.

Die Verwaltungsfachhochschule prüft, ob bei den Angemeldeten die Voraussetzungen für ein Studium an einer Verwaltungsfachhochschule vorliegen, d. h., ob sie die Fachhochschulreife oder einen entsprechenden Bildungsstand besitzen (bei Inspektoranwärtern und Angestellten) oder der Beamte durch die oberste Dienstbehörde zum Aufstieg zugelassen ist und die Voraussetzungen des § 16 HLVO vorliegen.

Wiesbaden, 11. November 1986

Verwaltungsfachhochschule
Z 2.4.5.2.

StAnz. 48/1986 S. 2270

DER HESSISCHE MINISTER DER FINANZEN

1157

Entgelt bei Anschluß der Heizung an dienstliche Versorgungsleitungen

Unter Bezugnahme auf Nr. 25.2 der Hessischen Dienstwohnungsvorschriften vom 23. Dezember 1981 (StAnz. 1982 S. 87) gebe ich die zur endgültigen Berechnung des Entgelts bei Anschluß der Heizung von Dienstwohnungen an dienstliche Versorgungsleitungen für den Abrechnungszeitraum 1. Juli 1985 bis 30. Juni 1986 maßgebenden Beträge wie folgt bekannt:

Energieträger	DM je m^2 Wohnfläche der beheizbaren Räume
Heizöl EL	16,87
Gas	17,15
Feste Brennstoffe, Fernheizung, schweres Heizöl, Abwärme	je 17,56

Wiesbaden, 5. November 1986

Der Hessische Minister der Finanzen
VV 2800 — 10 — IV A 31

StAnz. 48/1986 S. 2271

DER HESSISCHE KULTUSMINISTER

1158

Empfehlungen für das Berufspraktikum zur Staatlichen Anerkennung als Erzieher/in

Gemeinsamer Erlaß

Die Ableistung eines einjährigen Berufspraktikums in sozialpädagogischen Einrichtungen ist als dritter Ausbildungsabschnitt verpflichtender Bestandteil der Ausbildung zum/r Erzieher/in. Daher ist die Beteiligung der Träger sozialpädagogischer Einrichtungen unverzichtbare Voraussetzung für die Durchführung der Erzieherausbildung. Das Berufspraktikum erfordert eine enge Zusammenarbeit zwischen den Fachschulen und den sozialpädagogischen Einrichtungen.

Zur Unterstützung dieser gemeinsamen Ausbildungsbemühungen von Schule und Praxis geben der Hessische Kultusminister und der Hessische Sozialminister für die Ausgestaltung des Berufspraktikums auf der Grundlage der Verordnung über die Ausbildung und die Prüfungen an den Fachschulen für Sozialpädagogik vom 6. Mai 1982 (ABl. S. 251 = StAnz. S. 1453), zuletzt geändert durch Verordnung vom 31. Mai 1985 (ABl. S. 395 = StAnz. S. 1703), nachstehende Empfehlungen.

1. **Ziel und Struktur des Berufspraktikums:**

Das Berufspraktikum dient dem Erwerb von Handlungskompetenzen auf der Grundlage erworbener fachtheoretischer und fachpraktischer Kenntnisse, Fähigkeiten und Fertigkeiten. Durch die Aufgliederung des Berufspraktikums in eine Orientierungsphase, Einarbeitungs-/Erprobungsphase und Vertiefungs-/Verselbständigungsphase soll die berufliche Handlungskompetenz des/r zukünftigen Erziehers/in erreicht werden.

Orientierungsphase (höchstens zwei Monate)

In der Orientierungsphase liegt der Schwerpunkt auf Information und der Möglichkeit, sich durch Teilnahme an der täglichen Arbeit in die Gruppe einzuleben.

Einarbeitungs-/Erprobungsphase

In dieser Phase übernimmt der/die Berufspraktikant/in Teilaufgaben und hat so die Möglichkeit, sich im erzieherischen Handeln zu erfahren und eigene pädagogische Einstellungen und Einschätzungen zu entwickeln und zu vertreten.

Vertiefungs-/Verselbständigungsphase (mindestens sechs Monate)

In dieser Phase übernimmt der/die Berufspraktikant/in in zunehmendem Maß eigenständige Aufgaben. Diese sollen ihm/ihr ermöglichen, erworbene Erfahrungen zu vertiefen und seine/ihre Handlungskompetenzen zu erweitern bis hin zur Befähigung, in sozialpädagogischen Einrichtungen als Erzieher/in selbständig tätig zu sein.

Der Übergang der einzelnen Phasen ist fließend und orientiert sich an den Aufgaben und Bedingungen der Praxisstelle und an den individuellen Bedingungen des/der Berufspraktikanten/in.

Da Berufspraktikanten/innen in der Anfangsphase noch Erfahrung und Sicherheit im neuen Arbeitsfeld erwerben müssen, ergibt sich für alle Beteiligten eine besondere Arbeitssituation, die Offenheit und Kooperationsbereitschaft von ihnen verlangt. Berufspraktikanten/innen sind auf grundlegende Information, den Austausch gegenseitiger Erwartungen und das begleitende Aufarbeiten eigener Erfahrungen angewiesen, um zu der erwarteten Handlungsfähigkeit kommen zu können. Im weiteren Verlauf soll sich der/die Berufspraktikant/in nach Absprache in Teilaufgaben der sozialpädagogischen Arbeit erproben und dabei durch kontinuierliche Gespräche mit den an der Ausbildung Beteiligten Hilfen zur Reflexion erhalten.

Durch die Erweiterung der Aufgabenbereiche wird der/die Berufspraktikant/in zunehmend zur selbständigen und eigenverantwortlichen Arbeit befähigt.

2. **Zur rechtlichen Stellung des/der Berufspraktikanten/in:**

Die rechtliche Stellung der Berufspraktikanten/innen wird bestimmt durch den Ausbildungszweck des Berufspraktikums. Dieser Ausbildungszweck ist in der Ausbildungs- und Prüfungsordnung näher geregelt. Berufspraktikanten/innen, die ihr Berufspraktikum nach dieser Ausbildungs- und Prüfungsordnung absolvieren, stehen i. S. von § 19 BBiG in einem arbeitsrechtlichen Vertragsverhältnis zum Träger der Ausbildungsstelle, d. h., sie sind in den Betrieb der Ausbildungsstelle eingebunden. Daher ist in der Ausbildungs- und Prüfungsordnung ausdrücklich bestimmt, daß das Berufspraktikum von den Ausbildungsstellen gemäß den Richtlinien für das Berufspraktikum (Anlage 4 zur Verordnung über die Ausbildung und die Prüfungen an den Fachschulen für Sozialpädagogik vom 6. Mai 1982 i. d. F. vom 31. Mai 1985) in eigener Verantwortung durchgeführt wird. Die Ausbildungsstelle muß den/die Berufspraktikanten/in durch eine geeignete Fachkraft i. S. von Ziff. 3 Abs. 2 anleiten lassen. Gleichzeitig wird der/die Berufspraktikant/in von eigens dazu bestimmten Lehrkräften der Fachschule für Sozialpädagogik betreut. Er/sie ist verpflichtet, am Begleitunterricht der Fachschule teilzunehmen; die Ausbildungsstelle muß ihn/sie hierfür freistellen.

Berufspraktikanten/innen haben einen Anspruch auf angemessene Vergütung. Für Ausbildungsstellen, deren Träger tarifgebunden sind, d. h. für alle öffentlichen Träger, bemißt sich die Vergütung der Berufspraktikanten nach dem Tarifvertrag über die Regelung der Arbeitsbedingungen der/die Praktikanten/innen für Berufe des Sozial- und Erziehungsdienstes. Im

Bereich freier Träger bestehen meist Festlegungen der Vergütung durch entsprechende Regelungen der Spitzenverbände der Freien Wohlfahrtspflege oder der Kirchen. Berufspraktikanten/innen sind sozialversicherungspflichtig.

Der Ablauf des Berufspraktikums und die Aufgaben des/der Berufspraktikanten/in werden durch den Ausbildungsplan festgelegt. Im Zuge des Fortgangs der Ausbildung ist er/sie verpflichtet, Aufgaben zunehmend selbständig und eigenverantwortlich zu übernehmen, wobei stets der Ausbildungszweck des Berufspraktikums im Vordergrund stehen muß.

3. **Anleitung des/der Berufspraktikanten/in:**

Die Praxisanleitung stellt für den/die Berufspraktikanten/in beim Einstieg in die beruflich-praktische Tätigkeit und bei der Durchführung des gesamten Berufspraktikums eine unverzichtbare Hilfe dar.

Praxisanleitung können staatlich anerkannte Sozialpädagogen/innen, Sozialarbeiter/innen und Erzieher/innen sowie staatlich geprüfte Jugendleiter/innen, Kindergärtner/innen, Hortner/innen und Heimerzieher/innen — jeweils mit mindestens zweijähriger Berufserfahrung — leisten.

Von dem/der Praxisanleiter/in wird erwartet, daß er/sie in der unmittelbaren sozialpädagogischen Arbeit gemeinsam mit dem/der Berufspraktikanten/in tätig ist. Der/die Praxisanleiter/in soll zum fachlichen Austausch, zur beruflichen Fortbildung und zur Annahme von Fachberatung bereit sein.

Zu einer fachgerechten Praxisanleitung gehören regelmäßige Anleitungsgespräche.

Wesentliche Inhalte der Anleitungsgespräche sind u. a. insbesondere

während der Orientierungsphase

Austausch der gegenseitigen Erwartungen; Informationen über strukturelle, organisatorische und konzeptionelle Bedingungen der Einrichtung; Einführung in Gruppenarbeit;

während der Einarbeitungsphase

Darstellen und Begründen der sozialpädagogischen Arbeit des/der Praxisanleiters/in; gemeinsames Planen und Reflektieren sozialpädagogischen Handelns;

während der Verselbständigungsphase

gemeinsames Festlegen eigenständiger Handlungsbereiche und Hilfen zur Bewältigung der Aufgaben, die aus dem zur selbständigen Arbeit übertragenen Aufgabengebiet erwachsen; Reflexion über die besonderen Fähigkeiten des/der Berufspraktikanten/in und Einschätzung seines/ihres individuellen Lernprozesses.

4. **Ausbildung in der Praxis:**

Die Arbeitsfelder der Erzieher/innen haben sich in den letzten Jahren erweitert und verändert; diese Entwicklung ist nicht abgeschlossen. Daraus ergibt sich, daß eine Festlegung auf bestimmte Praxisbereiche für das Berufspraktikum nicht möglich ist. Trotzdem können allgemeine Kriterien für den Verlauf eines Berufspraktikums erstellt werden, an denen sich die individuelle Planung orientiert.

Der gemäß den Richtlinien für das Berufspraktikum (Anlage 4, Ziff. 3.1 der Verordnung über die Ausbildung und Prüfung) zu erstellende Ausbildungsplan ist für die Gestaltung des Berufspraktikums von zentraler Bedeutung. Der Ausbildungsplan soll gewährleisten, daß der/die Berufspraktikant/in die Bedingungen professionellen erzieherischen Handelns (z. B. Rahmenbedingungen, pädagogisches Konzept) erfaßt und daß das angestrebte Ausbildungsziel erreicht wird. Er soll die in Ziff. 1 beschriebenen Phasen berücksichtigen. Der Ausbildungsplan soll auf der Grundlage des als Anlage abgedruckten Musters erstellt werden.

Aus den Aufgaben der jeweiligen Institutionen und dem Ausbildungsauftrag der Fachschule ergeben sich — unter Berücksichtigung der persönlichen Neigungen und fachlichen Fähigkeiten des/der jeweiligen Berufspraktikanten/in — die Ausbildungs- und Arbeitsinhalte für das Berufspraktikum. Aufgabe der Ausbildungsplanung ist es, den Ablauf des Praktikums und die Aufgaben des/der Praktikanten/in näher zu bestimmen.

5. **Begleitunterricht und Betreuung der Berufspraktikanten/innen durch die Fachschule:**

Der Begleitunterricht hat die Aufgabe, Lernprozesse der Berufspraktikanten/innen in den unterschiedlichen Phasen ihrer fachpraktischen Ausbildung zu unterstützen und zu fördern. Er dient insbesondere der Reflexion der Praxiserfahrungen, der Vertiefung der in den beiden ersten Ausbildungsabschnitten erworbenen Kenntnisse und Fähigkeiten sowie ausbildungsplatzübergreifenden Informationen.

Mit der Aufarbeitung der Praxiserfahrungen sollen Lernprozesse intensiviert werden, die im Zusammenhang mit der schrittweisen Übernahme der Berufsrolle stehen. Gleichermaßen sollen Lernprozesse gefördert werden, die dazu beitragen, aus theoretischen und konzeptionellen Überlegungen Schlußfolgerungen für das eigene pädagogische Handeln abzuleiten. Im Unterricht werden auch Hilfen zur thematischen Auswahl und bei der Planung der Praktikumsberichte gegeben.

Der Begleitunterricht orientiert sich an den drei Ausbildungsphasen des Berufspraktikums. Organisation und inhaltliche Gestaltung des Begleitunterrichts liegen in der Zuständigkeit der Fachschule.

Sofern die räumlichen und personellen Gegebenheiten es zulassen, können auch Unterrichtsveranstaltungen in Ausbildungsstellen unter Einbeziehung von Praxisvertretern stattfinden.

Die Fachschule informiert die Praxisstellen über die Aufgaben des Berufspraktikums auf der Grundlage der Richtlinien (Anlage 4 der Ausbildungs- und Prüfungsordnung), die Inhalte und die Organisation des Begleitunterrichtes.

Um die Anforderungen, die die Fachschule an die Berufspraktikanten/innen stellt, mit den jeweiligen Erfordernissen der Praxisstellen in Einklang zu bringen, hält die zur fachlichen Betreuung des/der Berufspraktikanten/in eingesetzte Lehrkraft Verbindung zur Ausbildungsstelle. Im Rahmen der Betreuungsbesuche sollten auch der individuelle Ausbildungsplan in Zusammenarbeit zwischen Praxisanleitung, Lehrkraft und Berufspraktikanten/innen fortgeschrieben werden und das Thema für den Praktikumsbericht erörtert werden.

Wiesbaden, 12. Oktober 1986

Der Hessische Kultusminister
III B 5 — 264/8 — 450
Der Hessische Sozialminister
II B 2 — 52 g 0213
— Gült.-Verz. 722 —

StAnz. 48/1986 S. 2271

Anlage

Ausbildungsplan (Muster)

Praktikant/in: .....

Praktikumsstelle: .....

Praxisanleiter/in: .....

Praktikumsdauer: von ..... bis .....

Anschrift der Fachschule: .....

.....

Betreuende Lehrkraft: .....

1. **Orientierungsphase**

1.1 **Kennenlernen der Ausbildungsstelle:**

- Räume, Freigelände, Einrichtung, Materialien, Geräte, Medien, Literatur
- Leitung, pädagogische Mitarbeiter/innen, sonstige Mitarbeiter/innen, Praktikanten/innen
- Personalvertretung, Gewerkschaften, Berufsverbände
- Träger, Kostenträger, Verwaltung, Dienstpläne, Dienstanweisungen, Sicherheitsvorschriften, Organisation, Aufgabenverteilung
- Pädagogische Konzeption; Ziele, Methoden, soziales Umfeld, Benutzerstruktur; Zusammenarbeit mit anderen Institutionen

1.2 **Teilnahme an der sozialpädagogischen Arbeit**

- Zuordnung zu einer Gruppe; Kennenlernen der Gruppenmitglieder; Kontaktaufnahme zu einzelnen Gruppenmitgliedern
- Wahrnehmung des Entwicklungsstandes einzelner Kinder, der Probleme einzelner Kinder/Jugendlicher und deren sozialer Situation

— Teilnahme an der täglichen Arbeit in der Gruppe; Wahrnehmung und Beschreibung besonderer Aspekte des Gruppengeschehens; Einleben in die Gruppenarbeit mit zunehmender aktiver Teilnahme
— Teilnahme an Dienstbesprechungen und Teamsitzungen sowie an Elternabenden und Hausbesuchen
— Reflexion der Beobachtungen mit dem/der Praxisanleiter/in; Erfahrungs- und Meinungsaustausch mit sonstigen Kollegen/innen; erste Absprachen über Planung und Durchführung der sozialpädagogischen Arbeit mit dem/der Praxisanleiter/in

2. Einarbeitungs-/Erprobungsphase

2.1 Schrittweise Integration in die praktische Arbeit der Ausbildungsstelle

— Aktive Teilnahme am Gruppengeschehen, Aufbau personaler Beziehungen zu Gruppenmitgliedern
— Analyse der Gruppenstruktur, Einzelfallbeobachtung, Erfassen und Beschreiben von Gruppenprozessen; Führen von Beobachtungsprotokollen; Situationsanalyse; Entwicklung pädagogischer Angebote aus der Situationsanalyse
— Einbringen eigener pädagogischer Vorstellungen in die Gruppenarbeit, in Gespräche mit Kollegen/innen sowie in Dienstbesprechungen und Teamsitzungen
— Einführung in verwaltungstechnische Aufgaben

2.2 Übernahme von selbständig zu leistenden Teilaufgaben

— Selbsfändiges Arbeiten mit Kleingruppen
— Planung und Durchführung von pädagogischen Einzelaufgaben (z. B. Spielen, Werken; ggf. Hausaufgabenbetreuung; Einkauf) einschließlich Aufsichtspflicht
— Gewährung gezielter Hilfen in Einzelfällen
— Mitarbeit bei der Verwaltung der Ausbildungsstelle (z. B. Anwesenheitslisten, Essensgeldabrechnung; Schriftverkehr; Führung der Handkasse)
— Beteiligung bei der Erstellung von Berichten und Erziehungsplänen
— Beteiligung an der Gestaltung von Elternabenden; Teilnahme an Elterngesprächen
— Beteiligung an Dienstbesprechungen und Teamsitzungen, Festen, Ausflügen und Freizeiten mit festgelegten Aufgaben; Teilnahme an Kontakten mit Schulen und anderen Institutionen
— Reflexion und Auswertung der berufspraktischen Erfahrungen mit dem/der Praxisanleiter/in; Erörterung der eigenen pädagogischen Vorstellungen und Erfahrungen mit Kollegen/innen in der Dienstbesprechung und Teamsitzung sowie im persönlichen Gespräch

3. Vertiefungs-/Verselbständigungsphase

3.1 Übernahme von größeren selbständig zu leistenden Aufgaben

— Planung und Durchführung bestimmter Arbeitseinheiten (z. B. Projekte, didaktische Einheiten, Besuche, Ausflüge, Freizeiten)
— Übernahme der alleinigen Verantwortung für Gruppen für bestimmte Vorhaben und/oder begrenzte Zeiträume im Rahmen des Ausbildungszwecks
— Planung und Durchführung von Teamsitzungen und Elternabenden; Führung von Elterngesprächen; Beteiligung an Gesprächen mit Schule, Ausbildungsstelle u. a.
— Mitarbeit an konzeptionellen Fragen; Einbringen eigener pädagogischer Vorstellungen in die Gespräche mit Kollegen/innen, Eltern, Träger
— Vorschläge für Neuanschaffungen (Spielmaterial, Literatur und dergl.)

3.2 Reflexion des Gesamtverlaufs des Berufspraktikums

— Aufarbeitung der berufspraktischen Erfahrungen im Gespräch mit Praxisanleiter/in und Kollegen/innen
— Bewußtwerden der eigenen personalen und fachlichen Entwicklung während des Berufspraktikums
— Abschätzen der Berufschancen; Kennenlernen des regionalen Arbeitsmarktes; Abklärung der Erwartungen an eine eigene künftige Berufstätigkeit
— Abfassung des Praktikumsberichts; Erörterung der Beurteilung des/r Berufspraktikanten/in mit dem/r Praxisanleiter/in

1159

Genehmigung der Höhe des Hebesatzes der Religionsgemeindesteuer der Frei-Religiösen Gemeinde Offenbach am Main für das Rechnungsjahr (Kalenderjahr) 1987

Gemäß § 7 des Gesetzes über die Erhebung von Steuern durch die Kirchen, Religions- und Weltanschauungsgemeinschaften im Lande Hessen (Kirchensteuergesetz) i. d. F. vom 12. Februar 1986 (GVBl. I S. 90) genehmige ich unter Bezugnahme auf den Beschluß der Außerordentlichen Gemeindeversammlung der Frei-Religiösen Gemeinde Offenbach am Main vom 10. November 1974 für das Rechnungsjahr (Kalenderjahr) 1987 einen Steuerhebesatz in Höhe eines Zuschlages von 9% zur Einkommensteuer (Lohnsteuer).

Wiesbaden, 6. November 1986

Der Hessische Kultusminister
I B 4.1 — 873/6/4 — 9 — 18
StAnz. 48/1986 S. 2273

1160

Verbandssatzung des Kirchlichen Zweckverbandes Evangelisches Rentamt Bad Homburg vom 2. Oktober 1985

Inhalt

I. Zusammensetzung und Aufgaben
§ 1 Zusammensetzung, Name und Sitz des Zweckverbandes
§ 2 Beitritt zum Zweckverband
§ 3 Aufgaben
§ 4 Rechtsstellung der Kirchengemeinden und Dekanate
§ 5 Organe des Zweckverbandes
II. Die Verbandsvertretung (Rentamtsausschuß)
§ 6 Zusammensetzung der Verbandsvertretung (Rentamtsausschuß)
§ 7 Vorsitz in der Verbandsvertretung (Rentamtsausschuß)
§ 8 Einberufung der Verbandsvertretung (Rentamtsausschuß)
§ 9 Aufgaben der Verbandsvertretung (Rentamtsausschuß)
III. Der Verbandsvorstand (Rentamtsvorstand)
§ 10 Zusammensetzung des Verbandsvorstandes (Rentamtsvorstandes)
§ 11 Aufgaben des Verbandsvorstandes (Rentamtsvorstandes)
IV. Das Evangelische Rentamt
§ 12 Geschäftsstelle
V. Finanzwesen und Vermögen
§ 13 Vermögen des Zweckverbandes
§ 14 Eigenmittel des Zweckverbandes
§ 15 Rechnungsprüfung
VI. Steuerliche Bestimmungen
§ 16 Selbstlosigkeit
VII. Veränderungen der Mitgliedschaft
§ 17 Austritt von Mitgliedern
VIII. Schlußbestimmungen
§ 18 Bekanntmachungen
§ 19 Satzungsänderungen
§ 20 Inkrafttreten
Anlage
A) Kirchengemeinden
Dekanat Bad Homburg
Dekanat Usingen
B) Dekanate
C) Kirchliche Einrichtungen

I. Abschn.: Zusammensetzung und Aufgaben

§ 1

Zusammensetzung, Name und Sitz des Zweckverbandes

(1) Die in der Anlage zu dieser Verbandssatzung aufgeführten Kirchengemeinden, Dekanate und kirchlichen Einrichtungen bil-

den einen Kirchlichen Zweckverband — Evangelisches Rentamt Bad Homburg — mit Sitz in Bad Homburg v. d. Höhe.

(2) Der Zweckverband führt den Namen:

„Kirchlicher Zweckverband — Evangelisches Rentamt Bad Homburg".

(3) Die Geschäftsstelle des Zweckverbandes führt die Bezeichnung:

„Evangelisches Rentamt Bad Homburg".

(4) Der Zweckverband führt ein Dienstsiegel mit der Bezeichnung:

„Evangelisches Rentamt Bad Homburg
Kirchlicher Zweckverband".

(5) Der Kirchliche Zweckverband Evangelisches Rentamt Bad Homburg ist eine Körperschaft des öffentlichen Rechts i. S. des Art. 140 des Grundgesetzes der Bundesrepublik Deutschland i. V. m. Art. 137 der Weimarer Reichsverfassung.

§ 2

Beitritt zum Zweckverband

(1) Dem Zweckverband können weitere Kirchengemeinden und Dekanate beitreten. Auch sonstigen selbständigen kirchlichen Einrichtungen steht der Beitritt zur Wahrnehmung ihrer Kassen- und Rechnungsführung offen

Der Beitrittsbeschluß des Kirchenvorstandes, des Dekanatssynodalvorstandes oder des sonstigen Vertretungsorgans einer kirchlichen Einrichtung bedarf der Zustimmung des Zweckverbandes und der Genehmigung durch die Kirchenleitung, ohne daß es einer Änderung der Verbandssatzung bedarf.

(2) Der Beitritt ist, von besonders dringenden Fällen abgesehen, jeweils nur zu Beginn eines Haushaltsjahres möglich. Die Erklärung über den Beitritt zum Zweckverband muß spätestens drei Monate vor Beginn des neuen Haushaltsjahres abgegeben werden.

(3) Werden Kirchengemeinden oder Dekanate, die dem Zweckverband angehören, durch Beschluß der Kirchenleitung geteilt, so werden sie, wenn nicht die Kirchenleitung etwas anderes beschließt, mit dem Vollzug der Teilung Mitglied des Zweckverbandes, ohne daß es eines Beitrittes bedarf.

(4) Werden Kirchengemeinden oder Dekanate, von denen eines dem Zweckverband angehört, zusammengelegt, so werden die neu gebildeten Kirchengemeinden und Dekanate Mitglieder des Zweckverbandes. Gehörten die zusammengelegten Kirchengemeinden und Dekanate bisher jeweils verschiedenen Zweckverbänden an, so entscheidet die Kirchenleitung nach Anhörung der Beteiligten, welchem Zweckverband die neu gebildeten Kirchengemeinden und Dekanate zukünftig angehören werden.

§ 3

Aufgaben

(1) Die Aufgaben des Zweckverbandes sind:

1. Die Besorgung aller mit Kassen- und Rechnungsführung verbundenen Geschäfte im Rahmen des hierfür geltenden Rechts und der kirchenaufsichtlichen Anordnung sowie der Geschäftsanweisung für das Rentamt.
2. Die Durchführung der Ortskirchensteuerveranlagung nach den Beschlüssen der Kirchenvorstände der angeschlossenen Kirchengemeinden. Dazu gehören insbesondere:
   a) die Beschaffung des Veranlagungsmaterials,
   b) die unterschriftsreife Aufstellung der Heberegister,
   c) die Zustellung der Kirchensteuerbescheide in der ortsüblichen oder zweckmäßigsten Weise,
   d) die laufende Ermittlung der Zu- und Abgänge an Kirchensteuerpflichtigen, ihre Erfassung und Wahrung in den Steuerlisten oder der Kartei.
3. Die Bearbeitung von Einsprüchen, Erlaß- und Ermäßigungsanträgen in Ortskirchensteuerangelegenheiten sowie die Benachrichtigung des Steuerpflichtigen nach ergangener Entscheidung.

   Das Rentamt hat die Entscheidung über Einsprüche sowie über Anträge auf Erlaß oder Ermäßigung aus Billigkeitsgründen vorzubereiten. Einsprüche auf Grund irrtümlicher Veranlagung oder nachweislich veränderter Veranlagungsgrundlagen kann das Rentamt selbst erledigen.
4. Die Durchführung des Mahnverfahrens und die Einleitung des Beitreibungsverfahrens; das Mahnverfahren setzt sofort nach Ablauf der allgemeinen Fälligkeitstermine, das Beitreibungsverfahren nach fruchtlosem Ablauf der Mahnfristen ein, falls der Kirchenvorstand der Beitreibung zustimmt.
5. Die Mitwirkung bei der Aufstellung der Haushaltspläne einschließlich derjenigen für die Kindergärten und Diakoniestationen sowie sonstiger der Verwaltung des Kirchenvorstandes, Dekanatssynodalvorstandes oder sonstigen Vertretungsorgans unterstehender Sondervermögen; das Rentamt hat die Aufstellung der Haushaltspläne vorzubereiten sowie die Auflagen der Kirchenleitung bei Genehmigung der Haushaltspläne auszuführen.
6. Die Ermittlung der Unterlagen für den Haushaltsbeschluß sowie die Vorbereitung des Beschlusses selbst.
7. Die rechtzeitige Aufstellung der Jahresrechnung und ihre Abgabe an die Kirchenvorstände, Dekanatssynodalvorstände und Vertretungsorgane kirchlicher Einrichtungen, damit sie nach Vorprüfung termingerecht dem Rechnungsprüfungsamt zur Prüfung eingereicht werden können, die Erledigung ergehender Prüfungsbemerkungen sowie der Auflagen in den Prüfungsbescheiden, soweit dies nicht durch die örtlichen Kirchenvorstände zu geschehen hat.
8. Die Berechnung der Vergütung sowie die Abwicklung der Steuerabzüge und Sozialversicherungsangelegenheiten; soweit die Abwicklung über elektronische Datenverarbeitung erfolgt, ist das Rentamt für die rechtzeitige und vollständige Erfassung und Änderung der Daten sowie deren Weitergabe an die Kirchenverwaltung (Zentrale Gehaltsabrechnungsstelle) verantwortlich. Voraussetzung hierfür ist der rechtzeitige und vollständige Eingang der Daten von den angeschlossenen Einrichtungen.
9. Die Gewährung von Rat und Hilfe in allen sonstigen Vermögensangelegenheiten der dem Rentamt angeschlossenen Kirchengemeinden, Dekanate und kirchlichen Einrichtungen; hierzu gehört auch die Vorbereitung von Dienst-, Miet-, Pacht- oder sonstigen Verträgen.
10. Die Erteilung der rechnerischen und sachlichen Feststellungsbescheinigungen zu den Rechnungsbelegen, soweit dies nicht in die Zuständigkeit des örtlichen Kirchenvorstandes sowie des Dekanatssynodalvorstandes oder der Vertretungsorgane kirchlicher Einrichtungen oder ihrer Vorsitzenden gehört. Der Feststellungsbeamte darf nicht der Verwalter der Kasse sein. Die notwendige Bescheinigung ist insbesondere dann vom Rentamt zu erteilen, wenn den angewiesenen Einnahmen oder Ausgaben Berechnungen des Rentamts zugrunde liegen oder das Rentamt auf Grund hinreichender eigener Kenntnis der Sache dazu in der Lage ist. Die Feststellungsbescheinigung kann auch derart vollzogen werden, daß die ordnungsgemäße Lieferung oder Leistung von den örtlichen, dafür zuständigen Personen vollzogen, während die rechnerische Prüfung vom Rentamt bescheinigt wird. Hiervon ausgenommen ist jedoch die fachtechnische Richtigkeitsbescheinigung bei Bau- und Reparaturrechnungen. Diese Bescheinigungen sind von einem Bausachverständigen der in Frage kommenden Einrichtung zu erteilen.
11. Die Aufstellung des Entwurfs des Haushaltsplans für den Rentamtsfonds und die Aufstellung des Lastenverteilungsplans nach den Weisungen des Verbandsvorstandes (Rentamtsvorstandes).
12. Die vierteljährliche Einsendung von Auszügen aus den Monats- und Vierteljahresabschlüssen für die Kirchengemeinden, Dekanate und sonstigen kirchlichen Einrichtungen sowie das Rentamt an das Rechnungsprüfungsamt.

(2) Weitere Aufgaben können dem Zweckverband durch Vereinbarung mit Kirchengemeinden, kirchlichen Verbänden und Dekanaten übertragen werden.

(3) Das Rentamt ist gehalten, die unter Abs. 1 Ziff. 2 bis 4 genannten Aufgaben einheitlich durchzuführen. Besondere Weisungen der Kirchenvorstände, Dekanatssynodalvorstände und Vertretungsorgane der kirchlichen Einrichtungen, die in den örtlichen Verhältnissen begründet sind und den geordneten Arbeitsablauf nicht beeinträchtigen, sind zu berücksichtigen.

(4) Die Zuständigkeit für die Erteilung der Annahme- und Auszahlungsanordnungen erfährt keine Änderung.

§ 4

Rechtsstellung der Kirchengemeinden und Dekanate

(1) Die im Rahmen des geltenden Rechts gewährleistete Selbständigkeit der Kirchengemeinden und Dekanate und sonstiger angeschlossener kirchlicher Einrichtungen wird durch den Beitritt zum Zweckverband im übrigen nicht berührt. Für die über die Kassentätigkeit hinausgehende Tätigkeit des Rentamts behält der Kirchenvorstand, der Dekanatssynodalvorstand oder das Vertretungsorgan der kirchlichen Einrichtung die volle Verantwortung.

(2) Die Vertreter der angeschlossenen Kirchengemeinden, Dekanate und kirchlichen Einrichtungen sind berechtigt, in die sie betreffenden Unterlagen beim Rentamt Einsicht zu nehmen. Die Vertretungsorgane der angeschlossenen Kirchengemeinden, Dekanate und kirchlichen Einrichtungen sind verpflichtet, die erforder-

lichen Informationen zu geben, Auskünfte zu erteilen und Unterlagen zur Verfügung zu stellen.

§ 5

Organe des Zweckverbandes

Die Organe des Zweckverbandes sind die Verbandsvertretung (Rentamtsausschuß) und der Verbandsvorstand (Rentamtsvorstand).

II. Abschn.: Die Verbandsvertretung (Rentamtsausschuß)

§ 6

Zusammensetzung der Verbandsvertretung (Rentamtsausschuß)

(1) Die Verbandsvertretung (Rentamtsausschuß) besteht aus 11 Mitgliedern.

(2) Der Verbandsvertretung (Rentamtsausschuß) gehören an:

a) die Dekane der evangelischen Dekanate Bad Homburg und Usingen oder im Verhinderungsfall deren Stellvertreter,

b) neun von den Kirchenvorständen der Mitgliedskirchengemeinden gewählte Mitglieder, die den Kirchenvorständen der Mitgliedsgemeinden angehören müssen.

(3) Für jedes Mitglied nach Abs. 2 Buchst. b ist ein persönliches Ersatzmitglied zu wählen. Scheidet ein Mitglied aus der Verbandsvertretung aus, so ist an seiner Stelle für den Rest der Amtsperiode ein neues Mitglied zu wählen.

(4) Die Wahl der Mitglieder der Verbandsvertretung (Rentamtsausschuß) nach Abs. 2 Buchst. b und der Ersatzmitglieder nach Abs. 3 erfolgt in einer Versammlung der Vertreter der Mitgliedskirchengemeinden, zu der jede Mitgliedsgemeinde für je eine Pfarrstelle zwei Vertreter entsendet. Bei der Wahl der Mitglieder der Verbandsvertretung soll darauf geachtet werden, daß Kirchengemeinden jeder Größe in der Verbandsvertretung (Rentamtsausschuß) vertreten sind.

(5) Die Wahlperiode entspricht derjenigen der Kirchenvorstände. Die Mitglieder der Verbandsvertretung führen ihr Amt nach Ablauf der Wahlperiode bis zur Konstituierung der neugebildeten Verbandsvertretung fort. Wiederwahl ist zulässig.

(6) Die Verbandsvertretung (Rentamtsausschuß) gibt sich eine Geschäftsordnung.

§ 7

Vorsitz in der Verbandsvertretung (Rentamtsausschuß)

(1) Die konstituierende Sitzung der Verbandsvertretung (Rentamtsausschuß) wird von dem lebensältesten Mitglied der Verbandsvertretung einberufen und bis zur Wahl des Vorsitzenden (§ 7 Abs. 2) geleitet.

(2) Der Vorsitzende der Verbandsvertretung und sein Stellvertreter werden aus der Mitte der Verbandsvertretung gewählt. Wiederwahl ist zulässig. Die Amtszeit entspricht der Wahlperiode der Kirchenvorstände.

(3) Die Aufgaben des Vorsitzenden sind insbesondere die Einberufung und Leitung der Sitzungen der Verbandsvertretung und die Vorbereitung der in § 9 beschriebenen Aufgaben.

§ 8

Einberufung der Verbandsvertretung (Rentamtsausschuß)

(1) Die Verbandsvertretung (Rentamtsausschuß) tritt jährlich mindestens einmal zu einer ordentlichen Sitzung zusammen.

(2) Die Verbandsvertretung tritt erstmals innerhalb eines Monats nach ihrer Bildung zusammen. Die Sitzung wird von dem lebensältesten Mitglied der Verbandsvertretung einberufen und bis zur Wahl des Vorsitzenden (§ 7 Abs. 2) geleitet.

(3) Der Vorsitzende lädt die Mitglieder unter Angabe der Tagesordnung mindestens 14 Tage vor dem Sitzungstermin schriftlich ein.

(4) Zu außerordentlichen Sitzungen beruft der Vorsitzende erforderlichenfalls unter Kürzung der Einladungsfrist ein oder wenn der Verbandsvorstand (Rentamtsvorstand) oder mindestens die Hälfte der Mitglieder der Verbandsvertretung es beantragt haben.

(5) Die Verbandsvertretung ist beschlußfähig, wenn mehr als die Hälfte ihrer satzungsmäßigen Mitglieder sowie der Vorsitzende oder sein Stellvertreter anwesend sind. Sie faßt ihre Beschlüsse mit der Mehrheit der Stimmen der Anwesenden, soweit nicht durch Kirchengesetz oder diese Verbandssatzung anderes vorgeschrieben ist.

(6) Die Sitzungen der Verbandsvertretung sind nicht öffentlich.

(7) Über die in der Sitzung der Verbandsvertretung gestellten Anträge und getroffenen Beschlüsse ist eine Niederschrift aufzunehmen, die vom Vorsitzenden und dem Protokollführer zu unterschreiben ist. Die Niederschrift wird den Mitgliedern zugestellt und gilt von diesen genehmigt, wenn innerhalb eines Monats nach Absendung kein Einspruch gegen die Niederschrift erfolgt.

(8) Soweit sich aus den vorstehenden Bestimmungen nichts anderes ergibt, gelten im übrigen für die Geschäftsordnung §§ 35 bis 43 der Kirchengemeindeordnung.

§ 9

Aufgaben der Verbandsvertretung (Rentamtsausschuß)

(1) Die Verbandsvertretung (Rentamtsausschuß) hat folgende Aufgaben:

a) die Wahl des Vorsitzenden der Verbandsvertretung und seines Stellvertreters,

b) die Feststellung des Haushaltsplanes für den Zweckverband,

c) die Festsetzung der von den angeschlossenen Kirchengemeinden, Dekanaten und kirchlichen Einrichtungen aufzubringenden Kostenbeiträge (Haushaltsbeschluß),

d) die Aufstellung des Stellenplans des Zweckverbandes,

e) die Einstellung, Höhergruppierung und Entlassung des Rentamtsleiters auf Vorschlag des Verbandsvorstandes (Rentamtsvorstandes),

f) die Beschlußfassung über Erwerb, Veräußerung und dingliche Belastung von Grundeigentum sowie die Aufnahme von Darlehen,

g) die Prüfung und Abnahme der Rechnung des Zweckverbandes und die Entlastung des Verbandsvorstandes (Rentamtsvorstandes),

h) die allgemeine Aufsicht über die Geschäftsführung des Verbandsvorstandes einschließlich des Verlangens auf Erteilung von Auskünften und auf Anfertigung von Vorlagen durch den Verbandsvorstand,

i) den Erlaß der Geschäftsanweisung für das Rentamt,

k) die Beschlußfassung über Änderungen der Verbandssatzung und den Erlaß von Satzungen für Einrichtungen des Zweckverbandes.

(2) Auf die Beschlüsse der Verbandsvertretung finden die §§ 29 und 29 a der Kirchengemeindeordnung sinngemäß Anwendung. Im übrigen gelten die Bestimmungen über die Vermögensverwaltung, das Haushalts-, Kassen- und Rechnungswesen der Evangelischen Kirche in Hessen und Nassau entsprechend.

III. Abschn.: Der Verbandsvorstand (Rentamtsvorstand)

§ 10

Zusammensetzung des Verbandsvorstandes (Rentamtsvorstandes)

(1) Die Verbandsvertretung (Rentamtsausschuß) wählt aus ihrer Mitte für die Dauer ihrer Amtszeit einen aus fünf Mitgliedern bestehenden Verbandsvorstand (Rentamtsvorstand) sowie aus diesem den Vorsitzenden des Verbandsvorstandes und seinen Stellvertreter. Die Zahl der Pfarrer im Verbandsvorstand soll die Zahl der übrigen Mitglieder nicht übersteigen.

(2) Scheidet ein Mitglied aus dem Verbandsvorstand aus, so ist für den Rest der Amtsperiode ein neues Mitglied zu wählen.

(3) Die Mitglieder des Verbandsvorstandes führen ihr Amt nach Ablauf der Wahlperiode bis zur Neuwahl des gesamten Vorstandes durch die neu gebildete Verbandsvertretung fort.

(4) Die Sitzungen des Verbandsvorstandes sind nicht öffentlich. Sachkundige Personen können zu den Sitzungen und zu einzelnen Punkten der Tagesordnung mit beratender Stimme hinzugezogen werden.

§ 11

Aufgaben des Verbandsvorstandes (Rentamtsvorstandes)

(1) Der Verbandsvorstand (Rentamtsvorstand) ist für alle Angelegenheiten des Zweckverbandes zuständig, für die nicht die Zuständigkeit der Verbandsvertretung (Rentamtsausschuß) begründet ist, insbesondere für die Geschäftsführung des Zweckverbandes.

Der Verbandsvorstand ist Dienstvorgesetzter der vom Zweckverband eingestellten Mitarbeiter.

(2) Der Verbandsvorstand (Rentamtsvorstand) hat insbesondere die folgenden Aufgaben:

a) Die Ausführung der Beschlüsse der Verbandsvertretung (Rentamtsausschuß),

b) die rechtsgeschäftliche Vertretung der dem Zweckverband angeschlossenen Kirchengemeinden, Dekanate und sonstigen kirchlichen Einrichtungen in den Angelegenheiten des Zweckverbandes,

c) die Verwaltung des Vermögens des Zweckverbandes,

d) die Einstellung, Höhergruppierung und Entlassung der Bediensteten des Zweckverbandes, mit Ausnahme des Rentamtsleiters,

e) die Erteilung der zur Durchführung der Aufgaben des Rentamtes notwendigen Anordnungen und die Aufsicht über die Geschäftsführung des Rentamtes,

f) die Vorprüfung der Jahresrechnungen des Zweckverbandes,

g) die Vornahme von unvermuteten Kassenprüfungen;
der Verbandsvorstand (Rentamtsvorstand) kann die Vornahme von Kassenprüfungen seinem Vorsitzenden oder einem seiner Mitglieder übertragen; insoweit sind die Kirchenvorstände, Dekanate und kirchlichen Einrichtungen von der Kassenaufsicht entbunden,

h) die Unterrichtung der Vertretungsorgane der angeschlossenen Kirchengemeinden, Dekanate und kirchlichen Einrichtungen über die Tätigkeit des Rentamtes, die Entgegennahme von Wünschen und Anregungen sowie die Erledigung von Beschwerden,

i) den Erlaß einer Dienstanweisung für die Bediensteten des Rentamtes,

k) die Überwachung der Haushaltsführung.

(3) Der Verbandsvorstand (Rentamtsvorstand) vertritt den Zweckverband im Rechtsverkehr. Erklärungen des Verbandsvorstandes im Rechtsverkehr werden durch den Vorsitzenden oder seinen Stellvertreter, jeweils gemeinsam mit einem weiteren Mitglied des Verbandsvorstandes, abgegeben.

(4) Urkunden über Rechtsgeschäfte, durch die der Zweckverband gegenüber Dritten verpflichtet wird, sowie Vollmachten, bedürfen der Unterzeichnung durch den Vorsitzenden des Verbandsvorstandes oder seinen Stellvertreter sowie der Unterschrift eines weiteren Mitgliedes des Verbandsvorstandes. Urkunden und Vollmachten sind mit dem Dienstsiegel des Zweckverbandes zu versehen; dies gilt nicht bei gerichtlichen oder notariellen Beurkundungen.

(5) Auf Beschlüsse des Verbandsvorstandes finden die §§ 29 und 29 a der Kirchengemeindeordnung sinngemäß Anwendung.

(6) Die Anordnungsbefugnis liegt bei dem Vorsitzenden des Verbandsvorstandes, bei seiner Verhinderung bzw. Zahlungen an ihn selbst bei seinem Stellvertreter.

IV. Abschn.: Das Evangelische Rentamt

§ 12
Geschäftsstelle

(1) Zur Erfüllung der Aufgaben des Kirchlichen Zweckverbandes Evangelisches Rentamt Bad Homburg ist eine Verwaltungsdienststelle (Evangelisches Rentamt) zu unterhalten; sie unterliegt der Dienstaufsicht des Verbandsvorstandes.

(2) Das Personal besteht aus dem Rentamtsleiter, seinem Stellvertreter und den im Stellenplan vorgesehenen Mitarbeitern;

es untersteht der Dienstaufsicht des Verbandsvorstandes.

(3) Vorgesetzter des Rentamtspersonals ist der Rentamtsleiter. Vorgesetzter des Rentamtsleiters ist der Vorsitzende des Verbandsvorstandes (Rentamtsvorstandes).

(4) Der Rentamtsleiter wird von der Verbandsvertretung (Rentamtsausschuß) bestellt. Die weiteren Mitarbeiter werden vom Verbandsvorstand (Rentamtsvorstand) eingestellt.

(5) Der Rentamtsleiter nimmt an den Sitzungen der Verbandsvertretung (Rentamtsausschuß) mit beratender Stimme und an den Sitzungen des Verbandsvorstandes (Rentamtsvorstandes) mit Stimmrecht teil.

V. Abschn.: Finanzwesen und Vermögen

§ 13
Vermögen des Zweckverbandes

(1) Die Bildung von Vermögenswerten ist nur insoweit zulässig, als dies für den Geschäftsbetrieb notwendig oder zweckmäßig ist.

(2) Im Falle der Auflösung fällt das Vermögen des Zweckverbandes an die angeschlossenen Kirchengemeinden und Dekanate. Als Maßstab für die Aufteilung des Vermögens sowie der Verbindlichkeiten gelten die im Durchschnitt der letzten drei Jahre geleisteten Kostenbeiträge. Nach § 2 Abs. 1 angeschlossene kirchliche Einrichtungen haben bei ihrem Ausscheiden oder bei Auflösung des Zweckverbandes keinen Anspruch auf Abfindung aus dem Vermögen des Zweckverbandes.

§ 14
Eigenmittel des Zweckverbandes

(1) Die zur Erfüllung der Aufgaben des Zweckverbandes anfallenden Einnahmen und zu bestreitenden Ausgaben werden besonders verwaltet.

(2) Zu den Eigenmitteln gehören die Kostenanteile der angeschlossenen Kirchengemeinden, Dekanate und kirchlichen Einrichtungen sowie alle dem Rentamt selbst zufließenden Mittel.

(3) Aus den Eigenmitteln sind alle persönlichen und sachlichen Kosten des Zweckverbandes zu bestreiten, soweit sie nicht einer der angeschlossenen Kirchengemeinden, Dekanate oder kirchlichen Einrichtungen zur Last fallen.

§ 15
Rechnungsprüfung

Bis spätestens zum 15. Mai jeden Jahres hat der Zweckverband über seine eigenen Einnahmen und Ausgaben für das abgelaufene Haushaltsjahr Rechnung zu legen. Nach Vorprüfung durch den Verbandsvorstand (Rentamtsvorstand) bedarf die Rechnung der Prüfung und Abnahme durch die Verbandsvertretung (Rentamtsausschuß). Sodann ist sie von dieser an das Rechnungsprüfungsamt der Evangelischen Kirche in Hessen und Nassau zur Prüfung einzureichen. Für die Erledigung von Prüfungsbemerkungen und Auflagen im Prüfungsbescheid des Rechnungsprüfungsamtes sowie die Erteilung der Entlastung gelten die für die Kirchengemeinden geltenden Vorschriften entsprechend.

VI. Abschn.: Steuerliche Bestimmungen

§ 16
Selbstlosigkeit

(1) Mittel des Zweckverbandes dürfen nur für satzungsgemäße Zwecke verwendet werden. Die Mitglieder dürfen in ihrer Eigenschaft als Mitglieder keine Zuwendungen aus Mitteln des Zweckverbandes erhalten.

(2) Der Zweckverband darf keine Personen durch Ausgaben, die seinem Zweck fremd sind, oder durch unverhältnismäßig hohe Vergütungen begünstigen.

VII. Abschn.: Veränderungen der Mitgliedschaft

§ 17
Austritt von Mitgliedern

(1) Mitglieder des Zweckverbandes können nur aus wichtigen Gründen durch Beschluß ihrer Vertretungsorgane zum jeweiligen Ende des Haushaltsjahres mit einer Frist von einem halben Jahr ausscheiden. Der Austritt kann frühestens nach fünfjähriger Mitgliedschaft im Zweckverband erklärt werden.

(2) Der Austritt eines Mitgliedes bedarf der Zustimmung von 2/3 der Stimmen der satzungsgemäßen Mitglieder der Verbandsvertretung und der Genehmigung durch die Kirchenleitung.

(3) Scheidet ein Mitglied aus dem Zweckverband aus, so scheidet gleichzeitig ein aus ihm bestelltes Mitglied der Verbandsvertretung und des Verbandsvorstandes aus diesem aus.

VIII. Abschn.: Schlußbestimmungen

§ 18
Bekanntmachungen

Die Bekanntmachungen des kirchlichen Zweckverbandes Evangelisches Rentamt Bad Homburg erfolgen durch Rundschreiben an die angeschlossenen Kirchengemeinden, Dekanate und sonstigen kirchlichen Einrichtungen.

§ 19
Satzungsänderungen

(1) Die Verbandsvertretung (Rentamtsausschuß) kann die Verbandssatzung mit einer Mehrheit von 2/3 der Stimmen ihrer satzungsgemäßen Mitglieder ändern. Die Änderung bedarf der Genehmigung durch die Kirchenleitung und der Anerkennung durch die Kirchensynode gemäß Art. 68 Abs. 1 der Kirchenordnung.

(2) Für Veränderungen der Bestimmungen der Verbandssatzung über die Aufgaben des kirchlichen Zweckverbandes, die Verfassung und Verwaltung des kirchlichen Zweckverbandes, insbesondere die Zuständigkeit der Verbandsorgane, die Sitz- und Stimmverteilung in den Verbandsorganen und die Amtszeit ihrer Mitglieder, die Bestellung der Mitglieder des Verbandsvorstandes sowie die Befugnisse des Vorsitzenden des Verbandsvorstandes bedarf es einer Mehrheit von 3/4 der Stimmen der satzungsgemäßen Mitglieder der Verbandsvertretung.

§ 20
Inkrafttreten

Diese Verbandssatzung tritt mit Wirkung vom 1. Januar 1981 in Kraft. Sie bedarf der Genehmigung durch die Kirchenleitung und der Anerkennung durch die Kirchensynode der Evangelischen Kirche in Hessen und Nassau. Zum selben Zeitpunkt tritt die Satzung vom 26. April 1973 außer Kraft.

Anlage

Dem Kirchlichen Zweckverband Evangelisches Rentamt Bad Homburg gehören die Evangelischen Kirchengemeinden, Evangelischen Dekanate und kirchlichen Einrichtungen an:

A) **Kirchengemeinden**

Dekanat Bad Homburg

1. Christuskirchengemeinde Bad Homburg
2. Erlöserkirchengemeinde Bad Homburg
3. Gedächtniskirchengemeinde Bad Homburg
4. Gonzenheim
5. Burgholzhausen
6. Dornholzhausen
7. Friedrichsdorf
8. Köppern
9. Obereschbach
10. Oberstedten
11. Oberursel
12. Seulberg
13. Steinbach
14. Stierstadt-Weißkirchen

Dekanat Usingen

1. Anspach
2. Arnoldshain
3. Eschbach
4. Hausen-Arnsbach
5. Lauken
6. Merzhausen
7. Rod am Berg
8. Usingen
9. Wehrheim
10. Weilnau
11. Westerfeld

B) **Dekanate**

1. Bad Homburg
2. Usingen

C) **Kirchliche Einrichtungen**

1. Kirchliche Gemeinschaftsstelle für EDV e. V. Ffm
2. Kleinkinderschulstiftung Friedrichsdorf
3. Zentralstation Bad Homburg

Vorstehende Verbandssatzung wird hiermit bekanntgemacht.

Wiesbaden, 11. November 1986

Der Hessische Kultusminister
I B 4.1 — 881/0/02 — 40
StAnz. 48/1986 S. 2273

1161 DER HESSISCHE MINISTER FÜR WIRTSCHAFT UND TECHNIK

An das/die
Hessische Landesamt für Straßenbau, Wiesbaden
Hessische Landesvermessungsamt, Wiesbaden
Staatliche Technische Überwachung Hessen
— Hauptverwaltung —, Darmstadt

Befugnis zur Feststellung der sachlichen Richtigkeit;

h i e r : Ausnahmen von der Regelung in VV-Nr. 13.1.3 zu § 70 LHO

B e z u g : Meine Erlasse vom
19. Juli 1976 (StAnz. 1976 S. 1429) und
18. Juli 1985 (n. v.)

Auf Grund der den obersten Landesbehörden erteilten Ermächtigung (Erlaß des Ministers der Finanzen vom 13. Oktober 1986 — StAnz. S. 2036 —) übertrage ich Ihnen mit Wirkung vom 1. Januar 1987 erneut die Befugnis, geeigneten Beamten des mittleren Dienstes sowie vergleichbaren Angestellten die Befugnis zur Feststellung der sachlichen Richtigkeit zuzuerkennen.

Von dieser Ermächtigung bitte ich nur in besonders zwingenden Fällen Gebrauch zu machen.

Der vorstehend genannte Erlaß des Ministers der Finanzen vom 13. Oktober 1986 ist zu beachten. Jeweils eine Ausfertigung Ihrer Verfügung bitte ich, Ihrer Vorprüfungsstelle zu übersenden.

Wiesbaden, 5. November 1986

Der Hessische Minister
für Wirtschaft und Technik
I c 2 — 16 k — 10 — 01
— Gült.-Verz. 4314 —
StAnz. 48/1986 S. 2277

1162

Abstufung einer Teilstrecke der Kreisstraße 96 zur Gemeindestraße in der Ortslage Allendorf der Stadt Frankenau, Landkreis Waldeck-Frankenberg, Regierungsbezirk Kassel

Nach Verkehrsübergabe einer Neubaustrecke der Kreisstraße 96 hat die in der Ortslage Allendorf der Stadt Frankenau im Landkreis Waldeck-Frankenberg, Regierungsbezirk Kassel, gelegene bisherige Teilstrecke der Kreisstraße 96

von km 0,802 alt (bei km 0,801 der K 96 neu)
bis km 0,993 alt (an der L 3332) = 0,191 km

die Verkehrsbedeutung einer Kreisstraße verloren und wird mit Wirkung vom 1. Dezember 1986 in die Gruppe der Gemeindestraßen abgestuft (§ 3 Abs. 1 und § 5 Abs. 1 des Hessischen Straßengesetzes [HStrG] vom 9. Oktober 1962 — GVBl. I S. 437 —).

Die Straßenbaulast an Straßenteilen der abgestuften Strecke, für die die Stadt gemäß § 41 Abs. 4 HStrG nicht bereits Träger der Straßenbaulast war, geht zum selben Zeitpunkt auf die Stadt Frankenau über (§ 43 HStrG).

Rechtsbehelfsbelehrung

Gegen die vorstehend genannte Entscheidung kann innerhalb eines Monats nach Bekanntgabe Anfechtungsklage beim Verwaltungsgericht in Kassel, Brüder-Grimm-Platz 3, erhoben werden. Die Klage ist beim Gericht schriftlich zu erheben. Sie kann auch zur Niederschrift des Urkundsbeamten der Geschäftsstelle erhoben werden.

Die Klage muß den Kläger, den Beklagten (das ist das Land Hessen, vertreten durch den Minister für Wirtschaft und Technik) und den Streitgegenstand bezeichnen. Sie soll einen bestimmten Antrag enthalten. Die zur Begründung dienenden Tatsachen und Beweismittel sollen angegeben werden.

Wiesbaden, 10. November 1986

Der Hessische Minister
für Wirtschaft und Technik
III c 22 — 63 a 30
StAnz. 48/1986 S. 2277

1163

Kostentragung bei militärischen Infrastrukturforderungen an Straßen

B e z u g : Erlaß vom 31. Dezember 1981 (StAnz. 1982 S. 334)

Zur Vermeidung von Auslegungsschwierigkeiten wird in den mit meinem o. a. Erlaß bekanntgegebenen „Kostengrundsätzen für Infrastrukturmaßnahmen an Straßen" der zweite Satz der Ziff. 6 Abs. 2 ersatzlos gestrichen.

Wiesbaden, 5. November 1986

Der Hessische Minister
für Wirtschaft und Technik
III c 5 — 63 a 16.53
— Gült.-Verz. 60 —
StAnz. 48/1986 S. 2277

1164

DER HESSISCHE MINISTER FÜR UMWELT UND ENERGIE

Unfallverhütung bei wasserwirtschaftlichen Maßnahmen und Anlagen sowie bei abfalltechnischen Anlagen

Bezug: Erlaß vom 9. August 1976 — (StAnz. S. 1576)

Bereits bei der Planung, Prüfung und Zulassung wasserwirtschaftlicher Maßnahmen und Anlagen sowie abfalltechnischer Anlagen bitte ich sicherzustellen, daß die Unfallverhütungsvorschriften berücksichtigt werden.

In den Bescheiden bitte ich zur Auflage zu machen, daß

1. die einschlägigen Unfallverhütungsvorschriften bei Bau und Betrieb zu beachten sind,
2. erforderlichenfalls der zuständige gesetzliche Unfallversicherungsträger,

2.1 bei Wasserwerksanlagen die Berufsgenossenschaft der Gas- und Wasserwerke, 4000 Düsseldorf, Postfach 17 20,

2.2 bei Anlagen der kommunalen Gebietskörperschaften (z. B. Kläranlagen, Pumpwerke, Gewässerbaumaßnahmen, Abfallbeseitigungsanlagen) der Hessische Gemeindeunfallversicherungsverband, 6000 Frankfurt am Main, Bockenheimer Anlage 37, und

2.3 bei gewerblichen Anlagen jeweils die fachlich zuständige Berufsgenossenschaft

zur sicherheitstechnischen Beratung hinzuzuziehen ist.

Mein Erlaß vom 9. August 1976 wird hiermit aufgehoben.

Wiesbaden, 4. November 1986

Der Hessische Minister
für Umwelt und Energie
III C 1 — 79 e 02.01
— Gült.-Verz. 85 — 89 — 932 —
StAnz. 48/1986 S. 2278

1165

DER HESSISCHE SOZIALMINISTER

Hilfen in besonderen Lebenslagen nach § 27 d BVG;

hier: Übernahme von Taxikosten

Bezug: Mein Erlaß vom 13. Mai 1981 (StAnz. S. 1212)

Mit fortschreitendem Alter sind Beschädigte vermehrt außerstande, ein eigenes Kraftfahrzeug zu halten, obwohl sie auf Grund ihrer Behinderung auf die Benutzung eines Kraftfahrzeuges angewiesen sind und die Voraussetzungen für eine Hilfe nach § 28 Abs. 1 Nr. 2 KFürsV oder für eine entsprechende Hilfe nach § 27 d Abs. 1 Nr. 6 BVG i. V. m. §§ 39 ff. BSHG erfüllen.

In derartigen Fällen besteht Anspruch auf Erstattung der Taxikosten, wenn bei Vorliegen der sonstigen Voraussetzungen der Beschädigte zur Teilnahme am Leben in der Gemeinschaft auf die Beförderung durch ein Taxi oder ein anderes Verkehrsmittel angewiesen ist. Die Übernahme der Taxikosten tritt somit an die Stelle der Leistung nach § 28 Abs. 1 Nr. 2 KFürsV oder der entsprechenden Hilfe nach § 27 d Abs. 1 Nr. 6 BVG i. V. m. §§ 39 ff. BSHG.

Rechtsgrundlage für die Übernahme von Taxikosten ist § 28 Abs. 1 Nr. 1 KFürsV.

Anläßlich der letzten Länderreferentenbesprechung-KOF am 17. September 1986 ist die vorstehende Angelegenheit nochmals erörtert worden. Entgegen der früheren Auffassung, wonach Taxikosten im Hinblick auf den individuellen Charakter der Leistungen der Kriegsopferfürsorge nicht pauschal abgegolten werden sollten, kamen die Besprechungsteilnehmer nunmehr überein, sowohl aus Gründen einer angemessenen Kostenbegrenzung als auch im Interesse der Verwaltungsvereinfachung und einer bundeseinheitlichen Verwaltungspraxis die Kosten für die Benutzung eines Taxis oder eines anderen Verkehrsmittels durch Gewährung eines angemessenen Pauschbetrages abzugelten, wenn dem Beschädigten die Benutzung eines Kraftfahrzeuges nicht zuzumuten ist.

Ich bitte, als Pauschale ohne besonderen Nachweis einen Betrag bis zur Höhe der Fortbewegungspauschale von derzeit 82,— DM mtl. und darüber hinaus bei entsprechendem Nachweis bis zur Höhe des Zweifachen dieses Betrages zu gewähren.

Mein Erlaß vom 13. Mai 1981 ist damit gegenstandslos geworden.

Wiesbaden, 6. November 1986

Der Hessische Sozialminister
II A 2 b — 51 m 0401 —
StAnz. 48/1986 S. 2278

1166

Meldung zum Dritten Abschnitt der Pharmazeutischen Prüfung im Frühjahr/Sommer 1987

Anträge auf Zulassung zum Dritten Abschnitt der Pharmazeutischen Prüfung sind bis zum

20. März 1987

an das Hessische Landesprüfungsamt für Heilberufe, Hochstraße 31, 6000 Frankfurt am Main 1, zu richten.

Antragsvordruck und Meldebeleg sind bei der genannten Behörde sowie bei der Landesapothekerkammer Hessen erhältlich.

Antragsberechtigt sind Bewerber, die ihre praktische Ausbildung nach §§ 1 und 3 der Approbationsordnung für Apotheker (AAppO) bis etwa 30. September 1987 abschließen werden und zuletzt an einer hessischen Universität Pharmazie studiert haben.

Da es sich um eine Ausschlußfrist handelt, können später eingereichte Anträge nur dann berücksichtigt werden, wenn ein wichtiger Grund für das Fristversäumnis glaubhaft gemacht wird und der Stand des Prüfungsverfahrens eine Teilnahme des Bewerbers noch zuläßt (§ 5 Abs. 2 AAppO).

Dem Antrag sind beizufügen:

1. Zeugnis über das Bestehen des Zweiten Abschnitts der Pharmazeutischen Prüfung (Original),
2. Zeugnis über das Bestehen des Ersten Abschnitts der Pharmazeutischen Prüfung (Ablichtung),
3. Bescheinigung (ggf. vorläufige Bescheinigung) über die praktische Ausbildung entsprechend Anlage 3 zu § 3 Abs. 4 AAppO, in der jeder Unterbrechungszeitraum (also auch Urlaub) vermerkt sein muß,
4. Bescheinigung über die Teilnahme an den begleitenden Unterrichtsveranstaltungen gem. § 3 Abs. 4 AAppO (Teil I und II),
5. ein Meldebeleg.

Mit dem Antrag können auch Wünsche bezüglich der Prüfungsgruppen angegeben werden.

Frankfurt am Main, 11. November 1986

Hessisches Landesprüfungsamt
für Heilberufe
StAnz. 48/1986 S. 2278

1167

Zulassung einer aseptischen Verpackungsanlage für ultrahocherhitzte Milch

Auf Grund des § 1 a Abs. 2 der Ersten Verordnung zur Ausführung des Milchgesetzes vom 15. Mai 1931 (RGBl. I S. 150), zuletzt geändert durch Verordnung vom 18. April 1975 (BGBl. I S. 967), wird nach Prüfung durch die Prüfstelle für milchwirtschaftliche Maschinen, Apparate, Geräte und Anlagen der Bundesanstalt für Milchforschung in Kiel die nachstehend genannte Verpackungsanlage für ultrahocherhitzte Milch zugelassen:

Verpackungsmaschine Typ Aseptic Brik 8 (AB 8)

Zulassungsnummer: He 6—8

Prüfungskennzeichen: Kiel 6—2

Hersteller: AB Tetra Pak, Lund (S)

Nennausbringmenge: 6000 Packungen/h

bei quaderförmigen Packungen mit 0,5 und 1 l Volumen gemäß Bericht Nr. 645 der Prüfstelle der Bundesanstalt für Milchforschung, Kiel, vom 9. Oktober 1986.

Wiesbaden, 4. November 1986

Der Hessische Sozialminister
VII A 3 — 20 c 12/35
StAnz. 48/1986 S. 2278

1168

Eintragung von Tarifverträgen in das Tarifregister für das Land Hessen

Im Monat Oktober 1986 sind die nachstehend aufgeführten Tarifverträge in das Tarifregister für das Land Hessen eingetragen worden:

1. **Nr. 101/413** — Änderungstarifvertrag Nr. 12 vom 5. 6. 1986 — gültig ab 1. 1. 1986 — zum Tarifvertrag über die Versorgung der Arbeiter in den landwirtschaftlichen Betrieben und in den Weinbaubetrieben der Länder im Bundesgebiet (VersTV-L).
   Tarifvertragsparteien:
   Tarifgemeinschaft deutscher Länder und Gewerkschaft Gartenbau, Land- und Forstwirtschaft, Hauptvorstand, für die Landesbezirke Bayern, Hessen-Rheinland-Pfalz-Saarland, Niedersachsen und Nordrhein-Westfalen.

2. **Nr. 102/213** — Tarifvertrag vom 17. 7. 1986 — gültig ab 1. 7./1. 8./1. 9. 1986 — über die Erhöhung der Löhne für die gewerblichen Arbeitnehmer sowie Vergütungen für Auszubildende.

3. **Nr. 102/214** — Tarifvertrag vom 17. 7. 1986 — gültig ab 1. 7. 1986 — über die Erhöhung der Gehälter für die Angestellten.

4. **Nr. 102/215** — 11. Bundesgehaltstarifvertrag vom 17. 7. 1986 — gültig ab 1. 7. 1986 — für die Angestellten.

5. **Nr. 102/216** — Zusatzabkommen vom 17. 7. 1986 zum Tarifvertrag über Urlaubsgeld für die Arbeitnehmer.

6. **Nr. 102/217** — Tarifvertrag vom 17. 7. 1986 zur Wiederinkraftsetzung des Tarifvertrages über vermögenswirksame Leistungen.

7. **Nr. 102/218** — Tarifvertrag vom 17. 7. 1986 zum Bundesrahmentarifvertrag.

8. **Nr. 102/219** — Änderungstarifvertrag vom 17. 7. 1986 — gültig ab 1. 6. 1986 — zum Tarifvertrag über die Berufsbildung.
   Zu 2. bis 7. betr. Arbeitnehmer des Garten-, Landschafts- und Sportplatzbaues im Bundesgebiet und Berlin (West).
   Zu 2. bis 7. Tarifvertragsparteien:
   Bundesverband Garten-, Landschafts- und Sportplatzbau e. V., Bonn, und Gewerkschaft Gartenbau, Land- und Forstwirtschaft, Kassel-Wilhelmshöhe.

9. **Nr. 201/445** — Änderungstarifvertrag Nr. 5 vom 7. 3. 1986 — gültig ab 1. 3. 1986 — zum Tarifvertrag über die Entlohnung von Holzerntearbeiten nach dem Prämien-Sortentarif (PST) für die Waldarbeiter der gemeindlichen Forstbetriebe und Staatsforste im Lande Hessen.
   Tarifvertragsparteien:
   Tarifgemeinschaft Deutscher Länder und Gewerkschaft Gartenbau, Land- und Forstwirtschaft, Hauptvorstand, für den Landesbezirk Hessen-Rheinland-Pfalz-Saarland.

10. **Nr. 201/446** — Änderungstarifvertrag Nr. 14 vom 5. 6. 1986 — gültig ab 1. 1. 1986 — zum Tarifvertrag über die Versorgung der Waldarbeiter (VersTV-W) der Staatsforste der Länder im Bundesgebiet (mit Ausnahmen).
    Tarifvertragsparteien:
    Tarifgemeinschaft deutscher Länder und Gewerkschaft Gartenbau, Land- und Forstwirtschaft, Hauptvorstand, für die Landesbezirke Baden-Württemberg, Bayern, Hessen-Rheinland-Pfalz-Saarland, Niedersachsen, Nordmark und Nordrhein-Westfalen.

11. **Nr. 201/447** — Lohntarifvertrag Nr. 4 vom 7. 3. 1986 — gültig ab 1. 1./1. 3. 1986 — für die Waldarbeiter.

12. **Nr. 201/448** — Ausbildungsvergütungstarifvertrag Nr. 11 vom 7. 3. 1986 — gültig ab 1. 1. 1986 — für die zum Forstwirt-Auszubildenden.

13. **Nr. 201/449** — Änderungstarifvertrag Nr. 4 vom 5. 6. 1986 — gültig ab 1. 1./1. 3. 1986 — zum Manteltarifvertrag für die Waldarbeiter.

14. **Nr. 201/450** — Tarifvertrag vom 5. 6. 1986 — gültig ab 1. 3. 1986 — über eine allgemeine Zulage an Waldarbeiter.

15. **Nr. 201/451** — Änderungstarifvertrag Nr. 4 vom 5. 6. 1986 — gültig ab 1. 1. 1986 — zum Tarifvertrag über ein Urlaubsgeld für die Waldarbeiter.

16. **Nr. 201/452** — Änderungstarifvertrag Nr. 4 vom 5. 6. 1986 — gültig ab 1. 1. 1986 — zum Tarifvertrag über eine Zuwendung für Waldarbeiter und Auszubildende.
    Zu 11. bis 16. betr. Waldarbeiter und Auszubildende der Staatsforste in den Ländern Baden-Württemberg, Bayern, Hessen, Niedersachsen, Nordrhein-Westfalen, Rheinland-Pfalz, Saarland und Schleswig-Holstein sowie in den Gemeindeforsten Rheinland-Pfalz und Saarland.
    Zu 11. bis 16. Tarifvertragsparteien:
    Tarifgemeinschaft deutscher Länder, Kommunaler Arbeitgeberverband Rheinland-Pfalz sowie Kommunaler Arbeitgeberverband Saar e. V., und Gewerkschaft Gartenbau, Land- und Forstwirtschaft, Hauptvorstand, für die Landesbezirke Baden-Württemberg, Bayern, Hessen-Rheinland-Pfalz-Saarland, Niedersachsen, Nordmark und Nordrhein-Westfalen.

17. **Nr. 402/239** — Lohn- und Gehaltstarifvertrag vom 27. 6. 1986 — gültig ab 1. 5. 1986 — für die gewerblichen Arbeitnehmer und Angestellten des Steinmetz- und Steinbildhauerhandwerks im Lande Hessen.
    Tarifvertragsparteien:
    Landesinnungsverband des Steinmetz- und Steinbildhauerhandwerks Hessen, Frankfurt am Main, und IG Bau-Steine-Erden, Landesverband Hessen, Frankfurt am Main.

18. **Nr. 402/240** — Lohntarifvertrag für die gewerblichen Arbeitnehmer vom 13. 8. 1986 — gültig ab 1. 4. 1986 —.

19. **Nr. 402/241** — Tarifvertrag vom 13. 8. 1986 — gültig ab 1. 4. 1986 — über Vergütungen für Auszubildende.
    Zu 18. und 19. betr. gewerbliche Arbeitnehmer und Auszubildende des Diamantschleifergewerbes im Bundesgebiet.
    Zu 18. und 19. Tarifvertragsparteien:
    Bundesverband der Edelstein- und Diamantindustrie e. V., Sparte Diamanten, und IG Metall, Bezirksleitung Frankfurt am Main.

20. **Nr. 409/489** — Lohntarifvertrag vom 11. 8. 1986 — gültig ab 1. 8. 1986 — für die gewerblichen Arbeitnehmer sowie Vergütungen für Auszubildende.

21. **Nr. 409/490** — Gehaltstarifvertrag vom 11. 8. 1986 — gültig ab 1. 8. 1986 — für die Angestellten sowie Vergütungen für Auszubildende.
    Zu 20. und 21. abgeschlossen mit der IG Chemie-Papier-Keramik, Bezirksleitung Hessen, Frankfurt am Main.
    Zu 20. und 21. betr. Arbeitnehmer in Betrieben, die Hohlglas erzeugen, einschließlich Hüttenveredelung und -verarbeitung im Lande Hessen.

22. **Nr. 409/491** — Lohntarifvertrag vom 30. 7. 1986 — gültig ab 1. 8. 1986 — für die gewerblichen Arbeitnehmer sowie Vergütungen für Auszubildende.

23. **Nr. 409/492** — Gehaltstarifvertrag vom 30. 7. 1986 — gültig ab 1. 9. 1986 — für die Angestellten sowie Vergütungen für Auszubildende.
    Zu 22. und 23. abgeschlossen mit der IG Chemie-Papier-Keramik, Hauptvorstand, Hannover.
    Zu 22. und 23. betr. Arbeitnehmer in Betrieben, die Ampullen und lampengeblasene Verpackungsgläser, Glasapparate, Glasinstrumente einschließlich Thermometer u. a. herstellen, sowie in Betrieben, die Hohlglas und Beleuchtungsglas aller Art veredeln einschließlich Kristall-Lustererzeugung im Bundesgebiet.
    Zu 20. bis 23. Tarifvertragsparteien:
    Verein der Glasindustrie e. V., München, und vorstehend genannte Arbeitnehmerorganisationen.

24. **Nr. 700/2181** — Lohntarifvertrag für die gewerblichen Arbeitnehmer vom 5. 6. 1986 — gültig ab 1. 4. 1986 —.

25. **Nr. 700/2182** — Gehaltstarifvertrag für die Angestellten vom 5. 6. 1986 — gültig ab 1. 4. 1986 —.

Zu 24. und 25. betr. Arbeitnehmer der Firma Werkzeugbau GmbH & Co. KG.

Zu 24. und 25. Tarifvertragsparteien:

Firma Werkzeugbau GmbH & Co. KG, Lohfelden 1 und IG Metall, Bezirksleitung Frankfurt am Main.

26. **Nr. 700/2183** — Manteltarifvertrag vom 18. 8. 1986 — gültig ab 1. 1. 1986 — für die Arbeitnehmer.

27. **Nr. 700/2184** — Tarifvertrag vom 18. 8. 1986 — gültig ab 1. 1. 1985 —, über Löhne und Gehälter für die gewerblichen Arbeitnehmer und Angestellten.

Zu 26. und 27. betr. Arbeitnehmer der Firma A. Rohé, Niederlassung der The Allen Group International Inc. im Bundesgebiet und Land Berlin.

Zu 26. und 27. Tarifvertragsparteien:

Firma A. Rohé, Niederlassung der The Allen Group International Inc., Offenbach am Main, und IG Metall, Bezirksleitung Frankfurt am Main.

28. **Nr. 700/2185** — Tarifvertrag vom 25. 6. 1986 — gültig ab 1. 7. 1986 — über Auslösungssätze und Erschwerniszulagen zum Bundesmontagetarifvertrag.

29. **Nr. 700/2186** — Tarifvertrag vom 25. 6. 1986 zum Bundesmontagetarifvertrag.

Zu 28. und 29. betr. gewerbliche Arbeitnehmer der Eisen-, Metall- und Elektroindustrie einschließlich des Fahrleitungs-, Freileitungs- und Ortsnetzbaues im Bundesgebiet.

Zu 28. und 29. Tarifvertragsparteien:

Verband der Metallindustrie Nordrhein-Westfalens e. V., Verband der Metallindustriellen Niedersachsens e. V., Arbeitgeberverband der hessischen Metallindustrie e. V., Verband der Metallindustrie Baden-Württemberg e. V., Vereinigung der Eisen- und Metallindustrie Rheinland-Rheinhessen e. V., Verband der Metallindustrie von Südwürttemberg-Hohenzollern e. V., Verband der Deutschen Uhrenindustrie e. V., VS-Schwenningen, Arbeitgeberverband der Badischen Eisen- und Metallindustrie e. V., Verband der Pfälzischen Metallindustrie e. V., Verband der Metallindustrie Osnabrück-Emsland e. V., Verband der Eisen- und Metallindustrie des Saarlandes e. V., Arbeitgeberverband der Metallindustrie Hamburg-Schleswig-Holstein e. V., Arbeitgeberverband der Metallindustrie im Unterwesergebiet e. V. (Gruppe Landbetriebe), einschließlich des Verbandes der Metallindustriellen des Nordwestlichen Niedersachsens e. V., und IG Metall, Vorstand.

30. **Nr. 700/2187** — Anerkennungstarifvertrag vom 31. 7. 1986 — gültig ab 1. 4. 1986 — zur Übernahme von Tarifverträgen der Eisen-, Metall- und Elektroindustrie.

31. **Nr. 700/2188** — Lohntarifvertrag vom 31. 7. 1986 — gültig ab 1. 4. 1986 — für die gewerblichen Arbeitnehmer.

32. **Nr. 700/2189** — Gehaltstarifvertrag vom 31. 7. 1986 — gültig ab 1. 4. 1986 — für die Angestellten.

Zu 30. bis 32. betr. Arbeitnehmer der Firma Süddeutsche Feinmechanik GmbH, Wächtersbach.

Zu 30. bis 32. Tarifvertragsparteien:

Firma Süddeutsche Feinmechanik GmbH, Wächtersbach, und IG Metall, Bezirksleitung Frankfurt am Main.

33. **Nr. 700/2190** — Lohntarifvertrag für die gewerblichen Arbeitnehmer vom 4. 6. 1986 — gültig ab 1. 4. 1986 —.

34. **Nr. 700/2191** — Gehaltstarifvertrag für die Angestellten vom 4. 6. 1986 — gültig ab 1. 4. 1986 —.

35. **Nr. 700/2192** — Tarifvertrag vom 4. 6. 1986 — gültig ab 1. 4. 1986 — über Vergütungen für Auszubildende.

36. **Nr. 700/2193** — Tarifvertrag vom 4. 6. 1986 — gültig ab 1. 4. 1986 — über Vergütungen für Jugendliche.

Zu 33. bis 36. betr. Arbeitnehmer der Firmen Schunk Industrieverwaltung GmbH, Heuchelheim, Schunk Metall und Kunststoff GmbH, Wettenberg 1, Schunk Ultraschalltechnik GmbH, Wettenberg 1, und Schunk Kohlenstoff-Bauelemente GmbH, Gladenbach.

Zu 33. bis 36. Tarifvertragsparteien:

Schunk Industrieverwaltung GmbH, Heuchelheim, Schunk Metall und Kunststoff GmbH, Wettenberg 1, Schunk Ultraschalltechnik GmbH, Wettenberg 1, sowie Schunk Kohlenstoff-Bauelemente GmbH, Gladenbach, und IG Metall, Bezirksleitung Frankfurt am Main.

37. **Nr. 700/2194** — Lohntarifvertrag vom 24. 6. 1986 — gültig ab 1. 4. 1986 — für die gewerblichen Arbeitnehmer der Firma Astra Maschinenfabrik GmbH, Hanau.

Tarifvertragsparteien:

Astra Maschinenfabrik GmbH, Hanau, und IG Metall, Bezirksleitung Frankfurt am Main.

38. **Nr. 700/2195** — Firmentarifvertrag vom 27. 6. 1986 — gültig ab 1. 4. 1986 — für die Arbeitnehmer der Firma Paul Gutermuth KG, Luft- und Klimatechnik, Langenselbold.

Tarifvertragsparteien:

Firma Paul Gutermuth KG, Luft- und Klimatechnik, Langenselbold, und IG Metall, Bezirksleitung Frankfurt am Main.

39. **Nr. 700/2196** — Lohntarifvertrag vom 27. 6. 1986 — gültig ab 1. 4. 1986 — für die gewerblichen Arbeitnehmer der Firma Paul Gutermuth KG, Luft- und Klimatechnik, Langenselbold.

Tarifvertragsparteien wie zu lfd. Nr. 38.

40. **Nr. 1100/511** — Tarifvertrag vom 27. 6. 1986 — gültig ab 1. 9. 1986 — über Löhne und Gehälter für die gewerblichen Arbeitnehmer und Angestellten sowie Vergütungen für Auszubildende der Firma Keller Gesellschaft für chem.-techn. Produkte mbH, Bebra.

Tarifvertragsparteien:

Firma Keller Gesellschaft für chem.-techn. Produkte mbH, Bebra, und IG Chemie-Papier-Keramik, Bezirk Hessen, Frankfurt am Main.

41. **Nr. 1303/371** — Manteltarifvertrag vom 24. 4. 1986 — gültig ab 1. 5. 1986 — für die gewerblichen Arbeitnehmer und Auszubildenden, abgeschlossen mit der IG Druck und Papier, Hauptvorstand, sowie der IG Medien, Druck und Papier, Publizistik und Kunst, Hauptvorstand.

42. **Nr. 1303/372** — Lohnrahmentarifvertrag vom 4. 11. 1980 — gültig ab 1. 2. 1981 — für die gewerblichen Arbeitnehmer, abgeschlossen mit der IG Druck und Papier, Hauptvorstand.

Zu 41. und 42. betr. Arbeitnehmer der Papier, Pappe und Kunststoffe verarbeitenden Industrie im Bundesgebiet und Berlin (West).

Zu 41. und 42. Tarifvertragsparteien:

Hauptverband der Papier, Pappe und Kunststoffe verarbeitenden Industrie (HPV) e. V. — Sozialpolitischer Hauptausschuß — Frankfurt am Main, und vorstehend genannte Arbeitnehmerorganisationen.

43. **Nr. 1401b/32** — Lohntarifvertrag vom 8. 7. 1986 — gültig ab 1. 7. 1986 — für die gewerblichen Arbeitnehmer sowie Vergütungen für Auszubildende des reprografischen Gewerbes im Bundesgebiet und Berlin (West).

Tarifvertragsparteien:

Fachverband Reprografie e. V., Düsseldorf, und IG Druck und Papier, Stuttgart.

44. **Nr. 1600/330** — Haustarifvertrag vom 25. 7. 1986 — gültig ab 1. 7. 1986 — über Löhne und Gehälter für die gewerblichen Arbeitnehmer und Angestellten sowie Vergütungen für Auszubildende der Firma WEGU Gummi- und Kunststoffwerke Walter Dräbing KG, Kassel-Bettenhausen.

Tarifvertragsparteien:

Firma WEGU Gummi- und Kunststoffwerke Walter Dräbing KG, Kassel-Bettenhausen, und IG Chemie-Papier-Keramik, Bezirk Hessen, Frankfurt am Main.

45. **Nr. 1600/331** — Tarifvertrag vom 18. 8. 1986 — gültig ab 1. 7. 1986 — über Löhne und Gehälter für die gewerblichen Arbeitnehmer und Angestellten.

46. **Nr. 1600/332** — Tarifvertrag vom 18. 8. 1986 — gültig ab 1. 7. 1986 — über Vergütungen für Auszubildende.

Zu 45. und 46. betr. Arbeitnehmer der Firma Karl Joh Gummiwarenfabrik GmbH, Gelnhausen.

Zu 45. und 46. Tarifvertragsparteien:

Firma Karl Joh Gummiwarenfabrik GmbH, Gelnhausen, und IG Chemie-Papier-Keramik, Bezirk Hessen, Frankfurt am Main.

47. **Nr. 1902a/72** — Tarifvertrag vom 20. 8. 1986 — gültig ab 1. 8. 1986 — über Löhne und Gehälter für die gewerblichen Arbeitnehmer und Angestellten des Bäckerhandwerks im Lande Hessen.
Tarifvertragsparteien:
Bäckerinnungsverband Hessen, Königstein im Taunus, und Gewerkschaft Nahrung-Genuß-Gaststätten, Landesbezirk Hessen/Rheinland-Pfalz/Saar, Frankfurt am Main.

48. **Nr. 1905a/49** — Protokollnotiz vom 1. 9. 1986 — gültig ab 1. 1. 1986 — zum Manteltarifvertrag (Zuschläge) für die Arbeitnehmer der Geflügelschlachterei Obertiefenbach GmbH & Co. KG.
Tarifvertragsparteien:
Geflügelschlachterei Obertiefenbach GmbH & Co. KG, Beselich, Werk Obertiefenbach, und Gewerkschaft Nahrung-Genuß-Gaststätten, Landesbezirk Hessen/Rheinland-Pfalz/Saar, Frankfurt am Main.

49. **Nr. 2000/1213** — Lohntarifvertrag vom 17. 6. 1986 — gültig ab 1. 7. 1986 — für Heimarbeiter.

50. **Nr. 2000/1214** — Tarifvertrag vom 17. 6. 1986 — gültig ab 1. 7. 1986 — über vermögenswirksame Leistungen für Heimarbeiter.
Zu 49. und 50. betr. Heimarbeiter der Bekleidungsindustrie im Bundesgebiet.
Zu 49. und 50. Tarifvertragsparteien:
Bundesvereinigung der Arbeitgeber im Bundesverband Bekleidungsindustrie e. V., Köln, und Gewerkschaft Textil-Bekleidung, Hauptvorstand, Düsseldorf.

51. **Nr. 2100/1371** — Rahmentarifvertrag vom 6. 6. 1986 — gültig ab 1. 1. 1986 — für die Angestellten, Auszubildenden und Praktikanten in Ingenieur-, Architektur- und Planungsbüros im Bundesgebiet und Land Berlin.
Tarifvertragsparteien:
Arbeitgeberverband selbständiger Ingenieure und Architekten — ASIA — Karlsruhe, und Deutsche Angestellten-Gewerkschaft, Bundesvorstand, Hamburg.

52. **Nr. 2102i/55** — Rahmentarifvertrag vom 14. 5. 1986 — gültig ab 1. 1. 1986 — für die gewerblichen Arbeitnehmer des Kachelofen- und Luftheizungsbauerhandwerks im Bundesgebiet und Land Berlin.
Tarifvertragsparteien:
Zentralverband Sanitär Heizung Klima, St. Augustin 1, und IG Bau-Steine-Erden, Bundesvorstand, Frankfurt am Main.

53. **Nr. 2102n/94** — Bundeslohntarifvertrag vom 27. 5. 1986 — gültig ab 1. 5. 1986 — für die gewerblichen Arbeitnehmer.

54. **Nr. 2102n/95** — Gehaltstarifvertrag vom 27. 5. 1986 — gültig ab 1. 5. 1986 — für die Angestellten.

55. **Nr. 2102n/96** — Tarifvertrag vom 27. 5. 1986 — gültig ab 1. 1. 1986 — über die Gewährung einer zusätzlichen Jahresvergütung für die gewerblichen Arbeitnehmer, Angestellten und Auszubildenden.
Zu 53. bis 55. betr. Arbeitnehmer des Abbruch- und Abwrackgewerbes im Bundesgebiet und Land Berlin.
Zu 53. bis 55. Tarifvertragsparteien:
Deutscher Abbruchverband e. V., Düsseldorf 1, und IG Bau-Steine-Erden, Bundesvorstand, Frankfurt am Main.

56. **Nr. 2203/301** — Tarifvertrag vom 16. 5. 1986 — gültig ab 1. 6. 1986 — über Tabellenvergütungen und Ausbildungsvergütungen für die Arbeitnehmer der Preußenelektragruppe.
Tarifvertragsparteien:
Arbeitgebervereinigung energiewirtschaftlicher Unternehmen e. V., Hannover, und Gewerkschaft Öffentliche Dienste, Transport und Verkehr, Hauptvorstand, IG Metall, Verwaltungsstelle Kassel und IG Bergbau und Energie.

57. **Nr. 2400/746** — Gehaltstarifvertrag vom 9. 7. 1986 — gültig ab 16. 5. 1986 — für die Angestellten sowie Vergütungen für Auszubildende der Verwaltung und des Werkes Bremen, Werk Delmenhorst, und Gebietsverkaufsdirektionen Nord und Süd der Meistermarken-Werke GmbH.
Tarifvertragsparteien:
Meistermarken-Werke GmbH, Bremen, und Deutsche Angestellten-Gewerkschaft, Bundesvorstand, Hamburg.

58. **Nr. 2500/554** — Gehalts- und Lohntarifvertrag vom 25. 6. 1986 — gültig ab 1. 6. 1986 — für die gewerblichen Arbeitnehmer, Angestellten sowie Vergütungen für Auszubildende der Firma Adler Bekleidungswerk AG & Co. KG im Bundesgebiet und Berlin (West).
Tarifvertragsparteien:
Firma Adler Bekleidungswerk AG & Co. KG, Haibach, und Deutsche Angestellten-Gewerkschaft, Bundesvorstand, Hamburg.

59. **Nr. 2500/555** — Tarifvertrag nach § 3 Abs. 1 (3) Betriebsverfassungsgesetz vom 10. 6. 1986 — gültig ab 1. 8. 1986 — für die Arbeitnehmer der Deutschen Supermarkt Handels-GmbH im Bundesgebiet.
Tarifvertragsparteien:
Deutscher Supermarkt Handels-GmbH, Düsseldorf 12, und Gewerkschaft Handel, Banken und Versicherungen, Hauptvorstand, Düsseldorf.

60. **Nr. 2600/46** — Gehalts- und Lohntarifvertrag vom 27. 6. 1986 — gültig ab 1. 7. 1986 — für die gewerblichen Arbeitnehmer, Angestellten sowie Vergütungen für Auszubildende der Deutschen Städte-Reklame GmbH im Bundesgebiet.
Tarifvertragsparteien:
Deutsche Städte-Reklame GmbH, Frankfurt am Main und Gewerkschaft Handel, Banken und Versicherungen, Hauptvorstand, Düsseldorf.

61. **Nr. 2603b/271** — Betriebstarifvertrag vom 1. 9. 1986 — gültig ab 1. 2. 1986 — für die Arbeitnehmer.

62. **Nr. 2603b/272** — Tarifvertrag vom 1. 9. 1986 — gültig ab 1. 2. 1984 — über vermögenswirksame Leistungen für die Arbeitnehmer.
Zu 61. und 62. betr. Arbeitnehmer der Nassauischen Heimstätte GmbH, Staatliche Treuhandstelle für Wohnungs- und Kleinsiedlungswesen — Organ der staatlichen Wohnungspolitik —.
Zu 61. und 62. Tarifvertragsparteien:
Nassauische Heimstätte GmbH, Staatliche Treuhandstelle für Wohnungs- und Kleinsiedlungswesen — Organ der staatlichen Wohnungspolitik, Frankfurt am Main, und Gewerkschaft Handel, Banken und Versicherungen, Landesbezirk Hessen, Frankfurt am Main.

63. **Nr. 2606b/165** — Tarifvertrag vom 12. 6. 1986 — gültig ab 1. 5. 1986 — für die Angestellten sowie Vergütungen für Auszubildende der Transfracht, Deutsche Transportgesellschaft mbH, Frankfurt am Main.
Tarifvertragsparteien:
Transfracht, Deutsche Transportgesellschaft mbH, Frankfurt am Main, und Gewerkschaft der Eisenbahner Deutschlands, Hauptvorstand, Frankfurt am Main.

64. **Nr. 2606c/57** — Lohntarifvertrag vom 10. 6. 1986 — gültig ab 1. 7. 1986 — für die gewerblichen Arbeitnehmer im Werkschutz der Excelsior Unternehmens-Dienstleistungs-GmbH im Bundesgebiet und Land Berlin.
Tarifvertragsparteien:
Allgemeine Hamburger Arbeitgebervereinigung e. V., Hamburg, und Gewerkschaft Öffentliche Dienste, Transport und Verkehr, Hauptvorstand, Stuttgart.

65. **Nr. 2702a/681** — Gehaltstarifvertrag vom 6. 5. 1986 — gültig ab 1. 4. 1986 — für die Angestellten sowie Vergütungen für Auszubildende.

66. **Nr. 2702a/682** — Gehaltstarifvertrag vom 6. 5. 1986 — gültig ab 1. 4. 1987 — für die Angestellten sowie Vergütungen für Auszubildende.

67. **Nr. 2702a/683** — Änderungstarifvertrag Nr. 10 vom 6. 5. 1986 — gültig ab 1. 1. 1987 — zum Manteltarifvertrag (Urlaub).

68. **Nr. 2702a/684** — Änderungstarifvertrag Nr. 11 vom 6. 5. 1986 — gültig ab 1. 1. 1988 — zum Manteltarifvertrag (Urlaub).

69. **Nr. 2702a/685** — Tarifvertrag vom 10. 6. 1986 — gültig ab 1. 1. 1987 — zur Änderung des Manteltarifvertrages und des Vorruhestandsabkommens.
Zu 65. bis 68. betr. Arbeitnehmer des Versicherungsvermittlergewerbes im Bundesgebiet und Berlin (West).

Zu 65. bis 68. Tarifvertragsparteien:

Bundesverband Deutscher Versicherungskaufleute e. V., Bonn, und Deutsche Angestelltengewerkschaft, Bundesvorstand, Hamburg.

Zu 69. betr. Arbeitnehmer des privaten Versicherungsgewerbes im Bundesgebiet.

Tarifvertragsparteien:

Arbeitgeberverband der Versicherungsunternehmen in Deutschland und Deutsche Angestellten-Gewerkschaft, Bundesvorstand.

70. **Nr. 2702c-6a/1801** — Tarifvertrag Nr. 447 betr. Vergütungstarifvertrag Nr. 23 für die Angestellten vom 24. 3. 1986 — gültig ab 1. 1. 1986 —.

71. **Nr. 2702c-6a/1806** — Tarifvertrag Nr. 452 betr. 1. Änderungstarifvertrag zum Tarifvertrag Nr. 416 über Zulagen an Angestellte vom 24. 3. 1986 — gültig ab 1. 1. 1986 —.

72. **Nr. 2702c-6a/1808** — Tarifvertrag Nr. 454 betr. Sechzehnter Änderungstarifvertrag zum Tarifvertrag Nr. 142 über die Versorgung der Arbeitnehmer vom 24. 3. 1986 — gültig ab 1. 1. 1985 —.

Zu 70. bis 72. abgeschlossen mit der Gewerkschaft Öffentliche Dienste, Transport und Verkehr, Hauptvorstand, der Deutschen Angestellten-Gewerkschaft, Bundesvorstand, der Gewerkschaft der Sozialversicherung, Bundesvorstand, dem Verband der weiblichen Angestellten e. V., Landesverband Berlin, dem Deutschen Handels- und Industrieangestellten-Verband, Landesverband Berlin, dem Marburger Bund sowie der Gewerkschaft Öffentlicher Dienst im Christlichen Gewerkschaftsbund.

73. **Nr. 2702c-6a/1802** — Tarifvertrag Nr. 448 betr. Monatslohntarifvertrag Nr. 16 für die gewerblichen Arbeitnehmer vom 24. 3. 1986 — gültig ab 1. 1. 1986 —.

74. **Nr. 2702c-6a/1803** — Tarifvertrag Nr. 449 betr. Sechzehnter Änderungstarifvertrag zum Tarifvertrag Nr. 290 für die Kraftfahrer vom 24. 3. 1986 — gültig ab 1. 1. 1986 —.

75. **Nr. 2702c-6a/1805** — Tarifvertrag Nr. 451 betr. Änderungstarifvertrag zum Tarifvertrag Nr. 210 über Lohnzulagen und Lohnzuschläge für die gewerblichen Arbeitnehmer vom 24. 3. 1986 — gültig ab 1. 1. 1986 —.

76. **Nr. 2702c-6a/1807** — Tarifvertrag Nr. 453 betr. Erster Änderungstarifvertrag zum Tarifvertrag Nr. 417 über eine Zulage an die gewerblichen Arbeitnehmer vom 24. 3. 1986 — gültig ab 1. 1. 1986 —.

Zu 73. bis 76. abgeschlossen mit der Gewerkschaft Öffentliche Dienste, Transport und Verkehr, Hauptvorstand, der Gewerkschaft der Sozialversicherung sowie der Gewerkschaft Öffentlicher Dienst im Christlichen Gewerkschaftsbund.

77. **Nr. 2702c-6a/1804** — Tarifvertrag Nr. 450 zur Änderung des Tarifvertrages Nr. 214 über die Regelung der Arbeitsbedingungen der Praktikantinnen (Praktikanten) für medizinische Hilfsberufe, abgeschlossen mit der Gewerkschaft Öffentliche Dienste, Transport und Verkehr, Hauptvorstand, der Deutschen Angestellten-Gewerkschaft, Bundesvorstand, der Gewerkschaft der Sozialversicherung, Bundesvorstand, dem Verband der weiblichen Angestellten e. V., Landesverband Berlin, sowie der Gewerkschaft Öffentlicher Dienst im Christlichen Gewerkschaftsbund, vom 24. 3. 1986 — gültig ab 1. 1. 1986 —.

78. **Nr. 2702-6a/1809** — Tarifvertrag Nr. 455 betr. Ausbildungsvergütungstarifvertrag Nr. 10 für die Auszubildenden vom 24. 3. 1986 — gültig ab 1. 1. 1986 —, abgeschlossen mit der Gewerkschaft Öffentliche Dienste, Transport und Verkehr, Hauptvorstand, der Deutschen Angestellten-Gewerkschaft, Bundesvorstand, der Gewerkschaft der Sozialversicherung, Bundesvorstand, dem Verband der weiblichen Angestellten e. V., Landesverband Berlin, dem Deutschen Handels- und Industrieangestellten-Verband, Landesverband Berlin, sowie der Gewerkschaft Öffentlicher Dienst im Christlichen Gewerkschaftsbund.

Zu 70. bis 78. betr. Arbeitnehmer der Bundesversicherungsanstalt für Angestellte im Bundesgebiet.

Zu 70. bis 78. Tarifvertragsparteien:

Bundesversicherungsanstalt für Angestellte und vorstehend genannte Arbeitnehmerorganisationen.

79. **Nr. 2802/365** — Gehalts- und Lohntarifvertrag vom 20. 5. 1986 — gültig ab 1. 5. 1986 —.

80. **Nr. 2802/366** — Änderungstarifvertrag zum Tarifvertrag über eine besondere Zahlung vom 20. 5. 1986 — gültig ab 1. 5. 1986 —.

Zu 79. und 80. betr. Besatzungsmitglieder der mitteleuropäischen Wasserstraßen (ausgenommen Donau) der Binnenschiffahrt (ohne Fähren, Fischereifahrzeuge und Baggereifahrzeuge).

Zu 79. und 80. Tarifvertragsparteien:

Arbeitgeberverband der deutschen Binnenschiffahrt e. V., Duisburg, und Gewerkschaft Öffentliche Dienste, Transport und Verkehr, Hauptvorstand, Stuttgart.

81. **Nr. 2806a/797** — Tarifvertrag Nr. 1202 vom 24. 6. 1986 — gültig ab 1. 7. 1986 — über die Erhöhung des Ecklohnes für die gewerblichen Arbeitnehmer.

82. **Nr. 2806a/798** — Tarifvertrag Nr. 1204 vom 24. 6. 1986 — gültig ab 1. 7. 1986 — über die Erhöhung der Gehälter und Dienstzeitzulagen.

83. **Nr. 2806a/799** — Tarifvertrag Nr. 1206 vom 24. 6. 1986 — gültig ab 1. 7. 1986 — zur Änderung des Tarifvertrages vom 20. 10. 1976 (u. a. Dienstzeitzulagen).

Zu 81. bis 83. abgeschlossen mit der Gewerkschaft Öffentliche Dienste, Transport und Verkehr, Hauptvorstand, Stuttgart.

84. **Nr. 2806a/800** — Tarifvertrag Nr. 1203 vom 24. 6. 1986 — gültig ab 1. 7. 1986 — über die Erhöhung des Ecklohnes für die gewerblichen Arbeitnehmer.

85. **Nr. 2806a/801** — Tarifvertrag Nr. 1205 vom 24. 6. 1986 — gültig ab 1. 7. 1986 — über die Erhöhung der Gehälter und Dienstzeitzulagen.

86. **Nr. 2806a/802** — Tarifvertrag Nr. 1207 vom 24. 6. 1986 — gültig ab 1. 7. 1986 — zur Änderung des Tarifvertrages vom 20. 10. 1976 (u. a. Dienstzeitzulagen).

Zu 84. bis 86. abgeschlossen mit der Gewerkschaft der Eisenbahner Deutschlands, Hauptvorstand, Frankfurt am Main.

Zu 81. bis 86. betr. Arbeitnehmer der Personenseilschwebebahnen im Bundesgebiet.

Zu 81. bis 86. Tarifvertragsparteien:

Arbeitgeberverband Deutscher Eisenbahnen e. V., Köln, und vorstehend genannte Arbeitnehmerorganisationen.

87. **Nr. 2808/929** — Vergütungstarifvertrag Nr. 2 vom 6. 3. 1986 — gültig ab 1. 1. 1986 — für die Arbeitnehmer der Aero Lloyd Flugreisen GmbH & Co. Luftverkehrs-KG im Bundesgebiet und Berlin (West).

Tarifvertragsparteien:

Aero Lloyd Flugreisen GmbH & Co. Luftverkehrs-KG, Frankfurt am Main, und Gewerkschaft Öffentliche Dienste, Transport und Verkehr, Hauptvorstand, Stuttgart.

88. **Nr. 2808/930** — Manteltarifvertrag Nr. 3 vom 10. 3. 1986 — gültig ab 1. 1. 1986 — für das Bodenpersonal der Hapag-Lloyd Fluggesellschaft mbH im Bundesgebiet.

Tarifvertragsparteien:

Hapag-Lloyd Fluggesellschaft mbH und Gewerkschaft Öffentliche Dienste, Transport und Verkehr, Hauptvorstand.

89. **Nr. 2808/931** — Gehaltstarifvertrag Nr. 12 vom 15. 5. 1986 — gültig ab 1. 3. 1986 — für die Flugbegleiter/innen der Pan American World Airways Inc. im Bundesgebiet.

Tarifvertragsparteien:

Pan American World Airways Inc. und Gewerkschaft Öffentliche Dienste, Transport und Verkehr, Hauptvorstand.

90. **Nr. 2808/932** — Gehaltstarifvertrag Nr. 12 vom 21. 4. 1986 — gültig ab 1. 4. 1986 — für die Arbeitnehmer der Flying Tiger Line Inc. im Bundesgebiet und Berlin (West).

Tarifvertragsparteien:

The Flying Tiger Line Inc., Frankfurt am Main, und Gewerkschaft Öffentliche Dienste, Transport und Verkehr, Hauptvorstand.

91. **Nr. 2808/933** — 3. Änderungstarifvertrag vom 10. 5. 1986 — gültig ab 1. 4. 1986 — zum Versorgungstarifvertrag Nr. 3, abgeschlossen mit der Gewerkschaft Öffentliche Dienste, Transport und Verkehr, Hauptvorstand.

92. **Nr. 2808/934** — 3. Änderungstarifvertrag vom 10. 5. 1986 — gültig ab 1. 4. 1986 — zum Versorgungstarifvertrag Nr. 3, abgeschlossen mit der Deutschen Angestellten-Gewerkschaft, Bundesvorstand.
Zu 91. und 92. betr. Arbeitnehmer der Deutschen Lufthansa AG, der Lufthansa Service GmbH und der Condor Flugdienst GmbH im Bundesgebiet.
Zu 91. und 92. Tarifvertragsparteien:
Arbeitsrechtliche Vereinigung Hamburg e. V. und vorstehend genannte Arbeitnehmerorganisationen.

93. **Nr. 2808/935** — Vergütungstarifvertrag Nr. 8 vom 5. 5. 1986 — gültig ab 1. 6. 1986 — für das Bordpersonal der Hapag-Lloyd Fluggesellschaft mbH im Bundesgebiet.
Tarifvertragsparteien: wie zu lfd. Nr. 88.

94. **Nr. 2808/936** — Gehaltstarifvertrag Nr. 1 vom 21. 4. 1986 — gültig ab 1. 7. 1986 — für die Arbeitnehmer der TAP-Air Portugal im Bundesgebiet.
Tarifvertragsparteien:
TAP-Air Portugal und Gewerkschaft Öffentliche Dienste, Transport und Verkehr, Hauptvorstand.

95. **Nr. 2808/937** — Gehaltstarifvertrag Nr. 17 vom 21. 4. 1986 — gültig ab 1. 1. 1986 — für die Arbeitnehmer der KLM, Royal Dutch Airlines im Bundesgebiet und Berlin (West).
Tarifvertragsparteien:
KLM, Royal Dutch Airlines, und Gewerkschaft Öffentliche Dienste, Transport und Verkehr, Hauptvorstand.

96. **Nr. 2808/938** — Lohntarifvertrag vom 27. 5. 1986 — gültig ab 1. 5. 1986 — für die Arbeitnehmer der LUG, Luftfracht-Umschlag GmbH & Co. KG.
Tarifvertragsparteien:
LUG-Luftfracht-Umschlag GmbH & Co. KG, Stuttgart, und Gewerkschaft Öffentliche Dienste, Transport und Verkehr, Hauptvorstand.

97. **Nr. 2808/939** — Vergütungstarifvertrag Nr. 16 vom 27. 5. 1986 — gültig ab 1. 5. 1986 — für die Arbeitnehmer der LUG, Luftfracht-Umschlag GmbH, sowie der LUG Lagerumschlag GmbH & Co. KG.
Tarifvertragsparteien:
LUG, Luftfracht-Umschlag GmbH, sowie LUG, Lagerumschlag GmbH & Co. KG, und Gewerkschaft Öffentliche Dienste, Transport und Verkehr, Hauptvorstand.

98. **Nr. 2808/940** — Vergütungstarifvertrag Nr. 2 vom 28. 5. 1986 — gültig ab 1. 6. 1986 — für die Arbeitnehmer der MUC Air Service GmbH im Bundesgebiet und Berlin (West).
Tarifvertragsparteien:
MUC Air Service GmbH, München, und Gewerkschaft Öffentliche Dienste, Transport und Verkehr, Hauptvorstand.

99. **Nr. 2808/941** — Tarifvertrag Vorruhestand vom 24. 4. 1986 — gültig ab 1. 4. 1986 — für die Mitarbeiter der SAS Scandinavian Airlines System im Bundesgebiet und Berlin (West).
Tarifvertragsparteien:
Scandinavian Airlines System und Deutsche Angestellten-Gewerkschaft, Bundesvorstand.

100. **Nr. 2808/942** — Vergütungstarifvertrag Nr. 14 vom 1. 7. 1986 — gültig ab 1. 7. 1986 — für das Bodenpersonal der LTU Lufttransport-Unternehmen GmbH & Co. KG im Bundesgebiet und Berlin (West).
Tarifvertragsparteien:
Arbeitsgemeinschaft Deutscher Luftfahrtunternehmen, Bonn, und Deutsche Angestellten-Gewerkschaft, Bundesvorstand, Hamburg.

101. **Nr. 2808/943** — Vergütungstarifvertrag Nr. 11 vom 24. 4. 1986 — gültig ab 1. 4. 1986 — für die Mitarbeiter der SAS Scandinavian Airlines System im Bundesgebiet und Berlin (West).
Tarifvertragsparteien: wie zu lfd. Nr. 99.

102. **Nr. 3001/3649** — 21. Änderungstarifvertrag vom 18. 9. 1985 — gültig ab 1. 1. 1985/1. 1. 1986 — zum Tarifvertrag über die Versorgung der Arbeitnehmer (VersTV-G), abgeschlossen mit der Gewerkschaft Öffentliche Dienste, Transport und Verkehr, Hauptvorstand.

103. **Nr. 3001/3650** — 21. Änderungstarifvertrag vom 18. 9. 1985 — gültig ab 1. 1. 1985/1. 1. 1986 — zum Tarifvertrag über die Versorgung der Arbeitnehmer (VersTV-G), abgeschlossen mit der Tarifgemeinschaft für Angestellte im öffentlichen Dienst, der Deutschen Angestellten-Gewerkschaft, der Gemeinschaft von Gewerkschaften und Verbänden des öffentlichen Dienstes, dem Marburger Bund.
Zu 102. und 103. betr. Arbeitnehmer der kommunalen Verwaltungen und Betriebe im Bundesgebiet.
Zu 102. und 103. Tarifvertragsparteien:
Vereinigung der kommunalen Arbeitgeberverbände und vorstehend genannte Arbeitnehmerorganisationen.

104. **Nr. 3001a/3173** — Vergütungstarifvertrag Nr. 23 für die Angestellten vom 28. 2. 1986 — gültig ab 1. 1. 1986 —.

105. **Nr. 3001a/3174** — Änderungstarifvertrag Nr. 1 zum Tarifvertrag über Zulagen an Angestellte vom 28. 2. 1986 — gültig ab 1. 1. 1986 —.

106. **Nr. 3001a/3175** — Monatslohntarifvertrag Nr. 16 für die gewerblichen Arbeitnehmer vom 28. 2. 1986 — gültig ab 1. 1. 1986 —.

107. **Nr. 3001a/3176** — Änderungstarifvertrag Nr. 1 zum Tarifvertrag über eine Zulage an Arbeiter vom 28. 2. 1986 — gültig ab 1. 1. 1986 —.

108. **Nr. 3001a/3177** — Änderungstarifvertrag Nr. 5 zum Tarifvertrag über Lohnzuschläge gemäß § 29 MTBBk II für die gewerblichen Arbeitnehmer vom 28. 2. 1986 — gültig ab 1. 1. 1986 —.

109. **Nr. 3001a/3178** — Änderungstarifvertrag Nr. 27 zum Tarifvertrag für die Kraftfahrer vom 28. 2. 1986 — gültig ab 1. 1. 1986 —.

110. **Nr. 3001a/3179** — Zwölfter Änderungstarifvertrag zum Tarifvertrag über die Versorgung der Arbeitnehmer vom 28. 2. 1986 — gültig ab 1. 1. 1986 —.
Zu 104. bis 110. abgeschlossen mit der Gewerkschaft Öffentliche Dienste, Transport und Verkehr, Hauptvorstand.

111. **Nr. 3001a/3180** — Vergütungstarifvertrag Nr. 23 für die Angestellten vom 28. 2. 1986 — gültig ab 1. 1. 1986 —.

112. **Nr. 3001a/3181** — Änderungstarifvertrag Nr. 1 zum Tarifvertrag über eine Zulage an Angestellte vom 28. 2. 1986 — gültig ab 1. 1. 1986 —.

113. **Nr. 3001a/3182** — Monatslohntarifvertrag Nr. 16 für die gewerblichen Arbeitnehmer vom 28. 2. 1986 — gültig ab 1. 1. 1986 —.

114. **Nr. 3001a/3183** — Änderungstarifvertrag Nr. 1 zum Tarifvertrag über eine Zulage an Arbeiter vom 28. 2. 1986 — gültig ab 1. 1. 1986 —.

115. **Nr. 3001a/3184** — Änderungstarifvertrag Nr. 5 zum Tarifvertrag über Lohnzuschläge gemäß § 29 MTBBk II für die gewerblichen Arbeitnehmer vom 28. 2. 1986 — gültig ab 1. 1. 1986 —.

116. **Nr. 3001a/3185** — Änderungstarifvertrag Nr. 27 zum Tarifvertrag für die Kraftfahrer vom 28. 2. 1986 — gültig ab 1. 1. 1986 —.

117. **Nr. 3001a/3186** — Zwölfter Änderungstarifvertrag zum Tarifvertrag über die Versorgung der Arbeitnehmer vom 28. 2. 1986 — gültig ab 1. 1. 1986 —.
Zu 111. bis 117. abgeschlossen mit der Gemeinschaft tariffähiger Verbände im Deutschen Beamtenbund.

118. **Nr. 3001a/3187** — Vergütungstarifvertrag Nr. 23 für die Angestellten vom 28. 2. 1986 — gültig ab 1. 1. 1986 —.

119. **Nr. 3001a/3188** — Änderungstarifvertrag Nr. 1 zum Tarifvertrag über Zulagen an Angestellte vom 28. 2. 1986 — gültig ab 1. 1. 1986 —.

120. **Nr. 3001a/3189** — Zwölfter Änderungstarifvertrag zum Tarifvertrag über die Versorgung der Arbeitnehmer vom 28. 2. 1986 — gültig ab 1. 1. 1986 —.

Zu 118. bis 120. abgeschlossen mit der Deutschen Angestellten-Gewerkschaft, Bundesvorstand.

121. **Nr. 3001a/3190** — Vierunddreißigster Tarifvertrag zur Änderung des Angestelltentarifvertrages vom 21. 4. 1986 — gültig ab 1. 1./1. 7. 1986 —.

122. **Nr. 3001a/3191** — Änderungstarifvertrag Nr. 4 zum Tarifvertrag über ein Urlaubsgeld für Angestellte vom 21. 4. 1986 — gültig ab 1. 1. 1986 —.

123. **Nr. 3001a/3192** — Änderungstarifvertrag Nr. 32 zum Manteltarifvertrag für die gewerblichen Arbeitnehmer vom 30. 5. 1986 — gültig ab 1. 7. 1986 —.

124. **Nr. 3001a/3193** — Änderungstarifvertrag Nr. 4 zum Tarifvertrag über ein Urlaubsgeld für die gewerblichen Arbeitnehmer vom 21. 4. 1986 — gültig ab 1. 1. 1986 —, abgeschlossen mit der Gewerkschft Öffentliche Dienste, Transport und Verkehr, Hauptvorstand, und der Gemeinschaft tariffähiger Verbände im Deutschen Beamtenbund.

Zu 121. bis 123. abgeschlossen mit der Gewerkschaft Öffentliche Dienste, Transport und Verkehr, Hauptvorstand, der Deutschen Angestellten-Gewerkschaft sowie der Gemeinschaft tariffähiger Verbände im Deutschen Beamtenbund.

Zu 104. bis 124. betr. Arbeitnehmer der Deutschen Bundesbank im Bundesgebiet.

Zu 104. bis 124. Tarifvertragsparteien:

Deutsche Bundesbank und vorstehend genannte Arbeitnehmerorganisationen.

125. **Nr. 3001d/189** — Manteltarifvertrag vom 17. 7. 1986 — gültig ab 1. 6. 1986 — für die Arbeitnehmer der Vermögensverwaltungs- und Treuhandgesellschaft des Deutschen Gewerkschaftsbundes mbH.

Tarifvertragsparteien:

Vermögensverwaltungs- und Treuhandgesellschaft des Deutschen Gewerkschaftsbundes mbH, Düsseldorf, und Gewerkschaft Handel, Banken und Versicherungen, Hauptvorstand, Düsseldorf.

126. **Nr. 3004/827** — Bundes-Tarifvertrag vom 26. 6. 1986 — gültig ab 1. 7. 1986 — über Mantelbestimmungen und Löhne für die gewerblichen Arbeitnehmer in Filmtheatern im Bundesgebiet.

Tarifvertragsparteien:

Hauptverband Deutscher Filmtheater e. V., Wiesbaden, und Rundfunk-Fernseh-Film-Union, München.

127. **Nr. 3004/828** — Einheitlicher Manteltarifvertrag vom 8. 4./18. 4. 1986 — gültig ab 1. 6. 1986 — für die Arbeitnehmer.

128. **Nr. 3004/829** — Zusätzliche Vereinbarung zum Einheitlichen Manteltarifvertrag (Gehälter für die Tonmeister) vom 8. 4./18. 4. 1986 — gültig ab 1. 5. 1986 —.

129. **Nr. 3004/830** — Lohntarifvertrag vom 8. 4./18. 4. 1986 — gültig ab 1. 5. 1986 — für die gewerblichen Arbeitnehmer sowie Vergütungen für Auszubildende.

130. **Nr. 3004/831** — Gehaltstarifvertrag für die Angestellten sowie Vergütungen für Auszubildende vom 8. 4./18. 4. 1986 — gültig ab 1. 5. 1986 —.

Zu 127. bis 130. betr. Arbeitnehmer in Betrieben für Film und Fernsehen (insbesondere Film- und Fernseh-Atelierbetriebe, Synchronisations-, Musik- und Tonstudios sowie Filmkopierbetriebe, Video-Kopierbetriebe und Bildplattenvervielfältigungsbetriebe) im Bundesgebiet.

Zu 127. bis 130. Tarifvertragsparteien:

Verband Technischer Betriebe für Film und Fernsehen e. V., Berlin, und Rundfunk-Fernseh-Film-Union/IG Medien sowie IG Druck und Papier, Publizistik und Kunst.

131. **Nr. 3100/42** — Protokollnotiz vom 1. 7. 1986 zum Lohn- und Gehaltstarifvertrag (Vergütungen für Auszubildende) für die private Hauswirtschaft in den Ländern Hessen und Rheinland-Pfalz.

Tarifvertragsparteien:

Deutscher Hausfrauen-Bund e. V., Berufsverband der Hausfrau, Landesverband Rheinland-Pfalz Süd, dem Deutschen Hausfrauen-Bund e. V., Berufsverband der Hausfrau, Landesverband Rheinland-Pfalz Nord sowie dem Hausfrauen-Verband Hessen e. V., und der Gewerkschaft Nahrung-Genuß-Gaststätten, Landesbezirk Hessen/Rheinland-Pfalz/Saar, Frankfurt am Main.

Bindende Festsetzungen für die Heimarbeit:

132. **Nr. H-700/2180** — Bindende Festsetzung zur Änderung der bindenden Festsetzung von Entgelten und Vertragsbedingungen für die Herstellung von Eisen-, Metall- und Elektroartikeln, Uhren, feinmechanischen und optischen Artikeln in Heimarbeit vom 1. 7. 1986 — gültig ab 1. 9. 1986 —, beschlossen vom Heimarbeitsausschuß für die Herstellung von Eisen-, Metall- und Elektroartikeln, Uhren, feinmechanischen und optischen Artikeln, veröffentlicht in BAnz. Nr. 166 vom 9. 9. 1986 S. 12 763.

133. **Nr. H-1102l/369** — Bindende Festsetzung zur Änderung der bindenden Festsetzung von Entgelten und zur Regelung des Urlaubs der mit dem Be- und Verarbeiten und dem Verpakken von Artikeln und Teilen aus Kunststoffen aller Art sowie aus Gummi, Asbest und ähnlichen Naturstoffen in Heimarbeit Beschäftigten vom 18. 4. 1986 — gültig ab 1. 10. 1986/1. 1. 1987 —.

134. **Nr. H-1102l/370** — Bindende Festsetzung zur Änderung der bindenden Festsetzung über vermögenswirksame Leistungen für die in Heimarbeit Beschäftigten, die mit dem Be- und Verarbeiten und dem Verpacken von Artikeln und Teilen aus Kunststoffen aller Art sowie aus Gummi, Asbest und ähnlichen Naturstoffen beschäftigt werden vom 18. 4. 1986 — gültig ab 24. 7. 1986 —.

Zu 133. und 134. beschlossen vom Heimatarbeitsausschuß für das Be- und Verarbeiten und das Verpacken von Artikeln und Teilen aus Kunststoffen aller Art sowie aus Gummi, Asbest und ähnlichen Naturstoffen, veröffentlicht in BAnz. S. 9758.

135. **Nr. H-1211/79** — Bindende Festsetzung zur Änderung der bindenden Festsetzung für die Herstellung von Fahrradnetzen in Heimarbeit vom 20. 6. 1986 — gültig ab 1. 7. 1986 —, beschlossen vom Heimarbeitsausschuß für die Herstellung und Konfektion von Netzen und Seilen, veröffentlicht in BAnz. S. 11 405.

136. **Nr. H-1211/80** — Bindende Festsetzung zur Änderung der bindenden Festsetzung für die Herstellung von Netzen aller Art (ausgenommen Netze für die Hochseefischerei und Netzhandschuhe) in Heimarbeit vom 20. 6. 1986 — gültig ab 1. 7. 1986 —, beschlossen vom Heimarbeitsausschuß für die Herstellung und Konfektion von Netzen und Seilen, veröffentlicht in BAnz. S. 11 405.

137. **Nr. H-1211/81** — Bindende Festsetzung zur Änderung der bindenden Festsetzung für Konfektionsarbeiten aller Art von Hand an gedrehten und geflochtenen Seilen aus Natur- und Chemiefasern, Neben- und Verpackungsarbeiten in Heimarbeit vom 20. 6. 1986 — gültig ab 1. 7. 1986 —, beschlossen vom Heimarbeitsausschuß für die Herstellung und Konfektion von Netzen und Seilen, veröffentlicht in BAnz. S. 11 405.

138. **Nr. H-1502/222** — Bindende Festsetzung zur Änderung der bindenden Festsetzung von Entgelten, Urlaub und sonstigen Vertragsbedingungen für die in der Herstellung von Lederwaren (Waren aus Leder und anderen Stoffen), Koffern, Reise-, Sport- und Ausrüstungsartikeln in Heimarbeit Beschäftigten vom 19. 3. 1986 — gültig ab 1. 5. 1986 —, beschlossen vom Heimarbeitsausschuß für die Herstellung von Lederwaren, Koffern, Reise-, Sport- und Ausrüstungsartikeln einschließlich der Farblederzurichterei, veröffentlicht in BAnz. Nr. 134 vom 25. 7. 1986 S. 9857.

139. **Nr. H-1708/24** — Bindende Festsetzung zur Änderung der bindenden Festsetzung über Arbeitsbedingungen für die in der Herstellung von Knöpfen, Schnallen und Schließen für Bekleidung und Wäsche in Heimarbeit Beschäftigten vom 29. 4. 1986 — gültig ab 1. 5. 1986 —, beschlossen vom Heimarbeitsausschuß für Knöpfe, Schnallen und Schließen für Bekleidung und Wäsche, veröffentlicht in BAnz. S. 8110.

140. **Nr. H-1709/106** — Bindende Festsetzung von Entgelten für die Herstellung und Bearbeitung von Korbwaren aller Art und verwandter Artikel, von Geweben aus Bast, von Geflechten und Taschen aus Bast und sonstigen Austauschstoffen, von Korbmöbeln, Kinderwagen sowie von Stuhl- und Rah-

mengeflechten in Heimarbeit vom 7. 5. 1986 — gültig ab 1. 6. 1986 —, beschlossen vom Heimarbeitsausschuß für Korbwaren, Korbmöbel und Kinderwagen, veröffentlicht in BAnz. Nr. 120 vom 5. 7. 1986 S. 8577.

141. **Nr. H-1710/74** — Bindende Festsetzung von Entgelten für in Heimarbeit hergestellte Pinsel vom 2. 6. 1986 — gültig ab 1. 7. 1986 —.

142. **Nr. H-1710/75** — Bindende Festsetzung von Entgelten für das Zurichten von Haaren und Borsten in Heimarbeit vom 2. 6. 1986 — gültig ab 1. 7. 1986 —.

143. **Nr. H-1710/76** — Bindende Festsetzung von Entgelten für in Heimarbeit hergestellte Bürsten vom 2. 6. 1986 — gültig ab 1. 7. 1986 —.

Zu 141. bis 143. beschlossen vom Heimarbeitsausschuß für die Bürsten-, Besen- und Pinselherstellung, veröffentlicht in BAnz. Nr. 146 vom 12. 8. 1986.

144. **Nr. H-2000/1203** — Bindende Festsetzung zur Änderung der bindenden Festsetzung über Mindestarbeitsbedingungen (allgemeine Vertragsbedingungen) für fremde Hilfskräfte der Heimarbeit in der Herstellung von Damen- und Kinderoberbekleidung, Herren- und Knabenoberbekleidung und Wäsche vom 3. 7. 1986 — gültig ab 1. 8. 1986 —, beschlossen vom Entgeltausschuß für fremde Hilfskräfte der Heimarbeit in der Herstellung von Damen- und Kinderoberbekleidung und verwandten Erzeugnissen, vom Entgeltausschuß für fremde Hilfskräfte der Heimarbeit in der Herstellung von Herren- und Knabenoberbekleidung und verwandten Erzeugnissen sowie vom Entgeltausschuß für fremde Hilfskräfte der Heimarbeit in der Herstellung von Wäsche und verwandten Erzeugnissen, von Heimtextilien, Verbandsstoffen und Schirmen, veröffentlicht in BAnz. Nr. 168 vom 11. 9. 1986 S. 12 931.

145. **Nr. H-2000/1204** — Bindende Festsetzung zur Änderung der bindenden Festsetzung über Mindestarbeitsbedingungen (Löhne) für fremde Hilfskräfte der Heimarbeit in der Herstellung von Damen- und Kinderoberbekleidung, Herren- und Knabenoberbekleidung und Wäsche vom 3. 7. 1986 — gültig ab 1. 8. 1986 —, beschlossen vom Entgeltausschuß für fremde Hilfskräfte der Heimarbeit in der Herstellung von Wäsche und verwandten Erzeugnissen, Verbandsstoffen und Schirmen, veröffentlicht in BAnz. Nr. 168 vom 11. 9. 1986 S. 12 933.

146. **Nr. H-2000/1205** — Bindende Festsetzung über Urlaub und Urlaubsgeld für fremde Hilfskräfte der Heimarbeit in der Herstellung von Damen- und Kinderoberbekleidung, Herren- und Knabenoberbekleidung, Wäsche und verwandten Erzeugnissen, von Heimtextilien und Verbandsstoffen vom 3. 7. 1986 — gültig ab 1. 8. 1986 —.

147. **Nr. H-2000/1206** — Bindende Festsetzung über vermögenswirksame Leistungen für fremde Hilfskräfte der Heimarbeit in der Herstellung von Damen- und Kinderoberbekleidung, Herren- und Knabenoberbekleidung, Wäsche und verwandten Erzeugnissen, von Heimtextilien und Verbandsstoffen vom 3. 7. 1986 — gültig ab 1. 1. 1987 —.

148. **Nr. H-2000/1207** — Bindende Festsetzung über Jahressonderzahlung für fremde Hilfskräfte der Heimarbeit in der Herstellung von Damen- und Kinderoberbekleidung, Herren- und Knabenoberbekleidung, Wäsche und verwandten Erzeugnissen, von Heimtextilien und Verbandsstoffen vom 3. 7. 1986 — gültig ab 1. 8. 1986 —.

Zu 146. bis 148. beschlossen vom Entgeltausschuß für fremde Hilfskräfte der Heimarbeit in der Herstellung von Damen- und Kinderoberbekleidung und verwandten Erzeugnissen, vom Entgeltausschuß für fremde Hilfskräfte der Heimarbeit in der Herstellung von Herren- und Knabenoberbekleidung und verwandten Erzeugnissen sowie vom Entgeltausschuß für fremde Hilskräfte der Heimarbeit in der Herstellung von Wäsche und verwandten Erzeugnissen, von Heimtextilien, Verbandsstoffen und Schirmen, veröffentlicht in BAnz. Nr. 168 vom 11. 9. 1986 S. 12 931 bis 12 933.

149. **Nr. H-2000/1208** — Bindende Festsetzung zur Änderung der bindenden Festsetzung von Entgelten, Fertigungszeiten und sonstigen Vertragsbedingungen für die mit der Herstellung von Damen-, Herren- und Kinderoberbekleidung und verwandten Erzeugnissen einschließlich der mit Änderungsarbeiten sowie Kunststopfen in Heimarbeit Beschäftigten vom 25. 6. 1986 — gültig ab 1. 8. 1986 —, veröffentlicht in BAnz. Nr. 166 vom 9. 9. 1986 S. 12 763.

150. **Nr. H-2000/1209** — Bindende Festsetzung über Urlaub, Urlaubsgeld und Jahressonderzahlung für die mit der Herstellung von Damen-, Herren- und Kinderoberbekleidung und verwandten Erzeugnissen einschließlich der mit Änderungsarbeiten sowie Kunststopfen in Heimarbeit Beschäftigten vom 27./28. 1. 1986/25. 6. 1986 — gültig ab 1. 8. 1986 —, veröffentlicht in BAnz. Nr. 166 vom 9. 9. 1986 S. 12 762.

151. **Nr. H-2000/1210** — Bindende Festsetzung zur Änderung der bindenden Festsetzung von Entgelten für die in der Herstellung von Damen- und Herrenoberbekleidung beschäftigten Gleichgestellten vom 25. 6. 1986 — gültig ab 1. 8. 1986 —, veröffentlicht in BAnz. Nr. 170 vom 13. 9. 1986 S. 13 084.

Zu 149. bis 151. beschlossen vom Heimarbeitsausschuß für die Herstellung von Damen- und Kinderoberbekleidung und verwandten Erzeugnissen sowie vom Heimarbeitsausschuß für die Herstellung von Herren- und Knabenoberbekleidung und verwandten Erzeugnissen.

152. **Nr. H-2000/1211** — Bindende Festsetzung zur Änderung der bindenden Festsetzung von Fertigungszeiten und sonstigen Vertragsbedingungen für die Herstellung von Herren- und Knabenoberbekleidung (Großstücke) in Heimarbeit vom 25. 6. 1986 — gültig ab 1. 8. 1986 —.

153. **Nr. H-2000/1212** — Bindende Festsetzung zur Änderung der bindenden Festsetzung von Entgelten für die Herstellung von Herren- und Knabenoberbekleidung (Großstücke) in Heimarbeit vom 25. 6. 1986 — gültig ab 1. 8. 1986 —.

Zu 152. und 153. beschlossen vom Heimarbeitsausschuß für die Herstellung von Herren- und Knabenoberbekleidung und verwandten Erzeugnissen, veröffentlicht in BAnz. Nr. 169 vom 12. 9. 1986 S. 13 001.

154. **Nr. 2603i/28** — Änderung einer Gleichstellung betreffend Adressenschreiben, Schreibarbeiten und ähnliche Arbeiten vom 10. 3. 1986 — gültig ab 1. 5. 1986 —, beschlossen vom Heimarbeitsausschuß für Adressenschreiben, Abschreibearbeiten und ähnliche Arbeiten, veröffentlicht in BAnz. Nr. 100 vom 5. 6. 1986 S. 6833.

Durch die Eintragung der Tarifverträge in das Tarifregister und deren Bekanntmachung im Staatsanzeiger für das Land Hessen wird nicht über die Rechtsgültigkeit der eingetragenen Tarifverträge entschieden.

Tarifexemplare sind n u r bei den Vertragsparteien erhältlich.

Wiesbaden, 10. November 1986

Der Hessische Sozialminister
I A 3 — 55 e — 3607
StAnz. 48/1986 S. 2279

PERSONALNACHRICHTEN

1169

Es sind

C. Im Bereich des Hessischen Ministers des Innern

bei der Vollzugspolizei des Regierungsbezirks Gießen

ernannt:

zu **Polizeihauptkommissaren** die Polizeioberkommissare (BaL) Konrad Hamel (6. 10. 86), Hans Werner Tuchbreiter, beide PSt. Marburg (15. 10. 86);

zum **Polizeioberkommissar** Polizeikommissar (BaL) Joachim Dau, PSt. Weilburg (1. 10. 86);

zum **Polizeihauptmeister** Polizeiobermeister (BaL) Dietmar Herold, PSt. Weilburg (1. 10. 86);

zum **Kriminalhauptmeister** Kriminalobermeister (BaL) Werner Boucsein, PD Marburg-KA (1. 10. 86);

zu **Polizeiobermeistern** die Polizeimeister (BaL) Michael Kaiser, PSt. Herborn, Peter Spitzer, PSt. Weilburg (beide 1. 10. 86);

in den Ruhestand versetzt:

die Polizeihauptmeister Herbert Neuhaus, PK Limburg, Wolfgang Rupp, PK Lauterbach (beide 30. 9. 86);

Gießen, 5. November 1986

Der Regierungspräsident
13 S/13 — 8 b 24 — 01

bei der Hessischen Polizeischule

ernannt:

zum **Polizeihauptkommissar** Polizeioberkommissar (BaL) Roland Wemelka (1. 10. 86);

zum **Kriminalhauptkommissar** Kriminaloberkommissar (BaL) Hans-Philipp Jung (1. 10. 86);

zur **Oberinspektorin (BaL)** Oberinspektorin z. A. (BaP) Dorothee Volk (1. 10. 86);

zur **Kriminaloberkommissarin** Kriminalkommissarin (BaL) Elke Matthäi (29. 10. 86);

zu **Polizeihauptmeistern** die Polizeiobermeister (BaL) Dieter Becker, Klaus Jeschke (beide 1. 10. 86);

eingewiesen:

in die Besoldungsgruppe A 9 mit Amtszulage Polizeihauptmeister (BaL) Helmut Maul (1. 10. 86).

Wiesbaden, 10. November 1986

Hessische Polizeischule
VII/1 — 8 b 22

bei der Verwaltungsfachhochschule in Wiesbaden

ernannt:

zum **Regierungsdirektor** Regierungsoberrat (BaL) Hartwig Boyan (30. 9. 86);

zum **Regierungsoberrat** Regierungsrat (BaL) Michael Breitbach (15. 10. 86);

zum **Oberstudienrat** Studienrat (BaL) Franz Joachim Eckert (1. 11. 86);

zum **Oberinspektor** Inspektor (BaL) Michael Bude (12. 10. 86).

Wiesbaden, 12. November 1986

Der Hessische Minister des Innern
I B 64

StAnz. 48/1986 S. 2285

F. im Bereich des Hessischen Kultusministers

beim Regierungspräsidenten in Gießen im Grund-, Haupt-, Real- und Sonderschuldienst

ernannt:

zum **Rektor an einer Gesamtschule als Leiter der Förderstufe mit mehr als 180 bis zu 360 Schülern** Lehrer (BaL) Karl-Heinz Stoll, Weilmünster (28. 5. 86);

zur **Konrektorin als ständiger Vertreterin des Leiters einer Grundschule mit mehr als 360 Schülern** Lehrerin (BaL) Barbara von Stackelberg, Marburg (1. 10. 86);

zum **Konrektor als ständigem Vertreter des Leiters einer Grundschule mit mehr als 180 bis zu 360 Schülern** Lehrer (BaL) Dietmar Willi Schreier, Wetzlar (1. 10. 86);

zu **Sonderschullehrerinnen (BaL)** die Sonderschullehrerinnen z. A. (BaP) Michaela Pech, Linden (1. 8. 86), Birgit Wehner-Gärtner, Schlitz (18. 8. 86), Ulrike Döring, Gießen (27. 8. 86), Annette Kühn, Bad Camberg (23. 9. 86), Jutta Reusch-Janisch, Weilburg (25. 9. 86);

zu **Lehrerinnen (BaL)** die Lehrerinnen z. A. (BaP) Rosina Kloos, Lohra (11. 8. 86), Jutta Schmittel, Abendgymnasium Gießen (19. 8. 86), Jutta Schösser, Wolzhausen (11. 9. 86), Waltraud Pfeiffer-Homrighausen, Wohratal-Halsdorf (16. 9. 86), Rita Runkel, Anzefahr-Niederwald (19. 9. 86), Iris Würz, Runkel, Mechthild Michel-Böckling, Villmar (beide 1. 10. 86);

zur **Fachlehrerin (BaL)** Fachlehrerin z. A. (BaP) Hiltrud Harfst, Obertiefenbach (3. 10. 86);

zu **Lehrern z. A. (BaP)** die Lehrer i. A. Günther Pohl, Bellersheim-Obbornhofen (7. 5. 86), Wolfgang Volpert, Biedenkopf (1. 8. 86);

in den Ruhestand versetzt:

Rektor als Ausbildungsleiter Karl Fuchs, Marburg, die Realschullehrer Ullrich Siegfried Kleinstück, Grünberg, Günter Franken, Schlitz, die Lehrer/in Günter Fritze, Allendorf (Lda.), Hans-Jörg Steiger, Hungen-Inheiden, Hans Werner Welsch, Atzbach, Gerda Ebertz, Braunfels-Bonbaden (sämtlich 31. 7. 86), sämtlich gem. § 51 Abs. 1 HBG, die Hauptlehrer/in Reinhold Jakobi, Lich-Langsdorf, Robert Zaschel, Schotten-Rainrod, Gisela Braun, Hachborn, Lehrerin Brünhild Funke, Oberrosphe (sämtlich 31. 7. 86), sämtlich gem. § 51 Abs. 3 HBG, Sonderschullehrerin Marianne Wricke, Gießen (31. 8. 86), die Lehrerinnen Lieselotte Bach, Wetzlar, Helga Reitz, Limburg (beide 30. 9. 86), sämtlich gem. § 51 Abs. 1 i. V. m. § 56 Abs. 2 HBG;

entlassen:

die Lehramtsreferendarinnen Christiane Oberste-Frielinghaus (28. 8. 86), Gabriele Loock, beide Dillenburg (30. 9. 86).

in Gymnasien

ernannt:

zu **Studienräten (BaL)** die Studienräte z. A. (BaP) Werner Wissen, Marburg (13. 8. 86), Richard Moser, Limburg (19. 8. 86), Hans-Joachim Sältzer, Gießen (22. 8. 86);

zu **Studienräten** die Studienräte z. A. (BaP) Rudolf Heinrich Brunner (10. 9. 86), Matthias Roßbach, beide Limburg (17. 9. 86);

zum **Studienrat z. A. (BaP)** Lehrer i. A. Wolfgang Gruner, Marburg (4. 8. 86);

in den Ruhestand versetzt:

Studiendirektor Werner Fischer, Alsfeld, Oberstudienrat Werner Henning, Lauterbach (beide 31. 7. 86), beide gem. § 51 Abs. 1 HBG, Studienrätin Hanna Maria Benoit, Grünberg (31. 8. 86), gem. § 51 Abs. 1 i. V. m. § 56 Abs. 2 HBG;

entlassen:

Studienreferendarin Isis Appeldorn, Gießen (7. 8. 86);

in Berufs-, Berufsfach- und Fachschulen

ernannt:

zu **Studienräten/innen (BaL)** die Studienräte/innen z. A. (BaP) Stephan Schulze-Steikow (7. 8. 86), Rita Kaminski (8. 8. 86), Werner Hühn, sämtlich Gießen (12. 8. 86), Ulrich Staffa, Wetzlar (13. 8. 86), Hans Martin Stoll, Dillenburg (15. 8. 86), Hans Michael Zuzak, Gießen (18. 8. 86), Barbara Dörr, Wetzlar (22. 8. 86), Werner Brabetz, Limburg (27. 8. 86), Axel Bepperling, Weilburg (3. 9. 86), Klaus Günter Göbel, Limburg (10. 9. 86), Werner Robert Wöll, Lauterbach (1. 10. 86);

zum **Fachlehrer für arbeitstechnische Fächer (BaL)** Fachlehrer für arbeitstechnische Fächer z. A. (BaP) Heinz Kern, Limburg (11. 8. 86);

zum **Fachlehrer für arbeitstechnische Fächer z. A. (BaP)** Fachlehreranwärter Klaus Krug, Alsfeld (1. 8. 86);

berufen in das Beamtenverhältnis auf Lebenszeit:

Studienrat (BaP) Edgar Gemmer, Limburg (1. 8. 86);

in den Ruhestand versetzt:

Oberstudienrat Hans-Peter Krieg, Gießen (31. 7. 86) gem. § 51 Abs. 1 HBG.

Gießen, 11. November 1986

Der Regierungspräsident
21 — 7 o 16 — 03

StAnz. 48/1986 S. 2286

H. im Bereich des Hessischen Ministers für Wirtschaft und Technik

in der Straßenbauverwaltung

ernannt:

zu **Baudirektoren** die Bauoberräte (BaL) Dipl.-Ing. Rainer Kehrein, Dipl.-Ing. Hans Roggenbuck (beide 1. 10. 86);

zum **Bauoberrat** Baurat (BaL) Dipl.-Ing. Reinhard Dörr (1. 10. 86);

zur **Regierungsoberrätin** Regierungsrätin (BaL) Erika Hoffmann (1. 10. 86);

zu **Baurräten z. A. (BaP)** die Bauassessoren Dipl.-Ing. Michael Antenbrink, Dipl.-Ing. Willi Kunze (beide 23. 9. 86), Dipl.-Ing. Andreas Moritz (29. 9. 86), Dipl.-Ing. Reinhold Rehbein (22. 10. 86);

zum **Regierungsrat z. A. (BaP)** Assessor Andreas Hehn (30. 9. 86);

zu/zur **Baureferendaren/in (BaW)** die Bewerber/in Dipl.-Ing. Uta Pleß, Dipl.-Ing. Thomas Platte, Dipl.-Ing. Eugen Reichwein (sämtlich 1. 10. 86);

zum **Oberamtsrat** Amtsrat (BaL) Gerd Renfer (1. 10. 86);

zum **Techn. Amtsrat** Techn. Amtmann (BaL) Gerhard Gaide (1. 10. 86);

zum **Amtsrat** Amtmann (BaL) Hans Nickel (1. 10. 86);

zum **Techn. Amtmann** Techn. Oberinspektor (BaL) Gerhard Schmermund (1. 10. 86);

zu **Oberinspektorinnen** Inspektorin (BaL) Sigrid Untch (10. 10. 86), Inspektorin (BaP) Christina Stöhr (1. 10. 86);

zu/zur **Techn. Oberinspektoren/in z. A. (BaP)** die Techn. Inspektoranwärter/in (BaW) Herbert Diehl, Jürgen Klems, Petra Reyer (sämtlich 6. 10. 86);

zum/zur **Inspektor/in (BaL)** Inspektor/in z. A. (BaP) Gerda Breitenborn, Bernhard Rieger (beide 1. 10. 86);

zu **Inspektoren/innen** die Inspektoren/innen z. A. (BaP) Klaus Avemaria, Uwe Biermas, Astrid Bernhard, Steffi Fritz, Thomas Tresbach (sämtlich 1. 10. 86), Assistentin (BaPO) Iris Klos (1. 10. 86);

zu **Techn. Inspektoranwärtern (BaW)** die Bewerber Dipl.-Ing. Matthias Hauck, Dipl.-Ing. Gerd Schwanczar, Dipl.-Ing. Ralf Thomas (sämtlich 1. 10. 86);

zur **Sekretärin** Assistentin (BaP) Antje Klocke (9. 10. 86);

zu **Assistenten z. A. (BaP)** die Assistentanwärter (BaW) Lutz Bachmann, Michael Zacke (beide 1. 10. 86);

berufen in das Beamtenverhältnis auf Lebenszeit:

Baurat (BaP) Dipl.-Ing. Gerald Richter (26. 8. 86);

versetzt:

von der Gemeinde Merenberg Oberinspektor (BaL) Volkhard Kurz (1. 10. 86);

entlassen:

Assistentanwärter Dirk Schlifski (30. 9. 86) gemäß § 43 Abs. 1 HBG;

verstorben:

Techn. Amtmann Alfred Gerstenberger (18. 10. 86).

Wiesbaden, 7. November 1986

Hessisches Landesamt für Straßenbau
1143 — 7 h — 04
StAnz. 48/1986 S. 2286

I. im Bereich des Hessischen Ministers für Umwelt und Energie

in der Eichverwaltung

ernannt:

zum **Eichdirektor** Eichoberrat (BaL) Dr. Reiner Balhorn (1. 10. 86);

zum **Eichoberrat** Oberregierungsrat (BaL) Dr. Reiner Balhorn (1. 9. 86);

zum **Oberinspektor (BaL)** Bewerber Wolfgang Kozok (1. 10. 86);

zum **Wart (BaL)** Wart z. A. (BaP) Joachim Momberger, Eichamt Gießen (1. 7. 86);

zum **Wart** Wart z. A. (BaP) Holger Weiher, Eichamt Hanau (1. 7. 86);

zum **Wart z. A. (BaP)** Eichhelfer Gerhard Hartung, Eichamt Kassel (1. 6. 86);

zu **Techn. Assistentanwärtern (BaW)** die Bewerber Stefan, Ernst, Eichamt Wiesbaden (1. 9. 86), Hartmut Heiß, Eichamt Darmstadt (1. 10. 86);

versetzt:

von der Physikalisch-Technischen Bundesanstalt in Braunschweig Oberregierungsrat (BaL) Dr. Reiner Balhorn (1. 9. 86);

in den Ruhestand versetzt:

Techn. Amtsinspektor Herbert Schilling, Eichamt Kassel (1. 11. 86), Techn. Hauptsekretär Heinz Wenner, Eichamt Darmstadt (1. 10. 86), beide gemäß § 51 Abs. 1 HBG.

Darmstadt, 13. November 1986

Hessische Eichdirektion
74 c — 041 — 03 — V 2
StAnz. 48/1986 S. 2287

K. im Bereich des Hessischen Sozialministers

im Ministerium

ernannt:

zum **Ministerialrat** Regierungsdirektor (BaL) Roger Hohmann (3. 10. 86);

zu **Regierungsdirektorinnen** die Regierungsoberrätinnen (BaL) Anna Hafemann (12. 10. 86), Huberta von Wedel-Keim (3. 10. 86);

zum **Techn. Oberamtsrat** Techn. Amtsrat (BaL) Hans-Dieter Wilhelmi (1. 11. 86);

zu **Amtsräten/innen** die Amtmänner (BaL) Marliese Berner, Gisela Sziel, Klaus Wehner (sämtlich 1. 10. 86), Robert Brühl (1. 11. 86);

zur **Amtfrau (BaL)** Verwaltungsangestellte Brigitte Spindler (9. 10. 86);

zu **Amtmännern** die Oberinspektoren (BaL) Manfred Lorenz, Ralph Zintel (beide 1. 10. 86);

in den Ruhestand versetzt:

Ministerialrat Ernst Witt (31. 7. 86) gem. § 51 Abs. 3 Nr. 1 HBG;

beim Landesjugendamt Hessen

ernannt:

zum **Amtmann** Oberinspektor (BaL) Hans-Henning Luyken (1. 10. 86).

Wiesbaden, 7. November 1986

Der Hessische Sozialminister
VB1b — 70 — 16
StAnz. 48/1986 S. 2287

L. im Bereich des Hessischen Ministers für Landwirtschaft und Forsten

bei der Bezirksdirektion für Forsten und Naturschutz in Darmstadt

ernannt:

zu **Forstdirektoren** die Forstoberräte (BaL) Eberhard Beck, FA Bad Nauheim, Dr. Paul-Joachim Hopp, FA Jossgrund, Herbert Kreuzer, FA Biebertal, Dr. Egon Liebscher, FA Bad Schwalbach (sämtlich 1. 10. 86), Jörg Freudenstein, FA Königstein (17. 10. 86), Hubertus Schroeter, FA Seeheim-Jugenheim (29. 10. 86);

zu **Forstoberräten** die Forsträte (BaL) Rolf Kaufmann, FA Schotten, Bernd Martin, FA Schlitz, Jens Müller, FA Wolfgang, Bruno Rink, FA Bad Camberg, Harald Voll (sämtlich 1. 10. 86), Thomas Drees, FA Idstein (15. 10. 86);

zum **Forstrat** Forstrat z. A. (BaP) Rigobert Oberländer-Simanavicius, FA Nidderau (1. 10. 86);

zu **Forsträten z. A. (BaP)** die Bewerber Werner Kluge, Hans-Jürgen Rupp (beide 1. 9. 86);

zu **Amtsräten** Forstamtmann (BaL) Heinz-Jürgen Keller, FA Lampertheim (1. 10. 86), Amtmann (BaL) Bernhard Müller (23. 10. 86);

zu **Forstamtmännern** die Forstoberinspektoren (BaL) Friedrich Siepmann (1. 10. 86), Walter Adams, FA Nidderau, Hubertus Brückner, FA Idstein, Peter Eyl, FA Nidderau, Karl-Heinz Kramer, FA Nidderau, Ewald Rieß, FA Homberg (Ohm), Dieter Kramm, FA Langen (sämtlich 6. 10. 86), Karl-Heinz Busch, FA Bad Schwalbach, Wolfgang Kurtz, FA Bad Schwalbach (beide 9. 10. 86);

zur **Amtfrau** Oberinspektorin (BaL) Petra Trautmann (1. 10. 86);

zu **Forstoberinspektoren** die Forstinspektoren (BaL) Robert Döll, FA Lampertheim, Bernd Islei, FA Gießen (beide 1. 10. 86), Joachim Schulze, FA Bensheim (6. 10. 86), Dieter Jungblut, FA Lich (7. 10. 86), Arno Dietz, FA Weilburg (17. 10. 86);

zu **Forstinspektoren** die Forstinspektoren z. A. (BaP) Jochen Raus, FA Hofheim (28. 8. 86), Martin Schab, FA Gießen (3. 10. 86);

zum **Inspektor (BaL)** Inspektor z. A. (BaP) Michael Orzechowski (1. 10. 86);

zur **Inspektorin** Inspektorin z. A. (BaP) Ute Schöneberger, FA Langen (13. 10. 86);

zu **Forstinspektoren z. A. (BaP)** die Bewerber Harald Langenberg, FA Nidderau, Gerhard Didion, FA Babenhausen (beide 1. 8. 86), die Forstinspektoranwärter Günter Hunold, FA Gelnhausen, Rolf Krämer, Renate Lang, FA Bensheim, Peter Maier,

FA Seligenstadt, Michael Menzel, FA Darmstadt, Maria-Rita Norkowski, FWB Odenwald-Nord (sämtlich 1. 10. 86);

zu/zur **Inspektoren/in z. A. (BaP)** die Inspektoranwärter/in Rainer Dluzak, Hans-Werner Egert, FA Bad Camberg, Matthias Kisling, Kirsten Kubasta (sämtlich 1. 10. 86);

zu/zur **Inspektoranwärtern/in (BaW)** die Bewerber/in Uwe Göbel, FA Darmstadt, Thorsten Hartwig, FA Herborn, Wolfgang Hedderich, FA Darmstadt, Evelyn Weinl, FA Idstein (sämtlich 1. 10. 86);

zu/zur **Forstinspektoranwärtern/in (BaW)** die Bewerber/in Achim Bösser, FA Gießen, Hans-Detlef Fett, FA Hirschhorn, Herbert Jansky, FA Gelnhausen, Sabine Müller, FA Königstein, Rüdiger Musch, FA Dillenburg, Rolf Dieter Pech, FA Romrod, Laurenz Pries, FA Dieburg, Bernward Sievers, FA Chausseehaus, Helmut Schmitt, FA Gießen, Armin Stoll, FA Bensheim, Jürgen Treichel, FA Wald-Michelbach, Bernhard Wessely, FA Driedorf (sämtlich 1. 10. 86);

berufen in das Beamtenverhältnis auf Lebenszeit:

die Forstinspektoren (BaP) Hans-Joachim Bufe, FA Bad Schwalbach (5. 9. 86), Wolfgang Lorenz, FA Alsfeld (3. 10. 86), Bernhard Sya, FA Königstein (10. 10. 86), Winfried Möller, FA Weilburg, Reinhard Vollmer, FA Weilburg, Erwin Heckmann, FA Sinntal (sämtlich 17. 10. 86), Peter Krautzberger, FA Weilburg (20. 10. 86);

in den Ruhestand versetzt:

Forstamtmann Karl-Heinz Buchner, FA Bensheim (31. 8. 86), Amtsrat Heinrich Czieslik, FA Seligenstadt, die Forstamtmänner Hans-Jochen Schade, FA Weilmünster (beide 30. 9. 86), Heinrich Schäfer, FA Biebergemünd (31. 10. 86), sämtlich gem. § 51 Abs. 1 HBG;

entlassen:

Forstinspektor z. A. Ludwig Zastrow, FA Gelnhausen (31. 8. 86) gem. § 41 HBG, die Forstinspektoranwärter/in Renate Frevert, FA Lampertheim, Günter Hunold, FA Herborn, Rolf Krämer, FA Homberg, Peter Maier, FA Michelstadt, Michael Menzel, FA Darmstadt (sämtlich 19. 9. 86), sämtlich gem. § 43 Abs. 2 Satz 2 HBG.

Darmstadt, 14. November 1986

Bezirksdirektion für Forsten und Naturschutz
1 — B 47

StAnz. 48/1986 S. 2287

1170 DARMSTADT — DIE REGIERUNGSPRÄSIDENTEN

Ungültigkeitserklärung eines Polizei-Dienstausweises

Der am 4. Januar 1983 vom Regierungspräsidenten in Darmstadt für Polizeihauptmeister Heinz Pollmanns ausgestellte Polizeidienstausweis Nr. 03-728 ist in Verlust geraten.

Er wird hiermit für ungültig erklärt.

Darmstadt, 13. November 1986

Der Regierungspräsident
III 2/13 S 65 — 7 d 14

StAnz. 48/1986 S. 2288

1171 GIESSEN

Verordnung zum Schutz der Trinkwassergewinnungsanlage der Gemeinde Rabenau/Ortsteil Londorf, Landkreis Gießen, vom 5. November 1986

Auf Grund des § 19 des Gesetzes zur Ordnung des Wasserhaushalts (WHG) i. d. F. vom 16. Oktober 1976 (BGBl. I S. 3017) und des § 25 des Hessischen Wassergesetzes (HWG) i. d. F. vom 21. Mai 1981 (GVBl. I S. 154) wird folgendes verordnet:

§ 1
Schutzgebietsfestsetzung

Auf Antrag und zugunsten der Gemeinde Rabenau, Landkreis Gießen, wird im Interesse der öffentlichen Wasserversorgung für die Trinkwassergewinnungsanlage in der Gemarkung Londorf ein Wasserschutzgebiet festgesetzt.

§ 2
Gliederung, Umfang, Grenzen

(1) Das Wasserschutzgebiet gliedert sich in

Zone I (Fassungsbereich),
Zone II (Engere Schutzzone),
Zone III (Weitere Schutzzone).

(2) Über das Wasserschutzgebiet und seine Schutzzonen gibt die als Anlage zu dieser Verordnung veröffentlichte Übersichtskarte im Maßstab 1:25 000 einen Überblick.

Die betroffenen Gemarkungen und Flure sind in § 3 aufgeführt. Im einzelnen ergibt sich die genaue Abgrenzung des Wasserschutzgebietes und der Schutzzonen aus dem Übersichtsplan im Maßstab 1:25 000 und den Katasterkarten im Maßstab 1:2 000 und 1:1 500, in denen die Schutzzonen wie folgt dargestellt sind:

Zone I = rote Umrandung,
Zone II = grüne Umrandung,
Zone III = gelbe Umrandung.

Die Anlage und die Schutzgebietskarten sind Bestandteil dieser Verordnung.

Die Schutzgebietskarten werden archivmäßig bei dem Regierungspräsidenten in Gießen — obere Wasserbehörde —, Bahnhofstraße 52, 6300 Gießen, verwahrt und können dort während der Dienststunden eingesehen werden. Außerdem können sie während der Dienststunden bei dem Gemeindevorstand der Gemeinde Rabenau, 6301 Rabenau, eingesehen werden.

§ 3
Bezeichnung der Grundstücke

(1) Der Fassungsbereich (Zone I) umfaßt das Grundstück in der Gemarkung Londorf, Flur 5, Flurstück 9 teilweise.

(2) Die Engere Schutzzone (Zone II) umfaßt die Grundstücke in der Gemarkung

Londorf, Flur 5, Flurstücke 6, 8 teilweise, 9 teilweise, 10, 11

Nordeck, Flur 3, Flurstücke 275/92, 276/93, 277/94, 278/95, 284/140, 294/88, 309/139, 377/91, 379/149, 494/67 teilweise, 495/72, 498/78, 499/83, 500/85, 501/89.

(3) Die Weitere Schutzzone (Zone III) umfaßt Teile der Gemarkungen Londorf, Nordeck und Roßberg.

§ 4
Verbote in der Schutzzone III

Verboten in der Schutzzone III sind:

1. Versenken von Abwasser einschließlich des auf den Straßen anfallenden Niederschlagswassers
2. Versenken oder Versickern radioaktiver Stoffe
3. Errichten und Betreiben von gewerblichen und industriellen Anlagen, bei denen radioaktive Stoffe, wassergefährdende Stoffe oder Betriebsabwässer anfallen, wenn diese Stoffe nicht vollständig aus dem Schutzgebiet herausgeleitet, herausgebracht, ausreichend behandelt oder zulässigerweise in eine öffentliche Kanalisation eingeleitet werden.
4. Ablagern von radioaktiven oder wassergefährdenden Stoffen sowie deren Einbringen in den Untergrund
5. Errichten und Betreiben von Fernleitungen für wassergefährdende Stoffe
6. Errichten und Betreiben von gewerblichen und industriellen Anlagen, in denen radioaktive oder wassergefährdende Stoffe hergestellt oder verwendet werden
7. Halten von Tieren in Großbeständen, wenn das ordnungsgemäße Verwerten oder Beseitigen der tierischen Ausscheidungen nicht gesichert ist
8. das offene Lagern boden- oder wasserschädigender Mittel für Pflanzenschutz (einschließlich Mittel zur Aufwuchs- und Schädlingsbekämpfung) und zur Wachstumsregelung; die Anwendung ist nur unter genauer Beachtung der Gebrauchsanweisung zulässig

9. Versickern von Abwasser einschließlich des auf den Straßen anfallenden Niederschlagswassers
10. Wohnsiedlungen, Krankenhäuser, Heilstätten und Betriebe, wenn das Abwasser nicht vollständig und sicher aus der Zone III hinausgeleitet wird
11. das unsachgemäße Lagern von Wirtschafts- und Handelsdünger
12. das Lagern, Abfüllen und Umschlagen wassergefährdender Stoffe und deren Befördern in Rohrleitungen, soweit hierzu nicht Anlagen i. S. des § 15 Abs. 2 der Anlagenverordnung (VAwS) vom 23. März 1982 (GVBl. I S. 74) verwendet werden
13. Start-, Lande- und Sicherheitsflächen sowie Anflugsektoren und Notabwurfplätze des Flugverkehrs
14. militärische Anlagen sowie Manöver und Übungen von Streitkräften oder anderer Organisationen, die geeignet sind, das Grundwasser nachteilig zu verändern
15. Abfallbeseitigungsanlagen; Anlagen, die der Lagerung und Behandlung von Autowracks dienen
16. Abwasserbehandlungsanlagen (Kläranlagen mit Ausnahme von zugelassenen Kleinkläranlagen) und Sammelgruben
17. das Aufbringen von Fäkalschlamm
18. das Aufbringen von tierischen Ausscheidungen, soweit das übliche Maß der landwirtschaftlichen Düngung überschritten wird
19. das Aufbringen von Klärschlamm, soweit nach der Klärschlammverordnung (AbfKlärV) vom 25. März 1982 (BGBl. I S. 734) dies verboten bzw. eine Genehmigung oder die Zulassung einer Ausnahme erforderlich ist
20. Versenken oder Versickern von Kühlwasser
21. das Herstellen von Bohrungen und von Erdaufschlüssen mit wesentlicher Minderung der Grundwasserüberdeckung, sofern nicht fachbehördlich festgestellt worden ist, daß eine schädliche Verunreinigung des Grundwassers oder eine sonstige nachteilige Veränderung seiner Eigenschaften nicht zu besorgen ist
22. das Auffüllen der Erdoberfläche mit wassergefährdenden Stoffen
23. Neuanlagen und Erweitern von Friedhöfen
24. Rangierbahnhöfe
25. Verwenden von wassergefährdenden auswasch- oder auslaugbaren Materialien zum Straßen-, Wege- oder Wasserbau (s. Richtlinien für bautechnische Maßnahmen an Straßen in Wassergewinnungsgebieten)
26. Grundwasser- und Erdreichwärmepumpen

§ 5
Verbote in der Schutzzone II

Verboten in der Schutzzone II sind:

1. alle für Zone III genannten Einrichtungen, Handlungen und Vorgänge
2. das Errichten und die wesentliche Änderung von Gebäuden und sonstigen baulichen Anlagen i. S. des § 2 der Hessischen Bauordnung (HBO)
3. Baustellen, Baustofflager, Baustelleneinrichtungen
4. der Neubau und die wesentliche Änderung von Straßen, Bahnlinien und sonstigen Verkehrslagen, ausgenommen Feld- und Waldwege
5. das Errichten von Sport-, Zelt-, Bade- und Parkplätzen sowie das Zelten, Lagern und das Abstellen von Wohnwagen
6. Wagenwaschen und Ölwechsel
7. jegliche über die land- und forstwirtschaftliche Bearbeitung hinausgehenden Bodeneingriffe (z. B. Kies-, Sand-, Torf- und Tongruben, Steinbrüche), durch die die belebte Bodenzone verletzt oder die Grundwasserüberdeckung vermindert wird
8. Bergbau, wenn er zum Zerreißen der Grundwasserüberdekkung, zu Einmuldungen oder zu offenen Wasseransammlungen führt
9. Sprengungen
10. Viehansammlungen, Pferche, soweit dadurch das übliche Maß der landwirtschaftlichen Düngung überschritten oder die Pflanzendecke wesentlich verletzt wird
11. das unsachgemäße Anwenden von Wirtschafts- und Handelsdünger
12. organische Düngung, sofern die Dungstoffe nach der Anfuhr nicht sofort verteilt werden oder die Gefahr ihrer oberirdischen Abschwemmung in den Fassungsbereich besteht
13. das Aufbringen von Klärschlamm
14. Gärfuttermieten
15. Kleingärten, Gartenbaubetriebe
16. das Lagern, Abfüllen, Umschlagen, Durchleiten oder Befördern wassergefährdender Stoffe
17. das Vergraben von Tierkörpern
18. Transport radioaktiver Stoffe
19. Herstellen oder wesentliches Umgestalten von oberirdischen Gewässern einschließlich Fischteichen
20. militärische Anlagen;
    Manöver und Übungen von Streitkräften oder von anderen Organisationen, ausgenommen sind:
    1. Bewegungen zu Fuß,
    2. das oberirdische Verlegen von leichtem Feldkabel
    3. auf klassifizierten Straßen und wasserdicht befestigten Flächen
       — das Durchfahren mit Ketten-Kraftfahrzeugen
       — Bewegungen von Rad-Kraftfahrzeugen mit Ausnahme von Tank-Kraftfahrzeugen

§ 6
Verbote in der Schutzzone I

Verboten in der Schutzzone I sind:

1. alle für Zone II genannten Einrichtungen, Handlungen und Vorgänge
2. der Fahr- und Fußgängerverkehr
3. die land- und forstwirtschaftliche Nutzung
4. die Düngung
5. das Anwenden von Mitteln für Pflanzenschutz (einschließlich Mittel zur Aufwuchs- und Schädlingsbekämpfung) und zur Wachstumsregelung
6. das Verletzen der belebten Bodenzone und der Grundwasserüberdeckung
7. alle sonstigen Maßnahmen, soweit sie nicht für die Wasserversorgung notwendig sind

§ 7
Duldungspflichten

Die Eigentümer und Nutzungsberechtigten von Grundstücken innerhalb des Wasserschutzgebietes haben zu dulden, daß Beauftragte der zuständigen staatlichen Behörden die Grundstücke zur Beobachtung des Wassers und des Bodens betreten.

Sie haben ferner zu dulden, daß

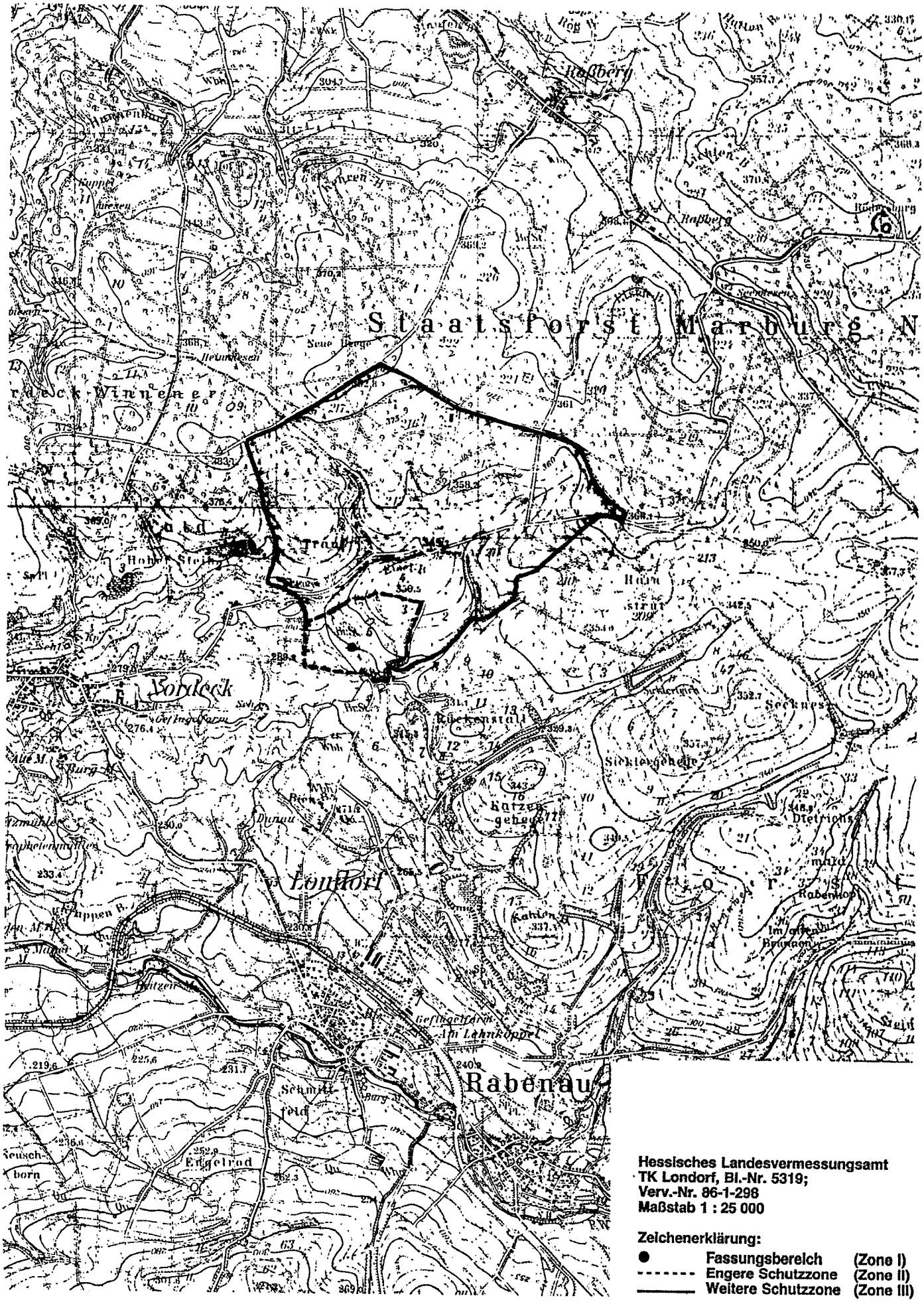
1. der Fassungsbereich eingezäunt, bepflanzt und gepflegt wird
2. Beobachtungsstellen errichtet werden
3. Hinweisschilder zur Kennzeichnung des Wasserschutzgebietes aufgestellt werden
4. Mulden und Erdaufschlüsse aufgefüllt werden
5. wassergefährdende Ablagerungen beseitigt werden
6. notwendige Einrichtungen zur sicheren und unschädlichen Ableitung des anfallenden Oberflächenwassers aus dem Wasserschutzgebiet erstellt werden
7. Vorkehrungen an den in der Engeren Schutzzone liegenden Straßen und Wegen zur Verhinderung von Ölunfällen und zur Minderung derer Folgen getroffen werden
8. vorhandene Bauten mit besonders gesicherten, dichten Leitungen versehen und an die Kanalisation angeschlossen werden
9. Maßnahmen zum Schutz vor Überschwemmungen vorgenommen werden.

§ 8
Ausnahmen

(1) Von den Schutzbestimmungen dieser Verordnung kann der Regierungspräsident in 6300 Gießen — obere Wasserbehörde — auf Antrag Ausnahmen zulassen.

Die Ausnahme bedarf der Schriftform.

(2) Handlungen, die einer wasserrechtlichen Erlaubnis, Bewilligung oder Genehmigung, einer gewerberechtlichen, abfallrechtlichen oder bauaufsichtlichen Genehmigung bedürfen oder die auf Grund eines bergbehördlichen geprüften Betriebsplanes oder durch bergrechtliche Erlaubnis oder Bewilligung zugelassen werden, bedürfen keiner Ausnahmegenehmigung nach dieser Verordnung. Entscheidet in den vorgenannten Fällen die obere Wasserbehörde nicht selbst, ist ihr Einvernehmen erforderlich.



Hessisches Landesvermessungsamt
TK Londorf, Bl.-Nr. 5319;
Verv.-Nr. 86-1-298
Maßstab 1 : 25 000

Zeichenerklärung:

●	Fassungsbereich	(Zone I)
-------	Engere Schutzzone	(Zone II)
———	Weitere Schutzzone	(Zone III)

§ 9

Ordnungswidrigkeiten

Zuwiderhandlungen gegen die Verbote der §§ 4 bis 6 können nach § 41 Abs. 1 Nr. 2 und Abs. 2 WHG mit einer Geldbuße bis zu hunderttausend Deutsche Mark geahndet werden.

§ 10

Inkrafttreten

Diese Verordnung tritt am Tage nach der Verkündung im Staatsanzeiger für das Land Hessen in Kraft.

Gießen, 5. November 1986

Der Regierungspräsident
In Vertretung
gez. Berg

StAnz. 48/1986 S. 2288

1172

Auflösung des Rindviehversicherungsvereins a. G. Niederweidbach, Bischoffen/Ortsteil Niederweidbach, Lahn-Dill-Kreis

Der Rindviehversicherungsverein a. G. Niederweidbach hat durch ordentliche Mitgliederversammlung am 13. Februar 1986 die Auflösung mit Wirkung vom 7. November 1986 beschlossen.

Hierzu habe ich die aufsichtsbehördliche Genehmigung erteilt.

Gießen, 7. November 1986

Der Regierungspräsident
11 — 25 d 04/15 — (2) — 19

StAnz. 48/1986 S. 2291

1173 KASSEL

Verordnung zur Festsetzung eines Wasserschutzgebietes für die Wassergewinnungsanlagen „Brunnen Wickersrode" und „Quelle Retterode" des Wasserbeschaffungsverbandes „Lossetal" in Hessisch Lichtenau, Werra-Meißner-Kreis, vom 27. Oktober 1986

Auf Grund des § 19 des Wasserhaushaltsgesetzes (WHG) i. d. F. vom 16. Oktober 1976 (BGBl. I S. 3017), zuletzt geändert durch Gesetz vom 28. März 1980 (BGBl. I S. 373), und des § 25 des Hessischen Wassergesetzes (HWG) i. d. F. vom 12. Mai 1981 (GVBl. I S. 154), geändert durch Gesetz vom 31. Oktober 1985 (GVBl. I S. 181), wird folgendes verordnet:

§ 1

Schutzgebietsfestsetzung

Im Interesse der öffentlichen Wasserversorgung wird zum Schutz des Grundwassers im Einzugsgebiet der Wassergewinnungsanlagen „Brunnen Wickersrode" und „Quelle Retterode" zugunsten des Wasserbeschaffungsverbandes „Lossetal" in Hessisch Lichtenau, Werra-Meißner-Kreis, ein Wasserschutzgebiet festgesetzt.

§ 2

Gliederung, Umfang, Grenzen

(1) Das Wasserschutzgebiet gliedert sich in drei Zonen, und zwar in

Zone I (Fassungsbereich),
Zone II (Engere Schutzzone),
Zone III (Weitere Schutzzone).

(2) Über das Wasserschutzgebiet und seine Schutzzonen geben die als Anlage zu dieser Verordnung veröffentlichte Übersichtskarte im Maßstab 1:25 000 und die Aufzählung in § 3 einen Überblick.

Im einzelnen ergibt sich die genaue Abgrenzung des Wasserschutzgebietes und der Schutzzonen aus den Schutzgebietskarten im Maßstab 1:1 500 und 1:10 000, in denen die Schutzzonen wie folgt dargestellt sind:

Zone I (rote Umrandung),
Zone II (grüne Umrandung),
Zone III (gelbe Umrandung).

Die Anlage und die Schutzgebietskarten sind Bestandteile dieser Verordnung. Die Schutzgebietskarten werden archivmäßig bei dem

Regierungspräsidenten in Kassel
— oberer Wasserbehörde —,
Dr.-Fritz-Hoch-Haus,
Steinweg 6,
3500 Kassel,

verwahrt. Die Verordnung mit Anlagen kann dort und bei

1. dem Wasserverband „Lossetal" in Hessisch Lichtenau, Rathaus, **3436 Hessisch Lichtenau 1,**
2. dem Landrat des Werra-Meißner-Kreises — unterer Wasserbehörde — — Katasteramt —, **3440 Eschwege,**
3. dem Kreisausschuß des Werra-Meißner-Kreises — unterer Bauaufsichtsbehörde — — Gesundheitsamt —, **3440 Eschwege,**
4. dem Wasserwirtschaftsamt Kassel Goethestraße 7, **3500 Kassel,**
5. dem Hessischen Landesamt für Bodenforschung Leberberg 9, **6200 Wiesbaden,**
6. der Hessischen Landesanstalt für Umwelt Unter den Eichen 7, **6200 Wiesbaden,**

während der Dienststunden eingesehen werden.

§ 3

Aufzählung der Flurstücke, Fluren und Gemarkungen

Zone I

Brunnen Wickersrode:

Gemarkung Wickersrode, Flur 10, Flurstück 6/1 (teilweise).

Quelle Retterode:

Gemarkung Retterode, Flur 10, Flurstück 1/1 (teilweise).

Zone II

Brunnen Wickersrode:

Gemarkung Wickersrode, Flur 10, Flurstücke 6/1 (teilweise), 14 (teilweise), 15 (teilweise), 30 (teilweise), 31 (teilweise) und 32 (teilweise);

Gemarkung Retterode, Flur 7, Flurstücke 3/1 (teilweise), 5/1 (teilweise), 30/1 (teilweise), 47 (teilweise), 48, 65 (teilweise), 81/30 (teilweise), 82/30 (teilweise) und 83/30 (teilweise).

Quelle Retterode:

Gemarkung Retterode, Flur 10, Flurstück 1/1 (teilweise).

Zone III

Die Weitere Schutzzone für den **Brunnen Wickersrode** umfaßt Teile der Gemarkungen Wickersrode und Retterode der Stadt Hessisch Lichtenau, Werra-Meißner-Kreis.

Die Weitere Schutzzone für die **Quelle Retterode** umfaßt Teile der Gemarkungen Retterode und Hessisch Lichtenau der Stadt Hessisch Lichtenau, Werra-Meißner-Kreis.

§ 4

Verbote in der Zone III

In der Zone III sind verboten:

1. Versenken von Abwasser einschließlich des auf den Straßen anfallenden Niederschlagswassers,
2. Versenken oder Versickern radioaktiver Stoffe,
3. Errichten und Betreiben von gewerblichen und industriellen Anlagen, in denen als Reststoffe radioaktive Stoffe, wassergefährdende Stoffe oder Betriebsabwässer, ausgenommen Kühlwasser, anfallen, wenn diese Stoffe nicht vollständig aus dem Schutzgebiet herausgeleitet, herausgebracht, ausreichend behandelt oder zulässigerweise in eine öffentliche Kanalisation eingeleitet werden.
4. Ablagern von radioaktiven oder wassergefährdenden Stoffen sowie deren Einbringen in den Untergrund,
5. Errichten und Betreiben von Rohrleitungen für wassergefährdende Stoffe außerhalb eines Werksgeländes (Fernleitungen),
6. Errichten und Betreiben von gewerblichen und industriellen Anlagen, in denen radioaktive oder wassergefährdende Stoffe hergestellt oder verwendet werden,

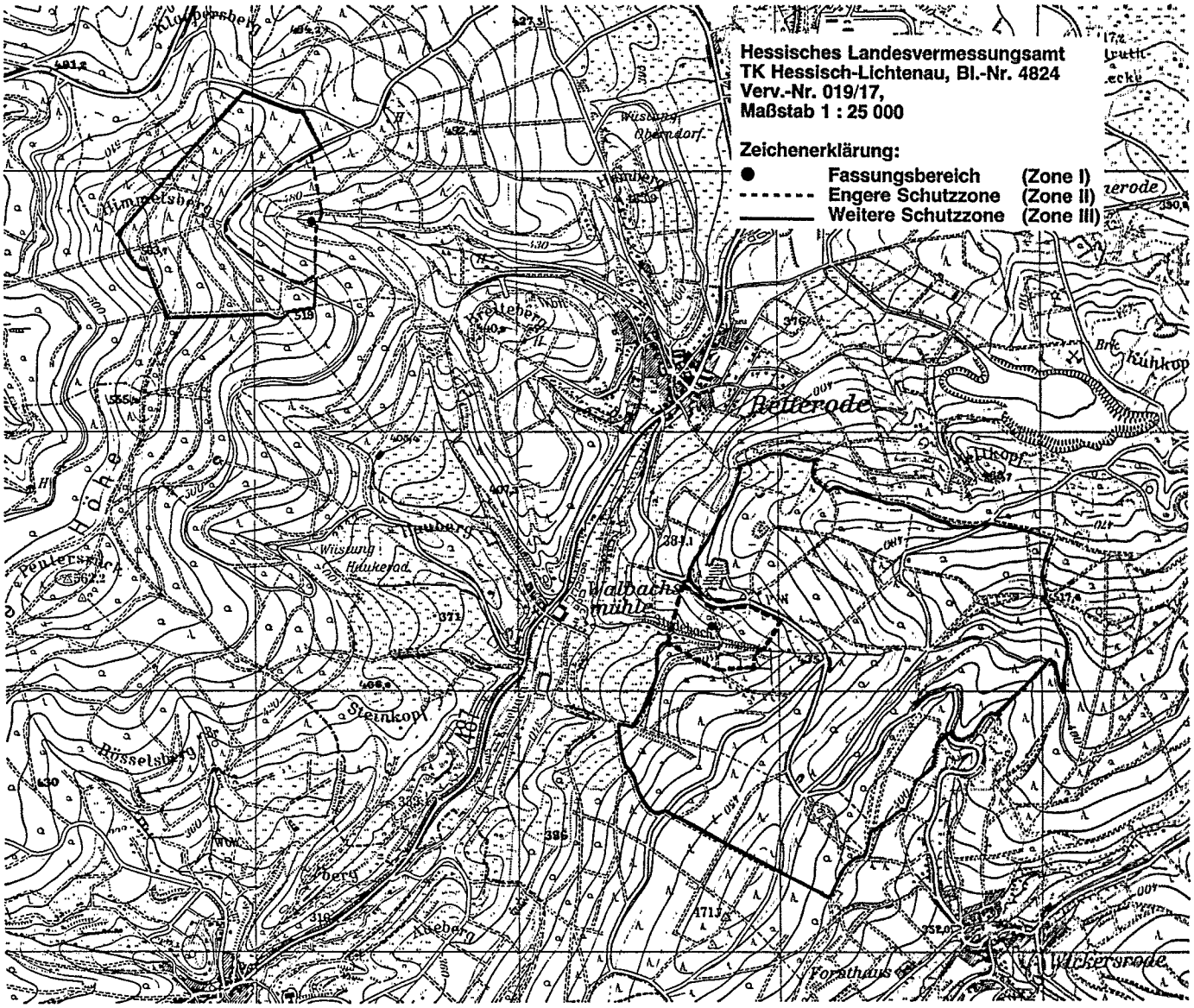
7. Halten von Tieren in Großbeständen, wenn das ordnungsgemäße Verwerten oder Beseitigen der tierischen Ausscheidungen nicht gesichert ist,
8. offenes Lagern boden- oder wasserschädigender Mittel für Pflanzenschutz (einschließlich Mittel zur Aufwuchs- und Schädlingsbekämpfung) und zur Wachstumsregelung; die Anwendung ist nur unter genauer Beachtung der Gebrauchsanweisung zulässig,
9. Versickern von Abwasser einschließlich des auf den Straßen anfallenden Niederschlagswassers,
10. Wohnsiedlungen, Krankenhäuser, Heilstätten und Betriebe, wenn das Abwasser nicht vollständig und sicher aus der Zone III hinausgeleitet wird,
11. unsachgemäßes Lagern von Wirtschafts- und Handelsdünger,
12. Lagern, Abfüllen und Umschlagen wassergefährdender Stoffe sowie innerhalb eines Werksgeländes deren Befördern in Rohrleitungen, soweit hierzu nicht Anlagen i. S. des § 15 Abs. 2 der Anlagenverordnung (VAwS) vom 23. März 1982 (GVBl. I S. 74) verwendet werden,
13. Start-, Lande- und Sicherheitsflächen sowie Anflugsektoren und Notabwurfplätze des Luftverkehrs,
14. militärische Anlagen sowie Manöver und Übungen von Streitkräften oder anderer Organisationen, die geeignet sind, das Grundwasser nachteilig zu verändern,
15. Abfallbeseitigungsanlagen sowie Anlagen, die der Lagerung und Behandlung von Autowracks dienen,
16. Abwasserbehandlungsanlagen (Kläranlagen mit Ausnahme von zugelassenen Kleinkläranlagen) und Sammelgruben,
17. Aufbringen von Fäkalschlamm,
18. Aufbringen von tierischen Ausscheidungen, soweit das übliche Maß der landwirtschaftlichen Düngung überschritten wird,
19. Aufbringen von Klärschlamm, soweit nach der Klärschlammverordnung (AbfKlärV) vom 25. Juni 1982 (BGBl. I S. 734) dies verboten bzw. eine Genehmigung oder die Zulassung einer Ausnahme erforderlich ist.
20. Versenken oder Versickern von Kühlwasser,
21. Herstellen von Bohrungen und von Erdaufschlüssen mit wesentlicher Minderung der Grundwasserüberdeckung, sofern nicht fachbehördlich festgestellt worden ist, daß eine schädliche Verunreinigung des Grundwassers oder eine sonstige nachteilige Veränderung seiner Eigenschaften nicht zu besorgen ist,
22. Auffüllen der Erdoberfläche mit wassergefährdenden Stoffen,
23. Neuanlegen und Erweitern von Friedhöfen,
24. Rangierbahnhöfe,
25. Verwenden von wassergefährdenden auswasch- oder auslaugbaren Materialien zum Straßen-, Wege- oder Wasserbau,
26. Grundwasser- und Erdreichwärmepumpen.

§ 5
Verbote in der Zone II

In der Zone II gelten die Verbote für die Zone III.

Darüber hinaus sind verboten:

1. Errichten und wesentliches Ändern von Gebäuden und sonstigen baulichen Anlagen i. S. des § 2 der Hessischen Bauordnung (HBO),
2. Baustellen, Baustofflager, Baustelleneinrichtungen,



3. Neubau und wesentliches Ändern von Straßen, Bahnlinien und sonstigen Verkehrsanlagen, ausgenommen Feld- und Waldwege,
4. Errichten von Sport-, Zelt-, Bade- und Parkplätzen sowie Zelten, Lagern und Abstellen von Wohnwagen,
5. Kraftfahrzeugwaschen und Ölwechsel,
6. jegliche über die land- und forstwirtschaftliche Bearbeitung hinausgehenden Bodeneingriffe (z. B. Kies-, Sand-, Torf-, Lehm- und Tongruben, Steinbrüche), durch die die belebte Bodenzone verletzt oder die Grundwasserüberdeckung vermindert wird,
7. Bergbau, wenn er zum Zerreißen der Grundwasserüberdekkung, zu Einmuldungen oder zu offenen Wasseransammlungen führt,
8. Sprengungen,
9. Viehansammlungen, Pferche, soweit dadurch das übliche Maß der landwirtschaftlichen Düngung überschritten oder die Pflanzendecke wesentlich verletzt wird,
10. unsachgemäßes Anwenden von Wirtschafts- und Handelsdünger,
11. organische Düngung, sofern die Dungstoffe nach der Anfuhr nicht sofort verteilt werden oder die Gefahr ihrer oberirdischen Abschwemmung in den Fassungsbereich besteht,
12. Aufbringen von Klärschlamm,
13. Gärfuttermieten,
14. Kleingärten, Gartenbaubetriebe,
15. Lagern, Abfüllen, Umschlagen, Durchleiten und Befördern wassergefährdender Stoffe,
16. Vergraben von Tierkörpern,
17. Transport radioaktiver Stoffe,
18. Herstellen oder wesentliches Umgestalten von oberirdischen Gewässern einschließlich Fischteichen,
19. militärische Anlagen sowie Manöver und Übungen von Streitkräften oder anderer Organisationen, ausgenommen sind:
    1. Bewegungen zu Fuß,
    2. oberirdisches Verlegen von leichten Feldkabeln,
    3. auf klassifizierten Straßen und wasserdicht befestigten Flächen:
       — Durchfahren mit Ketten-Kraftfahrzeugen
       — Bewegungen von Rad-Kraftfahrzeugen mit Ausnahme von Tank-Kraftfahrzeugen.

§ 6

Verbote in der Zone I

In der Zone I gelten die Verbote für die Zone II.

Darüber hinaus sind verboten:

1. Fahr- und Fußgängerverkehr,
2. land- und forstwirtschaftliche Nutzung,
3. Düngung,
4. Anwenden von Mitteln für Pflanzenschutz (einschließlich Mittel zur Aufwuchs- und Schädlingsbekämpfung) und zur Wachstumsregelung,
5. Verletzen der belebten Bodenzone und der Grundwasserüberdeckung,
6. alle sonstigen Maßnahmen, die das Grundwasser beeinflussen können, soweit sie nicht für die Wasserversorgung notwendig sind.

§ 7

Duldungspflichten

Die Eigentümer und Nutzungsberechtigten von Grundstücken innerhalb der Wasserschutzgebiete haben zu dulden, daß Beauftragte der zuständigen staatlichen Behörden die Grundstücke zur Beobachtung des Wassers und des Bodens betreten.

Sie haben ferner zu dulden, daß

1. die Fassungsbereiche eingezäunt und — soweit sie nicht mit Wald bestanden sind — mit einer zusammenhängenden Grasdecke versehen werden,
2. Beobachtungsstellen eingerichtet werden,
3. Hinweisschilder zum Kennzeichnen des Wasserschutzgebietes aufgestellt werden,
4. Mulden und Erdaufschlüsse aufgefüllt werden,
5. wassergefährdende Ablagerungen beseitigt werden,
6. notwendige Einrichtungen zum sicheren und unschädlichen Ableiten des anfallenden Oberflächenwassers aus den Fassungsbereichen und den Engeren Schutzzonen erstellt werden,
7. Vorkehrungen an den in den Engeren Schutzzonen liegenden Straßen und Wegen zur Verhinderung von Ölunfällen und zur Minderung derer Folgen getroffen werden,
8. vorhandene Bauten mit besonders gesicherten, dichten Leitungen an die Kanalisation angeschlossen werden,
9. Maßnahmen zum Schutz vor Überschwemmungen vorgenommen werden.

§ 8

Ausnahmen

(1) Von den Bestimmungen dieser Verordnung kann der Regierungspräsident in Kassel — obere Wasserbehörde — auf Antrag Ausnahmen zulassen. Die Zulassung bedarf der Schriftform.

(2) Handlungen, die einer wasserrechtlichen Erlaubnis, Bewilligung oder Genehmigung, einer gewerberechtlichen, abfallrechtlichen oder bauaufsichtlichen Genehmigung bedürfen oder die auf Grund eines bergbehördlich geprüften Betriebsplanes oder durch bergrechtliche Erlaubnis oder Bewilligung zugelassen werden, bedürfen keiner Ausnahmezulassung nach dieser Verordnung. Entscheidet in den vorgenannten Fällen die obere Wasserbehörde nicht selbst, ist ihr Einvernehmen erforderlich.

§ 9

Ordnungswidrigkeiten

Zuwiderhandlungen gegen die Verbote der §§ 4 bis 6 dieser Verordnung können nach § 41 Abs. 1 Nr. 2 und Abs. 2 WHG mit einer Geldbuße bis zu hunderttausend Deutsche Mark geahndet werden.

§ 10

Inkrafttreten

Diese Verordnung tritt am Tage nach der Verkündung im Staatsanzeiger für das Land Hessen in Kraft.

Kassel, 27. Oktober 1986

Der Regierungspräsident
In Vertretung
gez. Schott

StAnz. 48/1986 S. 2291

1174

Verordnung zur Festsetzung eines Wasserschutzgebietes für die Trinkwassergewinnungsanlage „Tiefbrunnen Knickhagen" der Fritz-Erler-Kaserne in Fuldatal, Landkreis Kassel, vom 29. Oktober 1986

Auf Grund des § 19 des Wasserhaushaltsgesetzes (WHG) i. d. F. vom 16. Oktober 1976 (BGBl. I S. 3017), zuletzt geändert durch Gesetz vom 28. März 1980 (BGBl. I S. 373), und des § 25 des Hessischen Wassergesetzes (HWG) i. d. F. vom 12. Mai 1981 (GVBl. I S. 154), geändert durch Gesetz vom 31. Oktober 1985 (GVBl. I S. 181), wird folgendes verordnet:

§ 1

Schutzgebietsfestsetzung

Im Interesse der öffentlichen Wasserversorgung wird zum Schutze des Grundwassers im Einzugsgebiet der Wassergewinnungsanlage „Tiefbrunnen Knickhagen" der Fritz-Erler-Kaserne in Fuldatal/Ortsteil Knickhagen, Landkreis Kassel, zugunsten der Bundesrepublik Deutschland ein Wasserschutzgebiet festgesetzt.

§ 2

Gliederung, Umfang, Grenzen

(1) Das Wasserschutzgebiet gliedert sich in drei Zonen, und zwar in

Zone I (Fassungsbereich),
Zone II (Engere Schutzzone),
Zone III (Weitere Schutzzone).

(2) Über das Wasserschutzgebiet und seine Schutzzonen geben die als Anlage zu dieser Verordnung veröffentlichte Übersichtskarte im Maßstab 1:25 000 und die Aufzählung in § 3 einen Überblick. Im einzelnen ergibt sich die genaue Abgrenzung des Wasserschutzgebietes und der Schutzzonen aus den Schutzgebietskarten im Maßstab 1:10 000 und 1:1 000, in denen die Schutzzonen wie folgt dargestellt sind:

Zone I = rote Umrandung,
Zone II = grüne Umrandung,
Zone III = gelbe Umrandung.

Die Anlage und die Schutzgebietskarten sind Bestandteile dieser Verordnung. Die Schutzgebietskarten werden archivmäßig bei dem

Regierungspräsidenten in Kassel
— oberer Wasserbehörde —,
Dr.-Fritz-Hoch-Haus,
Steinweg 6,
3500 Kassel,

verwahrt. Die Verordnung mit Anlagen kann dort und bei

1. dem Staatsbauamt Kassel,
   Goethestraße 46,
   3500 Kassel,
2. dem Landrat des Landkreises Kassel
   — unterer Wasserbehörde —
   — Katasteramt —,
   3500 Kassel,
3. dem Kreisausschuß des Landkreises Kassel
   — Bauaufsichtsamt —
   — Kreisgesundheitsamt —,
   3500 Kassel,
4. dem Wasserwirtschaftsamt Kassel
   Goethestraße 7,
   3500 Kassel,
5. dem Hessischen Landesamt für Bodenforschung
   Leberberg 9,
   6200 Wiesbaden,
6. der Hessischen Landesanstalt für Umwelt,
   Unter den Eichen 7,
   6200 Wiesbaden,

während der Dienststunden eingesehen werden.

§ 3

Aufzählung der Flurstücke, Fluren und Gemarkungen

Zone I

Gemarkung Knickhagen, Flur 2, Flurstücke 76/1, 76/2 (teilweise) und 76/3.

Zone II

Gemarkung Knickhagen, Flur 2, Flurstücke 69/1, 69/2, 70 (teilweise), 75, 76/2 (teilweise), 102/1 (teilweise), 103/2 (teilweise), 107, 108 (teilweise), 121/1, 130/63, 131/64, 132/71 (teilweise), 139/64, 151/68, 152/74, 156/106, 177/77, 179/73, 180/121, 183/121, 184/121, 185/121 und 200/121;

Flur 4 II, Flurstücke 75, 76, 77, 89/1 (teilweise), 90 (teilweise), 93/1, 94, 95, 96/1, 97/1 und 98;

Flur 5, Flurstücke 81, 82, 84, 85, 86, 89/2 (teilweise), 101, 102, 106/83, 107/83, 131/92, 132/83, 133/103, 134/92, 135/103, 136/83 und 154/91 (teilweise).

Zone III

Die Weitere Schutzzone umfaßt Teile der Gemarkungen Knickhagen, Rothwesten und Wilhelmshausen der Gemeinde Fuldatal sowie Teile der Gemarkung Holzhausen der Stadt Immenhausen, Landkreis Kassel.

§ 4

Verbote in der Zone III

In der Zone III sind verboten:

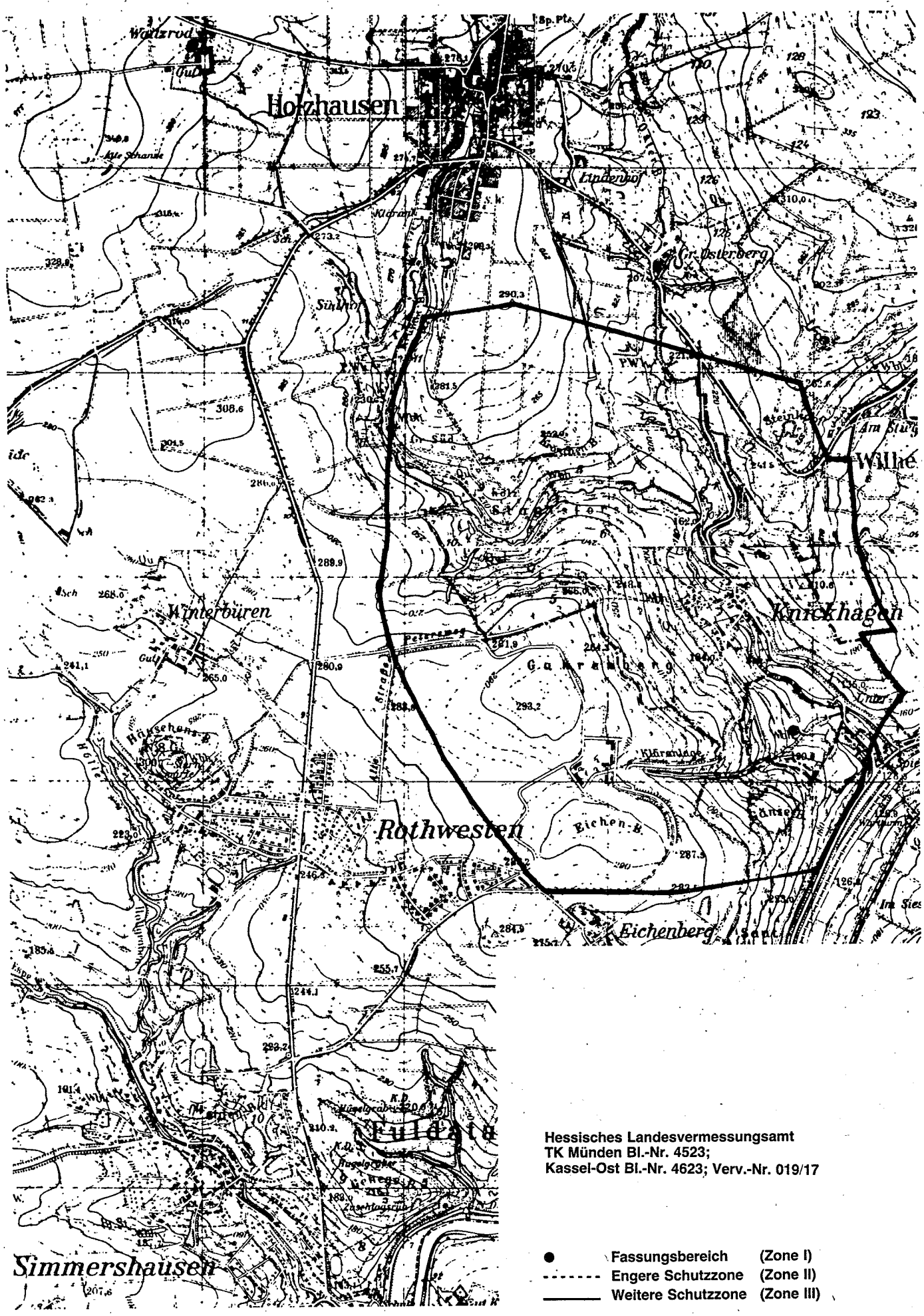
1. Betriebe, die radioaktive oder wassergefährdende Stoffe verwenden oder abstoßen,
2. Umschlags- und Vertriebsstellen für wassergefährdende und radioaktive Stoffe,
3. Fernleitungen für wassergefährdende Stoffe,
4. Ablagern, Aufhalden oder Beseitigen durch Einbringen in den Untergrund von radioaktiven oder wassergefährdenden Stoffen, z. B. von Giften, auswaschbaren beständigen Chemikalien, Öl, Teer, Phenolen, chemischen Mitteln für Pflanzenschutz, Aufwuchs- und Schädlingsbekämpfung sowie zur Wachstumsregelung, Rückständen von Erdölbohrungen,
5. Lagern radioaktiver oder wassergefährdender Stoffe, ausgenommen das oberirdische Lagern wassergefährdender Flüssigkeiten in Anlagen mit einem Rauminhalt bis zu 100 m^3 und das unterirdische Lagern wassergefährdender Flüssigkeiten in Anlagen mit einem Rauminhalt bis zu 40 m^3, wenn die erforderlichen Sicherheitsmaßnahmen für Bau, Abtransport, Füllung, Lagern und Betrieb getroffen und eingehalten werden,
6. offene Lagerung und Anwendung boden- oder wasserschädigender chemischer Mittel für Pflanzenschutz, für Aufwuchs- und Schädlingsbekämpfung sowie zur Wachstumsregelung,
7. Versenken, Verrieseln, Versickern oder Verregnen von Abwasser (einschließlich des von Straßen und Verkehrsflächen abfließenden Wassers), Versenken oder Versickern radioaktiver Stoffe; das gilt nicht für Jauche und Gülle, soweit das übliche Maß der landwirtschaftlichen Düngung nicht überschritten wird,
8. Entleerung von Wagen der Fäkalienabfuhr,
9. Massentierhaltung,
10. Abwasserbehandlungsanlagen (Kläranlagen),
11. Abfallbeseitigungsanlagen, Lagerplätze für Autowracks und Kraftfahrzeugschrott,
12. Erdaufschlüsse, durch die die Deckschichten wesentlich vermindert werden, vor allem wenn das Grundwasser ständig oder zu Zeiten hoher Grundwasserstände aufgedeckt oder eine schlecht reinigende Schicht freigelegt wird und keine ausreichende und dauerhafte Sicherung zum Schutze des Grundwassers vorgenommen werden kann,
13. Bohrungen zum Aufsuchen oder Gewinnen von Erdöl, Erdgas, Kohlensäure, Mineralwasser, Salz, radioaktiven Stoffen sowie zur Herstellung von Kavernen,
14. Verwendung von wassergefährdenden auswasch- oder auslaugbaren Materialien zum Straßen-, Wege- und Wasserbau,
15. Wohnsiedlungen, Krankenhäuser, Heilstätten und Gewerbebetriebe, wenn das Abwasser nicht vollständig und sicher aus der Weiteren Schutzzone hinausgeleitet wird,
16. militärische Anlagen,
    Manöver und Übungen von Streitkräften und anderen Organisationen, die geeignet sind, Grundwasser nachteilig zu beeinflussen,
17. Start-, Lande- und Sicherheitsflächen sowie Anflugsektoren und Notabwurfplätze des Luftverkehrs,
18. Rangierbahnhöfe,
19. Neuanlagen von Friedhöfen.

§ 5

Verbote in der Zone II

In der Zone II gelten die Verbote für die Zone III. Darüber hinaus sind verboten:

1. Bebauung, insbesondere gewerbliche und landwirtschaftliche Betriebe, Stallungen, Gärfuttersilos, Veränderung von Bauwerken oder die Veränderung in der Benutzungsart der Bauwerke, sofern dadurch eine schädliche Verunreinigung des Grundwassers oder sonstige nachteilige Veränderungen seiner Eigenschaft zu besorgen ist,
2. Baustellen, Baustofflager,
3. Straßen, Bahnlinien und sonstige Verkehrsanlagen, Parkplätze,
4. Kies-, Sand-, Torf- und Tongruben, Einschnitte, Hohlwege, Steinbrüche und jegliche über die land- und forstwirtschaftliche Bearbeitung hinausgehenden Bodeneingriffe, durch die die belebte Bodenzone verletzt oder die Deckschichten vermindert werden,
5. Bergbau, wenn er zur Zerreißung schützender Deckschichten, zu Einmuldungen oder zu offenen Wasseransammlungen führt,
6. Sprengungen,
7. Transport radioaktiver oder wassergefährdender Stoffe,
8. Lagern wassergefährdender Stoffe,
9. offene Lagerung und unsachgemäße Anwendung von Mineraldünger,
10. organische Düngung, sofern die Düngstoffe nach der Anfuhr nicht sofort verteilt werden oder die Gefahr ihrer oberirdischen Abschwemmung in den Fassungsbereich besteht; Überdüngung,
11. Intensivbeweidung, Viehansammlungen, Pferche, soweit dadurch überdüngt wird,
12. Gärfuttermieten,
13. Durchleiten von Abwasser,
14. Neuanlage von Drängräben,
15. Fischteiche,
16. Kleingärten, Gartenbaubetriebe,
17. Campingplätze, Sportanlagen,
18. Zelten, Lagern, Badebetrieb an oberirdischen Gewässern,
19. Wagenwaschen und Öl wechseln,
20. militärische Anlagen, Manöver und Übungen von Streitkräften und anderen Organisationen,
21. Friedhöfe.



Hessisches Landesvermessungsamt
TK Münden Bl.-Nr. 4523;
Kassel-Ost Bl.-Nr. 4623; Verv.-Nr. 019/17

● Fassungsbereich (Zone I)
------- Engere Schutzzone (Zone II)
——— Weitere Schutzzone (Zone III)

§ 6

Verbote in der Zone I

In der Zone I gelten die Verbote für die Zone II. Darüber hinaus sind verboten:

1. Fahr- und Fußgängerverkehr,
2. land- und forstwirtschaftliche Nutzung,
3. Düngung,
4. Anwenden von Mitteln für Pflanzenschutz (einschließlich Mittel zur Aufwuchs- und Schädlingsbekämpfung) und zur Wachstumsregelung,
5. Verletzen der belebten Bodenzone und der Grundwasserüberdeckung,
6. alle sonstigen Maßnahmen, die das Grundwasser beeinflussen können, soweit sie nicht für die Wasserversorgung notwendig sind.

§ 7

Duldungspflichten

Die Eigentümer und Nutzungsberechtigten von Grundstücken innerhalb des Wasserschutzgebietes haben zu dulden, daß Beauftragte der zuständigen staatlichen Behörden die Grundstücke zur Beobachtung des Wassers und des Bodens betreten.

Sie haben ferner zu dulden, daß

1. der Fassungsbereich eingezäunt und — soweit er nicht bewaldet ist — mit einer zusammenhängenden Grasdecke versehen wird,
2. Beobachtungsstellen eingerichtet werden,
3. Hinweisschilder zum Kennzeichnen des Wasserschutzgebietes aufgestellt werden,
4. Mulden und Erdaufschlüsse aufgefüllt werden,
5. wassergefährdende Ablagerungen beseitigt werden,
6. notwendige Einrichtungen zum sicheren und unschädlichen Ableiten des anfallenden Oberflächenwassers aus dem Fassungsbereich und der engeren Schutzzone erstellt werden,
7. Vorkehrungen an den in der Engeren Schutzzone liegenden Straßen und Wegen zur Verhinderung von Ölunfällen und zur Minderung derer Folgen getroffen werden,
8. vorhandene Bauten mit besonders gesicherten, dichten Leitungen an die Kanalisation angeschlossen werden,
9. Maßnahmen zum Schutz vor Überschwemmungen vorgenommen werden.

§ 8

Ausnahmen

(1) Von den Bestimmungen dieser Verordnung kann der Regierungspräsident in Kassel — obere Wasserbehörde — auf Antrag Ausnahmen zulassen. Die Zulassung bedarf der Schriftform.

(2) Handlungen, die einer wasserrechtlichen Erlaubnis, Bewilligung oder Genehmigung, einer gewerberechtlichen, abfallrechtlichen oder bauaufsichtlichen Genehmigung bedürfen oder die auf Grund eines bergbehördlich geprüften Betriebsplanes oder durch bergrechtliche Erlaubnis oder Bewilligung zugelassen werden, bedürfen keiner Ausnahmezulassung nach dieser Verordnung. Entscheidet in den vorgenannten Fällen die obere Wasserbehörde nicht selbst, ist ihr Einvernehmen erforderlich.

§ 9

Ordnungswidrigkeiten

Zuwiderhandlungen gegen die Verbote der §§ 4 bis 6 dieser Verordnung können nach § 41 Abs. 1 Nr. 2 und Abs. 2 WHG mit einer Geldbuße bis zu hunderttausend Deutsche Mark geahndet werden.

§ 10

Inkrafttreten

Diese Verordnung tritt am Tage nach der Verkündung im Staatsanzeiger für das Land Hessen in Kraft.

Kassel, 29. Oktober 1986

Der Regierungspräsident
In Vertretung
gez. Schott

StAnz. 48/1986 S. 2293

1175

Zulassung als Buchmacher und Buchmachergehilfin

Herr Heinrich Georg Döpfer, wohnhaft in Kassel, ist von mir als Buchmacher für das Kalenderjahr 1987 zugelassen worden. Den Abschluß und die Vermittlung von Pferdewetten darf der Buchmacher nur in seinen Geschäftsräumen vornehmen. Diese befinden sich in Kassel, Treppenstraße 11.

Frau Erna Hilda Mell, geb. Lorenz, ist von mir als Buchmachergehilfin bei dem Buchmacher Heinrich Georg Döpfer in Kassel für das Kalenderjahr 1987 zugelassen worden. Die Buchmachergehilfin darf den Abschluß und die Vermittlung von Pferdewetten nur in den Geschäftsräumen des Buchmachers vornehmen, die sich in Kassel, Treppenstraße 11, befinden.

Kassel, 10. November 1986

Der Regierungspräsident
31 — 73 c 18

StAnz. 48/1986 S. 2296

1176

Genehmigung der Diakoniestiftung Müttergenesung in Kurhessen-Waldeck mit Sitz in Kassel

Gemäß § 80 des Bürgerlichen Gesetzbuches i. V. m. § 3 Abs. 1 des Hessischen Stiftungsgesetzes vom 4. April 1966 (GVBl. I S. 77) in der zur Zeit gültigen Fassung habe ich heute die mit Stiftungsgeschäft vom 30. September 1986 errichtete Diakoniestiftung Müttergenesung in Kurhessen-Waldeck mit Sitz in Kassel genehmigt.

Kassel, 6. November 1986

Der Regierungspräsident
11 — 25 d 04/11 — 1.23

StAnz. 48/1986 S. 2296

1177

Einziehung einer Teilstrecke der Kreisstraße 27 in der Gemarkung Wittges der Gemeinde Hofbieber, Landkreis Fulda, Regierungsbezirk Kassel

Nach Verkehrsübergabe einer Neubaustrecke der Kreisstraße 27 ist die in der Gemarkung Wittges der Gemeinde Hofbieber im Landkreis Fulda, Regierungsbezirk Kassel, gelegene alte Teilstrecke der Kreisstraße 27

von km 0,005 alt (bei km 0,004 der K 27 neu im Bereich des Anschlusses an die L 3174)
bis km 0,132 alt (bei km 0,129 der K 27 neu) = 0,127 km

für den Verkehr entbehrlich geworden und wird mit Wirkung vom 1. Dezember 1986 eingezogen (§ 6 Abs. 1 des Hessischen Straßengesetzes vom 9. Oktober 1962 — GVBl. I S. 437 —)

Rechtsbehelfsbelehrung:

Gegen die vorstehende Entscheidung kann innerhalb eines Monats nach Bekanntgabe schriftlich oder zur Niederschrift bei der Behörde des Regierungspräsidenten in Kassel, Dr.-Fritz-Hoch-Haus, Steinweg 6, 3500 Kassel, Widerspruch erhoben werden.

Der Widerspruch ist zu begründen und soll einen bestimmten Antrag enthalten.

Kassel, 13. November 1986

Der Regierungspräsident
36 (I) — 66 k 04-01 B/1

StAnz. 48/1986 S. 2296

1178 DARMSTADT

BEZIRKSDIREKTIONEN FÜR FORSTEN UND NATURSCHUTZ

Verordnung zur einstweiligen Sicherstellung des künftigen Naturschutzgebietes „Wehrberge bei Runkel" vom 10. November 1986

Auf Grund des § 18 Abs. 1 des Hessischen Naturschutzgesetzes vom 19. September 1980 (GVBl. I S. 309), geändert durch Gesetz vom 28. August 1986 (GVBl. I S. 253), wird nach Anhörung der nach § 29 des Bundesnaturschutzgesetzes vom 20. Dezember 1976 (BGBl. I S. 3574, 1977 S. 650), geändert durch Gesetz vom 1. Juni 1980 (BGBl. I S. 649), anerkannten Verbände verordnet:

§ 1

(1) Ein Teilbereich des rechtsseitigen Lahnhanges zwischen Runkel und Villmar wird in den sich aus Abs. 2 und 3 ergebenden Grenzen als künftiges Naturschutzgebiet für die Dauer von drei Jahren einstweilig sichergestellt. Die Sicherstellung kann um höchstens zwei Jahre verlängert werden.

(2) Das einstweilig sichergestellte Gebiet besteht aus Flächen in den Gemarkungsteilen „Wehrberge" und „Heimst" in der Gemarkung Runkel, Stadt Runkel, Landkreis Limburg-Weilburg. Es hat eine Größe von 6,92 ha. Die örtliche Lage des einstweilig sichergestellten Gebietes ergibt sich aus der als Anlage zu dieser Verordnung veröffentlichten Übersichtskarte im Maßstab 1 : 25 000.

(3) Diese Verordnung gilt für das in einer Karte im Maßstab 1 : 2 000 rot begrenzte Gebiet. Die Karte ist Bestandteil dieser Verordnung. Sie wird von der Bezirksdirektion für Forsten und Naturschutz in Darmstadt, oberer Naturschutzbehörde, Orangerieallee 12, 6100 Darmstadt, verwahrt. Sie liegt während der Dienststunden zu jedermanns Einsicht aus. Eine weitere Ausfertigung liegt bei der unteren Naturschutzbehörde des Landkreises Limburg-Weilburg, Schiede 43, 6250 Limburg a. d. Lahn, zu jedermanns Einsicht aus.

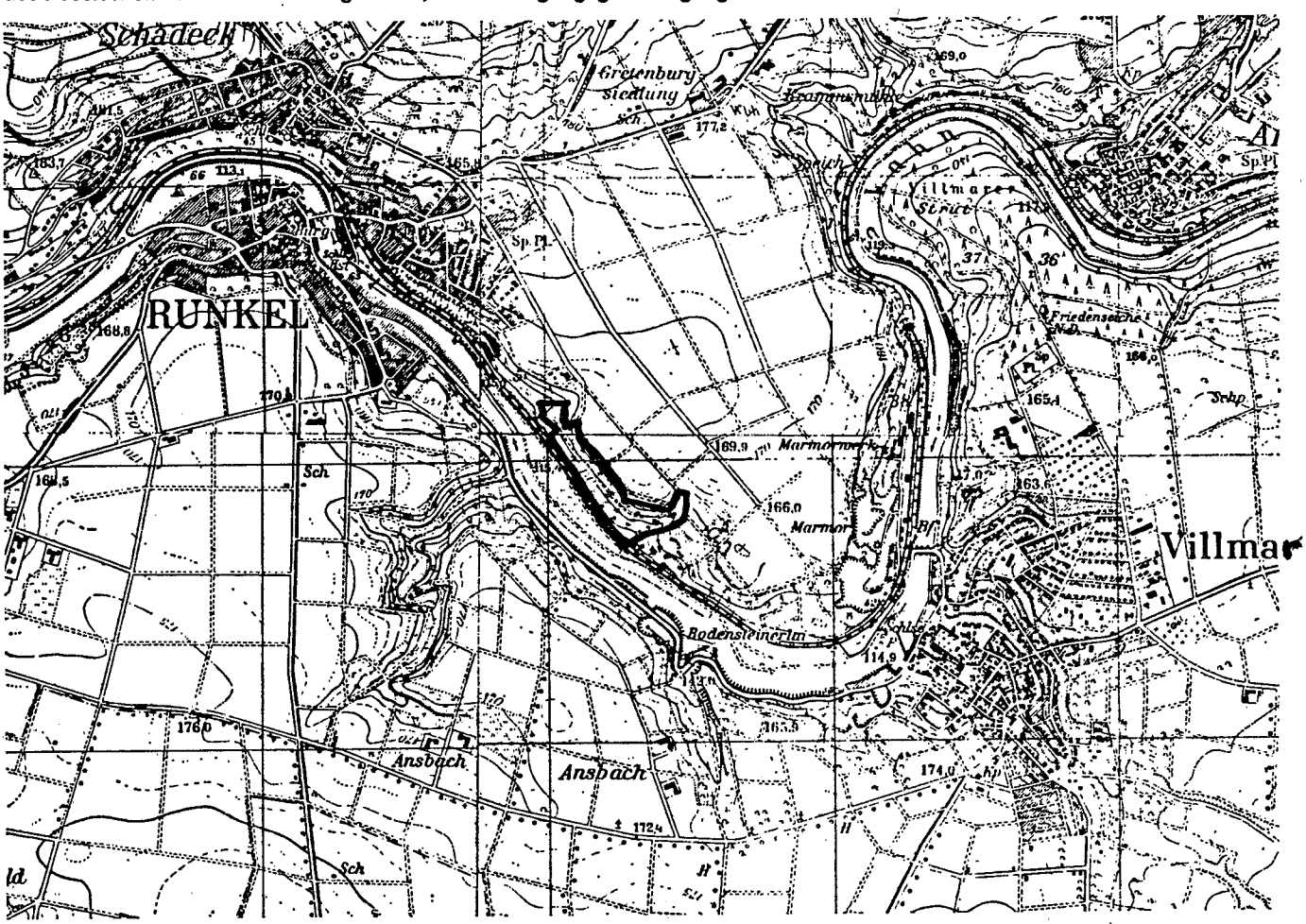
(4) Das einstweilig sichergestellte Gebiet ist durch amtliche Schilder gekennzeichnet.

§ 2

Als Handlungen, die geeignet sind, das einstweilig sichergestellte Gebiet nachteilig zu verändern (§ 18 Abs. 1 des Hessischen Naturschutzgesetzes), sind verboten:

1. bauliche Anlagen i. S. des § 2 Abs. 1 der Hessischen Bauordnung herzustellen, zu erweitern, zu ändern oder zu beseitigen, unabhängig von deren Anwendungsbereich (§ 1 Abs. 2 der Hessischen Bauordnung) oder von einer Genehmigungs- oder Anzeigepflicht;
2. Bodenschätze oder andere Bodenbestandteile abzubauen oder zu gewinnen, Sprengungen oder Bohrungen vorzunehmen oder sonst die Bodengestalt zu verändern;
3. Gewässer zu schaffen, zu verändern, zu beseitigen oder den Grundwasserstand zu verändern;
4. Pflanzen einschließlich der Bäume und Sträucher zu beschädigen oder zu entfernen;
5. wildlebenden Tieren nachzustellen, sie mutwillig zu beunruhigen, ihre Laute nachzuahmen, sie an ihren Brut- oder Wohnstätten zu fotografieren, zu filmen oder dort ihre Laute auf Tonträger aufzunehmen, Vorrichtungen zu ihrem Fang anzubringen, sie zu fangen, zu verletzen oder zu töten oder ihre Puppen, Larven oder Eier, Nester oder sonstige Brut- oder Wohnstätten fortzunehmen oder zu beschädigen;
6. Pflanzen einzubringen oder Tiere auszusetzen;
7. zu reiten, zu lagern, zu zelten, Wohnwagen aufzustellen, zu lärmen, Feuer anzuzünden oder zu unterhalten sowie Modellflugzeuge einzusetzen;
8. Wiesen, Weiden oder Brachland umzubrechen oder deren Nutzung zu ändern sowie Pferde weiden zu lassen;
9. zu düngen oder Pflanzenbehandlungsmittel anzuwenden.

Auszug aus Top. Karte im Maßstab 1 : 25 000 – Nr. 5514/5515/5614/5615 des Hessischen Landesvermessungsamtes, Vervielfältigungsgenehmigung Nr. 86 – 1 – 007



§ 3

Ausgenommen von den Verboten des § 2 bleiben:

1. die extensive Nutzung der Grünlandflächen mit den in § 2 Nrn. 8 und 9 genannten Einschränkungen;
2. Maßnahmen zur Unterhaltung und Instandsetzung der vorhandenen Versorgungsleitungen im jeweiligen Einvernehmen mit der oberen Naturschutzbehörde;
3. die Ausübung der Einzeljagd auf Schalenwild in der Zeit vom 16. Juli bis 31. Januar.

§ 4

Zuständige Behörden für Befreiungen nach § 31 des Bundesnaturschutzgesetzes ist die obere Naturschutzbehörde. Die Befreiung kann mit Nebenbestimmungen nach § 36 des Hessischen Verwaltungsverfahrensgesetzes versehen werden. Die Hessische Landesanstalt für Umwelt ist zu hören.

§ 5

Ordnungswidrig i. S. des § 43 Abs. 2 Nr. 15 des Hessischen Naturschutzgesetzes handelt, wer vorsätzlich oder fahrlässig:

1. bauliche Anlagen entgegen § 2 Nr. 1 herstellt, erweitert, ändert oder beseitigt;
2. Bodenschätze oder andere Bodenbestandteile abbaut oder gewinnt, Sprengungen oder Bohrungen vornimmt oder sonst die Bodengestalt verändert (§ 2 Nr. 2);
3. Wasser in der in § 2 Nr. 3 bezeichneten Art beeinflußt;
4. Pflanzen beschädigt oder entfernt (§ 2 Nr. 4);
5. wildlebende Tiere in allen Entwicklungsstufen in der in § 2 Nr. 5 bezeichneten Art beeinträchtigt oder Vorrichtungen zu deren Fang anbringt;
6. Pflanzen einbringt oder Tiere aussetzt (§ 2 Nr. 6);
7. reitet, lagert, zeltet, Wohnwagen aufstellt, lärmt, Feuer anzündet oder unterhält sowie Modellflugzeuge einsetzt (§ 2 Nr. 7);
8. Wiesen, Weiden oder Brachland umbricht oder deren Nutzung ändert sowie Pferde weiden läßt (§ 2 Nr. 8);
9. düngt oder Pflanzenbehandlungsmittel anwendet (§ 3 Nr. 9).

§ 6

Die Verordnung zum Schutz von Landschaftsteilen in den Landkreisen Gießen, Limburg-Weilburg, Wetzlar, dem Hochtaunuskreis, Main-Taunus-Kreis, Rheingaukreis, Untertaunuskreis, Wetteraukreis und in dem Stadtkreis Wiesbaden im Regierungsbezirk Darmstadt „Landschaftsschutzgebiet Taunus“ vom 20. Januar 1976 (StAnz. S. 294) wird für den Geltungsbereich dieser Verordnung aufgehoben.

§ 7

Diese Verordnung tritt am Tage nach der Verkündung im Staatsanzeiger für das Land Hessen in Kraft.

Darmstadt, 10. November 1986

Bezirksdirektion
für Forsten und Naturschutz
gez. Dumm

StAnz. 48/1986 S. 2297

1179

Verordnung zur Änderung der Verordnung über das Naturschutzgebiet „Sang- und Katzengröterwiese von Johannisberg“ vom 9. September 1986 vom 13. November 1986

Auf Grund des § 16 Abs. 3 und des § 17 Abs. 1 des Hessischen Naturschutzgesetzes vom 19. September 1980 (GVBl. I S. 309), geändert durch Gesetz vom 28. August 1986 (GVBl. I S. 253), wird nach Anhörung der nach § 29 des Bundesnaturschutzgesetzes vom 20. Dezember 1976 (BGBl. I S. 3574, 1977 S. 650), geändert durch Gesetz vom 1. Juni 1980 (BGBl. I S. 649), anerkannten Verbände im Benehmen mit der oberen Behörde der Landesplanung und mit Genehmigung der obersten Naturschutzbehörde verordnet:

Art. 1

In § 4 Nr. 1 der Verordnung über das Naturschutzgebiet „Sang- und Katzengröterwiese von Johannisberg“ vom 9. September 1986 (StAnz. S. 1868) werden die Worte „im Einvernehmen mit der oberen Naturschutzbehörde“ gestrichen.

Art. 2

Diese Verordnung tritt am Tage nach der Verkündung im Staatsanzeiger für das Land Hessen in Kraft.

Darmstadt, 13. November 1986

Bezirksdirektion
für Forsten und Naturschutz
gez. Dumm

StAnz. 48/1986 S. 2298

ÖFFENTLICHER ANZEIGER

ZUM »STAATSANZEIGER FÜR DAS LAND HESSEN«

1986 MONTAG, 1. DEZEMBER 1986 Nr. 48

Gerichtsangelegenheit

5894

7 V — 182: Mit Verfügung vom 30. September 1986 — 7 V 182 — habe ich gemäß § 14 Abs. 2 der 1. AVO zum RBerG die dem Rechtsbeistand Herbert Vater durch den Präsidenten des Landgerichts Limburg erteilte Erlaubnis zur Besorgung fremder Rechtsangelegenheiten unter Beschränkung auf das Recht der Kriegsdienstverweigerung **widerrufen.** Die Rücknahmeverfügung ist rechtskräftig.

3550 Marburg, 11. 11. 1986

Der Präsident des Landgerichts
In Vertretung:
Dr. Böttner
Vizepräsident

Güterrechtsregister

5895

5 GR 1681 — **Neueintragung** — 7. 11. 1986: Kaufmann Uwe Wartini und Orthoptistin Kerstin Wartini, geb. Pausch, beide in 6411 Künzell. Durch notariellen Vertrag vom 2. April 1986 ist Gütertrennung vereinbart.

6400 Fulda, 7. 11. 1986 **Amtsgericht**

5896

GR 672 — **Neueintragung** — 10. 11. 1986: Klein, Otto Richard, Beamter, Kappeswiesen 37, Gelnhausen, Stadtteil Hailer und Elfe Hildegard geb. Jaksch. Durch Vertrag vom 20. Oktober 1986 ist Gütertrennung vereinbart.

6460 Gelnhausen, 10. 11. 1986 **Amtsgericht**

5897

GR 380 — **Neueintragung** — 20. 11. 1986: Bezeichnung der Ehegatten: Raphael Grohganz, geb. am 27. 12. 1952, und Corinna Grohganz geb. Weisse, geb. am 2. 5. 1958, Carl-Faxel-Straße 12, 6253 Hadamar. Durch Ehevertrag vom 16. Oktober 1986 ist Gütertrennung vereinbart.

6253 Hadamar, 20. 11. 1986 **Amtsgericht**

5898

GR 381 — **Neueintragung** — 20. 11. 1986: Bezeichnung der Ehegatten: Thomas Wagner, geb. am 12. 1. 1959, und Petra Luise Wilhelmine geb. Hahler, geb. am 20. 8. 1959; Kirchstraße 35, 6251 Waldbrunn-Hausen. Durch Ehevertrag vom 19. August 1986 ist Gütertrennung vereinbart.

6253 Hadamar, 20. 11. 1986 **Amtsgericht**

5899

GR 316 — **Neueintragung** — 11. 11. 1986: Eheleute Bäckermeister Wilfried Remsperger und Einzelhandelskauffrau Christine Hennig-Remsperger geb. Hennig, beide in 6093 Flörsheim-Weilbach, Frankfurter Straße 28. Durch Vertrag vom 21. Juli 1986 ist Gütertrennung vereinbart.

6203 Hochheim am Main, 11. 11. 1986 **Amtsgericht**

5900

GR 407 — **Neueintragung** — 12. 11. 1986: Die Eheleute Ludewig, Thomas Werner, und Gisela Margot Ludewig geb. Woitynek, beide wohnhaft Domänenweg 6, 3544 Waldeck, haben durch Vertrag vom 22. September 1986 Gütertrennung vereinbart.

3540 Korbach, 12. 11. 1986 **Amtsgericht**

5901

7 GR 753 — **Neueintragung** — 17. 11. 1986: Handelsvertreter Michael Klaus-Heiko Krämer geb. Ritzdorf, geb. am 4. 2. 1948, und Marion Anita Krämer, geb. am 8. 7. 1963, beide Schubertstraße 19 in 6259 Brechen 1. Durch notariellen Vertrag vom 19. März 1986 ist Gütertrennung gem. § 1414 BGB vereinbart.

6250 Limburg a. d. Lahn, 17. 11. 1986 **Amtsgericht**

5902

7 GR 754 — **Neueintragung** — 18. 11. 1986: Kaufmann Alexander Voll, geb. am 4. 5. 1952, und Barbara Voll geb. Schütz, geb. am 17. 4. 1952, beide Bahnhofstraße 47 in 6277 Bad Camberg/Ts. Durch notariellen Vertrag vom 26. Juni 1986 ist Gütertrennung gem. § 1414 BGB vereinbart.

6250 Limburg a. d. Lahn, 18. 11. 1986 **Amtsgericht**

5903

GR 5061 — **Neueintragung** — 17. 11. 1986: Eheleute Ralf Hoppe und Hannelore Brigitte geb. Hering in Offenbach am Main. Durch notariellen Vertrag vom 17. Oktober 1986 ist Gütertrennung vereinbart.

6050 Offenbach am Main, 17. 11. 1986 **Amtsgericht, Abt. 5**

5904

GR 476 — **Neueintragung** — 14. 11. 1986: Muno, Peter Manfred, geb. 7. 6. 1963, und Muno geb. Mingmuang, Loeng, geb. 12. 1. 1958, beide wohnhaft Schauerweg 25, 6223 Lorch. Durch Ehevertrag vom 22. Oktober 1986 ist Gütertrennung vereinbart.

6220 Rüdesheim am Rhein, 18. 11. 1986 **Amtsgericht**

5905

Neueintragungen beim Amtsgericht Wetzlar

GR 1097 — 28. 10. 1986: Eheleute Horst Hans Keiner, Steuerbevollmächtigter, geb. 3. 1. 1942, und Christa Keiner geb. Manns, geb. 29. 5. 1942, In der Pitz 4, 6331 Schöffengrund-Niederquembach. Durch notariellen Vertrag des Notars Karl Schnell in Wetzlar vom 2. Oktober 1986 — Urkundenrolle Nr. 24/1986 — ist Gütertrennung vereinbart.

GR 1096 — 24. 10. 1986: Eheleute Norbert Pokluda, Kaufmann, geb. am 16. 8. 1952, und Sigrid Pokluda geb. Ebert, geb. am 27. 3. 1963, wohnhaft in 6338 Hüttenberg-Rechtenbach, Hochelheimer Straße 8. Durch notariellen Vertrag des Notars Helmut Gerlach in 3440 Eschwege vom 11. September 1986 — Urkundenrolle Nr. 711/1986 — ist Gütertrennung vereinbart.

6330 Wetzlar, 28. 10. 1986 **Amtsgericht**

Vereinsregister

5906

VR 565 — **Neueintragung** — 17. 11. 1986: THW-Helfervereinigung Bad Hersfeld e. V. in Bad Hersfeld.

6430 Bad Hersfeld, 17. 11. 1986 **Amtsgericht**

5907

VR 564 — **Neueintragung** — 17. 11. 1986: Kleingärtnerverein Kupferstrauch e. V. in Bad Hersfeld.

6430 Bad Hersfeld, 17. 11. 1986 **Amtsgericht**

5908

5 VR 893 — **Neueintragung** — 12. 11. 1986: Förderverein TSG Lütter 1922 in Eichenzell-Lütter.

6400 Fulda, 18. 11. 1986 **Amtsgericht**

5909

5 VR 892 — **Neueintragung** — 11. 11. 1986: Musikverein Blankenau in Blankenau.

6400 Fulda, 18. 11. 1986 **Amtsgericht**

5910

5 VR 894 — **Neueintragung** — 14. 11. 1986: Musikverein Almusklänge Büchenberg in Eichenzell-Büchenberg.

6400 Fulda, 18. 11. 1986 **Amtsgericht**

5911

VR 647 — **Neueintragung** — 10. 11. 1986: 1. Hailerer Karnevalverein „Die Heilichköppchen" e. V., Gelnhausen, Stadtteil Hailer.

6460 Gelnhausen, 10. 11. 1986 **Amtsgericht**

5912

VR 649 — **Neueintragung** — 12. 11. 1986: Förderkreis Tennisclub Blau-Weiß Gelnhausen e. V., Gelnhausen.

6460 Gelnhausen, 12. 11. 1986 **Amtsgericht**

5913

Neueintragungen beim Amtsgericht Hanau

41 VR 1090 — 13. 11. 1986: Interessen-Gemeinschaft Freizeithafen Hanau e. V., Hanau.

41 VR 1091 — 13. 11. 1986: Bundesverband zur Förderung von Bowling und Bowlingsport in Deutschland e. V., Hanau.

6450 Hanau, 13. 11. 1986 **Amtsgericht, Abt. 41**

5914

VR 297 — **Neueintragung** — 12. 11. 1986: Jugoslawischer Verein „29. November" Lauterbach. Sitz: 6420 Lauterbach (Hessen).

6420 Lauterbach (Hessen), 12. 11. 1986 **Amtsgericht**

5915

7 VR 600 — **Neueintragung** — 14. 11. 1986: Erzieherzentrale, Sitz: Limburg.

6250 Limburg a. d. Lahn, 14. 11. 1986 **Amtsgericht**

5916

7 VR 601 — **Neueintragung** — 18. 11. 1986: Jazzclub Brechen, Sitz: Brechen.

6250 Limburg a. d. Lahn, 18. 11. 1986 **Amtsgericht**

5917

VR 1353 — **Neueintragung** — 14. 11. 1986: Verein zur Förderung des Gesundheitswesens in der Gemeinde Jinotepe/Nicaragua, Sitz: Marburg.

3550 Marburg, 14. 11. 1986 **Amtsgericht**

5918

VR 1352 — **Neueintragung** — 14. 11. 1986: Verein zur Förderung bewegungs- und sportorientierter Jugendsozialarbeit, Sitz: Marburg.

3550 Marburg, 14. 11. 1986 **Amtsgericht**

5919

VR 280 — **Neueintragung** — 13. 11. 1986: Bartenwetzer Tauch Team Melsungen, Melsungen.

3508 Melsungen, 13. 11. 1986 **Amtsgericht**

5920

VR 1315 — **Neueintragung** — 14. 11. 1986: TEXAS WAGON COUNTRY & TRUCKER CLUB OFFENBACH-BIEBER, Offenbach am Main.

VR 1092 — **Löschung** — 14. 11. 1986: Bürgerinitiative Nordend Offenbach, Offenbach am Main. Die Mitgliederversammlung vom 7. Mai 1986 hat die Auflösung des Vereins beschlossen.

6050 Offenbach am Main, 18. 11. 1986 **Amtsgericht, Abt. 5**

Vergleiche — Konkurse

5921

N 23/82 — **Beschluß:** Konkursverfahren über das Vermögen der **Firma Hersfelder Kleiderwerke Wilhelm Rücker GmbH & Co. KG in Bad Hersfeld.**

a) Die Vergütungen und die Auslagen des Gläubigerausschußmitglieds Rechtsanwalt Burkhardt Fischer in Frankfurt am Main werden auf 3 211,16 DM festgesetzt.

b) Die Vergütung und die Auslagen des Gläubigerausschußmitglieds Bernd Schacker in Bielefeld werden auf 1 257,12 DM festgesetzt.

c) Die Vergütung und die Auslagen des Gläubigerausschußmitglieds Peter Stumpf in 5030 Hürth-Mitte werden auf 795,— DM festgesetzt.

d) Das Verfahren wird nach Abhaltung des Schlußtermins **aufgehoben.**

6430 Bad Hersfeld, 11. 11. 1986 **Amtsgericht**

5922

N 20/85 — **Beschluß:** Konkursverfahren über das Vermögen des **Gastwirts Peter Mihaljevic aus 6419 Haunetal-Neukirchen, Stoppeler Straße 8.**

Termin zur Prüfung nachträglich angemeldeter Forderungen wird bestimmt auf Freitag, den 16. Januar 1987, 8.30 Uhr, vor dem Amtsgericht Bad Hersfeld, Badestube 5—7, 1. Stock, Zimmer 120.

6430 Bad Hersfeld, 12. 11. 1986 **Amtsgericht**

5923

6 N 96/86 — **Beschluß:** Über das Vermögen des **Ingenieur Erich Kranz,** geb. am 31. 8. 1920, 6800 Mannheim, Stephanieufer 1, **Inhaber der Firma Kranz Electronic Ingenieur Erich Kranz, Mannheim, Rosslauer Weg 5 in 6800 Mannheim und Industriestraße 9 in 6374 Steinbach/Ts.,** wird heute, am 14. November 1986, 10.00 Uhr, Konkurs eröffnet.

Konkursverwalter ist Rechtsanwalt und Notar Hans-Joachim Caesar, 6000 Frankfurt 50, Landgraf-Philipp-Str. 9, Telefon 069/52 01 76.

Konkursforderungen sind beim Gericht zweifach und mit den bis zum Tage der Konkurseröffnung errechneten Zinsen anzumelden bis 15. Januar 1987.

Erste Gläubigerversammlung mit Tagesordnung nach § 80, 87 II, 132, 134, 137 KO am Montag, 15. Dezember 1986, 10.15 Uhr;

Prüfungstermin am Montag, 16. Februar 1987, 10.15 Uhr, vor dem Amtsgericht Bad Homburg v. d. Höhe, Auf der Steinkaut 10—12, Saal I.

Offener Arrest mit Anzeigepflicht bis zum 8. Dezember 1986 ist angeordnet.

6380 Bad Homburg v. d. Höhe, 14. 11. 1986 **Amtsgericht**

5924

6 N 98/86 **Beschluß:** In dem Konkursantragsverfahren betreffend die **Firma meha Meschwitz Handelsgesellschaft mbH IMPORT — EXPORT,** vertreten durch den Geschäftsführer Kaufmann Wilfried Meschwitz, 6382 Friedrichsdorf, Max-Planck-Straße 23, wird heute, am 14. November 1986, 15.00 Uhr, die Sequestration angeordnet und ein allgemeines Veräußerungsverbot gegen die Gesellschaft verhängt.

Unter dieses Verbot fällt auch die Einziehung von Forderungen. Verfügungen dürfen nur mit Zustimmung des Sequesters erfolgen.

Zum Sequester wird bestellt: Rechtsanwalt und Dipl.-Kfm. Ulrich Kneller, 6457 Maintal 2, Goethestraße 144—150, Tel. 0 61 09/6 10 51.

6380 Bad Homburg v. d. Höhe, 14. 11. 1986 **Amtsgericht**

5925

6 N 40/84 — **Beschluß:** Das am 6. September 1984 eröffnete Konkursverfahren über das Vermögen der **Firma Moment-Bau Hoch- und Tiefbau GmbH, 6370 Oberursel, Taunusstraße 19,** wird mangels einer den Kosten des Verfahrens entsprechenden Konkursmasse **eingestellt** (§ 204 KO).

Dem Verwalter wurden festgesetzt: 4 434,44 DM für Vergütung, 1 298,90 DM für Auslagen, zuzüglich Mehrwertsteuer.

6380 Bad Homburg v. d. Höhe, 13. 11. 1986 **Amtsgericht**

5926

6 N 4/84 — **Beschluß:** Das am 9. Februar 1984 eröffnete Konkursverfahren über das Vermögen der **Firma Möbius & Co. GmbH, 6370 Oberursel, Oberhöchstädter Straße 38,** wird mangels einer den Kosten des Verfahrens entsprechenden Konkursmasse **eingestellt** (§ 204 KO).

Dem Verwalter wurden festgesetzt: 15 356,64 DM für Vergütung, 1 476,40 DM für Auslagen, zuzüglich Mehrwertsteuer.

6380 Bad Homburg v. d. Höhe, 12. 11. 1986 **Amtsgericht**

5927

61 N 11/76: In dem Konkursverfahren über das Vermögen der **Firma Physikalische Werkstätten Alfred Seeger GmbH & Co. KG, Bessunger Straße 12, 6100 Darmstadt,** soll die Schlußverteilung stattfinden.

Die bevorrechtigten Gläubiger im Vorrecht I und II haben eine Zuteilung von 100% auf ihre Forderung erhalten.

Verfügbar sind 95 460,95 DM. Hiervon gehen ab restliches Honorar des Konkursverwalters und restliche Gerichtskosten.

Angemeldet sind 382 988,12 DM im Vorrecht und 328 970,07 DM nichtbevorrechtigte Forderungen.

Das Schlußverzeichnis liegt zur Einsicht der Beteiligten bei dem Amtsgericht Darmstadt, Julius-Reiber-Straße 15, unter dem Az. 61 N 11/76 aus.

6100 Darmstadt, 13. 11. 1986

Der Konkursverwalter
Walter E. Hummel
Rechtsanwalt

5928

61 N 11/76 — **Beschluß:** Konkursverfahren über das Vermögen der **Firma Physikalische Werkstätten Alfred Seeger GmbH & Co. KG., 6100 Darmstadt.**

1. Die Vergütung des Konkursverwalters wird auf 89 448,54 DM, seine Auslagen auf 750,— DM (einschl. MwSt.) festgesetzt.

2. Schlußtermin wird bestimmt auf: Donnerstag, 18. Dezember 1986, 14.00 Uhr, vor dem Amtsgericht Darmstadt, Julius-Reiber-Str. 15, Zimmer 208, mit folgender Tagesordnung:

a) Abnahme der Schlußrechnung des Verwalters,

b) Erhebung von Einwendungen gegen das Schlußverzeichnis.

6100 Darmstadt, 12. 11. 1986 **Amtsgericht, Abt. 61**

5929

81 N 322/86: Das am 22. Mai 1986 über den Nachlaß der am 16. Februar 1986 verstorbenen **Frau Katharine-Gertrude Matysiak geb. Kiehna, zuletzt wohnhaft Rotlintstraße 9, 6000 Frankfurt am Main,** eröffnete Konkursverfahren wird mangels einer den Kosten des Verfahrens entsprechenden Masse **eingestellt,** § 204 KO.

Die Vergütung des Konkursverwalters wird auf 1 575,— DM einschl. Ausgleichsbetrag, seine Auslagen werden auf 60,— DM einschl. Mehrwertsteuer festgesetzt.

6000 Frankfurt am Main, 4. 11. 1986 **Amtsgericht, Abt. 81**

5930

81 N 91/85: Das Konkursverfahren über das Vermögen der **Fa. High Performance Computer GmbH, Sophienstr. 26, 6000 Frankfurt am Main 90,** wird nach Abhaltung des Schlußtermins hiermit **aufgehoben** (§ 163 KO).

6000 Frankfurt am Main, 4. 11. 1986 **Amtsgericht, Abt. 81**

5931

81 N 274/86: In dem Konkursverfahren über den Nachlaß der am 4. August 1985 verstorbenen, **zuletzt in Frankfurt am Main, Mainkai 36, wohnhaft gewesenen Frau Martha Annemarie Deylitz geb. Berger,** wird Termin zur Abnahme der Schlußrechnung, zur Erhebung von Einwendungen gegen das Schlußverzeichnis, anberaumt auf

Freitag, den 9. Januar 1987, 9.00 Uhr, vor dem Amtsgericht Frankfurt am Main, Zeil 42, Zimmer 326, Geb. D, III. Stock.

Für den Verwalter werden festgesetzt:

a) Vergütung: 2 000,— DM,
b) Auslagen: 39,90 DM,

jeweils einschl. Steuer.

6000 Frankfurt am Main, 5. 11. 1986 **Amtsgericht, Abt. 81**

5932

81 N 781/86: Über das Vermögen der **Firma Armaturenwerke Betriebs-GmbH, ges. vertreten durch den Geschäftsführer Wolfgang Gerschewski, Ginnheimer Landstr. 19, 6000 Frankfurt am Main 90,** wird heute, am 10. November 1986, 11.00 Uhr, Konkurs eröffnet.

Konkursverwalter: Rechtsanwalt Bernhard Hembach, Große Bockenheimer Straße 23, 6000 Frankfurt am Main 1, Tel.: 28 53 26.

Konkursforderungen sind bis zum 12. Dezember 1986 zweifach schriftlich, Zinsen mit dem bis zur Eröffnung errechneten Betrag bei Gericht anzumelden.

Erste Gläubigerversammlung mit Tagesordnung nach §§ 80, 87 II, 132, 134, 137 KO am 16. Dezember 1986, 11.00 Uhr,

Prüfungstermin am 20. Januar 1987, 9.15 Uhr, vor dem Amtsgericht Frankfurt am Main, Zeil 42, Gebäude D, 3. Stockwerk, Zimmer Nr. 326.

Offener Arrest mit Anzeigepflicht bis 12. Dezember 1986 ist angeordnet.

6000 Frankfurt am Main, 10. 11. 1986
Amtsgericht, Abt. 81

5933

81 N 303/85: In dem Konkursverfahren über das Vermögen der **Firma Kompakt Bau- und Grundstücksbeteiligungsgesellschaft mbH, gesetzlich vertreten durch die Geschäftsführer Brian Francis Hewitt und Allen J. Wraight, Schillerstraße 19, 6000 Frankfurt am Main 1,** wird Termin zur Abnahme der Schlußrechnung, zur Erhebung von Einwendungen gegen das Schlußverzeichnis, anberaumt auf

Freitag, den 20. März 1987, 9.00 Uhr, vor dem Amtsgericht Frankfurt am Main, Zeil 42, Zimmer 326, Geb. D, III. Stock.

Für den Verwalter werden festgesetzt:
a) Vergütung: 24 700,— DM,
b) Auslagen: 52,44 DM,
jeweils einschließlich Steuer.

6000 Frankfurt am Main, 10. 11. 1986
Amtsgericht, Abt. 81

5934

81 N 747/86: Über das Vermögen der **G. Müller GmbH u. Co. Kommanditgesellschaft, Adam Opel Straße 12, 6000 Frankfurt am Main,** diese vertreten von der Facta Frankfurt Handelsgesellschaft für Raumausstattung mbH, 6000 Frankfurt am Main, diese vertreten von dem Geschäftsführer Edmund Klein, wird heute, am 5. November 1986, 11.00 Uhr, Konkurs eröffnet.

Konkursverwalter: Rechtsanwalt Dr. Gerhard Walter, Cronstettenstraße 22, 6000 Frankfurt am Main, Tel.: 55 09 65.

Konkursforderungen sind bis zum 19. Dezember 1986, zweifach schriftlich, Zinsen mit dem bis zur Eröffnung errechneten Betrag bei Gericht anzumelden.

Erste Gläubigerversammlung mit Tagesordnung nach §§ 80, 87 II, 132, 134, 137 KO am 10. Dezember 1986, 9.00 Uhr,

Prüfungstermin am 14. Januar 1987, 9.00 Uhr, vor dem Amtsgericht Frankfurt am Main, Zeil 42, Gebäude D, III. Stockwerk, Zimmer Nr. 326.

Offener Arrest mit Anzeigepflicht bis 19. Dezember 1986 ist angeordnet.

6000 Frankfurt am Main, 11. 11. 1986
Amtsgericht, Abt. 81

5935

81 N 330/85: In dem Konkursverfahren über das Vermögen der **Firma Gerüstbau Paul GmbH, Steinbacher Hohl 49, 6000 Frankfurt am Main 90,** soll die Schlußverteilung erfolgen.

Der verfügbare Massebestand beträgt 21 314,44 DM, wozu die aufgelaufenen Zinsen treten. Dagegen gehen ab das Honorar und die Auslagen des Konkursverwalters sowie die noch nicht erhobenen Gerichtskosten.

Zu berücksichtigen sind 151 384,42 DM bevorrechtigte und 169 027,29 DM nicht bevorrechtigte Forderungen.

Das Schlußverzeichnis liegt zur Einsicht für die Beteiligten auf der Geschäftsstelle des Amtsgerichts Frankfurt, Abteilung Konkurs, auf.

6000 Frankfurt am Main, 14. 11. 1986
Der Konkursverwalter
Alois Brauburger
Steuerberater

5936

81 N 303/85: In dem Konkursverfahren über das Vermögen der **Firma Kompakt Bau- und Grundstücksbeteiligungsgesellschaft mbH, Schillerstraße 19, 6000 Frankfurt am Main,** findet mit Genehmigung des Gerichts die Schlußverteilung statt.

Das Schlußverzeichnis ist auf der Geschäftsstelle des Amtsgerichts Frankfurt (Konkursgericht) niedergelegt worden.

Die Summe der zu berücksichtigenden Forderungen beträgt 27 559 871,67 DM. Es ist ein Massebestand in Höhe von 69 875,63 DM vorhanden, von dem aber noch Masseverbindlichkeiten zu begleichen sind.

6000 Frankfurt am Main, 14. 11. 1986
Der Konkursverwalter
Bernhard Hembach
Rechtsanwalt

5937

81 N 330/85 — **Beschluß:** In dem Konkursverfahren über das Vermögen der **Firma Gerüstbau Paul Gesellschaft mit beschränkter Haftung,** gesetzlich vertreten durch die Geschäftsführerin Erna Philipina Paul, Steinbacher Hohl 49, 6000 Frankfurt am Main 90, wird die Vornahme der Schlußverteilung genehmigt und der Schlußtermin auf

Mittwoch, den 17. Dezember 1986, vormittags 10.40 Uhr, vor dem Amtsgericht, Zeil 42, III. Stock, Zimmer 326, anberaumt.

Der Termin dient zur Abnahme der Schlußrechnung des Verwalters, zur Erhebung von Einwendungen gegen das Schlußverzeichnis der bei der Verteilung zu berücksichtigenden Forderungen sowie zur Prüfung der nachträglich angemeldeten Forderungen.

Die Vergütung des Konkursverwalters wird auf 11 000,— DM, die ihm zu erstattenden Auslagen werden auf 62,24 DM festgesetzt.

6000 Frankfurt am Main, 14. 11. 1986
Amtsgericht, Abt. 81

5938

81 N 781/86 — **Beschluß:** Das Konkursverfahren über das Vermögen der **Firma Armaturenwerke-Betriebs-Gesellschaft mit beschränkter Haftung,** gesetzlich vertreten durch den Geschäftsführer Wolfgang Gerschewski, Ginnheimer Landstraße 19, 6000 Frankfurt am Main 90, wird mangels einer den Kosten des Verfahrens entsprechenden Masse **eingestellt,** § 204 KO.

Die anberaumten Termine werden hiermit **aufgehoben.**

6000 Frankfurt am Main, 17. 11. 1986
Amtsgericht, Abt. 81

5939

81 N 803/86: Über das Vermögen des **Herrn Michael J. Kann, Cretzschmarstraße 13, 6000 Frankfurt am Main 90,** wird heute, am 17. November 1986, 12.00 Uhr, Konkurs eröffnet.

Konkursverwalter: Rechtsanwalt Hans-Joachim Caesar, Landgraf-Philipp-Straße 9, 6000 Frankfurt am Main, Tel. 52 01 76.

Konkursforderungen sind bis zum 31. Dezember 1986, zweifach schriftlich, Zinsen mit dem bis zur Eröffnung errechneten Betrag bei Gericht anzumelden.

Erste Gläubigerversammlung mit Tagesordnung nach §§ 80, 87 II, 132, 134, 137 KO am 19. Dezember 1986, 9.15 Uhr,

Prüfungstermin am 30. Januar 1987, 10.00 Uhr, vor dem Amtsgericht Frankfurt am Main, Zeil 42, Gebäude D, III. Stockwerk, Zimmer Nr. 326.

Offener Arrest mit Anzeigepflicht bis 31. Dezember 1986 ist angeordnet.

6000 Frankfurt am Main, 17. 11. 1986
Amtsgericht, Abt. 81

5940

N 54/85: In dem Konkursverfahren über das Vermögen des **Wolfgang Schneider in Ranstadt, Zur Hardthöhe 15, Gesellschafter der Firma Schneider und Kiese GbR, Bauunternehmen, Bad Nauheim, Frankfurter Straße 1 c,** wird, nachdem der in dem Vergleichstermin vom 17. September 1986 angenommene Zwangsvergleich durch rechtskräftigen Beschluß vom 17. September 1986 bestätigt wurde, **aufgehoben.**

Vergütung des Konkursverwalters: 25 303,86 DM, Auslagen: 2 841,27 DM.

6360 Friedberg (Hessen), 7. 11. 1986
Amtsgericht

5941

N 1/84: Beschluß im Konkursverfahren über das Vermögen des **Klaus Bauer, Gertelsklingen 3, 6149 Rimbach.**

I. Die Vergütung des Konkursverwalters wird auf 16 371,— DM einschließlich 7% MwSt, seine Auslagen werden auf 782,61 DM einschließlich 14% MwSt festgesetzt.

II. Schlußtermin wird bestimmt auf: Donnerstag, den 8. Januar 1987, 14.00 Uhr, vor dem Amtsgericht in Fürth (Odw.), Heppenheimer Straße 15, Sitzungssaal im Erdgeschoß, mit folgender Tagesordnung:

a) Abnahme der Schlußrechnung des Verwalters,

b) Erhebung von Einwendungen gegen das Schlußverzeichnis,

c) Anhörung der Gläubigerversammlung über die Erstattung der Auslagen und die Gewährung einer Vergütung an die Mitglieder des Gläubigerausschusses.

6149 Fürth (Odw.), 20. 11. 1986 **Amtsgericht**

5942

24 N 21/84: In dem Konkursverfahren über den Nachlaß des **Redakteurs Hans Willi Waldschmidt, zuletzt wohnhaft in Groß-Gerau,** gestorben am 15. November 1983, alleiniger Erbe: Harry Waldschmidt, Elisabethenstraße 29, 6080 Groß-Gerau, wird besonderer Termin zur Prüfung der nachträglich angemeldeten Forderungen bestimmt auf:

Donnerstag, den 11. Dezember 1986, 8.30 Uhr, Raum 20, I. Stock, im Gerichtsgebäude, Nebengebäude, Oppenheimer Straße 4.

6080 Groß-Gerau, 12. 11. 1986 **Amtsgericht**

5943

24 N 21/84: — **Beschluß:** Konkursverfahren über den Nachlaß des **Hans Willi Waldschmidt, zuletzt wohnhaft in Groß-Gerau,** gestorben am 15. November 1983.

Schlußtermin wird bestimmt auf:

Donnerstag, den 22. Januar 1987, 8.30 Uhr, vor dem Amtsgericht Groß-Gerau, Europaring 11—13, 1. Stock, Raum 151.

Der Termin dient zur
a) Abnahme der Schlußrechnung des Konkursverwalters,
b) Erhebung von Einwendungen gegen das Schlußverzeichnis,
c) Prüfung der nachträglich angemeldeten Forderungen.
Es werden festgesetzt: a) die Vergütung des Konkursverwalters auf 8 532,38 DM,
b) seine Auslagen auf 523,04 DM.

6080 Groß-Gerau, 12. 11. 1986 **Amtsgericht**

5944

42 N 185/86: In dem Konkursverfahren über das Vermögen der **Firma Playtronic Vertriebs GmbH, Hi-Fi-TV-Video, Sternstraße 15, 6450 Hanau,** Geschäftsführer: Roland Tetschner, Hausener Weg 6, 6052 Mühlheim am Main, wird heute, 20. November 1986, 9.30 Uhr, Konkurs eröffnet. Grund: Zahlungsunfähigkeit.

Zum Konkursverwalter wird ernannt: Rechtsanwalt Karl Jahn, Nordstraße 8, 6450 Hanau.

Konkursforderungen sind beim Gericht zweifach und mit den bis zum Tage der Konkurseröffnung errechneten Zinsen anzumelden bis 10. Januar 1987.

Vor dem Amtsgericht Hanau, Nußallee 17, Raum 161 B, I. Stock, im Gerichtsgebäude B, werden folgende Termine abgehalten:

16. Januar 1987, 9.00 Uhr, Termin zur Beschlußfassung über die Beibehaltung des ernannten oder Wahl eines neuen Verwalters, über die Wahl eines Gläubigerausschusses und gegebenenfalls über die in §§ 132, 134, 137 Konkursordnung bezeichneten Gegenstände,

30. Januar 1987, 9.00 Uhr, Termin zur Prüfung der angemeldeten Forderungen.

Wer eine zur Konkursmasse gehörende Sache besitzt oder zur Konkursmasse etwas schuldet, darf nichts an den Schuldner verabfolgen oder leisten und muß den Besitz der Sache und die Forderungen, für die er aus der Sache abgesonderte Befriedigung verlangt, dem Verwalter bis zum 16. Dezember 1986 anzeigen.

Post- und Telegrammsperre wird angeordnet.

6450 Hanau, 20. 11. 1986
Amtsgericht, Abt. 42

5945

N 3/86: Über den Nachlaß des am 3. 7. 1986 in Hünfeld verstorbenen **Karl Erich Werner Frobenius, zuletzt wohnhaft gewesen in 6419 Nüsttal-Hofaschenbach,** ist am 18. November 1986, um 14.15 Uhr, das Konkursverfahren eröffnet worden.

Konkursverwalter: Rechtsanwalt Martin Abel, 6418 Hünfeld.

Anmeldefrist bis zum 10. Januar 1987.

Offener Arrest mit Anzeigepflicht bis zum 10. Dezember 1986.

Vor dem Amtsgericht Hünfeld, Hauptstraße 24, Saal 11, finden folgende Termine statt:

a) Gläubigerversammlung zur Beschlußfassung über die Beibehaltung des ernannten oder Wahl eines neuen Konkursverwalters, Bestellung eines Gläubigerausschusses sowie gem. §§ 132, 134 und 137 KO,

b) Prüfung der angemeldeten Forderungen am 30. Januar 1987, 11.00 Uhr.

6418 Hünfeld, 18. 11. 1986 **Amtsgericht**

5946

65 N 53/85: In dem Konkursverfahren über das Vermögen der **Ullrich & Ringelhann GmbH, Vermietungs- und Verwaltungsgesellschaft, Obere Karlsstraße 15, 3500 Kassel,** vertreten durch die Geschäftsführerin Ingrid Ringelhann, wird der Schlußtermin zur Abnahme der Schlußrechnung, Erhebung von Einwendungen gegen das Schlußverzeichnis, Beschlußfassung der Gläubiger über die nicht verwertbaren Vermögensstücke bestimmt auf

Freitag, den 19. Dezember 1986, 9.30 Uhr, im Gebäude der Außenstelle des Amtsgerichts Kassel, Friedrich-Ebert-Straße 2, Seitenflügel im Erdgeschoß, Sitzungssaal.

Die Vergütung des Konkursverwalters ist auf 1 191,65 DM, seine Auslagen sind auf 77,96 DM festgesetzt.

3500 Kassel, 7. 11. 1986 **Amtsgericht**

5947

65 N 231/85: In dem Konkursverfahren über den Nachlaß des am 29. 6. 1985 verstorbenen **Fleischermeisters Georg Werner Opfermann,** geb. am 10. 11. 1939 in Gudensberg, wohnhaft gewesen Brückenhofstraße 22 A, 3500 Kassel, ist Termin zur Anhörung der Gläubiger über die Einstellung des Konkursverfahrens mangels Masse, gegebenenfalls zur Abnahme der Schlußrechnung des Konkursverwalters bestimmt auf

Mittwoch, 14. Januar 1987, 10.15 Uhr, im Gebäude der Außenstelle des Amtsgerichts Kassel, Friedrich-Ebert-Straße 2, Seitenflügel im Erdgeschoß, Sitzungssaal.

Die Vergütung des Konkursverwalters wurde festgesetzt auf 400,— DM, seine Auslagen auf 300,— DM nebst 14% Mehrwertsteuer in Höhe von 4,20 DM und der Ausgleichsbetrag für die zu zahlende Mehrwertsteuer auf die Vergütung in Höhe von 26,17 DM.

3500 Kassel, 11. 11. 1986 **Amtsgericht**

5948

65 N 132/84: In dem Konkursverfahren über den Nachlaß des am 31. 7. 1981 verstorbenen **Rudolf Miersch,** geboren am 11. 12. 1924, zuletzt wohnhaft gewesen in Kassel, Weinbergstraße 20, ist besonderer Termin zur Prüfung der nachträglich angemeldeten Forderungen bestimmt auf

Dienstag, 20. Januar 1987, 12.00 Uhr, im Gebäude der Außenstelle des Amtsgerichts Kassel, Friedrich-Ebert-Str. 2, Seitenflügel im Erdgeschoß, Sitzungssaal.

3500 Kassel, 12. 11. 1986 **Amtsgericht**

5949

9 VN 1/86: Die **Firma INTA-Baugesellschaft mbH, Hainstraße 2, 6242 Kronberg/Ts.,** vertreten durch den Geschäftsführer Günter Schibbe, ebenda wohnhaft, eingetragen im Handelsregister des Amtsgerichts Königstein/Ts. unter HRB 1842, Geschäftszweig: Verkauf von Eigenheimen und Eigentumswohnungen, hat am 14. November 1986 die Eröffnung des Vergleichsverfahrens zur Abwendung des Konkurses gemäß § 1 der Vergleichsordnung beantragt.

Zum vorläufigen Verwalter wird der Rechtsanwalt Bernhard Hembach, Große Bockenheimer Straße 23, 6000 Frankfurt am Main, Tel. 069/28 53 26, bestellt, dem die in § 57 Vergl.O. erwähnten Befugnisse eines Vergleichsverwalters bezüglich der Kassenführung und Mitwirkung bei der Eingehung von Verbindlichkeiten übertragen werden.

Zugleich wird heute, 12.00 Uhr, gegen die Antragstellerin auf Grund des § 12 in Verbindung mit § 59 VerglO. ein allgemeines Veräußerungsverbot erlassen.

Außenstände sind von den Schuldnern der Antragstellerin bei Fälligkeit sofort an den vorläufigen Verwalter zu entrichten.

Zahlungen an die Antragstellerin selbst dürfen nicht mehr erfolgen.

Die Antragstellerin darf über Vermögensstücke nur mit Zustimmung des vorläufigen Verwalters verfügen und Verbindlichkeiten nur mit dessen Zustimmung eingehen.

6240 Königstein im Taunus, 14. 11. 1986
Amtsgericht, Abt. 9

5950

7 N 66/86: Über das Vermögen der **Kaufrau Johanna Schönfeld de Weigel geb. Schmidt, geb. 21. 3. 1938, Weidenhäuser Straße 97, 3550 Marburg,** wird heute, am 13. November 1986, 11.46 Uhr, Konkurs eröffnet.

Konkursverwalter: Rechtsanwalt Rüdiger Schmeltzer, Universitätsstraße 46, 3550 Marburg, Tel.: 0 64 21/2 50 42.

Konkursforderungen sind bis zum 22. Februar 1987 zweifach schriftlich, Zinsen mit dem bis zur Eröffnung errechneten Betrag bei Gericht anzumelden.

Erste Gläubigerversammlung mit Tagesordnung nach §§ 80, 87 II, 132, 134, 137 KO am 11. Dezember 1986, 10.00 Uhr,

Prüfungstermin am 19. März 1987, 9.00 Uhr, vor dem Amtsgericht Marburg, Universitätsstr. 48, I. Stock, Zimmer 157.

Offener Arrest mit Anzeigepflicht bis 10. Dezember 1986 ist angeordnet.

3550 Marburg, 13. 11. 1986
Amtsgericht, Abt. 7

5951

1 VN 1/86: Das Vergleichsverfahren über das Vermögen des **Herrn Kurt Ludwig als Alleininhaber der Firma Kurt Ludwig, Fabrik modischer Strickwaren, mit Sitz in Morschen, Eichkopfweg 8 a, 3509 Morschen,** ist nach Erfüllung des am 27. Juni 1986 bestätigten Vergleichs **aufgehoben** worden.

Die angeordneten Verfügungsbeschränkungen sind damit außer Kraft.

3508 Melsungen, 30. 10. 1986 **Amtsgericht**

5952

7 N 65/86: Das Konkursverfahren über den Nachlaß der **Frau Erika Anni Erdogan geb. Streicher,** verstorben am 25. Oktober 1985, **zuletzt wohnhaft in Dietzenbach,** wird gem. § 204 KO mangels Masse **eingestellt.**

Für den Konkursverwalter sind festgesetzt:
Vergütung: 2 616,82 DM,
Auslagen: 43,32 DM.

6050 Offenbach am Main, 4. 11. 1986
Amtsgericht

5953

4 N 46/82: In dem Konkursverfahren über das Vermögen der **C-DATA Gesellschaft für Datenverarbeitung und Datenübertragung mbH, Am Südpark 7 b, 6092 Kelsterbach,** wird die Gläubigerversammlung auf

Mittwoch, den 17. Dezember 1986, 10.00 Uhr, auf Zimmer 201 des Amtsgerichts Rüsselsheim, Ludwig-Dörfler-Allee 9, einberufen.

Tagesordnung:
1. Bericht des Konkursverwalters
2. Prüfung nachgemeldeter Forderungen
3. Abnahme der Schlußrechnung des Konkursverwalters
4. Vergütung des Konkursverwalters
5. Einstellung mangels Masse

6090 Rüsselsheim, 13. 11. 1986 **Amtsgericht**

5954

4 N 84/86: Konkursantragsverfahren betreffend **Fa. I. I. S. Intransco International Speditionsgesellschaft mbH, Im Taubengrund 12, 6092 Kelsterbach.** Der Schuldnerin ist am 17. November 1986, 15.30 Uhr, verboten worden, über Gegenstände ihres Vermögens zu verfügen. Sie darf auch keine

Forderungen einziehen. Verfügungen dürfen nur mit Zustimmung des Sequesters erfolgen. Zum Sequester ist Rechtsanwalt Ulrich Köster, Weinbergstr. 2, 6090 Rüsselsheim, bestellt.

6090 Rüsselsheim, 17. 11. 1986 **Amtsgericht**

5955

62 VN 9/86: Die **Copro Industrie-Consulting & Promotion GmbH i. L., Augustastraße 19, 6200 Wiesbaden,** gesetzlich vertreten durch den Liquidator Klaus Heck, hat durch einen am 4. November 1986 eingegangenen Antrag die Eröffnung des Vergleichsverfahrens zur Abwendung des Konkurses über ihr Vermögen beantragt.

Gemäß § 11 der Vergleichsordnung wird bis zur Entscheidung über die Eröffnung des Vergleichsverfahrens der Dipl.-Volkswirt Gerd Funcke, 6500 Mainz, Uferstraße 39, zum vorläufigen Verwalter bestellt.

Folgende Verfügungsbeschränkungen werden der Schuldnerin auferlegt:

Verbindlichkeiten, die nicht zum gewöhnlichen Geschäftsbetrieb gehören, darf die Schuldnerin nur mit Zustimmung des vorläufigen Verwalters eingehen. Die Eingehung von Verbindlichkeiten, die zum gewöhnlichen Geschäftsbetrieb gehören, hat sie zu unterlassen, wenn der vorläufige Verwalter dagegen Einspruch erhebt.

Auf Verlangen des vorläufigen Verwalters hat die Schuldnerin zu gestatten, daß alle eingehenden Gelder nur vom vorläufigen Verwalter entgegengenommen werden und Zahlung nur von ihm geleistet wird.

6200 Wiesbaden, 7. 11. 1986
Amtsgericht, Abt. 62

Zwangsversteigerungen

Sammelbekanntmachung: Ist ein Recht im Grundbuch nicht oder erst nach dem Versteigerungsvermerk eingetragen, muß der Berechtigte es anmelden, bevor das Gericht im Versteigerungstermin zum Bieten auffordert und auch glaubhaft machen, wenn der Gläubiger widerspricht. Sonst wird das Recht im geringsten Gebot nicht berücksichtigt und erst nach dem Anspruch des Gläubigers und den übrigen Rechten befriedigt.

Die Gläubiger werden aufgefordert, alsbald, spätestens zwei Wochen vor dem Termin, eine Berechnung der Ansprüche — getrennt nach Hauptbetrag, Zinsen und Kosten — einzureichen und den beanspruchten Rang mitzuteilen. Der Berechtigte kann dies auch zur Niederschrift der Geschäftsstelle erklären.

Wer berechtigt ist, die Versteigerung des Grundstücks oder seines Zubehörs (§ 55 ZVG) zu verhindern, kann das Verfahren aufheben oder einstweilen einstellen lassen, bevor das Gericht den Zuschlag erteilt. Versäumt er dies, tritt für ihn der Versteigerungserlös an Stelle des Grundstücks oder seines Zubehörs.

5956

K 1/85: Die im Grundbuch von Wettsaasen, Bezirk Alsfeld, Band 9, Blatt 332, eingetragenen Grundstücke, Gemarkung Wettsaasen,

Flur 4, Nr. 9, Grünland, Heegberg, Größe 28,60 Ar,

Flur 1, Nr. 7, Grünland, Acker, Stegwiese, Größe 5,13 Ar,

Flur 1, Nr. 76, Hof- und Gebäudefläche, Hutung, Grünland, An der Ohm 11, Größe 197,10 Ar,

Flur 2, Nr. 67, Ackerland, Pitschenacker, Größe 111,30 Ar,

Flur 2, Nr. 117, Ackerland, Altes Gras, Größe 75,70 Ar,

Flur 3, Nr. 70, Ackerland, Grünland, Untere Käsgalle, Größe 85,60 Ar,

Flur 3, Nr. 71, Ackerland, daselbst, Größe 121,80 Ar,

Flur 3, Nr. 72, Grünland, daselbst, Größe 169,40 Ar,

Flur 3, Nr. 74, Ackerland, Obere Käsgalle, Größe 227,70 Ar,

Flur 4, Nr. 8, Grünland, Acker, Heegberg, Größe 88,80 Ar,

Flur 4, Nr. 15, Grünland, Hinterm Dornkrätzer, Größe 52,90 Ar,

eingetragen im Grundbuch von Nieder-Ohmen, Bezirk Alsfeld, Band 51, Blatt 1998, Gemarkung Nieder-Ohmen,

Flur 23, Nr. 28, Ackerland, Vorm Keilskopf, Größe 16,95 Ar,

sollen am Freitag, dem 30. Januar 1987, 9.00 Uhr, im Gerichtsgebäude Amthof 12, Alsfeld, Erdgeschoß, Raum 6, durch Zwangsvollstreckung versteigert werden.

Eingetragener Eigentümer am 15. 2. 1985 (Tag des Versteigerungsvermerks):

Hans Joachim Zettl, An der Ohm 11, 6315 Mücke-Wettsaasen.

Der Wert des Grundbesitzes ist gemäß § 74 a Abs. 5 ZVG festgesetzt für

Flur 4, Nr.	9, auf	2 860,— DM,
Flur 1, Nr.	7, auf	513,— DM,
Flur 1, Nr.	76, auf	445 420,— DM,
Flur 2, Nr.	67, auf	13 912,50 DM,
Flur 2, Nr.	117, auf	9 462,50 DM,
Flur 3, Nr.	70, auf	3 280,— DM,
Flur 3, Nr.	71, auf	6 090,— DM,
Flur 3, Nr.	72, auf	8 470,— DM,
Flur 3, Nr.	74, auf	11 385,— DM,
Flur 4, Nr.	8, auf	8 880,— DM,
Flur 4, Nr.	15, auf	5 290,— DM,
Flur 23, Nr.	28, auf	2 034,— DM.

Der Gesamtwert der Grundstücke ist auf 517 597,— DM festgesetzt.

Auf die Sammelbekanntmachung am Kopf der Spalte „Zwangsversteigerungen" wird hingewiesen.

6320 Alsfeld, 3. 11. 1986 **Amtsgericht**

5957

K 69/84: Die Grundstückshälfte des im Grundbuch von Billertshausen, Bezirk Alsfeld, Band 8, Blatt 296, eingetragenen Grundstücks, Gemarkung Billertshausen,

Flur 1, Nr. 13/1, Hof- und Gebäudefläche, Bellenwiesenweg 6, Größe 2,78 Ar,

soll am Montag, dem 9. Februar 1987, 14.00 Uhr, im Gerichtsgebäude Amthof 12, Alsfeld, 1. Stock, Raum 17, durch Zwangsvollstreckung versteigert werden.

Eingetragene Eigentümer am 8. 1. 1985 (Tag des Versteigerungsvermerks):

a) Heinz Gerhard Leifhelm,

b) dessen Ehefrau Anna geb. Völzing, Billertshausen, — je zur Hälfte —.

Der Wert des Grundbesitzes ist gemäß § 74 a Abs. 5 ZVG festgesetzt auf 3 590,— DM.

Auf die Sammelbekanntmachung am Kopf der Spalte „Zwangsversteigerungen" wird hingewiesen.

6320 Alsfeld, 4. 11. 1986 **Amtsgericht**

5958

1 K 54/85: Das im Grundbuch von Volkmarsen, Band 128, Blatt 5892, eingetragene Grundstück,

lfd. Nr. 1, Gemarkung Volkmarsen, Flur 18, Flurstück 377, Gebäude- und Freifläche, Wohnen, Heumarkt 11, Größe 2,74 Ar,

soll am Mittwoch, dem 11. Februar 1987, 8.30 Uhr, im Gerichtsgebäude Arolsen, Rauchstraße 7, Zimmer Nr. 23, durch Zwangsvollstreckung versteigert werden.

Eingetragene Eigentümer am 24. 9. 1985 (Tag des Versteigerungsvermerks):

Werner Leppin und Erika Leppin geb. Heinemann.

Der Wert des Grundstücks ist nach § 74 a Abs. 5 ZVG festgesetzt auf 210 000,— DM.

Im Versteigerungstermin am 21. Mai 1986 ist der Zuschlag bereits aus den Gründen des § 85 a ZVG versagt worden.

Auf die Sammelbekanntmachung am Kopf der Spalte „Zwangsversteigerungen" wird hingewiesen.

3548 Arolsen, 6. 11. 1986 **Amtsgericht**

5959

1 K 35/85: Das im Wohnungsgrundbuch von Arolsen, Band 98, Blatt 2927, eingetragene Wohnungseigentum, bestehend in dem 9 268/100 000 Miteigentumsanteil an dem Grundstück,

Gemarkung Arolsen, Flur 1, Flurstück 15/20, Hof- und Gebäudefläche, Helenenpark 3, 4, 5, Größe 24,01 Ar,

verbunden mit dem Sondereigentum an der Wohnung im ersten und zweiten Obergeschoß sowie Dachgeschoß rechter Seitenflügel rechts, Helenenpark Nr. 3 (Aufteilungsplan Nr. 122), nebst Kellerraum Nr. 122 N,

soll am Mittwoch, dem 11. Februar 1987, 10.30 Uhr, im Gerichtsgebäude Arolsen, Rauchstraße 7, Zimmer Nr. 23, durch Zwangsvollstreckung versteigert werden.

Eingetragene Eigentümer am 26. 7. 1985 (Tag des Versteigerungsvermerks):

Hartwig Landskron und Rosalinde Landskron geb. Klebe.

Der Wert des Wohnungseigentums ist nach § 74 a Abs. 5 ZVG festgesetzt auf 235 000,— DM.

Auf die Sammelbekanntmachung am Kopf der Spalte „Zwangsversteigerungen" wird hingewiesen.

3548 Arolsen, 6. 11. 1986 **Amtsgericht**

5960

3 K 9/86: Das im Grundbuch von Kohlgrund, Band 6, Blatt 150, eingetragene Grundstück,

lfd. Nr. 6, Gemarkung Kohlgrund, Flur 4, Flurstück 83/1, Hof- und Gebäudefläche, Kirchweg 17, Größe 7,48 Ar,

soll am Mittwoch, dem 18. Februar 1987, 8.30 Uhr, im Gerichtsgebäude Arolsen, Rauchstraße 7, Zimmer Nr. 23, durch Zwangsvollstreckung versteigert werden.

Eingetragene Eigentümer am 5. 3. 1986 (Tag des Versteigerungsvermerks):

Ernst Ladage und Irma Ladage geb. Bretz.

Der Wert des Grundstücks ist nach § 74 a Abs. 5 ZVG festgesetzt auf 142 000,— DM.

Auf die Sammelbekanntmachung am Kopf der Spalte „Zwangsversteigerungen" wird hingewiesen.

3548 Arolsen, 7. 11. 1986 **Amtsgericht**

5961

3 K 15/86: Das im Grundbuch von Mengeringhausen, Band 75, Blatt 2233, eingetragene Grundstück,

lfd. Nr. 1, Gemarkung Mengeringhausen, Flur 26, Flurstück 32/9, Hof- und Gebäudefläche, Drosselweg 16, Größe 10,16 Ar,

soll am Mittwoch, dem 18. Februar 1987, 10.30 Uhr, im Gerichtsgebäude Arolsen, Rauchstraße 7, Zimmer Nr. 23, durch Zwangsvollstreckung versteigert werden.

Eingetragene Eigentümer am 4. 4. 1986 (Tag des Versteigerungsvermerks):

Gerhard Troll und Ute Troll geb. Berthold.

Der Wert des Grundstücks ist nach § 74 a Abs. 5 ZVG festgesetzt auf 307 000,— DM.

Auf die Sammelbekanntmachung am Kopf der Spalte „Zwangsversteigerungen" wird hingewiesen.

3548 Arolsen, 7. 11. 1986 **Amtsgericht**

5962

K 5/86: Das im Grundbuch von Untergeis, Band 13, Blatt 405, eingetragene Grundstück,

lfd. Nr. 1, Gemarkung Untergeis, Flur 3, Flurstück 12, Hof- und Gebäudefläche, Grünland, Friedhofstraße 3, Größe 22,38 Ar,

soll am Mittwoch, dem 25. März 1987, 9.00 Uhr, im Gerichtsgebäude Dudenstraße 10, Saal 12, durch Zwangsvollstreckung versteigert werden.

Eingetragene Eigentümer am 25. 6. 1985 und 13. 2. 1986 (Tage der Versteigerungsvermerke):

a) Hans Will,

b) Margret Will geb. Schäfer, — je zur Hälfte —.

Wert nach § 74 a ZVG ist 300 000,— DM.

Auf die Sammelbekanntmachung am Kopf der Spalte „Zwangsversteigerungen" wird hingewiesen.

6430 Bad Hersfeld, 7. 11. 1986 **Amtsgericht**

5963

K 60/85: Das im Grundbuch von Oberbreitzbach, Band 12, Blatt 313, eingetragene Grundstück,

lfd. Nr. 1, Gemarkung Oberbreitzbach, Flur 1, Flurstück 27/2, Hof- und Gebäudefläche, Baumgarten 8, Größe 10,92 Ar,

soll am Mittwoch, dem 8. April 1987, 9.00 Uhr, im Gerichtsgebäude Dudenstraße 10, Saal 12, durch Zwangsvollstreckung versteigert werden.

Eingetragene Eigentümer am 13. 11. 1981 bzw. 17. 1. 1986 (Tag der Versteigerungsvermerke):

a) Wolfgang Bohn,

b) Hannelore Bohn, — je zur Hälfte —.

Wert nach § 74 a ZVG ist 375 000,— DM.

Auf die Sammelbekanntmachung am Kopf der Spalte „Zwangsversteigerungen" wird hingewiesen.

6430 Bad Hersfeld, 10. 11. 1986 **Amtsgericht**

5964

6 K 51/85: Folgender Grundbesitz, eingetragen im Grundbuch von Ober Erlenbach, Blatt 2599,

Gemarkung Ober Erlenbach, Flur 1, Flurstück 902, Gebäude- und Freifläche, Platanenring 13, Größe 5,74 Ar,

soll am Dienstag, dem 7. April 1987, 9.00 Uhr, Saal 2, I. Stock, im Gerichtsgebäude Auf der Steinkaut 10—12, Bad Homburg v. d. Höhe, durch Zwangsvollstreckung versteigert werden.

Eingetragene Eigentümer am 2. 10. 1985 (Tag der Eintragung des Versteigerungsvermerks):

a) Horst Mayer,

b) Gisela Mayer geb. Richter, beide wohnhaft Platanenring 13, 6380 Bad Homburg v. d. Höhe, — je zur ideellen Hälfte —.

Der Wert des Grundbesitzes ist gemäß § 74 a Abs. 5 ZVG festgesetzt auf 900 000,— DM.

Auf die Sammelbekanntmachung am Kopf der Spalte „Zwangsversteigerungen" wird hingewiesen.

6380 Bad Homburg v. d. Höhe, 5. 11. 1986 **Amtsgericht**

5965

6 K 13/86: Folgender Grundbesitz, eingetragen im Grundbuch von Burgholzhausen, Blatt 1500,

Gemarkung Burgholzhausen, Flur 1, Flurstück 493/1, Hof- und Gebäudefläche, Ober-Erlenbacher-Str. 17, Größe 8,89 Ar,

soll am Dienstag, dem 14. April 1987, 9.00 Uhr, Saal 2, I. Stock, im Gerichtsgebäude Auf der Steinkaut 10—12, Bad Homburg v. d. Höhe, durch Zwangsvollstreckung versteigert werden.

Eingetragene Eigentümer am 9. 4. 1986 (Tag der Eintragung des Versteigerungsvermerks):

Gisela Maurer geb. Pospiech und

Hans Albert Maurer, beide wohnhaft Ober-Erlenbacher-Str. 17, 6382 Friedrichsdorf/Ts., — in Gütergemeinschaft —.

Der Wert des Grundbesitzes ist gemäß § 74 a Abs. 5 ZVG festgesetzt auf 685 700,— DM.

Auf die Sammelbekanntmachung am Kopf der Spalte „Zwangsversteigerungen" wird hingewiesen.

6380 Bad Homburg v. d. Höhe, 5. 11. 1986 **Amtsgericht**

5966

K 104/85: Folgender Grundbesitz, eingetragen im Grundbuch von Hennethal, Band 19, Blatt 532,

lfd. Nr. 1, Flur 36, Nr. 15, Hof- und Gebäudefläche, Kirchgasse 9, Größe 5,05 Ar,

soll am Freitag, dem 20. Februar 1987, 8.30 Uhr, Saal Nr. 10, Erdgeschoß, im Gerichtsgebäude Bad Schwalbach, Am Kurpark Nr. 12, durch Zwangsvollstreckung versteigert werden.

Eingetragene Eigentümer am 18. 11. 1985 (Tag der Eintragung des Versteigerungsvermerks):

Eheleute Wolfgang Oehl und Monika Silvia geb. Krug, beide Hohenstein 6, — Miteigentümer je zur Hälfte —.

Der Wert des Grundbesitzes wird gemäß § 74 a Abs. 5 ZVG festgesetzt auf 340 000,— DM.

Auf die Sammelbekanntmachung am Kopf der Spalte „Zwangsversteigerungen" wird hingewiesen.

6208 Bad Schwalbach, 12. 11. 1986 **Amtsgericht**

5967

K 24, 25/82: Folgender Grundbesitz, eingetragen im Grundbuch von Georgenborn, Band 9, Blatt 268,

lfd. Nr. 1, Flur 8, Nr. 91/21, Bauplatz, jetzt bebaut, Nonnenwaldweg, Größe 7,33 Ar,

soll am Freitag, dem 6. März 1987, 8.30 Uhr, Saal Nr. 10, Erdgeschoß, im Gerichtsgebäude Bad Schwalbach, Im Kurpark, durch Zwangsvollstreckung versteigert werden.

Eingetragene Eigentümer am 30. 4./13. 7. 1982 (Tage der Eintragung der Versteigerungsvermerke):

Eheleute Paul und Thea Herborn geb. Hill, Schlangenbad 5, — Miteigentümer je zur Hälfte —.

Der Wert des Grundbesitzes ist gemäß § 74 a Abs. 5 ZVG festgesetzt auf 459 440,— DM.

Auf die Sammelbekanntmachung am Kopf der Spalte „Zwangsversteigerungen" wird hingewiesen.

6208 Bad Schwalbach, 17. 11. 1986 **Amtsgericht**

5968

K 102/85: Folgender Grundbesitz, eingetragen im Grundbuch von Bleidenstadt, Band 106, Blatt 3154, lfd. Nr. 1 und 2,

Flur 4, Nr. 8, Landwirtschaftsfläche, Schadhof, Größe 13,40 Ar,

Flur 4, Nr. 7, Landwirtschaftsfläche, Schadhof, Größe 11,96 Ar,

soll am Freitag, dem 16. Januar 1987, 8.30 Uhr, Raum 10, Erdgeschoß, im Gerichtsgebäude Bad Schwalbach, Am Kurpark 12, durch Zwangsvollstreckung versteigert werden.

Eingetragener Eigentümer am 14. 11. 1985 (Tag der Eintragung des Versteigerungsvermerks):

Anton Rudolf Diefenbach (geboren am 14. 8. 1941) in Taunusstein 2.

Der Wert des Grundbesitzes ist gemäß § 74 a Abs. 5 ZVG festgesetzt für

lfd. Nr. 1, Flur 4, Flurstück 8 auf 8040,— DM,

lfd. Nr. 2, Flur 4, Flurstück 7 auf 7176,— DM.

Auf die Sammelbekanntmachung am Kopf der Spalte „Zwangsversteigerungen" wird hingewiesen.

6208 Bad Schwalbach, 11. 11. 1986 **Amtsgericht**

5969

K 33/85: Folgendes Grundeigentum, eingetragen im Grundbuch von Odershausen, Band 19, Blatt 557, Best.Verz.,

lfd. Nr. 1, Gemarkung Odershausen, Flur 15, Flurstück 12/2, Hof- und Gebäudefläche, Am Stückfeld, Größe 6,52 Ar, Lieg.B. 394,

soll am Freitag, dem 6. Februar 1987, 9.00 Uhr, Sitzungssaal, Erdgeschoß, im Gerichtsgebäude Laustraße 8, durch Zwangsvollstreckung versteigert werden.

Eingetragener Eigentümer am 16. 1. 1986 (Tag der Eintragung des Versteigerungsvermerks):

Kaufmann Karl-Heinz Fleck, Solingen.

Im Termin vom 17. Oktober 1986 ist der Zuschlag nach § 85 a ZVG versagt worden.

Der Wert des Grundeigentums ist gemäß § 74 a Abs. 5 ZVG festgesetzt auf 386 000,— DM.

Auf die Sammelbekanntmachung am Kopf der Spalte „Zwangsversteigerungen" wird hingewiesen.

3590 Bad Wildungen, 11. 11. 1986 **Amtsgericht**

5970

4 K 24/86: Der im Grundbuch von Erdhausen, Band 17, Blatt 605, eingetragene Grundbesitz,

lfd. Nr. 1, Gemarkung Erdhausen, Flur 12, Flurstück 72/30, Hof- und Gebäudefläche, Am Gerspel 22, Größe 7,23 Ar,

soll am Dienstag, dem 17. März 1987, 9.00 Uhr, im Gerichtsgebäude 3560 Biedenkopf/Lahn, Nebengebäude Hainstraße 70, Raum Nr. 1, Erdgeschoß, durch Zwangsvollstrekkung versteigert werden.

Eingetragene Eigentümer am 11. 6. 1986 (Tag des Versteigerungsvermerks):

1 a) Schupp, Gertrud, geborene Niklas, Witwe, geboren am 25. Februar 1917, Erdhausen,

b) Schupp, Gertrud, geborene Niklas, Witwe, geboren am 25. Februar 1917, Erdhausen,

c) Schupp, Heinrich, kaufmännischer Lehrling, geboren am 26. Juni 1955, Erdhausen,

zu 1 a) zur Hälfte; zu 1 b) und c) in ungeteilter Erbengemeinschaft zur Hälfte —.

Der Wert des Grundbesitzes ist gemäß § 74 a Abs. 5 ZVG wie folgt festgesetzt:

für lfd. Nr. 1 auf 78 000,— DM.

Auf die Sammelbekanntmachung am Kopf der Spalte „Zwangsversteigerungen" wird hingewiesen.

3560 Biedenkopf, 7. 11. 1986 **Amtsgericht**

5971

4 K 5/86: Der im Grundbuch von Bottenhorn, Band 41, Blatt 1495, eingetragene Grundbesitz,

lfd. Nr. 5, Gemarkung Bottenhorn, Flur 19, Flurstück 121/1, Hof- und Gebäudefläche, Schnurgasse 10, Größe 6,02 Ar,

soll am Dienstag, dem 17. Februar 1987, 9.00 Uhr, im Gerichtsgebäude 3560 Biedenkopf/Lahn, Nebengebäude Hainstraße 70, Raum Nr. 1, Erdgeschoß, durch Zwangsvollstreckung versteigert werden.

Eingetragener Eigentümer am 18. 2. 1986 (Tag des Versteigerungsvermerks):

Maschinenbautechniker Werner Reichard in Bad Endbach-Bottenhorn, geboren am 24. 7. 1951.

Der Wert des Grundbesitzses ist gemäß § 74 a Abs. 5 ZVG wie folgt festgesetzt:

für lfd. Nr. 1 auf 70 200,— DM.

Auf die Sammelbekanntmachung am Kopf der Spalte „Zwangsversteigerungen" wird hingewiesen.

3560 Biedenkopf, 28. 10. 1986 **Amtsgericht**

5972

4 K 2/86: Der im Grundbuch von Wommelshausen, Band 20, Blatt 768, eingetragene Grundbesitz,

lfd. Nr. 1, Gemarkung Wommelshausen, Flur 12 , Flurstück 14, Hof- und Gebäudefläche, Brühlstraße 21, Größe 2,24 Ar,

lfd. Nr. 2, Gemarkung Wommelshausen, Flur 12, Flurstück 24, Hof- und Gebäudefläche, Brühlstraße 21, Größe 4,90 Ar,

soll am Dienstag, dem 3. März 1987, 9.00 Uhr, im Gerichtsgebäude 3560 Biedenkopf, Nebengebäude Hainstraße 70, Raum Nr. 1, Erdgeschoß, zur Aufhebung der Gemeinschaft versteigert werden.

Eingetragene Eigentümer am 3. 2. 1986 (Tag des Versteigerungsvermerks):

3 a) Zimmermann Otto Fliedner in Bochum, geboren am 19. 5. 1931,

b) Labor-Fachwerkerin Erika Breidbach in Bochum, geboren am 19. 8. 1937, — je zur Hälfte —.

Der Wert des Grundbesitzes ist gemäß § 74 a Abs. 5 ZVG wie folgt festgesetzt:

für lfd. Nr. 1 auf 19 800,— DM,
für lfd. Nr. 2 auf 173 700,— DM.

Auf die Sammelbekanntmachung am Kopf der Spalte „Zwangsversteigerungen" wird hingewiesen.

3560 Biedenkopf, 3. 11. 1986 **Amtsgericht**

5973

K 6/86: Folgender Grundbesitz, eingetragen im Grundbuch von Niederbiel, Band 62, Blatt 1153,

lfd. Nr. 1, Flur 10, Flurstück 135, Freifläche, Eibenweg 13, Größe 28,08 Ar,

soll am Mittwoch, dem 21. Januar 1987, 9.00 Uhr, Sitzungssaal, 1. Stock, im Gerichtsgebäude in Braunfels, Gerichtsstraße 2, durch Zwangsvollstreckung versteigert werden.

Eingetragener Eigentümer am 5. 2. 1986 (Tag der Eintragung des Versteigerungsvermerks):

Eckhard Böhm, geb. 18. 10. 1943, Solms-Albshausen.

Der Wert des Grundbesitzes ist gemäß § 74 a Abs. 5 ZVG festgesetzt auf 195 000,— DM.

Auf die Sammelbekanntmachung am Kopf der Spalte „Zwangsversteigerungen" wird hingewiesen.

6333 Braunfels, 11. 11. 1986
Amtsgericht Wetzlar, Zweigstelle Braunfels

5974

5 K 18/83: Folgender Grundbesitz, eingetragen im Grundbuch von Gambach, Band 70, Blatt 3044,

lfd. Nr. 10 des Bestandsverzeichnisses, Gemarkung Gambach, Flur 7, Flurstück 330, Ackerland am Bahnhof, Größe 17,60 Ar,

soll am Freitag, dem 13. Februar 1987, 9.00 Uhr, Raum 1, Erdgeschoß, Färbgasse 24, 6308 Butzbach 1, durch Zwangsvollstrekkung versteigert werden.

Eingetragener Eigentümer am 17. 11. 1983 (Tag der Eintragung des Versteigerungsvermerks):

Schmied Wilhelm Alles, Kirchgasse 7, 6309 Münzenberg/Gambach.

Der Wert des Grundbesitzes ist gemäß § 74 a Abs. 5 ZVG festgesetzt auf 10 560,— DM.

Auf die Sammelbekanntmachung am Kopf der Spalte „Zwangsversteigerungen" wird hingewiesen.

6308 Butzbach, 11. 11. 1986 **Amtsgericht**

5975

3 K 37/85: Folgender Grundbesitz, eingetragen im Grundbuch von Usenborn, Band 17, Blatt 897,

Flur 1, Nr. 43, Hof- und Gebäudefläche, Brunnenstr. 5, Größe 6,86 Ar,

soll am Montag, dem 26. Januar 1987, 14.00 Uhr, im Gerichtsgebäude Büdingen, Schloßgasse 22, Zimmer 8 (Sitzungssaal), durch Zwangsvollstreckung versteigert werden.

Eingetragene Eigentümerin am 14. 10. 1985 (Tag des Versteigerungsvermerks):

Herta Schulz geb. Leinberger, Ortenberg-Usenborn.

Auf das im Versteigerungstermin vom 10. November 1986 abgegebene Meistgebot ist der Zuschlag gemäß § 85 a Abs. 1 ZVG versagt worden.

Der Wert des Grundbesitzes ist gem. § 74 a Abs. 5 ZVG festgesetzt auf 256 043,— DM für Flur 1, Nr. 43.

Auf die Sammelbekanntmachung am Kopf der Spalte „Zwangsversteigerungen" wird hingewiesen.

6470 Büdingen, 17. 11. 1986 **Amtsgericht**

5976

61 K 100/84: Das im Grundbuch von Gundernhausen, Band 45, Blatt 1712, eingetragene Grundstück,

lfd. Nr. 1, Gemarkung Gundernhausen, Flur 7, Flurstück 320, Hof- und Gebäudefläche, Stetteritzring 116, Größe 6,76 Ar,

soll am Montag, dem 9. Februar 1987, 10.00 Uhr, im Gerichtsgebäude Darmstadt, Julius-Reiber-Straße 15, Saal 8, durch Zwangsvollstreckung versteigert werden.

Eingetragene Eigentümer am 27. 6. 1984 (Tag des Versteigerungsvermerks):

a) Wolfgang Lückel, geb. 9. 12. 1947, Gundernhausen,

b) Heidemarie Lückel geb. Emig, geb. 10. 8. 1950, Gundernhausen, — in Gütergemeinschaft —.

Auf die Sammelbekanntmachung am Kopf der Spalte „Zwangsversteigerungen" wird hingewiesen.

6100 Darmstadt, 11. 11. 1986
Amtsgericht, Abt. 61

5977

61 K 190/85: Das im Grundbuch von Weiterstadt, Band 138, Blatt 5248, eingetragene Grundstück,

lfd. Nr. 3, Gemarkung Weiterstadt, Flur 3, Flurstück 253/10, Gebäude- und Freifläche, Kastanienweg 2, Größe 13,00 Ar,

soll am Donnerstag, dem 5. März 1987, 11.00 Uhr, im Gerichtsgebäude Darmstadt, Julius-Reiber-Straße 15, Saal 8, durch Zwangsvollstreckung versteigert werden.

Eingetragener Eigentümer am 5. 2. 1986 (Tag des Versteigerungsvermerks):

Winfried Heckmann, Weiterstadt.

Auf die Sammelbekanntmachung am Kopf der Spalte „Zwangsversteigerungen" wird hingewiesen.

6100 Darmstadt, 11. 11. 1986
Amtsgericht, Abt. 61

5978

61 K 84/86: Das im Grundbuch von Weiterstadt, Band 138, Blatt 5248, eingetragene Grundstück,

lfd. Nr. 4, Gemarkung Weiterstadt, Flur 3, Flurstück 253/11, Gebäude- und Freifläche, Brunnenweg 22—24, Größe 15,18 Ar,

soll am Donnerstag, dem 5. März 1987, 9.00 Uhr, im Gerichtsgebäude Darmstadt, Julius-Reiber-Straße 15, Saal 8, durch Zwangsvollstreckung versteigert werden.

Eingetragener Eigentümer am 5. 2. 1986 (Tag des Versteigerungsvermerks):

Winfried Heckmann.

Auf die Sammelbekanntmachung am Kopf der Spalte „Zwangsversteigerungen" wird hingewiesen.

6100 Darmstadt, 11. 11. 1986
Amtsgericht, Abt. 61

5979

61 K 150/85: Das im Grundbuch von Eberstadt, Band 200, Blatt 7798, eingetragene Grundstück,

lfd. Nr. 3, Gemarkung Eberstadt, Flur 1, Flurstück 380/8, Hof- und Gebäudefläche, Heidelberger Landstraße 272, Größe 2,67 Ar,

soll am Montag, dem 2. Februar 1987, 10.00 Uhr, im Gerichtsgebäude Darmstadt, Julius-Reiber-Straße 15, Saal 8, durch Zwangsvollstreckung versteigert werden.

Eingetragene Eigentümer am 4. 12. 1985 (Tag des Versteigerungsvermerks):

3 a) Pasqualino Manno, Darmstadt-Eberstadt,

b) Rosetta Manno geb. Grillo, Darmstadt-Eberstadt, — in Errungenschaftsgemeinschaft nach italienischem Recht —.

Auf die Sammelbekanntmachung am Kopf der Spalte „Zwangsversteigerungen" wird hingewiesen.

6100 Darmstadt, 12. 11. 1986
Amtsgericht, Abt. 61

5980

61 K 44/86: Das im Grundbuch von Darmstadt, Bezirk VI, Band 208, Blatt 7497, eingetragene Grundstück,

lfd. Nr. 1, Gemarkung Darmstadt, Flur 37, Flurstück 88/3, Hof- und Gebäudefläche, Landwehrstraße 101, Größe 18,27 Ar,

soll am Donnerstag, dem 19. März 1987, 9.00 Uhr, im Gerichtsgebäude Darmstadt, Julius-Reiber-Straße 15, Saal 8, durch Zwangsvollstreckung versteigert werden.

Eingetragene Eigentümerin am 10. 2. 1986 (Tag des Versteigerungsvermerks):

Stavroula Efremidis geb. Karella in Darmstadt.

Auf die Sammelbekanntmachung am Kopf der Spalte „Zwangsversteigerungen" wird hingewiesen.

6100 Darmstadt, 13. 11. 1986 **Amtsgericht**

5981

61 K 178/85: Das im Grundbuch von Ober-Ramstadt, Band 147, Blatt 6576, eingetragene Grundstück,

lfd. Nr. 1, Gemarkung Ober-Ramstadt, Flur 1, Flurstück 1029/7, Gebäude- und Freifläche, Langebeuneweg 41, Größe 7,03 Ar,

soll am Donnerstag, dem 12. März 1987, 9.00 Uhr, im Gerichtsgebäude Darmstadt, Julius-Reiber-Straße 15, Saal 8, zur Aufhebung der Gemeinschaft versteigert werden.

Eingetragene Eigentümer am 18. 3. 1986 (Tag des Versteigerungsvermerks):

a) Karl-Heinz Schubert, Ober-Ramstadt,

b) Helga Waltraud Schubert geb. Wolf, Ober-Ramstadt, — je zur Hälfte —.

Auf die Sammelbekanntmachung am Kopf der Spalte „Zwangsversteigerungen" wird hingewiesen.

6100 Darmstadt, 13. 11. 1986 **Amtsgericht**

5982

3 K 56/86: Der im Grundbuch von Schaafheim, Band 65, Blatt 2929, eingetragene Grundbesitz,

lfd. Nr. 1, Gemarkung Schaafheim, Flur 2, Flurstück 207, Hof- und Gebäudefläche, Heimatring 6, Größe 5,61 Ar,

soll am Montag, dem 26. Januar 1987, 13.30 Uhr, Zimmer 110, 1. Stock, im Gerichtsgebäude Dieburg, Bei der Erlesmühle 1, durch Zwangsvollstreckung versteigert werden.

Eingetragene Eigentümer am 30. 6. 1986 (Tag der Eintragung des Versteigerungsvermerks):

a) Petra Polzer geb. Stiasny,

b) Marion Stiasny,

c) Stefan Rudolf Stiasny, — je zu einem Drittel —.

Der Wert des Grundbesitzes ist gem. § 74 a Abs. 5 ZVG festgesetzt auf 400 000,— DM.

Bieter müssen damit rechnen, im Termin mindestens ein Zehntel ihres Bargebots als Sicherheit zu hinterlegen.

Nähere Auskünfte erhalten Interessenten unter Tel. 0 60 71/20 30.

Auf die Sammelbekanntmachung am Kopf der Spalte „Zwangsversteigerungen" wird hingewiesen.

6110 Dieburg, 11. 11. 1986 **Amtsgericht**

5983

8 K 13/85: Das im Grundbuch von Fellerdilln, Band 37, Blatt 1234, eingetragene Grundstück,

lfd. Nr. 1, Flur 11, Flurstück 382, Hof- und Gebäudefläche Sensengraben, Größe 7,56 Ar,

soll am Mittwoch, dem 11. Februar 1987, 14.00 Uhr, im Gerichtsgebäude 6340 Dillenburg, Wilhelmstraße 7, Raum 18, durch Zwangsvollstreckung versteigert werden.

Eingetragene Eigentümer am 18. 2. 1985 (Tag des Versteigerungsvermerks):

Rüchlick, Klaus Dieter und Rüchlick, Ursula geb. Reichmann, beide Sensengraben 13, 6342 Haiger-Fellerdilln, — je zur Hälfte.

Der Wert des Grundbesitzes ist gemäß § 74 a Abs. 5 ZVG festgesetzt auf 215 000,— DM für Flur 11, Flurstück 382.

Auf die Sammelbekanntmachung am Kopf der Spalte „Zwangsversteigerungen" wird hingewiesen.

6340 Dillenburg, 10. 11. 1986 **Amtsgericht**

5984

3 K 56/86: Das im Grundbuch von Grebendorf, Band 51, Blatt 1887, eingetragene Grundstück,

lfd. Nr. 1, Gemarkung Grebendorf, Flur 2, Flurstück 35/27, Hof- und Gebäudefläche, Neueroder Straße 15, Größe 9,12 Ar,

soll am Mittwoch, dem 1. April 1987, 10.00 Uhr, im Gerichtsgebäude 3440 Eschwege, Bahnhofstr. 30, Zimmer Nr. 121, durch Zwangsvollstreckung versteigert werden.

Eingetragener Eigentümer am 4. 9. 1986 (Tag des Versteigerungsvermerks):

Udo Brattumil, Berlin 62.

Auf die Sammelbekanntmachung am Kopf der Spalte „Zwangsversteigerungen" wird hingewiesen.

3440 Eschwege, 10. 11. 1986 **Amtsgericht**

5985

2 K 13/86: Folgender Grundbesitz, eingetragen im Grundbuch von Gemünden (Wohra), Band 45, Blatt 1450,

lfd. Nr. 1, Gemarkung Gemünden (Wohra), Flur 24, Flurstück 3/1, Hof- und Gebäudefläche, Hinter dem Bruch, Größe 13,61 Ar,

soll am Mittwoch, dem 4. März 1987, 10.00 Uhr, Raum 20, I. Stock, im Gerichtsgebäude Geismarer Straße 22, durch Zwangsvollstreckung versteigert werden.

Eingetragener Eigentümer am 11. 4. 1986 (Tag der Eintragung des Versteigerungsvermerks):

Gastwirt Günther Breitbarth in Geismar (jetzt in Witzenhausen).

Der Wert des Grundbesitzes ist gemäß § 74 a Abs. 5 ZVG festgesetzt auf 450 000,— DM.

Auf die Sammelbekanntmachung am Kopf der Spalte „Zwangsversteigerungen" wird hingewiesen.

3558 Frankenberg (Eder), 10. 10. 1986 **Amtsgericht**

5986

84 K 11/86: Die im Grundbuch Bezirk 11 des Amtsgerichts Frankfurt am Main, Band 21, Blatt 653, eingetragene ideelle Hälfte des Grundstücks,

lfd. Nr. 3, Gemarkung 1, Flur 118, Flurstück 58, Hof- und Gebäudefläche, Gärtnerweg 48, Größe 2,28 Ar,

soll am Mittwoch, dem 15. April 1987, 9.00 Uhr, im Gerichtsgebäude B, Gerichtsstr. 2, 6000 Frankfurt am Main, Zimmer 137, durch Zwangsvollstreckung versteigert werden.

Eingetragener Eigentümer am 5. 2. 1986 (Versteigerungsvermerk):

Arnold Sauerbier, Rossertweg 1, 6270 Idstein.

Der Wert der Grundstückshälfte ist gemäß § 74 a Abs. 5 ZVG festgesetzt auf 182 400,— DM.

Auf die Sammelbekanntmachung am Kopf der Spalte „Zwangsversteigerungen" wird hingewiesen.

6000 Frankfurt am Main, 4. 11. 1986 **Amtsgericht, Abt. 84**

5987

84 K 12/86: Die im Grundbuch Bezirk 11, des Amtsgerichts Frankfurt am Main, Band 21, Blatt 653, eingetragene ideelle Hälfte des Herrn Arnold Sauerbier, Rossertweg 1, 6270 Idstein, an dem Grundstück,

lfd. Nr. 6, Gemarkung Frankfurt am Main 1, Flur 118, Flurstück 53/2, Hof- und Gebäudefläche, Im Trutz Frankfurt, Größe 0,55 Ar,

soll am Donnerstag, dem 9. April 1987, 9.00 Uhr, im Gerichtsgebäude B, Gerichtsstraße 2, 6000 Frankfurt am Main, Zimmer 137, durch Zwangsvollstreckung versteigert werden.

Der Wert der Grundstückshälfte ist gemäß § 74 a Abs. 5 ZVG festgesetzt auf 51 600,— DM.

Auf die Sammelbekanntmachung am Kopf der Spalte „Zwangsversteigerungen" wird hingewiesen.

6000 Frankfurt am Main, 4. 11. 1986 **Amtsgericht, Abt. 84**

5988

Berichtigung: In der Zwangsversteigerungssache Müller (StAnz. 44/1986, S. 2091, lfd. Nr. 5453) muß die Geschäftsnummer richtig lauten: 84 K 40/86 (nicht 84 K 40/85).

6000 Frankfurt am Main, 11. 11. 1986 **Amtsgericht**

5989

84 K 43/86: Das im Grundbuch Bezirk 32 des Amtsgerichts Frankfurt am Main, Band 247, Blatt 7970, eingetragene Wohnungseigentum,

lfd. Nr. 1, bestehend aus 10,002/1000 Miteigentumsanteil an dem Grundstück Gemarkung 1, Flur 557, Flurstück 181/26, Hof- und Gebäudefläche, Tucholskystraße 81, Größe 11,36 Ar,

verbunden mit dem Sondereigentum an der Wohnung Turm VIII Nr. 01 des Aufteilungsplans und beschränkt durch die anderen Sondereigentumsrechte, eingetragen in Blatt 7971—8074,

soll am Montag, dem 30. März 1987, 9.00 Uhr, im Gerichtsgebäude B, Gerichtsstr. 2, 6000 Frankfurt am Main, Zimmer 137, durch Zwangsvollstreckung versteigert werden.

Eingetragene Eigentümerin am 28. 2. 1986 (Versteigerungsvermerk):

Frau Karamphilia Diouf in Frankfurt am Main.

Der Wert des Wohnungseigentums ist gemäß § 74 a Abs. 5 ZVG festgesetzt auf 60 000,— DM.

Auf die Sammelbekanntmachung am Kopf der Spalte „Zwangsversteigerungen" wird hingewiesen.

6000 Frankfurt am Main, 7. 11. 1986 **Amtsgericht, Abt. 84**

5990

84 K 81/85: Das im Grundbuch Bezirk Hofheim des Amtsgerichts Frankfurt am Main, Abteilung Höchst, Band 152, Blatt 4833, eingetragene Grundstück,

lfd. Nr. 3, Gemarkung Hofheim, Flur 39, Flurstück 345/2, Hof- und Gebäudefläche, Niederhofheimer Straße 21, Größe 3,72 Ar,

soll am Mittwoch, dem 22. April 1987, 9.00 Uhr, im Gerichtsgebäude B, Gerichtsstraße 2, 6000 Frankfurt am Main, Zimmer 137, durch Zwangsvollstreckung versteigert werden.

Eingetragene Eigentümerin am 6. 5. 1985 (Versteigerungsvermerk):

Frau Juliane Rotter geb. Milsch in Hofheim.

Der Wert des Grundstücks ist gemäß § 74 a Abs. 5 ZVG festgesetzt auf 170 000,— DM.

Auf die Sammelbekanntmachung am Kopf der Spalte „Zwangsversteigerungen" wird hingewiesen.

6000 Frankfurt am Main, 10. 11. 1986 **Amtsgericht, Abt. 84**

5991

K 95/84: Die im Grundbuch von Bönstadt, Band 34, Blatt 1347, eingetragenen Grundstücksbruchteile zu je einhalb von

lfd. Nr. 1, Gemarkung Bönstadt, Flur 1, Flurstück 753, Hof- und Gebäudefläche, Viehweg 7, Größe 8,82 Ar,

sollen am Mittwoch, dem 14. Januar 1987, 13.30 Uhr, im Gerichtsgebäude Friedberg (Hessen), Homburger Straße 18, Raum 36, Erdgeschoß, durch Zwangsvollstreckung versteigert werden.

Eingetragene Eigentümer am 15. 6. 1984 u. 23. 11. 1984 (Tage der Versteigerungsvermerke):

Herbert Kimmel, Viehweg 7, 6361 Niddatal und

Luise Kimmel, Viehweg 7, 6361 Niddatal, — je zur Hälfte —.

Der Wert des Grundbesitzes ist gemäß § 74 a Abs. 5 ZVG festgesetzt auf 385 200,— DM.

Der Zuschlag kann in diesem Termin nicht mehr gemäß §§ 74 a, 85 a ZVG versagt werden.

Auf die Sammelbekanntmachung am Kopf der Spalte „Zwangsversteigerungen" wird hingewiesen.

6360 Friedberg (Hessen), 31. 10. 1986 **Amtsgericht**

5992

K 26/86: Das im Grundbuch von Waltersbrück, Band 21, Blatt 581, eingetragene Grundstück,

lfd. Nr. 1, Gemarkung Waltersbrück, Flur 4, Flurstück 57, Hof- und Gebäudefläche, Schöne Aussicht 5, Größe 8,04 Ar,

soll am Freitag, dem 16. Januar 1987, 10.00 Uhr, im Gerichtsgebäude Schladenweg 1, Zimmer 15, durch Zwangsvollstreckung versteigert werden.

Eingetragene Eigentümer am 2. 6. 1986 (Tag des Versteigerungsvermerks):

Eheleute Bernd und Irene Flach, Neuental, — je zur Hälfte —.

Der Wert des Grundstücks wurde nach § 74 a Abs. 5 ZVG festgesetzt auf

253 400,— DM.

Auf die Sammelbekanntmachung am Kopf der Spalte „Zwangsversteigerungen" wird hingewiesen.

3580 Fritzlar, 10. 11. 1986 **Amtsgericht**

5993

K 22/86: Die Miteigentumshälfte des im Grundbuch von Besse, Band 50, Blatt 1464, eingetragenen Grundstücks,

lfd. Nr. 1, Gemarkung Besse, Flur 5, Flurstück 90/10, Hof- und Gebäudefläche, Am Großenritter Wege, Größe 5,87 Ar,

soll am Freitag, dem 23. Januar 1987, 10.00 Uhr, im Gerichtsgebäude Schladenweg 1, Zimmer 15, durch Zwangsvollstreckung versteigert werden.

Eingetragene Eigentümerin am 20. 6. 1986 (Tag des Versteigerungsvermerks):

Frau Brigitte Bergmann, Wissen.

Der Wert der Grundstückshälfte wurde nach § 74 a Abs. 5 ZVG festgesetzt auf

106 250,— DM.

Auf die Sammelbekanntmachung am Kopf der Spalte „Zwangsversteigerungen" wird hingewiesen.

3580 Fritzlar, 10. 11. 1986 **Amtsgericht**

5994

5 K 50/85: Das im Grundbuch von Salzschlirf, Band 66, Blatt 2023, eingetragene Grundstück,

lfd. Nr. 1, Gemarkung Salzschlirf, Flur 17, Flurstück 16/4, Lieg.B. 850, Gebäude- und Freifläche, Müser Straße 5 a, Größe 17,89 Ar,

soll am Donnerstag, dem 22. Januar 1987, 9.30 Uhr, im Gerichtsgebäude Königstraße Nr. 38, Zimmer Nr. 210, durch Zwangsvollstreckung versteigert werden.

Eingetragene Eigentümerin am 25. 4. 1985 (Tag des Versteigerungsvermerks):

Karin Ascher in Eppstein/Taunus.

Der Verkehrswert des Grundstücks ist auf 680 000,— DM festgesetzt.

Auf die Sammelbekanntmachung am Kopf der Spalte „Zwangsversteigerungen" wird hingewiesen.

6400 Fulda, 12. 11. 1986 **Amtsgericht**

5995

K 79/85: Das im Grundbuch von Schlierbach, Band 35, Blatt 852, eingetragene Grundstück,

lfd. Nr. 1, Gemarkung Schlierbach, Flur 1, Flurstück 182, Hof- und Gebäudefläche, Triebstraße 15, Größe 1,68 Ar,

soll am Freitag, dem 16. Januar 1987, 10.30 Uhr, im Gerichtsgebäude A, Philipp-Reis-Straße 9, 6460 Gelnhausen, durch Zwangsvollstreckung versteigert werden.

Eingetragene Eigentümer am 30. 6. 1986 (Tag des Versteigerungsvermerks):

a) Erwin Anton Gulich, Schreinerhelfer, Brachttal-Schlierbach, — zur Hälfte —,

b) die unbekannten Erben des am 19. 12. 1982 verstorbenen Otto Hermann Witt, — zur Hälfte in ungeteilter Erbengemeinschaft.

Der Wert des Grundbesitzes ist gemäß § 74 a Abs. 5 ZVG festgesetzt auf

65 000,— DM.

Auf die Sammelbekanntmachung am Kopf der Spalte „Zwangsversteigerungen" wird hingewiesen.

6460 Gelnhausen, 11. 11. 1986 **Amtsgericht**

5996

K 45/86: Das im Wohnungsgrundbuch von Horbach, Band 54, Blatt 1558, eingetragene Wohnungseigentum, 6781/10 000 Miteigentumsanteil an

Gemarkung Horbach, Flur 1, Flurstück 97/6, Gebäude- und Freifläche, Im Hahmefang 11, Größe 5,48 Ar,

verbunden mit dem Sondereigentum an Wohnung im Erd- und Kellergeschoß, Aufteilungsplan Nr. 1, Garage,

soll am Mittwoch, dem 21. Januar 1987, 14.00 Uhr, im Gerichtsgebäude Gelnhausen, Philipp-Reis-Straße 9, Raum 19, I. Stock, durch Zwangsvollstreckung versteigert werden.

Eingetragene Eigentümer am 21. 4. 1986 (Tag des Versteigerungsvermerks):

Werkzeugmacher Jürgen Winter,

Silvia Winter geb. Schmidt, beide Am Trieb 6, 6463 Freigericht-Horbach, — je zur Hälfte —.

Der Wert des Wohnungseigentums ist gemäß § 74 a Abs. 5 ZVG festgesetzt auf

335 000,— DM.

Auf die Sammelbekanntmachung am Kopf der Spalte „Zwangsversteigerungen" wird hingewiesen.

6460 Gelnhausen, 13. 11. 1986 **Amtsgericht**

5997

42 K 190/84: Folgender Grundbesitz, eingetragen im Grundbuch von Espa, Band 17, Blatt 534,

lfd. Nr. 3, Flur 3, Nr. 34/19, Bauplatz, Habichtsweg, Größe 5,65 Ar

(inzwischen mit einer Fertiggarage bebaut),

soll am Freitag, dem 20. Februar 1987, 13.30 Uhr, Raum 205, II. Stock, im Gerichtsgebäude Gießen, Gutfleischstraße 1, durch Zwangsvollstreckung versteigert werden.

Eingetragene Eigentümerin am 30. 11. 1984 (Tag der Eintragung des Versteigerungsvermerks):

Inge Dora Chapman geb. Schulz.

Der Wert des Grundbesitzes ist gemäß § 74 a Abs. 5 ZVG festgesetzt auf

66 500,— DM.

Auf die Sammelbekanntmachung am Kopf der Spalte „Zwangsversteigerungen" wird hingewiesen.

6300 Gießen, 7. 11. 1986 **Amtsgericht**

5998

42 K 237/85: Folgender Grundbesitz, eingetragen im Grundbuch von Reiskirchen, Band 47, Blatt 1602,

lfd. Nr. 1, Flur 22, Flurstück 103, Hof- und Gebäudefläche, Dieselstraße 9, Größe 8,74 Ar,

soll am Donnerstag, dem 29. Januar 1987, 13.30 Uhr, Raum 205, II. Stock, im Gerichtsgebäude Gießen, Gutfleischstraße 1, durch Zwangsvollstreckung versteigert werden.

Eigentümer am 16. 1. 1986 (Versteigerungsvermerk):

Klaus Ulrich Seng.

Der Wert des Grundbesitzes ist gemäß § 74 a Abs. 5 ZVG festgesetzt auf

422 023,— DM.

Auf die Sammelbekanntmachung am Kopf der Spalte „Zwangsversteigerungen" wird hingewiesen.

6300 Gießen, 7. 11. 1986 **Amtsgericht**

5999

42 K 35/86: Folgender Grundbesitz, eingetragen im Grundbuch von Annerod, Band 29, Blatt 1034,

lfd. Nr. 1, Flur 1, Nr. 157/1, Hof- und Gebäudefläche, Hausener Straße 32, Größe 8,45 Ar,

soll am Freitag, dem 6. Februar 1987, 13.30 Uhr, Raum 205, II. Stock, im Gerichtsgebäude Gießen, Gutfleischstraße 1, durch Zwangsvollstreckung versteigert werden.

Eingetragene Eigentümer am 21. 3. 1986 bzw. 25. 6. 1986 (Tage der Eintragungen der Versteigerungsvermerke):

a) Joachim Weigel,

b) Ingrid Weigel geb. Källner, — je zur Hälfte —.

Der Wert des Grundbesitzes ist gemäß § 74 a Abs. 5 ZVG festgesetzt auf

130 000,— DM.

Auf die Sammelbekanntmachung am Kopf der Spalte „Zwangsversteigerungen" wird hingewiesen.

6300 Gießen, 7. 11. 1986 **Amtsgericht**

6000

42 K 65/86: Folgender Grundbesitz, eingetragen im Grundbuch von Cleeberg, Band 51, Blatt 1814,

lfd. Nr. 1, Flur 3, Nr. 129/2, Hof- und Gebäudefläche, Kalkweg 22, Größe 4,98 Ar,

lfd. Nr. 2, Flur 3, Nr. 129/3, Hof- und Gebäudefläche, Kalkweg 22, Größe 4,72 Ar,

soll am Donnerstag, dem 19. Februar 1987, 10.30 Uhr, Raum 205, II. Stock, im Gerichtsgebäude Gießen, Gutfleischstraße 1, durch Zwangsvollstreckung versteigert werden.

Eingetragene Eigentümerin am 2. 6. 1986 (Tag der Eintragung des Versteigerungsvermerks):

Edda Balser geb. Püschel.

Der Wert des Grundbesitzes ist gemäß § 74 a Abs. 5 ZVG festgesetzt für

lfd. Nr. 1, Flur 3, Nr. 129/2 auf

178 200,— DM,

lfd. Nr. 2, Flur 3, Nr. 129/3 auf

479 800,— DM.

Auf die Sammelbekanntmachung am Kopf der Spalte „Zwangsversteigerungen" wird hingewiesen.

6300 Gießen, 7. 11. 1986 **Amtsgericht**

6001

42 K 31/86: Folgender Grundbesitz, eingetragen im Grundbuch von Heuchelheim, Band 95, Blatt 4254,

lfd. Nr. 1, Flur 1, Nr. 633/1, Hof- und Gebäudefläche, Marktstraße 25, Größe 2,98 Ar,

lfd. Nr. 2, Flur 1, Nr. 633/2, Hof- und Gebäudefläche, Marktstraße 25, Größe 0,95 Ar,

lfd. Nr. 3, Flur 1, Flur 634, Hof- und Gebäudefläche, Marktstraße 25, Größe 3,29 Ar,

soll am Donnerstag, dem 22. Januar 1987, 13.30 Uhr, Raum 205, II. Stock, im Gerichtsgebäude Gutfleischstr. 1, durch Zwangsvollstreckung versteigert werden.

Eingetragene Eigentümer am 5. 3. 1986 (Tag der Eintragung des Versteigerungsvermerks):

Eheleute Christa und Dietmar Hörnle, — je zur Hälfte —.

Der Wert des Grundbesitzes ist gemäß § 74 a Abs. 5 ZVG festgesetzt für

lfd. Nr. 1 auf 16 000,— DM,
lfd. Nr. 2 auf 5 000,— DM,
lfd. Nr. 3 auf 129 000,— DM.

Auf die Sammelbekanntmachung am Kopf der Spalte „Zwangsversteigerungen" wird hingewiesen.

6300 Gießen, 11. 11. 1986 **Amtsgericht**

6002

42 K 1/85: Folgender Grundbesitz, eingetragen im Grundbuch von Wetterfeld, Band 24, Blatt 1217,

lfd. Nr. 1, Flur 3, Nr. 72/39, Hof- und Gebäudefläche, Der Kuhtrieb 32, Größe 4,68 Ar,

lfd. Nr. 2, Flur 3, Nr. 175, Hof- und Gebäudefläche, Der Kuhtrieb, Größe 0,18 Ar,

soll am Donnerstag, dem 15. Januar 1987, 13.30 Uhr, Raum 205, II. Stock, im Gerichtsgebäude Gutfleischstraße 1, durch Zwangsvollstreckung versteigert werden.

Eingetragene Eigentümer am 31. 1. 1985 (Tag der Eintragung des Versteigerungsvermerks):

a) Elli Ruyten geb. Schäfer,

b) Angela Christine Ruyten,

c) Brigitte Johanna Ruyten,

d) Torsten Klaus Ruyten,

e) Belinda Ruyten, — in Erbengemeinschaft —.

In einem früheren Versteigerungstermin ist der Zuschlag gem. § 74 a Abs. I ZVG versagt worden.

Der Wert des Grundbesitzes ist gemäß § 74 a Abs. 5 ZVG festgesetzt für

lfd. Nr. 1 auf 265 000,— DM,
lfd. Nr. 2 auf 10 000,— DM.

Auf die Sammelbekanntmachung am Kopf der Spalte „Zwangsversteigerungen" wird hingewiesen.

6300 Gießen, 6. 11. 1986 **Amtsgericht**

6003

42 K 62/86: Folgender Grundbesitz, eingetragen im Grundbuch von Wissmar, Band 98, Blatt 3255,

lfd. Nr. 1, Flur 11, Nr. 63/2, Hof- und Gebäudefläche, Lollarer Weg 11, Größe 4,80 Ar,

soll am Freitag, dem 23. Januar 1987, 13.30 Uhr, Raum 205, II. Stock, im Gerichtsgebäude Gutfleischstraße 1, durch Zwangsvollstreckung versteigert werden.

Eingetragene Eigentümerin am 26. 5. 1986 (Tag der Eintragung des Versteigerungsvermerks):

Heidi Axmann geb. Simek.

Der Wert des Grundbesitzes ist gemäß § 74 a Abs. 5 ZVG festgesetzt auf 148 438,57 DM.

Auf die Sammelbekanntmachung am Kopf der Spalte „Zwangsversteigerungen" wird hingewiesen.

6300 Gießen, 14. 11. 1986 **Amtsgericht**

6004

24 K 60/86: Das im Grundbuch von Groß-Gerau, Band 72, Blatt 3810, eingetragene Grundstück,

lfd. Nr. 1, Gemarkung Groß-Gerau, Flur 24, Flurstück 293, Hof- und Gebäudefläche, Auf dem Höllberg 18, Größe 4,73 Ar,

soll am Dienstag, dem 20. Januar 1987, 8.30 Uhr, im Gerichtsgebäude Europaring 11—13, I. Stock, Zimmer 151, durch Zwangsvollstreckung versteigert werden.

Eingetragener Eigentümer am 14. 7. 1986 (Tag des Versteigerungsvermerks):

Joachim Maschke, Bahnhofstraße 75, 6080 Groß-Gerau 2 (Dornheim).

Auf die Sammelbekanntmachung am Kopf der Spalte „Zwangsversteigerungen" wird hingewiesen.

6080 Groß-Gerau, 6. 11. 1986 **Amtsgericht**

6005

42 K 6/86: Im Wege der Zwangsvollstrekkung sollen folgende Wohnungseigentumsrechte versteigert werden:

I. Eingetragen im Grundbuch von Hanau, Band 312, Blatt 11 056; 45,884/10 000 Miteigentumsanteil an dem Grundstück,

lfd. Nr. 1, Gemarkung Hanau, Flur 70, Flurstück 149/1, Flur 51, Flurstück 60/4, Gebäude- und Freifläche, Wohnen, Schwarzenbergstraße 1, Größe 42,86 Ar,

verbunden mit dem Sondereigentum an der Wohnung Nr. 027 des Aufteilungsplanes.

II. Eingetragen im Grundbuch von Hanau, Band 312, Blatt 11 058; 47,318/10 000 Miteigentumsanteil an dem Grundstück,

lfd. Nr. 1, Gemarkung Hanau, Flur 70, Flurstück 149/1, Flur 51, Flurstück 60/4, Gebäude- und Freifläche, Wohnen, Schwarzenbergstraße 1, Größe 42,86 Ar,

verbunden mit dem Sondereigentum an der Wohnung Nr. 029 des Aufteilungsplanes.

III. Eingetragen im Grundbuch von Hanau, Band 312, Blatt 11 059; 41,583/10 000 Miteigentumsanteil an dem Grundstück,

lfd. Nr. 1, Gemarkung Hanau, Flur 70, Flurstück 149/1, Flur 51, Flurstück 60/4, Gebäude- und Freifläche, Wohnen, Schwarzenbergstraße 1, Größe 42,86 Ar,

verbunden mit dem Sondereigentum an der Wohnung Nr. 030 des Aufteilungsplanes.

Die in Blatt 11 030 bis 11 235 von Hanau eingetragenen Miteigentumsanteile beschränken sich gegenseitig durch die jeweils zu ihnen gehörenden Sondereigentumsrechte.

Zur Veräußerung des Wohnungseigentums ist die Zustimmung des Verwalters erforderlich.

Versteigerungstermin am Dienstag, dem 17. März 1987, 9.00 Uhr, im Gerichtsgebäude B, 6450 Hanau, Nußallee 17, Zimmer Nr. 161 B.

Eingetragene Eigentümer am 31. 1. 1986 (Tag des Versteigerungsvermerks):

a) Heinrich Jöhle,

b) Peter Johann Tilemann — als Gesellschafter bürgerlichen Rechts —.

Der Wert der Wohnungseigentumsrechte ist gemäß § 74 a Abs. 5 ZVG wie folgt festgesetzt:

Blatt 11 056 auf 115 510,— DM,
Blatt 11 058 auf 119 120,— DM,
Blatt 11 059 auf 104 680,— DM.

Die Zuschlagsversagungsgründe gemäß §§ 74 a, 85 a ZVG gelten nicht mehr.

Auf die Sammelbekanntmachung am Kopf der Spalte „Zwangsversteigerungen" wird hingewiesen.

6450 Hanau, 11. 11. 1986
Amtsgericht, Abt. 42

6006

42 K 83/86: Folgender Grundbesitz, eingetragen im Grundbuch von Großkrotzenburg, Band 145, Blatt 5143; Miteigentumsanteil von 123/10 000 an dem Grundstück,

BV Nr. 1, Gemarkung Großkrotzenburg, Flur 16, Flurstück 260/100, Gebäude- und Freifläche, Hanauer Landstraße 38, 40, 42, 44, 46, 48, Größe 67,11 Ar,

verbunden mit dem Sondereigentum an der Wohnung Hanauer Landstraße 44 im Dachgeschoß rechts und dem Keller, im Aufteilungsplan jeweils bezeichnet mit Nr. 28,

soll am Donnerstag, dem 5. März 1987, 9.00 Uhr, Raum 161, I. Stock, im Gerichtsgebäude B, 6450 Hanau, Nußallee 17, durch Zwangsvollstreckung versteigert werden.

Veräußerungsbeschränkungen: u. a. nicht im Wege der Zwangsversteigerung.

Zu bestimmten Benutzungen ist ebenfalls die schriftliche Zustimmung des Verwalters erforderlich.

Eingetragener Eigentümer am 16. 6. 1986 (Tag der Eintragung des Versteigerungsvermerks):

Franz Georg Plettner, Großkrotzenburg.

Der Wert des Grundbesitzes ist gemäß § 74 a Abs. 5 ZVG festgesetzt auf 97 000,— DM.

Auf die Sammelbekanntmachung am Kopf der Spalte „Zwangsversteigerungen" wird hingewiesen.

6450 Hanau, 12. 11. 1986
Amtsgericht, Abt. 42

6007

2 K 117/85: Das im Grundbuch von Driedorf, Bezirk Driedorf, Band 51, Blatt 1675, eingetragene Grundstück,

lfd. Nr. 3, Gemarkung Driedorf, Flur 11, Flurstück 40, Hutung, Am hohen Rain, Größe 45,19 Ar,

soll am Freitag, dem 13. Februar 1987, 9.00 Uhr, im Gerichtsgebäude in Herborn, Westerwaldstraße 16, Zimmer 20, durch Zwangsvollstreckung versteigert werden.

Eingetragener Eigentümer am 3. 10. 1985 (Tag des Versteigerungsvermerks):

Werner Maag in 6349 Driedorf, Weiherstraße 8.

Der Wert des Grundstücks ist nach § 74 a Abs. 5 ZVG festgesetzt auf 27 114,— DM.

Auf die Sammelbekanntmachung am Kopf der Spalte „Zwangsversteigerungen" wird hingewiesen.

6348 Herborn, 12. 11. 1986 **Amtsgericht**

6008

3 K 11/86: Die im Grundbuch von Herborn, Gemarkung Herborn, Band 122, Blatt 3901, eingetragenen Grundstücke,

lfd. Nr. 1, Flur 2, Flurstück 5/7, Gebäude- und Freifläche, Alsbachstraße 29, Größe 10,77 Ar,

lfd. Nr. 2, Flur 2, Flurstück 5/9, Gebäude- und Freifläche, Alsbachstraße, Größe 1,19 Ar,

sollen am Freitag, dem 20. März 1987, 9.00 Uhr, im Gerichtsgebäude Herborn, Westerwaldstraße 16, I. Obergeschoß, Zimmer 20, zur Aufhebung der Gemeinschaft versteigert werden.

Eingetragene Eigentümer am 28. 2. 1986 (Tag des Versteigerungsvermerks):

a) Gros, Bernd, Alsbachstraße 29, 6348 Herborn,

b) Gros, Marianne, geb. Weidemann, Alsbachstraße 29, 6348 Herborn, jetzt wohnhaft: Im Borngrund 17, 6349 Sinn.

Der Wert des Grundbesitzes ist gemäß § 74 a Abs. 5 ZVG festgesetzt für

lfd. Nr. 1, Flur 2, Flurstück 5/7 auf 165 952,30 DM,
lfd. Nr. 2, Flur 2, Flurstück 5/9 auf 8 330,— DM.

Auf die Sammelbekanntmachung am Kopf der Spalte „Zwangsversteigerungen" wird hingewiesen.

6348 Herborn, 12. 11. 1986 **Amtsgericht**

6009

2 K 18/86: Das im Grundbuch von Hörbach, Gemarkung Hörbach, Band 44, Blatt 1417, eingetragene Grundstück,

lfd. Nr. 1, Flur 2, Flurstück 180, Gebäude- und Freifläche, Lerchenweg 5, Größe 16,39 Ar,

soll am Freitag, dem 27. März 1987, 9.00 Uhr, im Gerichtsgebäude in Herborn, Westerwaldstraße 16, Zimmer Nr. 20, durch Zwangsvollstreckung versteigert werden.

Eingetragene Eigentümer am 1. 4. 1986 (Tag des Versteigerungsvermerks):

Eheleute Ferdinand Bayr und Heidemarie geb. Gutsch in 6348 Herborn-Hörbach, Lerchenweg 5, — je zur Hälfte —.

Der Wert des Grundstücks ist nach § 74 a Abs. 5 ZVG festgesetzt auf 325 000,— DM.

Auf die Sammelbekanntmachung am Kopf der Spalte „Zwangsversteigerungen" wird hingewiesen.

6348 Herborn, 12. 11. 1986 **Amtsgericht**

6010

2 K 6/86: Das im Grundbuch von Heisterberg, Band 21, Blatt 527, eingetragene Grundstück,

lfd. Nr. 1, Gemarkung Heisterberg, Flur 1, Flurstück 133, Gebäude- und Freifläche,

Weiherwiese 2 (mit Wohnhaus), Größe 14,09 Ar,

soll am Freitag, dem 13. März 1987, 9.00 Uhr, im Gerichtsgebäude in 6348 Herborn, Westerwaldstraße Nr. 16, Zimmer Nr. 20, durch Zwangsvollstreckung versteigert werden.

Eingetragene Eigentümerin am 25. 2. 1986 (Tag des Versteigerungsvermerks):

Anita Deschmann geb. Weber, Buchenfeldstraße 13, 6349 Driedorf 7, jetzt: Luxemburger Str. 124, 5000 Köln 41.

Der Wert des Grundstücks ist nach § 74 a Abs. 5 ZVG festgesetzt auf 190 000,— DM.

Auf die Sammelbekanntmachung am Kopf der Spalte „Zwangsversteigerungen" wird hingewiesen.

6348 Herborn, 14. 11. 1986 **Amtsgericht**

6011

2 K 6/84: Das im Grundbuch von Hochheim-Massenheim, Band 32, Blatt 1169, eingetragene Grundstück,

lfd. Nr. 1, Gemarkung Massenheim, Flur 35, Flurstück 293, Hof- und Gebäudefläche, Pfarrstraße 51, Größe 6,71 Ar,

soll am Mittwoch, dem 4. Februar 1987, 14.00 Uhr, im Gerichtsgebäude 6203 Hochheim am Main, Kirchstraße 21, Zimmer 13, durch Zwangsvollstreckung versteigert werden.

Eingetragene Eigentümerin am 27. 4. 1984 (Tag des Versteigerungsvermerks):

Gisela Bitschnau, Pfarrstraße 51, 6203 Hochheim-Massenheim.

Der Wert des Grundbesitzes ist gemäß § 74 a Abs. 5 ZVG festgesetzt auf 695 344,— DM.

Auf die Sammelbekanntmachung am Kopf der Spalte „Zwangsversteigerungen" wird hingewiesen.

6203 Hochheim am Main, 12. 11. 1986 **Amtsgericht**

6012

2 K 5/85: Das im Grundbuch von Flörsheim-Wicker, Band 43, Blatt 1565, eingetragene Grundstück,

lfd. Nr. 1, Gemarkung Wicker, Flur 27, Flurstück 452, Hof- und Gebäudefläche, Feldbergstraße 17, Größe 7,02 Ar,

soll am Mittwoch, dem 4. Februar 1987, 10.00 Uhr, im Gerichtsgebäude 6203 Hochheim am Main, Kirchstr. 21, Zimmer 13, zur Aufhebung der Gemeinschaft versteigert werden.

Eingetragene Eigentümer am 26. 2. 1985 (Tag des Versteigerungsvermerks):

a) Angestellter Werner Brückner in 6093 Flörsheim-Wicker — zur Hälfte —,

b) Gerlinde Brückner geb. Schleser, jetzt: verh. Gädtke in 3000 Hannover 51, — zur Hälfte —.

Der Wert des Grundbesitzes ist gemäß § 74 a Abs. 5 ZVG festgesetzt auf 445 000,— DM.

Auf die Sammelbekanntmachung am Kopf der Spalte „Zwangsversteigerungen" wird hingewiesen.

6203 Hochheim am Main, 12. 11. 1986 **Amtsgericht**

6013

2 K 17/85: Das im Wohnungsgrundbuch von Hochheim, Band 156, Blatt 5476, eingetragene Wohnungseigentum, 501/100 000 Miteigentumsanteil an dem Grundstück,

Flur 61, Flurstück 474, Grünfläche, Stettiner Straße, Größe 25,62 Ar,

Flur 61, Flurstück 475, Bauplatz, Stettiner Straße 17—19, Größe 147,39 Ar,

verbunden mit dem Sondereigentum an der Wohnung im 15. Obergeschoß Haus 1 — Typ A (Aufteilungsplan Nr. 1151) sowie einem Kellerraum;

das Miteigentum ist durch die Einräumung der zu den anderen Miteigentumsanteilen gehörenden Sondereigentumsrechte (eingetragen in Blatt 5401 bis 5597, 5791 bis 5920) beschränkt;

soll am Mittwoch, dem 11. Februar 1987, 10.00 Uhr, im Gerichtsgebäude 6203 Hochheim am Main, Kirchstraße 21, Zimmer 13, durch Zwangsvollstreckung versteigert werden.

Eingetragene Eigentümerin am 24. 7. 1985 (Tag des Versteigerungsvermerks):

Wiedemann — Bau Grundstückserschließungs- und Wohnungsbau KG, Frankfurt am Main.

Der Wert des Wohnungseigentums ist gemäß § 74 a Abs. 5 ZVG festgesetzt auf 202 500,— DM.

Auf die Sammelbekanntmachung am Kopf der Spalte „Zwangsversteigerungen" wird hingewiesen.

6203 Hochheim am Main, 12. 11. 1986 **Amtsgericht**

6014

2 K 2/86: Die im Grundbuch von Flörsheim-Weilbach, Band 53, Blatt 1821, eingetragenen Grundstücke,

lfd. Nr. 1, Flur 43, Flurstück 84/1, Hof- und Gebäudefläche, Potsdamer Straße 15, Größe 4,03 Ar,

lfd. Nr. 2, Flur 43, Flurstück 106/1, Hof- und Gebäudefläche, Potsdamer Straße, Größe 0,17 Ar,

lfd. Nr. 3/zu 2, ein Vierzehntel Anteil an dem Grundstück, Flur 43, Flurstück 104/1, Hof- und Gebäudefläche, Potsdamer Straße, Größe 2,04 Ar,

sollen am Mittwoch, dem 11. Februar 1987, 14.00 Uhr, im Gerichtsgebäude 6203 Hochheim am Main, Kirchstr. 21, Zimmer 13, durch Zwangsvollstreckung versteigert werden.

Eingetragene Eigentümerin am 4. 3. 1986 (Tag des Versteigerungsvermerks):

Agnes Südkamp geb. Krüll, 6093 Flörsheim-Weilbach.

Der Wert des Grundbesitzes ist gemäß § 74 a Abs. 5 ZVG festgesetzt für

lfd. Nr. 1 auf 429 700,— DM,

lfd. Nr. 2 und 3/zu 2 auf 14 000,— DM.

Auf die Sammelbekanntmachung am Kopf der Spalte „Zwangsversteigerungen" wird hingewiesen.

6203 Hochheim am Main, 12. 11. 1986 **Amtsgericht**

6015

2 K 3/86: Das im Wohnungsgrundbuch von Hochheim, Band 119, Blatt 4370, eingetragene Wohnungseigentum, 1123/100 000 Miteigentumsanteil an dem Grundstück,

Flur 14, Flurstück 308/1, Hof- und Gebäudefläche, Herderstraße 21, Größe 45,30 Ar,

verbunden mit dem Sondereigentum an der Wohnung im Eingangsgeschoß vom Treppenhausausgang, 1. rechts (Aufteilungsplan Nr. 8004); die Wohnfläche beträgt 61,34 qm;

das Miteigentum ist durch die Einräumung der zu den anderen Miteigentumsanteilen gehörenden Sondereigentumsrechte beschränkt; die Sondereigentumsrechte sind in den Blättern 4367 bis 4428 eingetragen;

der Wohnungseigentümer bedarf zur Veräußerung des Wohnungseigentums der Zustimmung des Verwalters; dies gilt nicht im Falle der Veräußerung an Ehegatten, Verwandte gerader Linie, Verwandte zweiten Grades in der Seitenlinie oder bei Veräußerung im Wege der Zwangsvollstreckung oder durch den Konkursverwalter sowie bei der ersten Veräußerung;

die Beschränkung ist weiter für den Fall ausgeschlossen, daß der jeweilige Hypothekengeber der ersten Hypothek das Wohnungseigentum erwirbt oder ersteigert und später weiterveräußert;

soll am Mittwoch, dem 18. Februar 1987, 10.00 Uhr, im Gerichtsgebäude Hochheim am Main, Kirchstraße 21, Zimmer 13, durch Zwangsvollstreckung versteigert werden.

Eingetragene Eigentümerin am 2. 5. 1986 (Tag des Versteigerungsvermerks):

Margaretha Wagner geb. Häfner, Mainz-Gonsenheim.

Der Wert des Wohnungseigentums ist gemäß § 74 a Abs. 5 ZVG festgesetzt auf 128 800,— DM.

Auf die Sammelbekanntmachung am Kopf der Spalte „Zwangsversteigerungen" wird hingewiesen.

6203 Hochheim am Main, 12. 11. 1986 **Amtsgericht**

6016

2 K 5/86: Das im Grundbuch von Flörsheim-Weilbach, Band 70, Blatt 2332, eingetragene Grundstück,

lfd. Nr. 1, Flur 37, Flurstück 48/32, Betriebsgelände, Industriestraße 13, Größe 18,51 Ar,

soll am Mittwoch, dem 18. Februar 1987, 14.00 Uhr, im Gerichtsgebäude Hochheim am Main, Kirchstraße 21, Zimmer 13, durch Zwangsvollstreckung versteigert werden.

Eingetragene Eigentümer am 9. 5. 1986 (Tag des Versteigerungsvermerks):

a) Gerd Höricht,

b) dessen Ehefrau Heidelore Höricht geb. Mertins, in Flörsheim-Weilbach, — zu a) und b) zu je einhalb Anteil —.

Der Wert des Grundbesitzes ist gemäß § 74 a Abs. 5 ZVG festgesetzt auf 780 000,— DM.

Auf die Sammelbekanntmachung am Kopf der Spalte „Zwangsversteigerungen" wird hingewiesen.

6203 Hochheim am Main, 12. 11. 1986 **Amtsgericht**

6017

2 K 32/86: Folgendes Grundeigentum, eingetragen im Grundbuch von Vaake, Band 50, Blatt 1332,

Gemarkung Vaake, Flur 19, Flurstück 38/1, Grünland, in der kleinen Ahle, Größe 35,70 Ar,

soll am Donnerstag, dem 5. Februar 1987, 10.00 Uhr, Saal 24, im Gerichtsgebäude Friedrich-Pfaff-Str. 8, 3520 Hofgeismar, durch Zwangsvollstreckung versteigert werden.

Eingetragener Eigentümer am 9. Juli 1986 (Tag der Eintragung des Versteigerungsvermerks):

Hans-Jochen Schmidt, 3512 Reinhardshagen 2.

Der Wert des Grundeigentums ist gemäß § 74 a Abs. 5 ZVG festgesetzt auf 2 856,— DM.

Auf die Sammelbekanntmachung am Kopf der Spalte „Zwangsversteigerungen" wird hingewiesen.

3520 Hofgeismar, 10. 11. 1986 **Amtsgericht**

6018

K 11/86: Die im Grundbuch von Homberg/Efze, Bezirk Mörshausen, Band 9, Blatt 166, eingetragenen Grundstücke, lfd. Nrn. 1—5, Gemarkung Mörshausen,

Flur 11, Flurstück 24/22, Hof- und Gebäudefläche, Gut Sauerburg, Haus Nr. 1, Größe 5,80 Ar,

Flur 11, Flurstück 24/22, Grünland, Gut Sauerburg, Haus Nr. 1, Größe 40,33 Ar,

Flur 11, Flurstück 24/21, Wald (Holzung), Gut Sauerburg, Größe 6,79 Ar,

Flur 11, Flurstück 24/23, Hof- und Gebäudefläche, Gut Sauerburg, Größe 0,65 Ar,
Flur 11, Flurstück 24/28, Mischwald, Gut Sauerburg, Größe 0,09 Ar,
Flur 11, Flurstück 24/27, Mischwald, Gut Sauerburg, Größe 3,54 Ar,
sollen am Freitag, dem 30. Januar 1987, 10.00 Uhr, im Gerichtsgebäude Homberg/Efze, Obertorstr. 9, Sitzungssaal 2, durch Zwangsvollstreckung versteigert werden.
Eingetragene Eigentümerin am 15. 4. 1986 (Tag des Versteigerungsvermerks):
Zahnarzthelferin Birgit Ruppel-Schiffer geb. Ruppel, geboren am 11. 12. 1952, 6437 Kirchheim.
Der Wert des Grundbesitzes ist gemäß § 74 a Abs. 5, § 85 ZVG festgesetzt auf
14 204,— DM (Flur 11, Flurstück 24/22, 24/23),
2 542,— DM (Flur 11, Flurstück 24/21, 24/28, 24/27),
Gesamtwert: 16 746,— DM.
Auf die Sammelbekanntmachung am Kopf der Spalte „Zwangsversteigerungen" wird hingewiesen.

3588 Homberg/Efze, 6. 11. 1986 **Amtsgericht**

6019

2 K 30/86: Folgender Grundbesitz, eingetragen im Grundbuch von Bermbach, Band 20, Blatt 611,
Flur 2, Flurstück 91, An den Gärten, 1. Ackerland, Größe 1,00 Ar,
Flur 2, Flurstück 91, 2. Grünland und Ackerland, Größe 6,34 Ar,
soll am Dienstag, dem 27. Januar 1987, 14.00 Uhr, Raum 15, I. Stock, im Gerichtsgebäude Gerichtsstraße 1, 6270 Idstein, zur Aufhebung der Gemeinschaft versteigert werden.
Eingetragene Eigentümer am 19. 6. 1986 bzw. Rechtsnachfolger (Tag der Eintragung des Versteigerungsvermerks):
1. a) Hilde gen. Hedwig Hönge geb. Gukkes, Waldems-Bermbach, — zur Hälfte —,
b) Hilde gen. Hedwig Hönge geb. Guckes, daselbst,
c) Heinrich Michel, Raunheim,
d) Günter Michel, Raunheim,
e) Hannelore Emma Rosa Lenhart geb. Steinmetz, Rhaunen,
f) Henriette Becker geb. Kern, Raunheim,
g) Manfred Becker, Raunheim,
h) Helga Pubanz, Raunheim,
i) Erika Imgard Feidt geb. Becker, Nordenstadt,
j) Robert Füller, Hofheim,
k) Gerhard Karl Kugler, Wiesbaden,
l) Elfriede Nickel geb. Schmidt, Waldems,
— zu 1 b—l in Erbengemeinschaft zur Hälfte —.
Der Wert des Grundbesitzes ist gemäß § 74 a Abs. 5 ZVG festgesetzt auf
25 010,— DM.
Auf die Sammelbekanntmachung am Kopf der Spalte „Zwangsversteigerungen" wird hingewiesen.

6270 Idstein, 14. 11. 1986 **Amtsgericht**

6020

64 K 377/85: Das im Grundbuch von Habichtswald, Band 7, Blatt 143, eingetragene Grundstück,
lfd. Nr. 1, Gemarkung Habichtswald, Flur 9, Flurstück 40/1, Hof- und Gebäudefläche, Gartenland, Krähhahnstraße 5, Größe 16,37 Ar,
soll am Dienstag, dem 10. Februar 1987, 10.00 Uhr, im Gebäude der Außenstelle des Amtsgerichts Kassel, Friedrich-Ebert-Straße 2, Seitenflügel im Erdgeschoß, Sitzungssaal, durch Zwangsvollstreckung versteigert werden.
Eingetragene Eigentümer am 26. 2. 1986 (Tag der Eintragung des Versteigerungsvermerks):
a) Joachim Kiefer, Kassel,
b) Monika Serbser-Kiefer geb. Serbser, Kassel, — je zur Hälfte —.
Verkehrswert gemäß § 74 a ZVG ist
261 859,— DM.
Auf die Sammelbekanntmachung am Kopf der Spalte „Zwangsversteigerungen" wird hingewiesen.

3500 Kassel, 28. 8. 1986 **Amtsgericht**

6021

64 K 103/86: Das im Grundbuch von Hekkershausen, Band 35, Blatt 922, eingetragene Grundstück,
lfd. Nr. 3, Gemarkung Heckershausen, Flur 20, Flurstück 49, Hof- und Gebäudefläche, Brandenburger Straße 12, Größe 7,31 Ar,
soll am Montag, dem 2. März 1987, 8.30 Uhr, im Gebäude der Außenstelle des Amtsgerichts Kassel, Friedrich-Ebert-Straße 2, Seitenflügel im Erdgeschoß, Sitzungssaal, durch Zwangsvollstreckung versteigert werden.
Eingetragene Eigentümer am 14. 5. 1986 (Tag der Eintragung des Versteigerungsvermerks):
a) Schmidt, Gustav, geboren 10. 12. 1928,
b) Schmidt, Wilma, geb. Rampoldt, geb. 27. 8. 1923, Kassel, — je zur Hälfte —.
Verkehrswert gemäß § 74 a ZVG ist
285 790,— DM.
Auf die Sammelbekanntmachung am Kopf der Spalte „Zwangsversteigerungen" wird hingewiesen.

3500 Kassel, 9. 9. 1986 **Amtsgericht**

6022

64 K 79/84: Die im Grundbuch von Obervellmar, Band 21, Blatt 644, eingetragenen halben Miteigentumsanteile an den Grundstücken,
lfd. Nr. 3: Gemarkung Obervellmar, Flur 1, Flurstück 140/32, Hof- und Gebäudefläche, Erpelweg 3, Größe 7,19 Ar,
lfd. Nr. 4: Gemarkung Obervellmar, Flur 1, Flurstück 169/32, Hof- und Gebäudefläche, Erpelweg 3, Größe 7,80 Ar,
sollen am Montag, dem 9. März 1987, 8.30 Uhr, im Gebäude der Außenstelle des Amtsgerichts Kassel, Friedrich-Ebert-Straße 2, Seitenflügel im Erdgeschoß, Sitzungssaal, durch Zwangsvollstreckung versteigert werden.
Eingetragener Eigentümer am 13. 6. 1984 (Tag der Eintragung des Versteigerungsvermerks):
Schlesinger, Rainer, geboren 3. 7. 1947, Vellmar, — zur Hälfte —.
Verkehrswert gemäß § 74 a ZVG ist
197 250,— DM.
Auf die Sammelbekanntmachung am Kopf der Spalte „Zwangsversteigerungen" wird hingewiesen.

3500 Kassel, 9. 9. 1986 **Amtsgericht**

6023

64 K 323/84: Die im Grundbuch von Harleshausen eingetragenen Grundstücke,
a) Band 218, Blatt 6648, Bestandsverzeichnis,
lfd. Nr. 4: Gemarkung Harleshausen, Flur 13, Flurstück 27/52, Bauplatz, Die Rasenallee, Größe 0,21 Ar,
Flurstück 27/58, Bauplatz, Die Rasenallee, Größe 0,37 Ar,
Flurstück 27/59, Bauplatz, Die Rasenallee, Größe 0,35 Ar,
Flurstück 27/60, Bauplatz, Die Rasenallee, Größe 0,34 Ar,
b) Band 249, Blatt 7585, Bestandsverzeichnis, Miteigentumsanteil zu einem Neuntel an dem Grundstück,
lfd. Nr. 1, Gemarkung Harleshausen, Flur 13, Flurstück 27/51, Lieg.B. 4522, Bauplatz, Die Rasenallee, Größe 0,18 Ar,
sollen am Freitag, dem 6. Februar 1987, 10.00 Uhr, im Gebäude der Außenstelle des Amtsgerichts Kassel, Friedrich-Ebert-Straße 2, Seitenflügel im Erdgeschoß, Sitzungssaal, durch Zwangsvollstreckung versteigert werden.
Eingetragene Eigentümerin am 9. 11. 1984 bzw. 5. 12. 1984 (Tage der Eintragung der Versteigerungsvermerke):
Hardegser Wohnbau Gesellschaft mit beschränkter Haftung & Co. Kommanditgesellschaft zu Hardegsen.
Verkehrswert gemäß § 74 a ZVG ist
20 150,— DM.
Auf die Sammelbekanntmachung am Kopf der Spalte „Zwangsversteigerungen" wird hingewiesen.

3500 Kassel, 11. 9. 1986 **Amtsgericht**

6024

64 K 218/85: Das im Grundbuch von Waldau, Band 27, Blatt 865, eingetragene Grundstück,
lfd. Nr. 1, Gemarkung Waldau, Flur 3, Flurstück 29/66, Hof- und Gebäudefläche, Wahlebachweg 101, Größe 8,85 Ar,
soll am Dienstag, dem 24. Februar 1987, 10.00 Uhr, im Gebäude der Außenstelle des Amtsgerichts Kassel, Friedrich-Ebert-Straße 2, Seitenflügel im Erdgeschoß, Sitzungssaal, zur Aufhebung der Gemeinschaft versteigert werden.
Eingetragene Eigentümer am 28. 8. 1985 (Tag der Eintragung des Versteigerungsvermerks):
a) Karl-Heinz Mumberg, Alt Philippinenhof 3, 3500 Kassel,
b) Erna Mumberg geborene Ziemba, Wahlebachweg 101, 3500 Kassel, — je zur Hälfte.
Verkehrswert gemäß § 74 a ZVG ist
121 950,— DM.
Auf die Sammelbekanntmachung am Kopf der Spalte „Zwangsversteigerungen" wird hingewiesen.

3500 Kassel, 24. 9. 1986 **Amtsgericht**

6025

64 K 96/86: Das im Grundbuch von Nieste, Band 50, Blatt 1744, eingetragene Grundstück,
lfd. Nr. 2, Gemarkung Nieste, Flur 1, Flurstück 96/2, Hof- und Gebäudefläche, Triftstraße 8, Größe 5,41 Ar,
soll am Dienstag, dem 24. Februar 1987, 8.30 Uhr, im Gebäude der Außenstelle des Amtsgerichts Kassel, Friedrich-Ebert-Straße 2, Seitenflügel im Erdgeschoß, Sitzungssaal, zur Aufhebung der Gemeinschaft versteigert werden.
Eingetragene Eigentümer am 22. 4. 1986 (Tag der Eintragung des Versteigerungsvermerks):
1. Wolfgang Kraft, Triftstraße 8, 3501 Nieste,
2. Margit Kraft geborene Schwenk, Friedrich-Ebert-Straße 4, 3532 Großalmerode, — je zur Hälfte —.
Verkehrswert gemäß § 74 a ZVG ist
245 520,— DM.
Auf die Sammelbekanntmachung am Kopf der Spalte „Zwangsversteigerungen" wird hingewiesen.

3500 Kassel, 18. 9. 1986 **Amtsgericht**

6026

64 K 7/86: Das im Grundbuch von Wellerode, Band 38, Blatt 1418, eingetragene Grundstück,

lfd. Nr. 1, Gemarkung Wellerode, Flur 3, Flurstück 321/13, Hof- und Gebäudefläche, Steinbachstraße 37, Größe 6,69 Ar,

soll am Dienstag, dem 10. März 1987, 10.00 Uhr, im Gebäude der Außenstelle des Amtsgerichts Kassel, Friedrich-Ebert-Straße 2, Seitenflügel im Erdgeschoß, Sitzungssaal, durch Zwangsvollstreckung versteigert werden.

Eingetragene Eigentümer am 29. 1. 1986 (Tag der Eintragung des Versteigerungsvermerks):

Herr Ludwig Kleinert, Steinbachstraße 37, 3501 Söhrewald.

Verkehrswert gemäß § 74 a ZVG ist 432 000,— DM.

Auf die Sammelbekanntmachung am Kopf der Spalte „Zwangsversteigerungen" wird hingewiesen.

3500 Kassel, 26. 9. 1986 **Amtsgericht**

6027

64 K 68/86: Das im Grundbuch von Wehlheiden, Band 165, Blatt 4636, eingetragene Wohnungseigentum,

lfd. Nr. 1, Miteigentumsanteil von 132,255/1000 an Grundstück Gemarkung Wehlheiden, Flur F, Flurstück 316/15, Hof- und Gebäudefläche, Kantstraße 4, Größe 4,71 Ar;

verbunden mit Sondereigentum an der Wohnung und dem Kellerraum, im Aufteilungsplan bezeichnet mit Nr. 3, K 3 (I. Obergeschoß rechts, bestehend aus 4 Zimmern, Küche, Diele, Bad und WC, 2 Balkone, Kellerraum);

der Miteigentumsanteil beschränkt durch die zu den anderen Miteigentumsanteilen (Blatt 4634 bis 4643) gehörenden Sondereigentumsrechte; wegen Gegenstand und Inhalt des Sondereigentums Bezugnahme auf Bewilligungen vom 28. Februar 1981, 16. Juni 1981,

soll am Dienstag, dem 3. März 1987, 8.00 Uhr, im Gebäude der Außenstelle des Amtsgerichts Kassel, Friedrich-Ebert-Straße 2, Seitenflügel im Erdgeschoß, Sitzungssaal, durch Zwangsvollstreckung versteigert werden.

Eingetragener Wohnungseigentümer am 22. 5. 1986 (Tag der Eintragung des Versteigerungsvermerks):

Ulrich Quehl, geboren 24. 1. 1945, Kassel.

Verkehrswert gemäß § 74 a ZVG ist 134 000,— DM.

Auf die Sammelbekanntmachung am Kopf der Spalte „Zwangsversteigerungen" wird hingewiesen.

3500 Kassel, 8. 10. 1986 **Amtsgericht**

6028

64 K 54/86: Das im Wohnungseigentumsgrundbuch von Wehlheiden, Band 235, Blatt 6733, eingetragene Wohnungseigentum,

lfd. Nr. 1, Miteigentumsanteil von 135,328/1000 an dem Grundstück Gemarkung Wehlheiden, Flur D, Flurstück 212/2, Hof- und Gebäudefläche, Schönfelder Straße 52, Größe 3,54 Ar,

verbunden mit dem Sondereigentum an den Räumen Nr. 6, K 6 des Aufteilungsplanes;

der Miteigentumsanteil ist durch die zu den anderen Miteigentumsanteilen gehörenden Sondereigentumsrechte beschränkt;

Veräußerungsbeschränkung: Zustimmung durch Verwalter; Ausnahmen: Veräußerung durch Konkursverwalter; durch Zwangsvollstreckung; wegen Gegenstand und Inhalt des Sondereigentums Bezugnahme auf Bewilligung vom 6. April 1984,

soll am Donnerstag, dem 12. März 1987, 8.00 Uhr, im Gebäude der Außenstelle des Amtsgerichts Kassel, Friedrich-Ebert-Straße 2, Seitenflügel im Erdgeschoß, Sitzungssaal, durch Zwangsvollstreckung versteigert werden.

Eingetragener Eigentümer am 5. 3. 1986 (Tag der Eintragung des Versteigerungsvermerks):

Linn, Rüdiger Reinhold, geb. 8. 5. 1939, Baunatal.

Verkehrswert gemäß § 74 a ZVG ist 78 000,— DM.

Auf die Sammelbekanntmachung am Kopf der Spalte „Zwangsversteigerungen" wird hingewiesen.

3500 Kassel, 24. 10. 1986 **Amtsgericht**

6029

64 K 122/86: Das im Wohnungsgrundbuch von Wehlheiden, Band 235, Blatt 6735, eingetragene Wohnungseigentum,

lfd. Nr. 1, Miteigentumsanteil von 107,193/1000 an dem Grundstück, Gemarkung Wehlheiden, Flur D, Flurstück 212/2, Hof- und Gebäudefläche, Schönfelder Straße 52, Größe 3,54 Ar,

verbunden mit Sondereigentum an den Räumen Nr. 8, K 8 des Aufteilungsplanes;

der Miteigentumsanteil ist durch die zu den anderen Miteigentumsanteilen gehörenden Sondereigentumsrechte beschränkt;

Veräußerungsbeschränkung: Zustimmung durch Verwalter; Ausnahmen: Veräußerung durch Konkursverwalter, durch Zwangsvollstreckung, wegen Gegenstand und Inhalt des Sondereigentums Bezugnahme auf Bewilligung vom 6. April 1984,

soll am Donnerstag, dem 12. März 1987, 8.00 Uhr, im Gebäude der Außenstelle des Amtsgerichts Kassel, Friedrich-Ebert-Straße 2, Seitenflügel im Erdgeschoß, Sitzungssaal, durch Zwangsvollstreckung versteigert werden.

Eingetragene Eigentümerin am 3. 6. 1986 (Tag der Eintragung des Versteigerungsvermerks):

VERMA Vermittlungs GmbH, Immobilien-Finanzierungen-Versicherungen, Arolsen.

Verkehrswert gemäß § 74 a ZVG ist 60 000,— DM.

Auf die Sammelbekanntmachung am Kopf der Spalte „Zwangsversteigerungen" wird hingewiesen.

3500 Kassel, 24. 10. 1986 **Amtsgericht**

6030

64 K 248/85: Die Veröffentlichung in der Ausgabe vom 13. Oktober 1986 unter Nr. 5120 wird dahin berichtigt, daß die Lagebeschreibung des Grundstücks richtig lautet: **„Ederweg 2"** (nicht Mainstraße 3).

3500 Kassel, 13. 11. 1986 **Amtsgericht**

6031

64 K 416/84: Das im Grundbuch von Ochshausen, Band 68, Blatt 2014, eingetragene Grundstück,

lfd. Nr. 2, Gemarkung Ochshausen, Flur 4, Flurstück 32/73, Gebäude- und Freifläche, Wohnen, Schilfweg 15, Größe 4,08 Ar,

soll am Montag, dem 26. Januar 1987, 12.00 Uhr, im Gebäude der Außenstelle des Amtsgerichts Kassel, Friedrich-Ebert-Straße 2, Seitenflügel im Erdgeschoß, Sitzungssaal, durch Zwangsvollstreckung versteigert werden.

Eingetragene Eigentümerin am 26. 2. 1985 (Tag der Eintragung des Versteigerungsvermerks):

HWG Baubetreuungsgesellschaft mit beschränkter Haftung, Kassel.

Verkehrswert gemäß § 74 a ZVG ist 292 200,— DM.

Auf die Sammelbekanntmachung am Kopf der Spalte „Zwangsversteigerungen" wird hingewiesen.

3500 Kassel, 10. 11. 1986 **Amtsgericht**

6032

64 K 119/85: Der im Grundbuch von Heiligenrode, Band 96, Blatt 2694, eingetragene halbe Miteigentumsanteil an dem Grundstück,

lfd. Nr. 1, Gemarkung Heiligenrode, Flur 22, Flurstück 66, Ackerland, Kasseler Straße, Größe 14,13 Ar,

soll am Mittwoch, dem 18. Februar 1987, 8.30 Uhr, im Gebäude der Außenstelle des Amtsgerichts Kassel, Friedrich-Ebert-Straße 2, Seitenflügel im Erdgeschoß, Sitzungssaal, durch Zwangsvollstreckung versteigert werden.

Eingetragener Eigentümer am 16. 4. 1985 (Tag der Eintragung des Versteigerungsvermerks):

Johannes, Dietrich, geb. 1. 9. 1943, Niestetal.

Verkehrswert gemäß § 74 a ZVG ist 52 987,50 DM.

Auf die Sammelbekanntmachung am Kopf der Spalte „Zwangsversteigerungen" wird hingewiesen.

3500 Kassel, 28. 10. 1986 **Amtsgericht**

6033

64 K 132/85: Das im Grundbuch von Vollmarshausen, Band 43, Blatt 1317, eingetragene Grundstück,

lfd. Nr. 3, Gemarkung Vollmarshausen, Flur 9, Flurstück 400, Gebäude- und Freifläche, Spessartweg 10, Größe 7,08 Ar,

soll am Mittwoch, dem 11. Februar 1987, 8.30 Uhr, im Gebäude der Außenstelle des Amtsgerichts Kassel, Friedrich-Ebert-Straße 2, Seitenflügel im Erdgeschoß, Sitzungssaal, durch Zwangsvollstreckung versteigert werden.

Eingetragene Eigentümerin am 8. 5. 1985 (Tag der Eintragung des Versteigerungsvermerks):

Zitzmann, Gloria, geb. Fernandez Blanco, geb. 17. 11. 1943.

Verkehrswert gemäß § 74 a ZVG ist 270 000,— DM.

Auf die Sammelbekanntmachung am Kopf der Spalte „Zwangsversteigerungen" wird hingewiesen.

3500 Kassel, 28. 10. 1986 **Amtsgericht**

6034

64 K 62/86: Das im Grundbuch von Wellerode, Band 76, Blatt 2487, eingetragene Grundstück,

lfd. Nr. 1, Gemarkung Wellerode, Flur 1, Flurstück 87/1, Ackerland, Vor'm Gelinge, Größe 28,97 Ar,

soll am Mittwoch, dem 4. Februar 1987, 8.30 Uhr, im Gebäude der Außenstelle des Amtsgerichts Kassel, Friedrich-Ebert-Straße 2, Seitenflügel im Erdgeschoß, Sitzungssaal, durch Zwangsvollstreckung versteigert werden.

Eingetragener Eigentümer am 20. 3. 1986 (Tag der Eintragung des Versteigerungsvermerks):

Brunsch, Wilhelm, geb. 18. 12. 1929, Söhrewald.

Verkehrswert gemäß § 74 a ZVG ist 5 794,— DM.

Auf die Sammelbekanntmachung am Kopf der Spalte „Zwangsversteigerungen" wird hingewiesen.

3500 Kassel, 27. 10. 1986 **Amtsgericht**

6035

64 K 300/85: Die Veröffentlichung in der Ausgabe vom 13. Oktober 1986 unter Nr. 5121 wird dahin berichtigt, daß die Lagebeschreibung des Grundstücks richtig lautet: **„Ederweg 2"** (nicht Mainstraße 3).

3500 Kassel, 13. 11. 1986 **Amtsgericht**

Wir liefern aus

WIEGAND

Kommentar zum Bundeserziehungsgeldgesetz

herausgegeben und bearbeitet von
Bernd Wiegand, Präsident des Hessischen Landessozialgerichts,
Loseblattwerk, z. Z. ca. 540 Seiten, Format DIN A5, DM 124,–
ISBN 3-87124-029-X

Das in wenigen Monaten entstandene Gesetz wirft für alle, die sich mit dieser völlig neuen Materie befassen müssen, eine Vielzahl von Fragen und Problemen auf:

- **WER hat Anspruch auf Erziehungsgeld?**
- **IST Erziehungsgeld einkommensabhängig?**
- **WIE steht es mit dem Kündigungsschutz?**
- **WELCHE Behörden sind für die Durchführung des Gesetzes zuständig?**
- **WELCHES Verfahrensrecht wird von den zuständigen Behörden angewandt?**
- **NACH welchen Richtlinien arbeiten die zuständigen Behörden?**

Der Kommentar enthält die notwendigen Gesetzestexte und Verwaltungsvorschriften sowie alle landesrechtlichen Regelungen und Vereinbarungen. Die Benutzung von Sekundärliteratur erübrigt sich daher.

Durch praxisgerechte Zusammenstellung einzelner Themen, übersichtliche Gliederung und gezielte Erläuterungen wird ein Höchstmaß an Information erreicht. Der Benutzer wird dadurch in die Lage versetzt, Entscheidungen zu treffen, die einer kritischen Nachprüfung standhalten.

Die Konzeption des Werkes als Loseblattausgabe wird auch künftig stets die Wiedergabe des aktuellen Stands von Gesetzgebung und Rechtsprechung gewährleisten!

Verlag Chmielorz GmbH · Wilhelmstraße 42 · 6200 Wiesbaden

6036

64 K 299/85: Die Veröffentlichung in der Ausgabe vom 13. Oktober 1986 unter Nr. 5118 wird dahin berichtigt, daß die Lagebeschreibung des Grundstücks richtig lautet: **„Ederweg 2"** (nicht Mainstraße 3).

3500 Kassel, 13. 11. 1986 **Amtsgericht**

6037

64 K 229/85: Der im Grundbuch von Heiligenrode, Band 96, Blatt 2694, eingetragene halbe Miteigentumsanteil an dem Grundstück,

lfd. Nr. 1, Gemarkung Heiligenrode, Flur 22, Flurstück 66, Ackerland, Kasseler Straße, Größe 14,13 Ar,

soll am Mittwoch, dem 18. Februar 1987, 8.30 Uhr, im Gebäude der Außenstelle des Amtsgerichts Kassel, Friedrich-Ebert-Straße 2, Seitenflügel im Erdgeschoß, Sitzungssaal, durch Zwangsvollstreckung versteigert werden.

Eingetragene Eigentümerin am 26. 7. 1985 (Tag der Eintragung des Versteigerungsvermerks):

Johannes, Gudrun, geb. Hobein, geb. 6. 9. 1946, Niestetal.

Verkehrswert gemäß § 74 a ZVG ist 52 987,50 DM.

Auf die Sammelbekanntmachung am Kopf der Spalte „Zwangsversteigerungen" wird hingewiesen.

3500 Kassel, 28. 10. 1986 **Amtsgericht**

6038

64 K 20/84: Das im Grundbuch von Wellerode, Band 56, Blatt 1896, eingetragene Grundstück,

lfd. Nr. 2, Gemarkung Wellerode, Flur 22, Flurstück 176/18, Hof- und Gebäudefläche, Gartenland, Ackerland, Bahnhofstraße 14, Größe 23,93 Ar,

soll am Mittwoch, dem 25. Februar 1987, 10.30 Uhr, im Gebäude der Außenstelle des Amtsgerichts Kassel, Friedrich-Ebert-Straße 2, Seitenflügel im Erdgeschoß, Sitzungssaal, durch Zwangsvollstreckung versteigert werden.

Eingetragene Eigentümerin am 15. 3. 1984 (Tag der Eintragung des Versteigerungsvermerks):

Sempf-Wahl, Erika, geborene Wahl, geboren 11. 5. 1936, Edertal-Gellershausen-Emdenau.

Verkehrswert gemäß § 74 a ZVG ist 290 000,— DM.

Auf die Sammelbekanntmachung am Kopf der Spalte „Zwangsversteigerungen" wird hingewiesen.

3500 Kassel, 17. 9. 1986 **Amtsgericht**

6039

64 K 77/85: Das im Grundbuch von Kassel, Band 408, Blatt 10 347, eingetragene Grundstück,

lfd. Nr. 1, Gemarkung Kassel, Flur N I, Flurstück 867/147, Hof- und Gebäudefläche, Hafenstraße 36 A, Größe 7,10 Ar,

soll am Donnerstag, dem 5. März 1987, 8.00 Uhr, im Gebäude der Außenstelle des Amtsgerichts Kassel, Friedrich-Ebert-Str. 2, Seitenflügel im Erdgeschoß, Sitzungssaal, durch Zwangsvollstreckung versteigert werden.

Eingetragene Eigentümer am 3. 5. 1985 (Tag der Eintragung des Versteigerungsvermerks):

a) Leiner, Hellmuth, geb. 7. 5. 1927,

b) Leiner geb. Buchmann, Johanna, geb. 5. 4. 1934, Kassel, — je zur Hälfte —.

Verkehrswert gemäß § 74 a ZVG ist 725 000,— DM.

Auf die Sammelbekanntmachung am Kopf der Spalte „Zwangsversteigerungen" wird hingewiesen.

3500 Kassel, 2. 10. 1986 **Amtsgericht**

6040

9 K 25/83: Folgender Grundbesitz, eingetragen im Grundbuch von Königstein, Band 58, Blatt 1943,

lfd. Nr. 1, Gemarkung Königstein, Flur 15, Flurstück 49, Hof- und Gebäudefläche, Burgweg 6, Größe 0,48 Ar,

lfd. Nr. 2, Gemarkung Königstein, Flur 15, Flurstück 47/3, Hof- und Gebäudefläche, Burgweg 4, Größe 1,46 Ar,

soll am Dienstag, dem 24. März 1987, 10.00 Uhr, Raum 4, Erdgeschoß, im Gerichtsgebäude B, Burgweg 9 (Luxemburgisches Schloß) zur Aufhebung der Gemeinschaft versteigert werden.

Eingetragene Eigentümer am 16. 2. 1983 (Tag der Eintragung des Versteigerungsvermerks):

Günter Belz,

Margarete Katharina Belz geb. Hergenröther, beide 6240 Königstein im Taunus.

Der Wert des Grundbesitzes ist gemäß § 74 a Abs. 5 ZVG festgesetzt für

lfd. Nr. 1 auf 195 000,— DM,
lfd. Nr. 2 auf 594 500,— DM.

Auf die Sammelbekanntmachung am Kopf der Spalte „Zwangsversteigerungen" wird hingewiesen.

6240 Königstein im Taunus, 5. 11. 1986
Amtsgericht, Abt. 9

6041

1 K 72/86: Das im Grundbuch von Sachsenhausen, Band 58, Blatt 1779, eingetragene Erbbaurecht,

lfd. Nr. 1, eingetragen auf dem im Grundbuch von Sachsenhausen, Band 56, Blatt 1716, verzeichneten Grundstück lfd. Nr. 1 des Bestandsverzeichnisses,

Gemarkung Sachsenhausen, Flur 44, Flurstück 61/27, Liegenschaftsbuch 743, Hof- und Gebäudefläche, Ostlandstraße 7, Größe 7,53 Ar,

in Abteilung II lfd. Nr. 1 für die Dauer von 99 Jahren seit dem 1. April 1958;

der Erbbauberechtigte bedarf zur Veräußerung und Belastung des Erbbaurechts der Zustimmung des Grundstückseigentümers; als Eigentümer des belasteten Grundstücks sind a) Obst, Helmut, Heizungsmonteur, geb. 14. 4. 1914 und b) Obst geb. Fuchs, Grete, geb. 5. 9. 1919, Ostlandstraße 7, 3544 Waldeck-Sachsenhausen — je zur Hälfte — eingetragen;

soll am Montag, dem 2. Februar 1987, 9.00 Uhr, Raum 38, Erdgeschoß, im Gerichtsgebäude Korbach, Hagenstr. 2, durch Zwangsvollstreckung versteigert werden.

Eingetragene Erbbauberechtigte am 12. 8. 1986 (Tag des Versteigerungsvermerks):

a) Obst, Werner, geb. am 22. 12. 1952, Berliner Straße 5, 3549 Wolfhagen,

b) Obst, Anita, Frankenstraße 23, 3590 Bad Wildungen, — je zur Hälfte —.

Der Wert des Grundbesitzes ist gemäß § 74 a Abs. 5 ZVG festgesetzt auf 147 900,— DM.

Auf die Sammelbekanntmachung am Kopf der Spalte „Zwangsversteigerungen" wird hingewiesen.

3540 Korbach, 11. 11. 1986 **Amtsgericht**

6042

1 K 3/86: Die im Grundbuch von Waldeck, Band 29, Blatt 860, eingetragenen Grundstücke, Gemarkung Waldeck,

lfd. Nr. 1, Flur 2, Flurstück 101, Hof- und Gebäudefläche, Am Schloßberge 5, Größe 8,74 Ar,

lfd. Nr. 2, Flur 2, Flurstück 100/2, Hof- und Gebäudefläche, Am Schloßberge 5, Größe 3,84 Ar,

lfd. Nr. 3, Flur 2, Flurstück 100/3, Hof- und Gebäudefläche, Am Schloßberge 5, Größe 0,38 Ar,

sollen am Montag, dem 16. Februar 1987, 9.00 Uhr, im Gerichtsgebäude Korbach, Hagenstraße 2, Raum 38, Erdgeschoß, durch Zwangsvollstreckung versteigert werden.

Eingetragener Eigentümer am 13. 1. 1986 (Tag des Versteigerungsvermerks):

Dr. med. vet. Heinz Nürnberg, Seestraße 96, 1000 Berlin 65.

Der Wert des Grundbesitzes ist gemäß § 74 a Abs. 5 ZVG festgesetzt für

Grundstück Nr. 1 auf 266 000,— DM,
Grundstück Nr. 2 auf 182 000,— DM,
Grundstück Nr. 3 auf 2 000,— DM,
insgesamt auf 450 000,— DM.

Auf die Sammelbekanntmachung am Kopf der Spalte „Zwangsversteigerungen" wird hingewiesen.

3540 Korbach, 14. 11. 1986 **Amtsgericht**

6043

1 K 59/85, 1 K 67/85: Die im Grundbuch von Waldeck, Band 29, Blatt 860, eingetragenen Grundstücke, Gemarkung Waldeck,

lfd. Nr. 4, Flur 2, Flurstück 100/5, Hof- und Gebäudefläche, Am Schloßberge 3, Größe 8,04 Ar,

lfd. Nr. 5, Flur 2, Flurstück 100/6, Hof- und Gebäudefläche, Am Schloßberge 3, Größe 0,21 Ar,

sollen am Montag, dem 16. Februar 1987, 14.00 Uhr, im Gerichtsgebäude Korbach, Hagenstraße 2, Raum 38, Erdgeschoß, durch Zwangsvollstreckung versteigert werden.

Eingetragener Eigentümer am 30. 9. 1985 und 11. 11. 1985 (Tage der Versteigerungsvermerke):

Dr. med. vet. Nürnberg, Heinz, Seestraße 96, 1000 Berlin 65.

Der Wert des Grundbesitzes ist gemäß § 74 a Abs. 5 ZVG festgesetzt für

Grundstück lfd. Nr. 4 auf 1 333 500,— DM,
(in der Summe enthaltener Wert des Zubehörs: 86 000,— DM)
Grundstück lfd. Nr. 5 auf 3 680,— DM,
insgesamt auf 1 337 180,— DM.

Auf die Sammelbekanntmachung am Kopf der Spalte „Zwangsversteigerungen" wird hingewiesen.

3540 Korbach, 14. 11. 1986 **Amtsgericht**

6044

7 K 4/86: Folgendes Wohnungseigentum, eingetragen im Wohnungsgrundbuch von Sprendlingen, Band 288, Blatt 11 277, bestehend in dem 70,50/10 000 Miteigentumsanteil an dem Grundstück,

Gemarkung Sprendlingen, Flur 15, Flurstück 1150/1, Gebäude- und Freifläche, Eisenbahnstraße, Größe 54,07 Ar,

verbunden mit dem Sondereigentum an der Wohnung sowie dem Sondernutzungsrecht an einem Kfz-Abstellplatz — mit Ausnahme der Nutzung der übrigen Grundstücksfläche — im Aufteilungsplan und Lageplan jeweils mit Nr. 80 bezeichnet:

soll am Donnerstag, dem 29. Januar 1987, 9.00 Uhr, im Gerichtsgebäude Langen, Darmstädter Str. 27, 1. Stock, Zimmer 20, durch Zwangsvollstreckung versteigert werden.

Eingetragener Eigentümer am 24. 1. 1986 (Tag des Versteigerungsvermerks):

Heinz Peter Rottgardt, Bargteheider Straße 145 b, 2000 Hamburg 73.

Der Wert des Wohnungseigentums ist gem. § 74 a Abs. 5 ZVG festgesetzt auf 115 000,— DM.

Auf die Sammelbekanntmachung am Kopf der Spalte „Zwangsversteigerungen" wird hingewiesen.

6070 Langen, 12. 11. 1986 **Amtsgericht**

6045

7 K 51/86: Folgendes Wohnungseigentum, eingetragen im Wohnungsgrundbuch von Ober-Roden, Band 234, Blatt 8455, bestehend in dem 1627/10 000 Miteigentumsanteil an dem Grundstück,

Gemarkung Ober-Roden, Flur 10, Flurstück 81/7, Gebäude- und Freifläche, Hasenpfad 7, Größe 9,90 Ar,

verbunden mit dem Sondereigentum an der Wohnung und einem Kellerraum, im Aufteilungsplan bezeichnet mit Nr. 5;

soll am Donnerstag, dem 5. Februar 1987, 11.30 Uhr, im Gerichtsgebäude Langen, Darmstädter Str. 27, Raum 20, 1. Stock, durch Zwangsvollstreckung versteigert werden.

Eingetragene Eigentümer am 24. 6. 1986 (Tag des Versteigerungsvermerks):

Rainer Franz Gotta, Otzbergstraße 5, 6074 Rödermark,

Manfred Trzaska, Hessenstraße 21, 6238 Hofheim/Wallau — je zur Hälfte —.

Der Wert des Grundbesitzes ist gem. § 74 a Abs. 5 ZVG festgesetzt auf 228 300,— DM.

Auf die Sammelbekanntmachung am Kopf der Spalte „Zwangsversteigerungen" wird hingewiesen.

6070 Langen, 13. 11. 1986 **Amtsgericht**

6046

7 K 50/86: Folgendes Wohnungseigentum, eingetragen im Wohnungsgrundbuch von Ober-Roden, Band 234, Blatt 8454, bestehend in dem 1741/10 000 Miteigentumsanteil an dem Grundstück,

Gemarkung Ober-Roden, Flur 10, Flurstück 81/7, Gebäude- und Freifläche, Hasenpfad 7, Größe 9,90 Ar,

verbunden mit dem Sondereigentum an der Wohnung und einem Kellerraum, im Aufteilungsplan bezeichnet mit Nr. 4;

soll am Donnerstag, dem 5. Februar 1987, 10.00 Uhr, im Gerichtsgebäude Langen, Darmstädter Str. 27, Raum 20, 1. Stock, durch Zwangsvollstreckung versteigert werden.

Eingetragene Eigentümer am 24. 6. 1986 (Tag des Versteigerungsvermerks):

Rainer Franz Gotta, Otzbergstraße 5, 6074 Rödermark,

Manfred Trzaska, Hessenstraße 21, 6238 Hofheim/Wallau, — je zur Hälfte —.

Der Wert des Wohnungseigentums ist gem. § 74 a Abs. 5 ZVG festgesetzt auf 251 600,— DM.

Auf die Sammelbekanntmachung am Kopf der Spalte „Zwangsversteigerungen" wird hingewiesen.

6070 Langen, 13. 11. 1986 **Amtsgericht**

6047

7 K 49/86: Folgendes Wohnungseigentum, eingetragen im Wohnungsgrundbuch von Ober-Roden, Band 234, Blatt 8453, bestehend in dem 1589/10 000 Miteigentumsanteil an dem Grundstück,

Gemarkung Ober-Roden, Flur 10, Flurstück 81/7, Gebäude- und Freifläche, Hasenpfad 7, Größe 9,90 Ar,

verbunden mit dem Sondereigentum an der Wohnung und einem Kellerraum, im Aufteilungsplan bezeichnet mit Nr. 3;

soll am Donnerstag, dem 5. Februar 1987, 8.30 Uhr, im Gerichtsgebäude Langen, Darmstädter Straße 27, Raum 20, 1. Stock, durch Zwangsvollstreckung versteigert werden.

Eingetragene Eigentümer am 24. 6. 1986 (Tag des Versteigerungsvermerks):

Rainer Franz Gotta, Otzbergstraße 5, 6074 Rödermark,

Manfred Trzaska, Hessenstraße 21, 6238 Hofheim/Wallau, — je zur Hälfte —.

Der Wert des Wohnungseigentums ist gem. § 74 a Abs. 5 ZVG festgesetzt auf 240 000,— DM.

Auf die Sammelbekanntmachung am Kopf der Spalte „Zwangsversteigerungen" wird hingewiesen.

6070 Langen, 13. 11. 1986 **Amtsgericht**

6048

7 K 48/86: Folgender Grundbesitz, eingetragen im Grundbuch von Langen, Band 361, Blatt 14 388,

lfd. Nr. 4, Gemarkung Langen, Flur 5, Flurstück 434/10, Gebäude- und Freifläche, Am oberen Steinberg 71, Größe 8,98 Ar,

soll am Donnerstag, dem 26. Februar 1987, 9.00 Uhr, im Gerichtsgebäude Langen, Darmstädter Str. 27, Raum 20, 1. Stock, durch Zwangsvollstreckung versteigert werden.

Eingetragener Eigentümer am 24. 6. 1986 (Tag des Versteigerungsvermerks):

Rudi Karl Heinz Olm in Langen.

Der Wert des Grundbesitzes ist gem. § 74 a Abs. 5 ZVG festgesetzt auf 1 362 000,— DM.

Auf die Sammelbekanntmachung am Kopf der Spalte „Zwangsversteigerungen" wird hingewiesen.

6070 Langen, 14. 11. 1986 **Amtsgericht**

6049

7 K 19/86: Die ideelle Hälfte der Waltraud Burk geb. Wagner an dem im Grundbuch von Mensfelden, Band 60, Blatt 1863, eingetragenen Grundstück,

lfd. Nr. 4, Flur 62, Flurstück 51/1, Hof- und Gebäudefläche, Untergasse 19, Größe 2,65 Ar,

soll am Dienstag, dem 24. Februar 1987, 14.00 Uhr, Raum 37, I. Stock, im Gerichtsgebäude Limburg a. d. Lahn, Schiede 14, durch Zwangsvollstreckung versteigert werden.

Eingetragene Eigentümer am 26. 6. 1986 (Tag der Eintragung des Versteigerungsvermerks):

a) Hans-Günter Hehn in Hünfelden-Mensfelden,

b) Waltraud Hehn jetzt Burk geb. Wagner, jetzt Limburg 5, — je zur Hälfte —.

Der Wert der Grundstückshälfte ist gemäß § 74 a Abs. 5 ZVG festgesetzt auf 41 100,— DM (Wohngebäude mit Nebengebäude und Anbau, Reparaturstau).

Auf die Sammelbekanntmachung am Kopf der Spalte „Zwangsversteigerungen" wird hingewiesen.

6250 Limburg a. d. Lahn, 12. 11. 1986 **Amtsgericht**

6050

7 K 63/85: Folgendes Grundeigentum, eingetragen im Grundbuch von Staffel, Band 38, Blatt 1235,

lfd. Nr. 1, Flur 8, Flurstück 4; Hofraum, Koblenzer Straße, Größe 2,00 Ar,

lfd. Nr. 2, Flur 8, Flurstück 5, Hof- und Gebäudefläche, Koblenzer Straße 91, Größe 3,49 Ar,

lfd. Nr. 3, Flur 8, Flurstück 8/1, Gartenland, Diezer Straße, Größe 4,14 Ar,

soll am Mittwoch, dem 25. Februar 1987, 14.00 Uhr, Raum 14, Erdgeschoß, im Gerichtsgebäude Limburg, Schiede 14, durch Zwangsvollstreckung versteigert werden.

Eingetragene Eigentümer am 13. 11. 1985 (Tag der Eintragung des Versteigerungsvermerks):

a) Peter Sliwinski, Nerobergstraße 8, Wiesbaden, jetzt Mainz, Forster Straße 38,

b) Gisela Rau geb. Bannert, Nerobergstraße 8, Wiesbaden, jetzt Gisela Adams, Wiesbaden, Adolfsallee 18, — je zur Hälfte.

Der Wert des Grundeigentums ist gemäß § 74 a Abs. 5 ZVG festgesetzt für

lfd. Nr. 1 auf 15 000,— DM,

lfd. Nr. 2 auf 102 500,— DM,

(beide Wohnhäuser mit Stallanbauten)

lfd. Nr. 3 auf 12 420,— DM.

Auf die Sammelbekanntmachung am Kopf der Spalte „Zwangsversteigerungen" wird hingewiesen.

6250 Limburg a. d. Lahn, 21. 7. 1986 **Amtsgericht**

6051

7 K 158/85: Das im Grundbuch von Marburg, Band 282, Blatt 9792, eingetragene Grundstück,

lfd. Nr. 1, Gemarkung Marburg, Flur 18, Flurstück 81/36, Gebäude- und Freifläche, Gisselberger Straße 2, Größe 37,27 Ar,

Flur 18, Flurstück 83/7, Verbindungsweg zwischen August-Rohde-Straße und Frankfurter Straße, Größe 0,75 Ar,

davon 7,980/1000 Miteigentumsanteil, verbunden mit dem Sondereigentum an der Wohnung im 12. Obergeschoß II. Mitte lt. Aufteilungsplan Nr. 128;

soll am Donnerstag, dem 19. Februar 1987, 10.00 Uhr, im Gerichtsgebäude Marburg, Universitätsstraße 48, Zimmer Nr. 157, durch Zwangsvollstreckung versteigert werden.

Eingetragener Eigentümer am 6. 1. 1986 (Tag des Versteigerungsvermerks):

Bernd Becker, Gisselberger Straße 2, 3550 Marburg.

Der Wert des Objektes ist nach § 74 a Abs. 5 ZVG festgesetzt auf 132 000,— DM.

Auf die Sammelbekanntmachung am Kopf der Spalte „Zwangsversteigerungen" wird hingewiesen.

3550 Marburg, 29. 10. 1986 **Amtsgericht**

6052

7 K 33/86: Das im Grundbuch von Marburg, Band 368, Blatt 12335, eingetragene Grundstück,

lfd. Nr. 1, Gemarkung Marburg, Flur 9, Flurstück 56/73, Hof- und Gebäudefläche, Brüder-Grimm-Straße 10, Größe 2,21 Ar,

soll am Donnerstag, dem 26. Februar 1987, 10.00 Uhr, im Gerichtsgebäude Marburg, Universitätsstraße 48, Zimmer Nr. 157, zur Aufhebung der Gemeinschaft versteigert werden.

Eingetragene Eigentümer am 5. 6. 1986 (Tag des Versteigerungsvermerks):

Werner Thönig und

Anneliese Thönig geb. Böckler in Marburg, — je zur Hälfte —.

Der Wert des Grundstücks ist nach § 74 a Abs. 5 ZVG festgesetzt auf 72 000,— DM.

Auf die Sammelbekanntmachung am Kopf der Spalte „Zwangsversteigerungen" wird hingewiesen.

3550 Marburg, 6. 11. 1986 **Amtsgericht**

6053

7 K 25/86: Das im Grundbuch von Ginseldorf, Band 13, Blatt 413, eingetragene Grundstück,

lfd. Nr. 1, Gemarkung Ginseldorf, Flur 6, Flurstück 222, Bauplatz, Blaue Hofstadt, Größe 7,68 Ar,

soll am Donnerstag, dem 26. Februar 1987, 14.30 Uhr, im Gerichtsgebäude Marburg, Universitätsstraße 48, Zimmer Nr. 157, durch Zwangsvollstreckung versteigert werden.

Eingetragener Eigentümer am 11. 4. 1986 (Tag des Versteigerungsvermerks):
Gerhard Bromm, Gempenweg 2, CH-04144 Arlesheim (Schweiz).
Der Wert des Grundstücks ist nach § 74 a Abs. 5 ZVG festgesetzt auf 38 400,— DM.
Auf die Sammelbekanntmachung am Kopf der Spalte „Zwangsversteigerungen" wird hingewiesen.
3550 Marburg, 10. 11. 1986 **Amtsgericht**

6054

7 K 38/86: Das im Grundbuch von Wehrda, Band 67, Blatt 2120, eingetragene Grundstück,
lfd. Nr. 1, Gemarkung Wehrda, Flur 12, Flurstück 89/11, Hof- und Gebäudefläche, Ernst-Reuter-Straße 9 und 11, Größe 47,83 Ar,
davon 453/10 000 Miteigentumsanteil, verbunden mit dem Sondereigentum an der Wohnung im I. Obergeschoß und einem Raum im Kellergeschoß des Hauses B sowie dem Garagenstellplatz im II. Untergeschoß des Garagendecks, im Aufteilungsplan mit Nr. 21 bezeichnet;
soll am Donnerstag, dem 26. März 1987, 10.00 Uhr, im Gerichtsgebäude Marburg, Universitätsstraße 48, Zimmer Nr. 157, durch Zwangsvollstreckung versteigert werden.
Eingetragener Eigentümer am 10. 6. 1986 (Tag des Versteigerungsvermerks):
Wolfgang Schilling, Hauptstraße 51, 3559 Burgwald/Eder.
Der Wert des Objektes ist nach § 74 a Abs. 5 ZVG festgesetzt auf 223 000,— DM.
Auf die Sammelbekanntmachung am Kopf der Spalte „Zwangsversteigerungen" wird hingewiesen.
3550 Marburg, 6. 11. 1986 **Amtsgericht**

6055

1 K 23/86: Folgender Grundbesitz, eingetragen im Grundbuch von Altenbrunslar, Band 14, Blatt 411,
lfd. Nr. 4, Gemarkung Altenbrunslar, Flur 7, Flurstück 93/2, Hof- und Gebäudefläche, Quillerweg 6 a, Größe 5,42 Ar,
lfd. Nr. 6, Gemarkung Altenbrunslar, Flur 7, Flurstück 73/2, Hof- und Gebäudefläche, Quillerweg 3, Größe 3,47 Ar,
soll am Freitag, dem 16. Januar 1987, 13.30 Uhr, Raum 4, Erdgeschoß im Gerichtsgebäude Kasseler Straße 29, 3508 Melsungen, durch Zwangsvollstreckung versteigert werden.
Eingetragene Eigentümer am 12. 8. 1986 (Tag der Eintragung des Versteigerungsvermerks):
Eheleute Gerhard Kniep und Brigitte Regina Kniep geb. Schrödter, Quillerweg 3, 3582 Felsberg-Altenbrunslar — je zur Hälfte.
Der Wert des Grundbesitzes ist gemäß § 74 a Abs. 5 ZVG festgesetzt auf 49 000,— DM für lfd. Nr. 4 (Flur 7, Flurstück 93/2), 131 000,— DM für lfd. Nr. 6 (Flur 7, Flurstück 73/2).
Gesamtwert: 180 000,— DM.
Auf die Sammelbekanntmachung am Kopf der Spalte „Zwangsversteigerungen" wird hingewiesen.
3508 Melsungen, 11. 11. 1986 **Amtsgericht**

6056

1 K 15/86: Folgender Grundbesitz, eingetragen im Grundbuch von Felsberg, Band 59, Blatt 2013,
lfd. Nr. 1, Gemarkung Felsberg, Flur 4, Flurstück 44/1, Hof- und Gebäudefläche, Obergasse 12, Größe 1,89 Ar,
soll am Freitag, dem 16. Januar 1987, 10.00 Uhr, Raum 4, Erdgeschoß, im Gerichtsgebäude Kasseler Straße 29, 3508 Melsungen, durch Zwangsvollstreckung versteigert werden.
Eingetragene Eigentümer am 9. 6. 1986 (Tag der Eintragung des Versteigerungsvermerks):
Eheleute Ali Gedik und Güzide Gedik geb. Jegen, Obergasse 12, 3582 Felsberg — je zur Hälfte —.
Der Wert des Grundbesitzes ist gemäß § 74 a Abs. 5 ZVG festgesetzt auf 275 000,— DM.
Auf die Sammelbekanntmachung am Kopf der Spalte „Zwangsversteigerungen" wird hingewiesen.
3508 Melsungen, 10. 11. 1986 **Amtsgericht**

6057

1 K 9/86: Das im Grundbuch von Ober-Mockstadt, Bezirk Nidda, Band 35, Blatt 1370, eingetragene Grundstück,
Gemarkung Ober-Mockstadt, Flur 1, Flurstück 267/5, Hof- und Gebäudefläche, Beundestraße 6, Größe 6,67 Ar,
soll am Montag, dem 30. März 1987, 9.30 Uhr, im Gerichtsgebäude Nidda, zur Aufhebung der Gemeinschaft versteigert werden.
Eingetragene Eigentümer am 12. 3. 1986 (Tag des Versteigerungsvermerks):
1 a) Wilfried Norbert Henkel, Scheidswaldstr. 17, 6000 Frankfurt am Main 60,
b) Irmgard Renate Henkel geb. Schwarz, Limesstr. 17, 6000 Frankfurt am Main, — je zur Hälfte —.
Der Wert des Grundbesitzes ist gemäß § 74 a Abs. 5 ZVG festgesetzt auf 237 700,— DM.
Auf die Sammelbekanntmachung am Kopf der Spalte „Zwangsversteigerungen" wird hingewiesen.
6478 Nidda, 11. 11. 1986 **Amtsgericht**

6058

1 K 8/86: Die im Grundbuch von Nidda, Bezirk Nidda, Band 68, Blatt 2995, eingetragenen Grundstücke,
Gemarkung Nidda, Flur 1, Flurstück 125, Hof- und Gebäudefläche, Am langen Steg 21, Größe 5,25 Ar,
Flur 1, Nr. 125 5/10, Gartenland, hinter der Hohl, Größe 1,04 Ar,
sollen am Montag, dem 23. März 1987, 9.30 Uhr, im Gerichtsgebäude Nidda, Schloßgasse 23, Raum 1, zur Aufhebung der Gemeinschaft versteigert werden.
Eingetragene Eigentümer am 3. 3. 1986 (Tag des Versteigerungsvermerks):
1 a) Erich Höpp, Erlenweg 4, 6470 Büdingen-Düdelsheim,
b) Johanna Höpp geb. Aßmus, Am langen Steg 21, 6478 Nidda, — je zur Hälfte —.
Der Wert des Grundbesitzes ist gemäß § 74 a Abs. 5 ZVG festgesetzt auf 316 200,— DM für Flur 1, Nr. 125 und 125 5/10, zusammen.
Auf die Sammelbekanntmachung am Kopf der Spalte „Zwangsversteigerungen" wird hingewiesen.
6478 Nidda, 11. 11. 1986 **Amtsgericht**

6059

1 K 4/86: Die im Grundbuch von Schotten, Bezirk Nidda, Band 59, Blatt 2650, eingetragenen Grundstücke,
Gemarkung Schotten, Flur 5, Flurstück 118, Hof- und Gebäudefläche, Sonnenstraße 10, Größe 6,29 Ar,
Flur 5, Nr. 109, Hof- und Gebäudefläche, Zur Sonnenau 13, Größe 7,61 Ar,
sollen am Montag, dem 16. März 1987, 9.30 Uhr, im Gerichtsgebäude Nidda, Schloßgasse 23, Raum 1, zur Aufhebung der Gemeinschaft versteigert werden.
Eingetragene Eigentümer am 29. 1. 1986 (Tag des Versteigerungsvermerks):
1 a) Horst Günter Sachs, Zur Sonnenau 13, 6479 Schotten,
b) Rosita Sachs geb. Diehl, Erbsengasse 9, 6000 Frankfurt am Main, — je zur Hälfte —.
Der Wert des Grundbesitzes ist gemäß § 74 a Abs. 5 ZVG festgesetzt für
Flur 5, Nr. 118 auf 47 500,— DM,
Flur 5, Nr. 109 auf 396 000,— DM.
Auf die Sammelbekanntmachung am Kopf der Spalte „Zwangsversteigerungen" wird hingewiesen.
6478 Nidda, 11. 11. 1986 **Amtsgericht**

6060

7 K 89/85: Durch Zwangsvollstreckung soll das im Grundbuch von Lämmerspiel, Band 82, Blatt 2784, eingetragene Grundstück,
lfd. Nr. 1, Gemarkung Lämmerspiel, Flur 1, Flurstück 609/2, Hof- und Gebäudefläche, Kettler Straße 54, Größe 4,22 Ar,
am Freitag, dem 20. Februar 1987, 9.00 Uhr, im Gerichtsgebäude D, Offenbach am Main, Luisenstraße 16, Saal 824, versteigert werden.
Eingetragene Eigentümer am 17. 5. 1985 (Tag des Versteigerungsvermerks):
Eheleute Emmerich und Pavlica Metzger, — je zur Hälfte —.
Der Wert des Grundstücks ist nach § 74 a Abs. 5 ZVG festgesetzt auf 240 000,— DM.
Auf die Sammelbekanntmachung am Kopf der Spalte „Zwangsversteigerungen" wird hingewiesen.
6050 Offenbach am Main, 13. 10. 1986
Amtsgericht

6061

7 K 211/85: Durch Zwangsvollstreckung soll der im Wohnungsgrundbuch von Dietzenbach, Band 243, Blatt 8538, eingetragene 7,0803/1000 Miteigentumsanteil an dem Grundstück,
lfd. Nr. 1, Gemarkung Dietzenbach, Flur 11, Flurstück 380/3, Hof- und Gebäudefläche, Starkenburgring 8, 10, Größe 16,48 Ar,
verbunden mit dem Sondereigentum an der im Aufteilungsplan mit Nr. 138 bezeichneten Wohnung, beschränkt durch die jeweils zu den anderen Miteigentumsanteilen gehörenden Sondereigentumsrechte,
am Mittwoch, dem 21. Januar 1987, 9.00 Uhr, im Gerichtsgebäude D, Offenbach am Main, Luisenstraße 16, Saal 824, versteigert werden.
Eingetragener Eigentümer am 10. 1. 1986 (Tag des Versteigerungsvermerks):
Klaus Otto Fleckenstein, Dietzenbach.
Der Wert des Grundstücksanteils ist nach § 74 a Abs. 5 ZVG festgesetzt auf 168 000,— DM.
Auf die Sammelbekanntmachung am Kopf der Spalte „Zwangsversteigerungen" wird hingewiesen.
6050 Offenbach am Main, 3. 11. 1986
Amtsgericht

6062

7 K 28/85: Durch Zwangsvollstreckung soll der im Wohnungsgrundbuch von Heusenstamm, Band 168, Blatt 5640, eingetragene 38/10 000 Miteigentumsanteil an dem Grundstück,
lfd. Nr. 1, Gemarkung Heusenstamm, Flur 4, Flurstück 7/42, LB 3006, Hof- und Gebäudefläche, Feldbergstr. 8—16, Heusenstamm, Größe 139,97 Ar,
verbunden mit dem Sondereigentum an der im Aufteilungsplan mit Nr. 140 bezeichneten Wohnung, beschränkt durch die jeweils zu den anderen Miteigentumsanteilen gehörenden Sondereigentumsrechte.

am Donnerstag, dem 15. Januar 1987, 9.00 Uhr, im Gerichtsgebäude D, Offenbach am Main, Luisenstraße 16, Saal 824, versteigert werden.

Eingetragener Eigentümer am 5. 3. 1985 (Tag des Versteigerungsvermerks):

Manfred Stewin, derzeit unbekannten Aufenthalts.

Der Wert des Grundstücksanteils ist nach § 74 a Abs. 5 ZVG festgesetzt auf 198 000,— DM.

Auf die Sammelbekanntmachung am Kopf der Spalte „Zwangsversteigerungen" wird hingewiesen.

6050 Offenbach am Main, 6. 11. 1986 **Amtsgericht**

6063

7 K 156/85: Durch Zwangsvollstreckung soll das im Grundbuch von Heusenstamm, Band 78, Blatt 2961, eingetragene Grundstück,

lfd. Nr. 12, Gemarkung Heusenstamm, Flur 7, Flurstücke 271/8, 271/9, 245, 218, 219, 246, 249, 244/2, 277/2, LB 1030, Hof- und Gebäudefläche, Paulstraße, Größe 5,68 Ar,

am Dienstag, dem 13. Januar 1987, 9.00 Uhr, im Gerichtsgebäude D, Offenbach am Main, Luisenstraße 16, Saal 824, versteigert werden.

Eingetragene Eigentümerin am 16. 9. 1985 (Tag des Versteigerungsvermerks):

Eva Katharina Maria Pawlik geb. Zahn in Heusenstamm.

Der Wert des Grundstücks ist nach § 74 a Abs. 5 ZVG festgesetzt auf 280 000,— DM.

Auf die Sammelbekanntmachung am Kopf der Spalte „Zwangsversteigerungen" wird hingewiesen.

6050 Offenbach am Main, 3. 9. 1986 **Amtsgericht**

6064

7 K 45/86: Durch Zwangsvollstreckung soll der im Wohnungsgrundbuch von Dietzenbach, Band 359, Blatt 12 006, eingetragene 144/10 000 Miteigentumsanteil an dem Grundstück,

Gemarkung Dietzenbach, Flur 11, Flurstück 377/34, LB 5300, Gebäude- und Freifläche, Starkenburgring 67—77, Größe 49,85 Ar,

verbunden mit dem Sondereigentum an der im Aufteilungsplan mit Nr. 6 bezeichneten Wohnung, Abstellraum und Tiefgaragenstellplatz, beschränkt durch die jeweils zu den anderen Miteigentumsanteilen gehörenden Sondereigentumsrechte;

am Donnerstag, dem 22. Januar 1987, 9.00 Uhr, im Gerichtsgebäude D, Offenbach am Main, Luisenstr. 16, Saal 824, versteigert werden.

Eingetragener Eigentümer am 5. 3. 1986 (Tag des Versteigerungsvermerks):

Hanns-Jürgen Thiele.

Der Wert des Grundstücksanteils ist nach § 74 a Abs. 5 ZVG festgesetzt auf 168 000,— DM.

Auf die Sammelbekanntmachung am Kopf der Spalte „Zwangsversteigerungen" wird hingewiesen.

6050 Offenbach am Main, 12. 11. 1986 **Amtsgericht**

6065

4 K 67/85: Die im Grundbuch von Rüsselsheim, Bezirk Königstädten, Band 101, Blatt 3464, eingetragenen Grundstücke,

lfd. Nr. 1, Gemarkung Königstädten, Flur 1, Flurstück 1121, Gebäude- und Freifläche, Wohnen, Am Floßgraben 40, Größe 2,29 Ar,

lfd. Nr. 2, Gemarkung Königstädten, Flur 1, Flurstück 1172, Freifläche, Am Floßgraben, Größe 0,16 Ar,

sollen am Dienstag, dem 3. Februar 1987, 8.30 Uhr, im Gerichtsgebäude B, Zimmer 12, Erdgeschoß, Ludwig-Dörfler-Allee 9, 6090 Rüsselsheim, durch Zwangsvollstreckung versteigert werden.

Eingetragene Eigentümer am 30. 10. 1985 (Tag des Versteigerungsvermerks):

a) Karl Heinz Quirmbach,

b) Marie Luise Quirmbach, Ahrweiler.

Auf die Sammelbekanntmachung am Kopf der Spalte „Zwangsversteigerungen" wird hingewiesen.

6090 Rüsselsheim, 10. 11. 1986 **Amtsgericht**

6066

4 K 54/85: Das im Grundbuch von Rüsselsheim, Bezirk Rüsselsheim, Band 146, Blatt 6587, eingetragene Grundstück,

lfd. Nr. 1, Gemarkung Rüsselsheim, Flur 3, Flurstück 69, Gebäude- und Freifläche, Ernst-Ludwig-Straße 21, Größe 2,58 Ar,

soll am Donnerstag, dem 29. Januar 1987, 8.30 Uhr, im Gerichtsgebäude Rüsselsheim, Ludwig-Dörfler-Allee 9, Zimmer 12, Erdgeschoß, Haus B, durch Zwangsvollstreckung versteigert werden.

Eingetragene Eigentümer am 23. 8. 1985 (Tag des Versteigerungsvermerks):

a) Friedrich Weiand,

b) Elisabeth Weiand, beide in Rüsselsheim.

Der Verkehrswert wurde auf 221 730,— DM festgesetzt.

Auf die Sammelbekanntmachung am Kopf der Spalte „Zwangsversteigerungen" wird hingewiesen.

6090 Rüsselsheim, 10. 11. 1986 **Amtsgericht**

6067

K 38/86: Das im Grundbuch von Schlüchtern, Band 132, Blatt 3922, eingetragene Grundstück,

lfd. Nr. 1, Gemarkung Schlüchtern, Flur 8, Flurstück 181, Ackerland, Grünland, Hutung, Rötherwassergärten, Größe 33,66 Ar,

soll am Donnerstag, dem 22. Januar 1987, 10.00 Uhr, im Gerichtsgebäude durch Zwangsvollstreckung versteigert werden.

Eingetragener Eigentümer am 31. 7. 1986 (Tag des Versteigerungsvermerks):

Hans-Michael Kropf, 6490 Schlüchtern.

Der Wert des Grundstücks ist gem. § 74 a Abs. 5 ZVG festgesetzt auf 5 049,— DM.

Auf die Sammelbekanntmachung am Kopf der Spalte „Zwangsversteigerungen" wird hingewiesen.

6490 Schlüchtern, 6. 11. 1986 **Amtsgericht**

6068

K 34/86: Die im Grundbuch von Weichersbach, Band 16, Blatt 408, eingetragenen Grundstücke, Gemarkung Weichersbach,

lfd. Nr. 1, Flur 2, Flurstück 5, Grünland, Im Gereuth, Größe 86,16 Ar,

lfd. Nr. 3, Flur 17, Flurstück 12, Hutung, Im Beerbrunn, Größe 82,29 Ar,

lfd. Nr. 4, Flur 3, Flurstück 13/1, Grünland, Hutung, Holzung, Unland, In der Mordgrube, Größe 93,51 Ar,

sollen am Donnerstag, dem 15. Januar 1987, 10.00 Uhr, im Gerichtsgebäude, durch Zwangsvollstreckung versteigert werden.

Eingetragener Eigentümer am 18. 7. 1986 (Tag des Versteigerungsvermerks):

Hanss Kohlhepp, 6490 Schlüchtern.

Der Wert der Grundstücke ist festgesetzt für

lfd. Nr. 1 auf	6 061,20 DM,
lfd. Nr. 3 auf	4 937,40 DM,
lfd. Nr. 4 auf	3 740,40 DM.

Auf die Sammelbekanntmachung am Kopf der Spalte „Zwangsversteigerungen" wird hingewiesen.

6490 Schlüchtern, 4. 11. 1986 **Amtsgericht**

6069

K 61/85: Die im Grundbuch von Willingshausen, Band 16, Blatt 511, eingetragenen Grundstücke,

lfd. Nr. 16, Gemarkung Willingshausen, Flur 3, Flurstück 35, Acker, Steinäcker, Größe 188,57 Ar,

lfd. Nr. 18, Gemarkung Willingshausen, Flur 4, Flurstück 60, Acker, Grünland-Akker, am Wieraer Weg, Größe 558,48 Ar,

lfd. Nr. 19, Gemarkung Willingshausen, Flur 4, Flurstück 86, Gebäude- und Freifläche, Acker, Professor-Carl-Bantzer-Str. 20, Größe 288,90 Ar,

lfd. Nr. 20, Gemarkung Willingshausen, Flur 4, Flurstück 44/1, Acker, Grundäcker, Größe 57,15 Ar,

lfd. Nr. 21, Gemarkung Willingshausen, Flur 4, Flurstück 44/2, Grünland, daselbst, Größe 56,00 Ar,

sollen am Mittwoch, dem 14. Januar 1987, 14.00 Uhr, im Gerichtsgebäude Schwalmstadt-Treysa, Steinkautsweg 2, Raum 13, I. Stock, durch Zwangsvollstreckung versteigert werden.

Eingetragene Eigentümerin am 30. 9. 1985/ 12. 6. 1986 (Tage der Eintragung der Versteigerungsvermerke):

Frau Anna Elisabeth Grein geb. Süßmann, geb. am 26. 9. 1939, Willingshausen.

Der Wert des Grundbesitzes wird bzw. ist gemäß § 74 a Abs. 5 ZVG festgesetzt für

Flur 4, Flurstück 86 auf	600 000,— DM,
Flur 4, Flurstück 60 auf	195 500,— DM,
Flur 3, Flurstück 35 auf	75 400,— DM,
Flur 4, Flurstück 44/1 auf	22 900,— DM,
Flur 4, Flurstück 44/2 auf	19 600,— DM.

Auf die Sammelbekanntmachung am Kopf der Spalte „Zwangsversteigerungen" wird hingewiesen.

3578 Schwalmstadt, 3. 10. 1986 **Amtsgericht**

6070

K 30/86: Folgender Grundbesitz, eingetragen im Grundbuch von Nieder-Roden, Band 125, Blatt 4715,

lfd. Nr. 7, Gemarkung Nieder-Roden, Flur 7, Flurstück 745/6, Hof- und Gebäudefläche, Zeppelinstraße 1, Größe 74,82 Ar,

soll am Donnerstag, dem 22. Januar 1987, 9.15 Uhr, im Gerichtsgebäude in Seligenstadt, Giselastraße 1, Erdgeschoß, Saal 1, durch Zwangsvollstreckung versteigert werden.

Eingetragene Eigentümer am 16. 4. 1986 (Tag des Versteigerungsvermerks):

a) Erich Martin, Pforzheimer Straße 55, 7517 Waldbronn 1,

b) Dr. Herbert Martin, Katharinenweg 28, 7552 Durmersheim, — je zur Hälfte —.

Der Wert des Grundbesitzes ist gem. § 74 a Absatz 5 ZVG festgesetzt auf 900 000,— DM.

Auf die Sammelbekanntmachung am Kopf der Spalte „Zwangsversteigerungen" wird hingewiesen.

6453 Seligenstadt, 11. 11. 1986 **Amtsgericht**

6071

K 70/86: Folgender Grundbesitz, eingetragen im Grundbuch von Jügesheim, Band 136, Blatt 5364,

lfd. Nr. 1, Gemarkung Jügesheim, Flur 2, Flurstück 729/1, Gebäude- und Freifläche, Liebermannring 15, Größe 3,03 Ar,

soll am Donnerstag, dem 15. Januar 1987, 9.15 Uhr, im Gerichtsgebäude in Seligenstadt, Giselastraße 1, Erdgeschoß, Saal 1, durch Zwangsvollstreckung versteigert werden.

Eingetragene Eigentümer am 17. 9. 1986 (Tag des Versteigerungsvermerks):

a) Werner Jonas, Klotzbergstr. 76, 7130 Mühlacker,

b) Mechthild Wilkert geb. Güthoff, daselbst,
c) Christa Ruth Becker, Eberstädter Straße 40, 6109 Mühltal-Niederramstadt, — je zu einem Drittel —.

Der Wert des Grundbesitzes ist gem. § 74 a Abs. 5 ZVG festgesetzt auf 300 000,— DM.

Auf die Sammelbekanntmachung am Kopf der Spalte „Zwangsversteigerungen" wird hingewiesen.

6453 Seligenstadt, 11. 11. 1986 **Amtsgericht**

6072

K 92/85: Folgender Grundbesitz, eingetragen im Grundbuch von Jügesheim, Band 131, Blatt 5211,

lfd. Nr. 2, Gemarkung Jügesheim, Flur 3, Flurstück 483/1, Gebäude- und Freifläche, Grünewaldweg 8, Größe 4,03 Ar,

soll am Donnerstag, dem 15. Januar 1987, 13.30 Uhr, im Gerichtsgebäude in Seligenstadt, Giselastraße 1, Erdgeschoß, Saal 1, durch Zwangsvollstreckung versteigert werden.

Eingetragene Eigentümerin am 18. 11. 1985 (Tag des Versteigerungsvermerks):

Iris Schwandner, Grünewaldweg 8, 6054 Rodgau 1.

Der Wert des Grundbesitzes ist gemäß § 74 a Abs. 5 ZVG festgesetzt auf 630 000,— DM.

Auf die Sammelbekanntmachung am Kopf der Spalte „Zwangsversteigerungen" wird hingewiesen.

6453 Seligenstadt, 11. 11. 1986 **Amtsgericht**

6073

K 1/86: Folgender Grundbesitz, eingetragen im Grundbuch von Nieder-Roden, Band 178, Blatt 6290,

lfd. Nr. 1, Gemarkung Nieder-Roden, Flur 7, Flurstück 685, Hof- und Gebäudefläche, Friedhofstraße 8, Größe 3,76 Ar,

soll am Donnerstag, dem 22. Januar 1987, 13.30 Uhr, im Gerichtsgebäude in Seligenstadt, Giselastr. 1, Erdgeschoß, Saal 1, durch Zwangsvollstreckung versteigert werden.

Eingetragene Eigentümer am 10. 1. 1986 (Tag des Versteigerungsvermerks):

a) Weikard, August Dieter, Friedhofstr. 8, 6054 Rodgau 3,
b) Weikard, Joachim Helmut, daselbst,
c) Weikard, Peter Thomas, geb. 1. 7. 1969,
d) Weikard, Nicole Elisabeth, geb. 28. 9. 1970,
e) Weikard, Sandra, geb. 17. 9. 1974,

zu c, d, e: vertreten durch ihren Vater, siehe a),

— zu a) bis e) in Erbengemeinschaft —.

Der Wert des Grundbesitzes ist gem. § 74 a Absatz 5 ZVG festgesetzt auf 160 000,— DM.

Auf die Sammelbekanntmachung am Kopf der Spalte „Zwangsversteigerungen" wird hingewiesen.

6453 Seligenstadt, 11. 11. 1986 **Amtsgericht**

6074

K 52/84, K 6/85: Die im Grundbuch von Seelbach, Band 21, Blatt 746, eingetragenen Grundstücke,

lfd. Nr. 1, Flur 1, Flurstück 182, Hof- und Gebäudefläche, Weilburger Straße 17, Größe 11,52 Ar,

lfd. Nr. 2, Flur 1, Flurstück 184, Ackerland, Müllerstück, Größe 7,20 Ar,

lfd. Nr. 4, Flur 1, Flurstück 183, Ackerland, Müllerstück, Größe 6,91 Ar,

sollen am Montag, dem 26. Januar 1987, 10.00 Uhr, im Gerichtsgebäude in Weilburg, Mauerstr. 25, Zimmer 24, durch Zwangsvollstreckung versteigert werden.

Eingetragener Eigentümer am 2. 10. 1984 bzw. 8. 2. 1985 (Tage der Versteigerungsvermerke):

Verpacker Walter Ristau, 6256 Villmar-Seelbach, Weilburger Str. 17.

Festgesetzter Wert für

lfd. Nr. 1 auf	168 190,— DM,
lfd. Nr. 2 auf	1 728,— DM,
lfd. Nr. 4 auf	1 658,— DM.

Auf die Sammelbekanntmachung am Kopf der Spalte „Zwangsversteigerungen" wird hingewiesen.

6290 Weilburg, 14. 11. 1986 **Amtsgericht**

6075

3 K 103/85: Die im Grundbuch von Dillheim, Band 25, Blatt 1125, eingetragenen Grundstücke,

Flur 3, Flurstück 239/3, Gartenland, Dillheim, Größe 0,39 Ar,

Flur 7, Flurstück 140, Ackerland, auf dem Zapfenfeld, Größe 6,91 Ar,

Flur 7, Flurstück 105, Ackerland, auf dem Scheckeroth, Größe 14,27 Ar,

Flur 4, Flurstück 175, Ackerland, obig dem Nußbaum, Größe 15,40 Ar,

Flur 5, Flurstück 15, Gartenland, in den Friedrichgärten, Größe 0,50 Ar,

Grünland, in den Friedrichgärten, Größe 1,36 Ar,

Flur 2, Flurstück 34, Grünland, im Dillheimer Grund vorm Himberg, Größe 8,37 Ar,

Flur 4, Flurstück 71, Ackerland, auf dem Krauseboden, Größe 18,78 Ar,

Flur 5, Flurstück 39/3, Grünland, Hoppegarten, Größe 3,43 Ar,

Flur 7, Flurstück 112/1, Grünland, auf dem Schackeroth, Größe 12,98 Ar,

Flur 3, Flurstück 233/1, Gebäude- und Freifläche, Wohnen, Hauptstraße 15, Größe 2,21 Ar,

sollen am Mittwoch, dem 21. Januar 1987, 13.00 Uhr, im Gerichtsgebäude B, Wetzlar, Wertherstraße 1, Raum 306, III. Stock, durch Zwangsvollstreckung versteigert werden.

Eingetragene Eigentümerin am 18. 10. 1985 (Tag des Versteigerungsvermerks):

Johannette Woeschka geb. Hinkel in Dillheim.

Der Wert des Grundbesitzes ist gemäß § 74 a Abs. 5 ZVG festgesetzt für

Flur 3, Flurstück	239/3 auf	975,— DM,
Flur 7, Flurstück	140 auf	898,30 DM,
Flur 7, Flurstück	105 auf	1 855,10 DM,
Flur 4, Flurstück	175 auf	1 540,— DM,
Flur 5, Flurstück	15 auf	241,80 DM,
Flur 2, Flurstück	34 auf	669,60 DM,
Flur 4, Flurstück	71 auf	1 878,— DM,
Flur 5, Flurstück	39/3 auf	377,30 DM,
Flur 7, Flurstück	112/1 auf	1 038,40 DM,
Flur 3, Flurstück	233/1 auf	60 000,— DM.

Auf die Sammelbekanntmachung am Kopf der Spalte „Zwangsversteigerungen" wird hingewiesen.

6330 Wetzlar, 31. 10. 1986 **Amtsgericht**

6076

3 K 128/85: Das im Grundbuch von Volpertshausen, Band 37, Blatt 1336, eingetragene Grundstück,

lfd. Nr. 2, Gemarkung Volpertshausen, Flur 7, Flurstück 2, Gebäude- und Freifläche (Wohnhaus), Vollnkirchener Straße 16, Größe 5,46 Ar,

soll am Mittwoch, dem 21. Januar 1987, 10.45 Uhr, im Gerichtsgebäude B, Wetzlar, Wertherstraße 1, Raum 306, III. Stock, durch Zwangsvollstreckung versteigert werden.

Karlheinz Müller

Preußischer Adler und Hessischer Löwe

Ein unerhört interessanter dokumentarischer Rückblick auf die hundertjährige wechselvolle Vergangenheit der Regierung Wiesbaden vom Herzogtum Nassau zum preußischen Staatsgebilde und zum Land Hessen

Als Geschenk empfohlen!

Umfang 440 Seiten und 48 Abbildungen auf Kunstdruckpapier im Format 17 × 23,7 cm. 1/4-Leinendecke mit Gold- und Farbprägung. Mehrfarbiger Schutzumschlag, Preis 24,50 DM.

1866 1966

Bestellungen durch Ihre Buchhandlung oder beim Verlag

Verlag Kultur und Wissen GmbH

6200 Wiesbaden, Wilhelmstraße 42, Telefon Sammelnummer 3 96 71

Eingetragene Eigentümer am 3. 2. 1986 (Tag des Versteigerungsvermerks):

a) Wolfgang Neul, Hüttenberg-Volpertshausen,

b) dessen Ehefrau Maria geb. Selinger (verstorben), — je zur Hälfte —.

Der Wert des Grundbesitzes ist gemäß § 74 a Abs. 5 ZVG festgesetzt auf 268 000,— DM für Flur 7, Nr. 2.

Auf die Sammelbekanntmachung am Kopf der Spalte „Zwangsversteigerungen" wird hingewiesen.

6330 Wetzlar, 30. 10. 1986 **Amtsgericht**

6077

61 K 90 und 91/86: Das im Grundbuch von Wiesbaden-Innen, Band 498, a) Blatt 29 248, b) Blatt 29 243, eingetragene Grundeigentum,

a) 205/10 000, b) 261/10 000 Miteigentumsanteil an dem Grundstück,

Gemarkung Wiesbaden, Flur 16, Flurstück 39/3, Hof- und Gebäudefläche, Bismarckring 44, Westendstraße 2, Größe 3,43 Ar,

verbunden mit dem Sondereigentum an der im Aufteilungsplan mit a) 16 TE (= AT Nr. 6), b) 11 TE (= AT Nr. 5) bezeichneten Sondereigentumseinheit,

soll am Freitag, dem 30. Januar 1987, um 9.00 Uhr, im Gerichtsgebäude Wiesbaden, Moritzstraße 5, Zimmer 412, durch Zwangsvollstreckung versteigert werden.

Eingetragene Eigentümerin am a) 27. 8. 1986, b) 9. 9. 1986 (Tage der Versteigerungsvermerke):

Christiana Gerhardt in Groß-Zimmern.

Der Wert des Grundeigentums ist nach § 74 a Abs. 5 ZVG festgesetzt auf

a) 61 500,— DM, b) 84 168,— DM.

Auf die Sammelbekanntmachung am Kopf der Spalte „Zwangsversteigerungen" wird hingewiesen.

6200 Wiesbaden, 12. 11. 1986 **Amtsgericht**

Andere Behörden und Körperschaften

Umlagefaktoren in der Gebäudefeuerversicherung für das Jahr 1987 der Hessischen Brandversicherungsanstalt Kassel

Der Verwaltungsrat der Hessischen Brandversicherungsanstalt hat mit Beschluß vom 30. Oktober 1986 die Umlagefaktoren und den Mindestgrundbeitrag in der Gebäudefeuerversicherung für das Geschäftsjahr 1987 in gleicher Höhe wie im Vorjahr festgesetzt:

Tarifgruppe I (Einfaches Risiko einschließlich des Kleingewerbes)	8,7
Tarifgruppe II (Landwirtschaft)	15,8
Tarifgruppe III (Industrie und Großgewerbe)	7,4
Mindestgrundbeitrag nach Werten 1914	3,— DM.

3500 Kassel, 30. Oktober 1986

Hessische Brandversicherungsanstalt
Der Direktor

Bekanntmachung gem. § 52 GmbHG

Aus dem Aufsichtsrat ist ausgeschieden:

Herr Dr. Ulrich Brixner, Mitglied des Vorstandes der SGZ Bank, Frankfurt am Main.

6200 Wiesbaden, 12. November 1986

MBG Mittelständische Beteiligungsgesellschaft Hessen GmbH
Die Geschäftsführung

Auslegung der Jahresrechnung 1985 des Wasserverbandes Hessisches Ried

Die Verbandsversammlung des Wasserverbandes Hessisches Ried hat in ihrer Sitzung am 22. Oktober 1986 die Jahresrechnung, geprüft von der Treuverkehr AG — Wirtschaftsprüfungsgesellschaft — und mit dem uneingeschränkten Bestätigungsvermerk versehen, zustimmend zur Kenntnis genommen und dem Verbandsvorstand und der Geschäftsführung einstimmig Entlastung erteilt.

Die Jahresrechnung 1985 liegt in der Zeit vom 1. bis 15. Dezember 1986 bei der Geschäftsstelle des Wasserverbandes Hessisches Ried, Rheinstraße 35, 6083 Biebesheim am Rhein, während der allgemeinen Bürostunden zwischen 8.00 Uhr und 16.00 Uhr zur Einsichtnahme öffentlich aus.

6083 Biebesheim, 12. November 1986

Wasserverband Hessisches Ried
gez. Schulz
Verbandsvorsteher

Widmung einer Neubaustrecke der Kreisstraße 32 in der Gemarkung Kirchheim, Landkreis Hersfeld-Rotenburg, Regierungsbezirk Kassel

Die im Zuge der Kreisstraße 32 in der Gemarkung Kirchheim der Gemeinde Kirchheim im Landkreis Hersfeld-Rotenburg, Regierungsbezirk Kassel, neugebaute Strecke

von km 1,399 neu (bei km 0,008 der K 32 alt)
bis km 1,581 neu (= km 0,150 der B 454 neu an der Anschlußstelle Kirchheim der A 7) = 0,182 km

wird mit Wirkung vom 1. Dezember 1986 für den öffentlichen Verkehr gewidmet (§ 4 Abs. 1 des Hessischen Straßengesetzes vom 9. Oktober 1962 — GVBl. I S. 437 —). Sie erhält damit die Eigenschaft einer öffentlichen Straße und wird Teilstrecke der Kreisstraße 32.

Rechtsbehelfsbelehrung

Gegen diesen Bescheid kann innerhalb eines Monats nach Zustellung Widerspruch schriftlich oder zur Niederschrift bei dem Kreisausschuß des Landkreises Hersfeld-Rotenburg, Friedloser Straße 12, 6430 Bad Hersfeld, erhoben werden.

6430 Bad Hersfeld, 12. November 1986

Der Kreisausschuß des Landkreises Hersfeld-Rotenburg

Öffentliche Sitzung der Verbandsversammlung des Zweckverbandes Tierkörperbeseitigungsanstalt Hopfgarten

Die **Sitzung der Verbandsversammlung** des Zweckverbandes Tierkörperbeseitigungsanstalt Hopfgarten findet am 11. Dezember 1986 um 10.00 Uhr im Sitzungssaal des Landratsamtes Lauterbach, Goldhelg 20, statt.

Tagesordnung:

1. Feststellung
   a) der Ordnungsmäßigkeit der Ladung
   b) der Beschlußfähigkeit
   c) der Einwendungen gegen die Niederschrift der letzten Sitzung
2. Bericht des Vorstandsvorsitzenden
3. Änderung der Gebührensatzung; hier: Gebührenerhöhung
4. Haushaltssatzung und Haushaltsplan 1987
5. Entlastungserteilung für die Jahresrechnung des Zweckverbandes für das Haushaltsjahr 1985
6. Genehmigung der über- und außerplanmäßigen Ausgaben im Haushaltsjahr 1986
7. Verschiedenes

6420 Lauterbach (Hessen), 18. November 1986

Zweckverband Tierkörperbeseitigungsanstalt Hopfgarten
Dinklage
Vorsitzender der Verbandsversammlung

Verbandsversammlung des Zweckverbandes Tierkörperbeseitigung in Rheinland-Pfalz, im Rheingau-Taunus-Kreis und im Landkreis Limburg-Weilburg

Am Mittwoch, dem 10. Dezember 1986, findet um 10.00 Uhr in Bad Kreuznach, Kreisverwaltung, Salinenstraße 47 (Sitzungssaal, I. Stock), eine **Verbandsversammlung** des Zweckverbandes Tierkörperbeseitigung in Rheinland-Pfalz, im Rheingau-Taunus-Kreis und im Landkreis Limburg-Weilburg statt.

Tagesordnung

I. Öffentliche Sitzung

Punkt 1 — Mitteilungen des Verbandsvorstehers
Punkt 2 — Genehmigung der Niederschrift über die Verbandsversammlung am 19. Februar 1986
Punkt 3 — Feststellung des Jahresberichtes, des Konzernabschlusses und des Jahresabschlusses 1985 des Zweckverbandes und Erteilung der Entlastung
Punkt 4 — Beschlußfassung über den Wirtschaftsplan 1986 II des Betriebes Altenglan
Punkt 5 — Beschlußfassung über den Wirtschaftsplan 1986 II des Zweckverbandes
Punkt 6 — Information über die Wirtschaftspläne 1986 II der GmbH-Betriebe Rivenich und Sandersmühle
Punkt 7 — Beschlußfassung über eine neue Betriebssatzung für den Tierkörperbeseitigungsbetrieb des Zweckverbandes
Punkt 8 — Beschlußfassung über die Höhe des Sitzungsgeldes für die Mitglieder des Werksausschusses (§ 6 Abs. 4 der neuen Betriebssatzung)
Punkt 9 — Beschlußfassung über den Abschluß eines Betriebsführungsvertrages
Punkt 10 — Beschlußfassung über die Gebührensatzung des Zweckverbandes (Anpassung an das neue KAG)
Punkt 11 — Beschlußfassung über den Wirtschaftsplan und die Haushaltssatzung 1987 des Zweckverbandes
Punkt 12 — Wünsche und Anregungen

II. Nichtöffentliche Sitzung

Punkt 1 — Mitteilungen des Verbandsvorstehers
Punkt 2 — Beschlußfassung über den Grundstücksübertragungsvertrag zwischen der TBA Rivenich GmbH und dem Zweckverband
Punkt 3 — Wünsche und Anregungen

6500 Mainz, 21. November 1986

Zweckverband Tierkörperbeseitigung in Rheinland-Pfalz, im Rheingau-Taunus-Kreis und im Landkreis Limburg-Weilburg
Karl-Adolf Orth
Verbandsvorsteher

Öffentliche Bekanntmachung des Umlandverbandes Frankfurt

Die 4. — öffentliche — **Sitzung der Gemeindekammer** findet am Mittwoch, 10. Dezember 1986, 10.30 Uhr, in Frankfurt am Main, Am Hauptbahnhof 18, 2. Obergeschoß, Sitzungsraum Nr. 202, statt.

Tagesordnung I:

1. Mitteilungen des Vorsitzenden der Gemeindekammer
2. Mitteilungen des Verbandsausschusses
3. Mündliche Anfragen
4. 1. Änderung des von der Gemeindekammer am 6. März 1985 beschlossenen Flächennutzungsplanes des Umlandverbandes Frankfurt für den Bereich der Stadt Frankfurt am Main: Stadtteil Sachsenhausen, Kleingartenanlage des Vereines Waldeck; Einleitung des Verfahrens (Aufstellungsbeschluß)
5. 2. Änderung des von der Gemeindekammer am 6. März 1985 beschlossenen Flächennutzungsplanes des Umlandverbandes Frankfurt für den Bereich der Stadt Frankfurt am Main: Stadtteil Niederrad/Schwanheim, Umbau der Anschlußstelle an die BAB A 5; Einleitung des Verfahrens (Aufstellungsbeschluß)
6. 2. Änderung des Flächennutzungsplanes des Umlandverbandes Frankfurt in der Fassung vom 6. März 1985 für den Bereich der Stadt Dreieich: Stadtteil Sprendlingen/Buchschlag, Südumgehung; Einleitung des Verfahrens (Aufstellungsbeschluß)
7. 1. Änderung des von der Gemeindekammer am 6. März 1985 beschlossenen Flächennutzungsplanes des Umlandverbandes Frankfurt für den Bereich der Stadt Maintal: Stadtteil Dörnigheim, Gebiet südlich der Anschlußstelle BAB A 66; Einleitung des Verfahrens (Aufstellungsbeschluß)
8. 1. Änderung des von der Gemeindekammer am 6. März 1985 beschlossenen Flächennutzungsplanes des Umlandverbandes Frankfurt für den Bereich der Stadt Obertshausen: Stadtteil Obertshausen, Gebiet Judeneck; Einleitung des Verfahrens (Aufstellungsbeschluß)

6000 Frankfurt am Main, 17. November 1986

Umlandverband Frankfurt
Die Gemeindekammer
Faust, Vorsitzender

Öffentliche Ausschreibung

FRANKFURT AM MAIN: Von der Flughafen Frankfurt/Main AG (FAG), 6000 Frankfurt am Main 75, werden für die Sanierung des Schmutzwasserkanals und Fettabscheidererneuerung folgende Arbeiten öffentlich ausgeschrieben:

Nr. OE 270/86: Erd-, Entwässerungs-, Straßenbau- und Stollenvortriebsarbeiten

Zur Ausführung kommen:

300 m² Betonstraßenaufbruch
750 m³ Grabenaushub
100 m Steinzeugrohrverlegung in offener Bauweise
70 m Stollenvortrieb im Rund- und Spitzbogenprofil
70 m Steinzeugrohrverlegung im Stollen
1 St. Fettabscheideranlage erneuern

Kostengebühr:	50,— DM
Schlußtermin für die Anforderung:	12. Dezember 1986
Vorgesehene Ausführungszeit:	Februar bis Ende Mai 1987
Submissionstermin:	Mitte Januar 1987
Weitere Auskünfte:	Tel. (0 69) 6 90-20 85

Zu dieser öffentlichen Ausschreibung werden die Wettbewerbsunterlagen nach schriftlicher Anforderung an die FAG auf dem Postweg zugestellt. Der Anforderung — unter Angabe der o. g. Ausschreibungsnummer — ist der Nachweis beizufügen, daß die Kostengebühr auf das Postgirokonto der FAG Nr. 441 27-600 beim Postgiroamt Frankfurt am Main eingezahlt ist.

Die Bieter haben den Angeboten prüfbare Nachweise beizufügen, daß Arbeiten dieser Größenordnung bereits erfolgreich und termingerecht durchgeführt wurden.

6000 Frankfurt am Main 75, 21. November 1986

Flughafen Frankfurt/Main AG
Abteilung Bau und Anlagen

Stellenausschreibungen

Beim
Hessischen Sozialminister
– Abteilung „Arbeitsschutz, Gewerbeaufsicht, Sicherheitstechnik" –

ist baldmöglichst die Stelle

einer Referatsleiterin/ eines Referatsleiters

für das Referat „Humanisierung der Arbeit, Ergonomie, Forschung, Arbeitsstätten, Gerätesicherheit" zu besetzen.

Es steht eine Stelle der Besoldungsgruppe A 15 BBesG zur Verfügung, die auch mit einer/einem Angestellten in einer vergleichbaren Vergütungsgruppe besetzt werden kann.

Das Aufgabengebiet umfaßt insbesondere:

- Humanisierung der Arbeit
- Forschung zur Humanisierung des Arbeitslebens
- Ergonomie, Arbeitsgestaltung, Belastungen und Beanspruchungen
- Belastungen der Arbeitnehmer durch neue Technologien
- Mehrfachbelastungen von Arbeitnehmern
- Arbeitsstätten
- Technische Arbeitsmittel.

Anforderungen:

- Hochschulstudium einer geeigneten Fachrichtung
- Erfahrungen auf dem Fachgebiet
- Organisations- und Verhandlungsgeschick
- Möglichst Erfahrungen in der Datenverarbeitung
- Befähigung zu eigenständiger Entwicklung und Umsetzung von Konzepten in dem Aufgabengebiet.

Durch diese Ausschreibung sollen auch insbesondere Bewerberinnen angesprochen werden.

Schwerbehinderte werden bei gleicher Eignung bevorzugt berücksichtigt.

Nach sechsmonatiger Tätigkeit wird eine Ministerialzulage gezahlt.

Bewerbungen mit tabellarischem Lebenslauf, Lichtbild und Zeugnisabschriften bitte ich bis zum **15. Dezember 1986** zu richten an den **Hessischen Sozialminister – Personalreferat –, Dostojewskistraße 4, 6200 Wiesbaden 1.**

Stellenangebote – richtig formuliert!

Wenn eine Stelle neu zu besetzen ist, bitte bei der Textgebung folgendes beachten:

Das arbeitsrechtliche EG-Anpassungsgesetz (§ 611b BGB) vom 21. August 1980 besagt, daß ein Arbeitsplatz nicht **nur** für Männer oder **nur** für Frauen ausgeschrieben werden soll, es sei denn, für die Ausübung der Tätigkeit ist ein bestimmtes Geschlecht unverzichtbare Voraussetzung.

Staatsanzeiger für das Land Hessen

Öffentlicher Anzeiger **Anzeigenabteilung**

Adressenfeld

Postvertriebsstück Gebühr bezahlt
Verlag Kultur und Wissen GmbH
Postfach 22 29, 6200 Wiesbaden 1. 1 Y 6432 A

Der Hessische Sozialminister

sucht baldmöglichst eine/n Ärztin/Arzt für die Stelle

einer Referentin/ eines Referenten

in der Gesundheitsabteilung.

Bei dem Aufgabengebiet handelt es sich um medizinische Fragen des Krankenhauswesens sowie der ärztlichen Versorgung, wie sie bei der Durchführung der Krankenhausplanung, der Beurteilung der Krankenhauspflegesätze sowie auch der Krankenhausfinanzierung auftreten.

Gesucht wird eine Ärztin oder ein Arzt vorzugsweise mit beruflichen Erfahrungen, die krankenhauspolitische und krankenhausstrukturelle Beurteilungen ermöglichen. Daneben ist gesundheitspolitisches Engagement erwünscht.

Die Einstellung erfolgt bei Vorliegen der entsprechenden beamtenrechtlichen Voraussetzungen nach Besoldungsgruppe A 14 BBesG oder im Angestelltenverhältnis nach der vergleichbaren Vergütungsgruppe (Ib BAT). Nach sechsmonatiger Tätigkeit wird Ministerialzulage gezahlt.

Schwerbehinderte werden bei gleicher Eignung bevorzugt berücksichtigt.

Durch diese Ausschreibung sollen auch insbesondere Frauen angesprochen werden.

Sollten Sie vorab an weiteren Informationen interessiert sein, wenden Sie sich bitte an Herrn Dr. Zickgraf, Tel. 0 61 21/8 17-33 66, oder Herrn Reeg, Tel. 8 17-33 65. Bewerbungen mit Lebenslauf, Lichtbild und Zeugnisabschriften bitte ich bis zum **10. Dezember 1986** zu richten an den **Hessischen Sozialminister – Personalreferat –, Dostojewskistraße 4, 6200 Wiesbaden 1.**

Verschiedenes

Mit unseren Spezialmaschinen übernehmen wir das
sandfreie Herausnehmen
von NATURSTEIN-PFLASTER sowie das
Aussortieren
von auf Haufen gelagertem Alt-Pflaster.
Auch kaufen wir alles ALT-PFLASTER aus NATURSTEIN.
TUSA-NATURSTEINE, Postf. 924, 7290 Freudenstadt, Tel. (0 74 41) 28 02

STAATSANZEIGER FÜR DAS LAND HESSEN. Erscheinungsweise: wöchentlich montags. Bestellungen von Abonnements sind an den Verlag zu richten. Bezugspreis: jährlich 112,40 DM (einschließlich Porto und 7 Prozent Umsatzsteuer). Abonnementkündigung mit einer Frist von sechs Monaten zum 31. 12. möglich. Der Preis eines Einzelstückes beträgt 7,50 DM; im Preis sind die Versandspesen und 7 Prozent Umsatzsteuer enthalten. Einzelhefte gegen Vorauszahlung (keine Briefmarken) auf das Postgirokonto des Verlages Frankfurt am Main Nr. 1173 37-601. Herausgeber: Der Hessische Minister des Innern. Verantwortlich für den redaktionellen Inhalt des amtlichen Teils: Leitender Ministerialrat Dietrich Gantz, Telefon 0 61 21 / 35 31; für die technische Redaktion und den „Öffentlichen Anzeiger": Dietrich Poetter. Verlag: Kultur und Wissen GmbH, Postfach 22 29, Wilhelmstraße 42, 6200 Wiesbaden, Telefon 0 61 21 / 3 96 71.

Bankkonto: Bank für Gemeinwirtschaft, Wiesbaden, Nr. 10 143 800. Druck: Druck- und Verlagshaus Chmielorz GmbH, Ostring 13, 6200 Wiesbaden-Nordenstadt. Anzeigenannahme und Vertrieb: Staatsanzeiger, Wilhelmstraße 42, 6200 Wiesbaden, Telefon 0 61 21 / 3 96 71. Anfragen und Auskünfte technischer Art über den redaktionellen Teil des Staatsanzeigers (Fortdrucke, Sonderdrucke, Beilagen usw.) sowie den „Öffentlichen Anzeiger" zum Staatsanzeiger für das Land Hessen (Anzeigen): Telefon 0 61 22 / 60 71, App. 88, Fernschreiber 4 186 648. Redaktionsschluß für den amtlichen Teil: jeweils mittwochs, 12.00 Uhr, Anzeigenschluß: jeweils donnerstags, 12.00 Uhr, für die am übernächsten Montag erscheinende Ausgabe, maßgebend ist der Posteingang. Anzeigenpreis lt. Tarif Nr. 21 vom 1. Januar 1985.
Der Umfang der Ausgabe Nr. 48 vom 1. Dezember 1986 beträgt 52 Seiten.